

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

POLITISCHE STUDIEN

360

José María Aznar

POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch
mit dem spanischen Ministerpräsidenten

Theo Waigel

Die moderne christliche Volkspartei -
Das politische Werk Josef Müllers

Norbert Walter

Perspektiven der Europäischen
Wirtschafts- und Währungsunion

**Schwerpunktthema:
SED und PDS: Beiträge zu
Geschichte und Gegenwart
einer sozialistischen Partei**

mit Beiträgen von

**Rüdiger Dambroth, Olaf Kappelt,
Otto Wenzel und Manfred Wilke**

 **Hanns
Seidel
Stiftung eV**

Atwerb-Verlag KG





Herausgeber:
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Alfred Bayer, Staatssekretär a. D.
Hauptgeschäftsführer: Manfred Baumgärtel
Verantwortlich für Publikationen, Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit: Burkhard Haneke

Redaktion:
Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)
Paula Bodensteiner (Redakteurin)
Verena Hausner (Redakteurin)
Irene Krampfl (Redaktionssekretärin)

Anschrift:
Redaktion POLITISCHE STUDIEN
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33
80636 München
Telefon 0 89 / 12 58 - 260 / 261
Telefax 0 89 / 12 58 - 469

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elek-

tronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte DM 8,80.
Jahresabonnement DM 53,40. Für Studierende 50 % Abonnementnachlaß gegen Vorlage eines Hörscheins ihres Instituts.
Die Zeitschrift POLITISCHE STUDIEN erscheint im Periodikum, Sonderheft und Sonderdruck.
Bestellungen nehmen entgegen: Die Redaktion und alle Buchhandlungen.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich, spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres vorliegen, wenn der Bezug über das laufende Jahr hinaus nicht mehr gewünscht wird.

ATWERB-VERLAG KG Publikation ©

Inhalt

Reinhard C. Meier-Walser	Adieu Sozialwissenschaften oder Was Oskar Lafontaine unter Hoch- schulreform versteht 3
José María Aznar	POLITISCHE STUDIEN-Zeit- gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten 6
Theo Waigel	Die moderne christliche Volkspartei - Das politische Werk Josef Müllers 15
Schwerpunktthema:	SED und PDS: Beiträge zu Geschichte und Gegenwart einer sozialistischen Partei 25
Gerhard Hirscher	Einführung 27
Rüdiger Dambroth	Parlamentarische Bündnisbestrebun- gen von SPD und PDS im Wahljahr 1998 28
Manfred Wilke	Die Diktaturkader André Brie, Gregor ..Gysi, Lothar Bisky und das MfS 39
Olaf Kappelt	Das braune Erbe der PDS: Von NS-Mitmachern zu DDR- Schrittmachern 70
Otto Wenzel	Atombunker mit Interhotel- Standard 79

Norbert Walter	Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.....	83
Thomas Buchheim	Überlegungen zum Begriff der Elite	91
Edgar Hösch	Der Ethnonationalismus im Balkanraum - Genese und Geschichte ..	104
Im Dialog	Monsignore Gerhard Ott, Zum Kulturbegriff aus der Sicht der Künstlerseelsorge, Anmerkungen zu PS 358: Eberhard Simons, Umbau der Kultur - Zum Verhältnis von Ökologie, Lebensökonomie und Ästhetik	117
Das aktuelle Buch	119
Buchbesprechungen	122
Autorenverzeichnis	132

Adieu Sozialwissenschaften oder Was Oskar Lafontaine unter Hochschulreform versteht

Reinhard C. Meier-Walser

„Nicht nur das Land, auch die Uni ist am Rande des Bankrotts“ (Professor Dr. Dieter Simon, Vorsitzender des Sachverständigenrates „Hochschulentwicklung Saarland-Trier-Westpfalz“, zur Misere des Saarlandes und dessen einziger Universität).¹

Im Zuge einer „Strukturreform“ der Universität des Saarlandes (UdS) plant die Regierung Lafontaine die Streichung einer ganzen Reihe von Fächern und Studiengängen an der einzigen Universität ihres Landes. So sollen u.a. die Sozialwissenschaften komplett aufgelöst werden, womit das Saarland die zweifelhafte Exklusivität erwerben wird, das einzige Bundesland zu sein, in dem es keine Wissenschaften von Staat und Gesellschaft, mithin keine Politikwissenschaft und Soziologie, mehr geben wird.

Ebenfalls gestrichen werden sollen an der Universitas Saraviensis in Saarbrücken neben anderen Fächern² auch die Volkswirtschaftslehre sowie der Gesamtbereich der Umweltwissenschaften, die Oskar Lafontaine zu Beginn seiner Amtszeit noch als den großen Durchbruch für die Zukunft der Universität bezeichnet hatte. In seiner Re-

gierungserklärung vom November 1994 war das Ziel eines Ausbaus des Zentrums für Umweltforschung sogar explizit enthalten gewesen.

Bei ihrem hochschulpolitischen Streichkonzert beruft sich die saarländische Landesregierung auf die im März diesen Jahres vorgelegten Empfehlungen der als „Simon-Kommission“³ bezeichneten Sachverständigenkommission „Hochschulentwicklung Saarland-Trier-Westpfalz“. Offiziell hatte das von den beiden SPD-Wissenschaftsministern Henner Wittling (Saarland) und Jürgen Zöllner (Rheinland-Pfalz) im Februar 1997 in Auftrag gegebene Gutachten eine anspruchsvolle Doppelaufgabe zu erfüllen: 1. Die Systemevaluation des Hochschulbereichs der Region Saarland-Trier-Westpfalz; 2. die Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes für die Universität des Saarlandes. Es wußten jedoch alle Beteiligten von Anfang an, daß es nahezu ausschließlich um die Reform der 1948 gegründeten Universität des Saarlandes ging. Der Kommissionsvorsitzende Dieter Simon räumte denn auch unumwunden ein, alles andere sei „eigentlich eher Schau“.⁴

Im Rahmen ihres geplanten, aus der Not erdrückender finanzieller Engpässe geborenen hochschulpolitischen Kahlschlages haben Lafontaine und Wittling das Gutachten der Simon-Kommission in erster Linie als Deckmäntelchen der Rechtfertigung zu mißbrauchen versucht. Dies wird durch die Tatsache belegt, daß ihre Streichpläne in wesentlichen Punkten erheblich von den Empfehlungen der Experten abweichen. So raten etwa die Gutachter zwar von einer Einführung des Diplomstudienganges Sozialwissenschaften ab („hierzu wären mindestens 4 bis 6 soziologische und politikwissenschaftliche Professoren notwendig“⁵), sie fordern jedoch gerade die Fortführung von Politikwissenschaft und Soziologie im Rahmen eines neu zu bildenden Fachbereiches. Nicht zuletzt wegen der krassen Diskrepanz zwischen Gutachterempfehlung und saarländischer Hochschulpolitik ist der Kabinettsbeschuß zur Zusammenstreichung der UdS allenthalben mit Bestürzung und Fassungslosigkeit registriert worden.

Der Anfang Juli in Saarbrücken tagende Philosophische Fakultätentag geißelte die geplante Neuordnung der UdS als „abschreckendes Beispiel für ein auf vordergründigen Nutzen ausgerichtetes Strukturkonzept“.⁶

Der Fachschaftsrat Soziologie an der UdS fragte in einer Pressemitteilung, ob sich das Saarland den Verlust von kompetenten Sozialwissenschaftlern überhaupt leisten könne. „Wer soll die spezifischen sozialen Probleme des Saarlandes erforschen und lösen helfen?“

„Enttäuscht und geradezu schockiert darüber, daß innovative, anwendungsorientierte Forschung aus dem Saarland vertrieben werden soll“, wandten

sich auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter am Lehrstuhl des Saarbrücker Soziologen Reinhard Stockmann in einem offenen Brief gegen die diesbezüglichen Beschlüsse der Regierung Lafontaine. Die ersatzlose Streichung der Sozialwissenschaften bedeute u.a., „daß Arbeitsplätze für Wissenschaftler im Saarland verlorengehen und daß leistungsfähige Wissenschaftler das Saarland verlassen werden.“

Stockmann selbst, dem es innerhalb nur eines Jahres gelungen war, Drittmittel von über einer Million DM zu akquirieren, ist über die Initiative der Landesregierung stark verärgert. „Die haben uns mit Vollgas gegen die Wand fahren lassen“.⁷

Auch in der Politik stoßen die Streichpläne des Kabinetts Lafontaine auf Unverständnis. Der Vorsitzende und der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, Peter Müller und Kurt Schoenen, kritisierten die geplante Streichung ganzer Studiengänge als einseitige Ausdünnung der Universität, die über reduzierte Studienmöglichkeiten auch zu einem Rückgang an Studenten führen werde. Heftig wehrt sich die Saar-CDU gegen die einseitige Ökonomisierung der Universität zu Lasten der Grundlagen- und Geisteswissenschaften. „Die Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften wird zunehmen und gerade die Sozial- und Umweltwissenschaften wären profilbildend für die Universität.“⁸

Auch die Saar-Liberalen lehnen die Streichung ganzer Wissenschaftsdisziplinen ab. Angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen von Gewalt und Drogenkonsum an den Schulen bis zur Umweltzerstörung gerade im Saarland seien die Beschlüsse der Regierung Lafontaine „nicht

hinnehmbar“, betonte der FDP-Vorsitzende Werner Klumpp.⁹

Selbst das benachbarte Frankreich zeigte Betroffenheit ob der zweifelhaften Strukturreform der UdS. In der Saarbrücker Zeitung kritisierte der namhafte französische Politologe und Publizist Alfred Grosser vehement die Streichung von Soziologie und Politikwissenschaft. „Ich kann nicht verstehen, wie das geschehen kann“.¹⁰

Wie Grosser bezog sich auch der geschäftsführende Direktor des Europa-Instituts der UdS, Abteilung Volkswirtschaftslehre, Christian Keuschnigg, auf die Bedeutung des Europa-Profiles der Universität. Für den Fall, daß die Streichungspläne nicht revidiert würden, kündigte er Bildungsminister Wittling bereits seinen Rücktritt an.¹¹

Der eklatanten Mißwirtschaft der seit

1985 für die Geschicke des kleinsten und mittlerweile hochverschuldeten Flächenstaates der Republik und damit auch für die Misere der Universität verantwortlichen Regierung Lafontaine wird neben anderen namhaften Forschungs- und Ausbildungsstätten in Saarbrücken auch die dem politikwissenschaftlichen Institut angegliederte „Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens“ zum Opfer fallen. Sie war 1975 von dem mittlerweile emeritierten Politikwissenschaftler Jürgen Domes gegründet und zu einer herausragenden und weltweit renommierten Einrichtung der Asienforschung entwickelt worden. Wen wundert es, daß Domes, ein Gelehrter von internationalem Rang, den saarländischen Ministerpräsidenten und dessen Adlatus im Wissenschaftsressort heute als die „deutschen Meister im Zerstören von Universitäten“¹² bezeichnet.

Anmerkungen

¹Zitiert nach: DIE ZEIT, 9. Juli 1998.

²Darunter Theologie, Slawistik, Orientalistik, Indogermanische Sprachwissenschaften, Kunstgeschichte sowie Kunst- und Musikerziehung.

³Benannt nach dem Kommissionsvorsitzenden und Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon.

⁴Zitiert nach: DIE ZEIT, 9. Juli 1998.

⁵Empfehlungen der Sachverständigenkommission Hochschulentwicklung Saarland -

Trier - Westpfalz. März 1998, S.123.

⁶Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juli 1998.

⁷Saarbrücker Zeitung, 18. Juni 1998.

⁸„Universitäts-Reform: Stückwerk und Streichkonzert“. Informationen der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, 15. Juni 1998.

⁹Saarbrücker Zeitung, 15. Juni 1998.

¹⁰Saarbrücker Zeitung, 29. Juni 1998.

¹¹Vgl. Saarbrücker Zeitung, 1. Juli 1998.

¹²Im Gespräch mit dem Verfasser.

POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit mit dem spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar

José María Aznar López wurde am 25. 2. 1953 in Madrid geboren. Nach dem Jurastudium wurde er 1979 Finanzinspektor. Im gleichen Jahr trat er in die konservativ-liberale Alianza Popular (AP) ein und wurde 1982 im Wahlkreis Avila zum Mitglied des Abgeordnetenkongresses gewählt. Von 1987 bis 1989 war er Ministerpräsident von Castilla y León, der flächenmäßig größten Region in Europa. 1989 wurde Aznar zum Vorsitzenden der aus der AP hervorgegangenen Volkspartei (Partido Popular/PP) gewählt, die er nach einem intensiven Modernisierungs- und Reformprozeß im März 1996 zu ihrem ersten Wahlsieg führte. Seit dem 5. Mai 1996 ist José María Aznar Ministerpräsident des Königreichs Spanien.

POLITISCHE STUDIEN: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor mehr als zwei Jahren gewannen Sie die spanischen Parlamentswahlen und konnten die Regierung bilden. Sie übernahmen ein Land, das nach 14 Jahren sozialistischer Herrschaft u.a. infolge von Politik- und Korruptionsskandalen in eine moralische Krise geraten war und nach einer anderen Politik verlangte. Sie selbst versprachen als Repräsentant einer nicht mehr von der Vergangenheit geprägten neuen Generation, die Demokratie in Spanien zu reformieren. Welche Ergebnisse können Sie nunmehr zur Halbzeit der Legislaturperiode feststellen?

J.M. Aznar: Eine der sichtbarsten Achsen der demokratischen Erneuerung war die Wiederbelebung des Parlaments als Zentrum des politischen Lebens. Die wöchentlich stattfindenden Sitzungen parlamentarischer Kontrolle

der Vollversammlung der Abgeordnetenkammer, des Congreso de los Diputados, erhalten höchste Aufmerksamkeit von seiten der Regierung, da wir sie als das am besten geeignete Mittel ansehen, um mit Klarheit und Schnelligkeit all die Probleme zu behandeln, die für den Bürger jederzeit von Interesse sein können. In den nächsten Wochen werde ich, im Laufe von zwei Jahren, eine größere Anzahl parlamentarischer Anfragen beantwortet haben als mein Vorgänger als Regierungschef und an der Spitze der Exekutive in mehr als dreizehn Jahren beantwortet hat.

Die großen parlamentarischen Debatten, die sehr genau von unseren Bürgern verfolgt werden, werden in regelmäßigen Abständen abgehalten. Wir haben große Anstrengungen unternommen, um die vielschichtigen nationalen und internationalen politi-

schen Fragen mit Klarheit und Gründlichkeit vor den beiden Kammern zu behandeln. Die Spanier haben diese Haltung einer stärkeren Transparenz sehr wohl erkannt und bewerten diese positiv.

Zum anderen ist der Dialog ein fester Bestandteil des Partido Popular als Regierungspartei - der Dialog mit den Parteien, die uns im Parlament unterstützen, der Dialog mit der Opposition in Staatsfragen, der Dialog mit den Sozialpartnern, um der Wirtschaft Impulse zu geben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Verhaltens- und Vorgehensweisen haben sich grundlegend geändert. In Spanien ist heutzutage aufseiten der Bürger ein größeres Vertrauen gegenüber den Institutionen und der Zukunft spürbar.

POLITISCHE STUDIEN: Die neue demokratische Verfassung von 1978 ersetzte den bisherigen Zentralismus durch den „Staat der Autonomen“. Das spanische Modell unterscheidet sich vom deutschen u.a. dadurch, daß die autonomen Regionen unterschiedliche Kompetenzniveaus besitzen und der Senat, die Kammer der Autonomen Gemeinschaften in Madrid, nur geringe legislative Mitwirkungsrechte hat. Kann Ihrer Meinung nach Spanien in Zukunft zu einem föderalistischen Staat werden, und würden Sie eine solche Entwicklung unterstützen?

M.J. Aznar: Die unterschiedlichen Zuständigkeiten der einzelnen Autonomieregionen, der Comunidades Autonomas, folgen geschichtlichen, kulturellen, sprachlichen und auch politischen Gegebenheiten. Im übrigen haben sich die jeweiligen Zuständigkeiten mittels der Reformen der in der

Verfassung vorgesehenen Autonomiestatuten angeglichen. Einige dieser sogenannten „historischen“ Regionen - obwohl zum Beispiel, auch die Regionen Aragon, Castilla und León, Asturien oder Andalusien in der Geschichte die gleiche Bedeutung wie Katalonien oder das Baskenland haben - beanspruchen einen grundsätzlichen Unterschied zwischen ihren Regionen und dem Rest des Landes.

Es ist offenkundig, daß Unterschiede bestehen, wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß die in Barcelona, Bilbao, Burgos, Madrid oder Sevilla lebenden Spanier sich in vielen wichtigen Aspekten des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens zu keinem Zeitpunkt unserer Geschichte so nahestanden wie heute. Spanien ist homogener als es manchmal, vielleicht oberflächlich gesehen, den Anschein hat, und die politische und administrative Struktur darf sich dieser Tatsache nicht verschließen. Es ist zu bezweifeln, ob wir zu einer ähnlichen Aufteilung der Zuständigkeiten wie in Deutschland kommen werden, obwohl die spanische Verfassung in dieser Beziehung viele Möglichkeiten offenhält. Sicher ist jedoch, daß der vor zwei Jahrzehnten erfolgte demokratische Übergang den Weg für die dynamische Entwicklung einer neuen territorialen Verwaltung geebnet hat, die sehr zufriedenstellend verläuft und bereits in eine Phase größerer Stabilität eingetreten ist.

POLITISCHE STUDIEN: Wegen der Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind Sie auf die Unterstützung regionaler Parteien, v.a. der katalanischen „Convergencia i Unió“, angewiesen. Deren Präsident Jordi Pujol stimmt



José María Aznar zusammen mit dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel Stiftung, Staatssekretär a. D. Alfred Bayer, und seiner Stellvertreterin, Staatsministerin Prof. Ursula Männle.

zwar in der Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend mit Ihrer Regierung überein, fordert aber zum Ausgleich immer neue Autonomierechte für Katalonien, das für ihn eine eigenständige Nation ist. Ähnlich problematisch sind ja auch entsprechende baskisch-nationalistische Ambitionen. Wie schaffen Sie den schwierigen Spagat zwischen den übergeordneten nationalen Interessen und den zentrifugalen Kräften in Ihrem Land?

J.M. Aznar: Durch Befolgung der Verfassung und ihrer Gesetze. Es steht außer Frage, daß jeder Vertrag gegenseitige Zugeständnisse und die Achtung vor dem Kernpunkt der Bestrebungen der Vertragspartner voraussetzt. Ohne diese Voraussetzung kann es nicht funktionieren. Es ist richtig, daß die gemäßigten Nationalisten in Katalonien und im Baskenland wertvolle Anstrengungen unternommen haben, um die erfolgreiche Durchführung der gemeinsam getragenen

Sozial- und Wirtschaftspolitik zu gewährleisten.

Logischerweise bestehen weiterhin unterschiedliche Auffassungen in Fragen der Autonomie, und wahr ist auch, daß in diesen Fragen unsere nationalistischen Partner gegen die Vorschläge der Regierung gestimmt haben. In allen Fällen war jedoch die Transparenz der Verträge eine ihrer wertvollsten Eigenschaften; sie wurden veröffentlicht und jedem zur Kenntnis gebracht und diese Verträge sind wie nicht anders zu erwarten, von absoluter Treue gegenüber der rahmengebenden Verfassung und den Statutenregelungen.

POLITISCHE STUDIEN: Seit über zwanzig Jahren stellt der Terrorismus eine existentielle Herausforderung für die spanische Demokratie dar. Durch die gezielte Ermordung von Kommunalpolitikern der Volkspartei will die baskische ETA Ihre Regierung zu Zugeständnissen zwingen. Sie haben es bis-

her standhaft abgelehnt, auf Forderungen der ETA einzugehen oder mit den Terroristen zu verhandeln. Wie aber kann man Ihrer Meinung nach den Terrorismus besiegen?

J.M. Aznar: Der Terrorismus wird durch die Einheit aller politischen Kräfte besiegt, und wir benutzen als Waffe unsere tiefe Überzeugung von einem demokratischen Rechtsstaat. Die Regierung wird sich niemals den Forderungen der Terroristen beugen, denn dies würde die Abkehr von grundlegenden Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens bedeuten.

Von außerordentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die internationale Zusammenarbeit. Die Beziehungen zu den Regierungen befreundeter Staaten, wohin die Terroristen häufig flüchten, verlaufen diesbezüglich zufriedenstellend, obwohl jede Verbesserung der Zusammenarbeit höchst willkommen ist. Das Protokoll des Vertrages von Amsterdam über das Asylrecht in der Europäischen Union und der spanische Vorschlag, im Rahmen des dritten gemeinschaftlichen Pfeilers, die Zuständigkeiten in Terrorismusfragen an Europol zu geben, sind ebenfalls wichtige Elemente im Kampf gegen den Terrorismus, die keinem Demokraten fremd sein dürfen.

POLITISCHE STUDIEN: Wirtschaftsdaten und Meinungsumfragen belegen, daß die Regierung der Volkspartei erfolgreich ist und sich der mehrheitlichen Unterstützung der Spanier sicher sein kann. Wäre es unter diesen günstigen Vorzeichen nicht verlockend, den Wahltermin vorzuverlegen und

auf eine größere Mehrheit im Parlament zu hoffen?

J.M. Aznar: In Spanien hat der Regierungschef die Rechtsbefugnis, im Gegensatz zu dem, was die deutsche Verfassung vorsieht, in alleiniger Verantwortung dem König die vorzeitige Auflösung der Parlamentskammern vor Ablauf der Legislaturperiode vorzuschlagen und somit die Parlamentswahlen vorzuziehen. Selbst dann bin ich der Meinung, daß man die Legislaturperiode ausschöpfen sollte, da sie eine stets positive Stärkung der Stabilität auf allen Ebenen des nationalen Lebens ist. Die nächsten Wahlen werden normalerweise im Jahre 2000 stattfinden.

POLITISCHE STUDIEN: Von Beginn an haben alle spanischen Regierungen die europäische Integrationspolitik unterstützt. Im Gegensatz zu Deutschland hegt die Bevölkerung in Ihrem Land keine nennenswerten Vorbehalte gegenüber der Einführung des Euro. Die im Zuge der Osterweiterung notwendige Umorientierung der Hilfen für strukturschwache Regionen würde indessen gerade Spanien besonders treffen. Auch die von Brüssel geforderte Einschränkung agrarischer Produktionszweige, z.B. des für Andalusien besonders wichtigen Olivenölsektors, könnte die proeuropäische Stimmung in Ihrem Land bald negativ beeinflussen. Welche Haltung nimmt Ihre Regierung zu den angesprochenen Problemen ein?

J.M. Aznar: Es ist richtig, daß in Fragen der Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß innerhalb der wichtigsten politischen Kräfte Spaniens ein weiter Konsens bestanden hat und

weiterhin besteht. Unter den Spaniern meiner Generation gibt es ein geschichtliches Bestreben, die lange Isolierung zu durchbrechen, das Land zu modernisieren und es an der ihm gemäßen Stelle zu positionieren, nämlich an der Seite der großen europäischen Nationen. Seit 1986 haben sich unsere Wirtschaftszweige, ebenso wie unsere Gesetzgebung, tiefgehenden Phasen der Anpassung unterzogen, und unsere Unternehmen haben sich in kurzer Zeit an die Rahmenbedingungen eines stärkeren Wettbewerbs gewöhnen müssen, jetzt verstärkt durch die Einführung des Euro. Ich meine, daß die Antwort der spanischen Gesellschaft auf die europäischen Herausforderungen insgesamt hervorragend gewesen ist und daß wir die Chancen richtig erkannt und die Probleme mit Optimismus angegangen sind.

Meine Regierung unterstützt ohne Einschränkungen die Osterweiterung. Ich bin der Überzeugung, daß dies ein historischer Schritt ist, ein moralischer Imperativ und eine politische Entscheidung von großer Tragweite, welche die Wunden der in Yalta beschlossenen ungerechten Teilung schließen. Die Erweiterung symbolisiert all das Kostbare, das im Projekt der europäischen Einheit enthalten ist: Die Versöhnung unter den Völkern, der gemeinsame Wohlstand und die Neubegrennung verschiedener europäischer Daseinsformen, die von gemeinsamen Werten geleitet in einem gemeinsamen Raum bestehen.

Die These Spaniens hinsichtlich der Finanzierung der Osterweiterung ist einfach: Ein Europa der zwanzig oder mehr Nationen wird zweifellos größere Ausgaben als die jetzigen haben, und diese Kosten müssen sich auf Haushalts-

ebene in größeren Anstrengungen aller Mitgliedsstaaten niederschlagen. Solange es noch Einkommensunterschiede gibt, muß es auch weiterhin eine Regionalpolitik und eine wirtschaftliche und soziale Kohäsionspolitik geben. Sonst laufen wir Gefahr, eines der Ziele des Vertrages aufzugeben. Wir wollen in den nächsten Jahren diese Regional- und Kohäsionspolitik aufrechterhalten, damit sie auch nach der Erweiterung ihre Anwendung auf die neuen Mitgliedsstaaten finden kann. Alle Mitgliedsstaaten, und nicht nur diejenigen, die, wie wir jetzt einen größeren Anteil aus den Struktur- und Kohäsionsfonds erhalten, tragen die Verantwortung dafür, daß diese Politik in einem Europa von zwanzig oder mehr Teilnehmern realisierbar bleibt. Ähnliches gilt auch für die gemeinsame Agrarpolitik: Spanien unterstützt deren Reform, die das Ziel haben muß, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produkte sowie die Rationalisierung der Agrarstrukturen zu fördern. Aber die Erweiterung darf nicht zur Rechtfertigung werden, um diese wichtige gemeinschaftliche Politik ihres Inhalts zu entleeren, einer Politik, die weiterhin ihren sozialen Aufgaben nachkommen und zur Einkommenssicherung der Landwirte beitragen soll.

Die öffentliche Meinung Spaniens ist gegenüber einer Erweiterung sehr positiv eingestellt, da Spanien eine besondere Sensibilität für die Probleme und legitimen Bestrebungen von Ländern hat, die durch eine demokratische Übergangsphase den Weg zur Demokratie gegangen sind und jetzt in Europa eine Verankerung suchen, auf die sie ein Anrecht haben und in dessen Integrationsprozeß sie selbst neue Grenzen und wichtige Chancen einbringen.



Überreichung des Franz Josef Strauß-Preises 1998 an Ministerpräsidenten José María Aznar durch den CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzminister Theo Waigel sowie den Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung, Staatssekretär a. D. Alfred Bayer.

POLITISCHE STUDIEN: Spanien bemüht sich, die Aufmerksamkeit der EU auf die brisante Problematik im Mittelmeerraum zu lenken. Ich nenne hier nur den durch negative Wirtschaftsentwicklung und islamistische Radikalisierung hervorgerufenen Emigrationsdruck auf Europa und den ungelösten Nahostkonflikt. In Spanien hegt man bisweilen auch den Verdacht, daß weiter nördlich gelegene Länder, so z.B. Deutschland, sich allzu einseitig Osteuropa zuwenden. Überdies hat man den Eindruck, daß der bei der Mittelmeerkonferenz in Barcelona begonnene Prozeß stagniert. Beabsichtigen Sie, in diesen Problembereichen Initiativen zu ergreifen?

J.M. Aznar: Die Mittelmeerregion ist, zusammen mit Europa und Lateinamerika, eines der drei herausragenden Gebiete, die von jeher das besondere Augenmerk der spanischen Außenpolitik

erfahren haben. Es gibt gewichtige geographische, historische und kulturelle Gründe, daß dies auch so bleiben wird. Deshalb hat Spanien seinen europäischen Partnern diese Sensibilität vermitteln wollen, die sie mit anderen Staaten der Europäischen Union teilt.

Die Mittelmeerkonferenz von Barcelona war ein großer Erfolg für alle, die in Europa und an den Küsten des Mittelmeers von der lebensnotwendigen Bedeutung überzeugt sind, die der Frieden, die Stabilität und der Wohlstand am Mittelmeer für das globale Gleichgewicht haben. Es ist wahr, daß sie zu einem Zeitpunkt aufkeimender Hoffnungen für diese Region stattfand, aber unstrittig ist auch, daß auf der zweiten Konferenz von Malta, aufgrund des stagnierenden Friedensprozesses im Nahen Osten, die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Mittelmeeranrainerstaaten belastet war. Nichtsdestotrotz meine ich, daß nach

der kürzlich in Palermo abgehaltenen Konferenz es wieder ermutigende Anzeichen gibt, und ich hoffe, daß die im kommenden Jahr in Stuttgart stattfindende Konferenz ein Erfolg sein wird.

Spanien hat von Anbeginn auf dieses Ziel hin gearbeitet. Bei unseren Gesprächen mit den Mittelmeerpartnern haben wir insbesondere auf die Notwendigkeit einer Fortsetzung der euro-mediterranen Zusammenarbeit hingewiesen und darauf, daß diese Zusammenarbeit nicht fortlaufend durch eine Stagnation des Friedensprozesses im Nahen Osten behindert wird. Vor der Stuttgarter Konferenz wird - auf Initiative der italienisch-französisch-spanischen Seite - eine Euromediterrane Konferenz über Regionale Zusammenarbeit stattfinden, die sicherlich zu einem guten Prolog werden wird.

POLITISCHE STUDIEN: Aus vielfältigen Gründen kann sich Spanien als Brücke zwischen Europa und Iberoamerika fühlen. Welche Akzente setzt Ihre Regierung, um dieser wichtigen Funktion gerecht zu werden?

J.M. Aznar: Traditionell wird die spanische Außenpolitik als europäisch oder lateinamerikanisch definiert, so als würden diese beiden Aspekte sich ausschließen. Ich glaube, daß der eigentliche Mehrwert unserer Außenpolitik in eben dieser Kombination beider Dimensionen liegt. Spanien ist in Lateinamerika präsenter denn je. Zusätzlich zu den brüderlichen Beziehungen auf kultureller, geschichtlicher und sprachlicher Ebene, ermöglichen verschiedene Faktoren diese Präsenz: Die positive Konsolidierung stabiler demokratischer Systeme in einem Großteil dieser Länder, und zweifellos auch die wachsende

Präsenz spanischer Firmen auf diesem Kontinent, und zwar in Schlüsselbereichen wie dem Transport, der Telekommunikation und den Infrastrukturen, die Spanien zum zweitgrößten Investor in Lateinamerika machen, gleich hinter dem traditionell an erster Stelle stehenden Land, den Vereinigten Staaten.

Seit unserem Beitritt zur Europäischen Union haben wir uns für eine Erleichterung bei der Annäherung und Intensivierung der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika eingesetzt, und dies ist eine Konstante der spanischen Außenpolitik. Und so unterzeichnete man in Madrid, unter der spanischen Ratspräsidentschaft und mit Hilfe verstärkter Verhandlungen auf unserer Seite, den Rahmenvertrag zwischen der Europäischen Union und Mercosur. Gleichzeitig wurden die Verhandlungen beschleunigt, die zur Vertragszeichnung zwischen Chile und der Europäischen Union führten.

Wir waren auch die Hauptverfechter des jetzigen Vorvertrages zwischen Mexiko und der Europäischen Union, der in Kürze in seiner endgültigen Vertragsform abgeschlossen werden wird. Die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit diesem Teil der Welt hat sich in den letzten Jahren ganz erheblich verstärkt und so hat sich auch für diese Länder die Möglichkeit eröffnet, bei der Europäischen Investitionsbank Kredite beantragen zu können.

Im Grunde basiert die Politik Spaniens, von Europa nach Lateinamerika, nicht nur in der festen Überzeugung, daß diese Zone riesige Investitions- und Wirtschaftsmöglichkeiten bietet, vielmehr teilen wir auch eine gemeinsame kulturelle Tradition. Und die Freiheit

und die Demokratie sind glücklicherweise in diesem Kontinent zur Norm geworden. Wir können und müssen diese großartige Chance ergreifen, indem wir unsere wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verbindungen weiterhin wachsen lassen. Wie die von mir genannten Initiativen beweisen, hat Spanien in dieser Beziehung eine Verantwortung, die es gerne erfüllt. Der Vorschlag Spaniens, einen gemeinsamen Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik abzuhalten, der im übrigen unter deutscher Präsidentschaft im Jahre 1999 stattfinden wird, bedeutet eine neue Öffnung für eine Beziehung, die im kommenden Jahrhundert eine brillante Zukunft vor sich hat. Ich glaube, daß Deutschland dieses auch verstanden hat und der Beweis dafür ist das Lateinamerikakonzept, das vom Bundestag angenommen wurde, aber auch das Interesse, das ich stets beim Bundeskanzler Kohl oder anderen verantwortlichen deutschen Politikern wie Theo Waigel, gesehen habe, wenn es um eine Verstärkung der Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika ging. Dies ist etwas, das mich als Spanier mit Zufriedenheit erfüllt.

POLITISCHE STUDIEN: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Frage nach Ihrem persönlichen Verhältnis zu Bayern und Deutschland. Sie haben vor kurzem den Franz Josef Strauß-Preis der Hanns-Seidel-Stiftung erhalten und in einer eindrucksvollen Rede in der Münchener Residenz Zeugnis von dem ausgezeichneten Stand der bilateralen Beziehungen abgelegt. Welche Kriterien würden Sie für unsere Leser noch einmal besonders hervorheben wollen?

J.M. Aznar: In der von Ihnen erwähn-

ten Rede sprach ich davon, daß Deutschland und Spanien eine gemeinsame Sympathie verbindet, die ihre Wurzeln in der Geschichte hat. Deutschland und Spanien sind zwei alte europäische Nationen, die sich der Konstruktion Europas und der Verteidigung des Modells einer offenen Gesellschaft verpflichtet haben, wo die Freiheit die Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens ist.

Ich habe immer schon an den Deutschen, und konkret an den Bayern, ihre Bereitschaft bewundert, die Freiheit zu verteidigen - selbst dann, wenn diese Verteidigung die schmerzliche Erfahrung zweier getrennter Staaten bedeutete. Deshalb war auch das gesamte Spanien von Anfang an aufseiten des deutschen Volkes, als es sich schließlich in Freiheit wiedervereinigen konnte.

Unsere bilateralen Beziehungen sind in einem hervorragenden Zustand. Deshalb können wir sicher sein, auf alle im Laufe der Zeit auftretenden Fragen immer eine Lösung finden zu können.

POLITISCHE STUDIEN: Welche besonderen Herausforderungen sehen Sie als junger erfolgreicher Regierungschef für unsere liberal-konservativen und christlich-demokratischen Parteien in einem Europa, das sich zunehmend wieder sozialistischen und sozialdemokratischen Modellen zuzuneigen scheint? Wie können wir diesen, unserer Meinung nach, ungünstigen Trend stoppen?

J.M. Aznar: Die politischen Bezeichnungen haben heute weniger Sinn als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Welt hat sich enorm verändert; das Verschwinden des Realkommunismus in Europa war eine wirkliche Revoluti-

on, die verständlicherweise eher den Bereich der Linken betraf. Und daraus haben möglicherweise einige Mißverständnisse resultiert.

Selbstverständlich bestehen noch grundlegende Unterschiede zwischen den politischen Parteien mit einer zentralen und liberalen Ausrichtung und denen mit sozialdemokratischer Tendenz. Wir glauben an die Verantwortung jedes einzelnen, an eine geringere Präsenz des Staates und an eine größere Rolle der Gesellschaft. Wir meinen, daß die beste Wohlstandspolitik diejenige ist, welche die Schaffung stabiler Arbeitsplätze und die Aufrechterhaltung sanierter öffentlicher Finanzen ermöglicht, die eine sichere Zukunft bringen.

Wir verteidigen die sozialen Absicherungssysteme, indem wir sie gerechter und langfristig erfüllbar machen. Wir verstehen die Wirtschaft besser und wissen deshalb, daß die Senkung der Steuern ein Mittel ist, um jedem Bürger die Entscheidungsfreiheit über die durch eigene Leistung geschaffenen Vermögenswerte wiederzugeben und somit auch das Wachstum zu fördern. Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Ausgaben, niedrige Zinsen, Preisstabilität, der ständige Dialog mit den Sozialpartnern ..., dies sind die Schlüssel zu unserer Wirtschaftspolitik, die so gute Resultate aufweisen kann. Die Schaffung qualitativer Arbeitsplätze ist der beste Weg, um den Wohlstand des größten Teils der Bürger anzuheben und dieses gelingt uns heute in Spani-

en in wachsendem Maße.

Ich habe unsere Politik als eine Politik der Reformmitte definiert. Damit will ich sagen, daß sie sich von alten Dogmen entfernt hat und für ein Projekt der Erneuerung und Integration der Gesellschaft steht, das seinen Bürgern Tag für Tag eine größere Freiheit sichert.

Unsere Positionen sind grundsätzlich andere als die der Sozialisten. Wir stellen den einzelnen in den Mittelpunkt unserer Handlungen; wir bauen auf Eigeninitiative und deshalb fördern wir sie; wir wissen, daß der Wohlstand untrennbar mit dem Fortschritt und dem wirtschaftlichen Wachstum verbunden ist. In den letzten zwei Jahren hat Spanien alle verfügbaren Ressourcen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze freigesetzt, denn wir wissen, daß die Bürger lieber ihr eigenes Gehalt verdienen als staatliche Unterstützung erhalten und auch, daß die Gesellschaft auf die aktive Zusammenarbeit all ihrer Mitglieder angewiesen ist.

Zum anderen müssen unsere Parteien in der Lage sein, all jene, die ähnliche Positionen vertreten, in ihrem Kreis aufzunehmen. Die Einheit, die wir in Spanien schon vor einiger Zeit erreichten, ist unabdingbar, um sich der Gesellschaft gegenüber einem zukunftsreichen politischen Projekt zu verpflichten.

POLITISCHE STUDIEN: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen für die POLITISCHEN STUDIEN stellte Dr. Rainer Glagow, Leiter der Verbindungsstelle der Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin. Die Übersetzung wurde von Almudena Sebastián de Erice vorgenommen.

Die moderne christliche Volkspartei - Das politische Werk Josef Müllers

Gedenken des 100. Geburtstags von Dr. Josef Müller

Theo Waigel

1. Einführung

Niemand erscheint im Bayern und Deutschland des Jahres 1945 berufter, eine neue politische Kraft zu begründen und anzuführen als der am 27. März 1898 in Steinwiesen geborene Josef Müller. Er war eine Schlüsselfigur des militärischen und kirchlichen Widerstands gegen Hitler, sein Terrorregime und seine Kriegspolitik, die Deutschland, Europa und die halbe Welt ins Unglück stürzte.

Kein Geringerer als Winston Churchill hat bereits im Herbst 1946 in einer Rede vor dem britischen Unterhaus den Widerstand gegen die Nationalsozialisten gewürdigt. Er sagte dort: „In Deutschland lebte eine Opposition, die zahlenmäßig und durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, die aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. (...) Wir hoffen auf die Zeit, in der dieses heroische Kapitel der inneren deutschen Geschichte eine gerechte Würdigung findet.“

Josef Müller war einer der Männer und Frauen, die unserem Vaterland in der größten Katastrophe seiner Geschichte die Ehre zurückgaben.

Josef Müller war darüber hinaus ein politischer Visionär, der, selbst auf festen Wertgrundlagen und im christlichen Glauben ruhend, andere Menschen um sich scharen und ihnen neue Orientierung geben konnte.

Einer der ersten, die dies im Mai 1945 erkannten, war der amerikanische Offizier Dale Clark. Er hat 1945 den richtigen Mann und die richtige politische Konzeption für Bayern und Deutschland unterstützt. Seiner damaligen Hilfe und treuen Verbundenheit zu unserem Land und zur Familie Müller gebührt großer Dank. Er ließ es sich beispielsweise vor 8 Jahren nicht nehmen, zur Maueröffnung nach Berlin zu fliegen und diesen Glücksfall der Geschichte mit uns Deutschen zu feiern.

2. Die politische Aufgabe

Fritz Schäffer, der erste bayerische Mi-

nisterpräsident und neben Josef Müller zweitwichtigster politischer Pol in der jungen CSU, stellte in einer Rundfunkansprache Anfang Juni 1945 fest: „Die Nazis haben ein Ruinenfeld hinterlassen, wie es Europa noch nie gesehen hat. (...) Unsere Städte sind Ruinen, die Industrie ist zerstört, Landwirtschaft und Forsten sind ausgeplündert. Der Volkswohlstand ist auf Jahrzehnte vernichtet.“

Allein Bayern beklagte mehr als 250.000 Gefallene. Hunderttausende waren in Gefangenschaft und Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Deutschland stand unter Besatzungsrecht und war in vier Zonen geteilt, zwischen denen zunächst kaum Kommunikation ermöglicht wurde.

Josef Müllers politische Ziele in den ersten Nachkriegsjahren waren hoch gesteckt und erschienen deshalb vielen Zeitgenossen und Mitakteuren falsch oder unerreichbar:

- Der Aufbau einer überkonfessionellen Volkspartei;
- das offene Politikmodell, das alle großen gesellschaftlichen Gruppen auf eine gemeinsame politische Zielrichtung vereinen sollte;
- die Überwindung der alten politischen Trennlinien der Weimarer Republik und der althergebrachten Gegensätze innerhalb Bayerns;
- die Auseinandersetzung mit separatistischen und monarchistischen Bestrebungen;
- die Bewahrung der politischen Eigenständigkeit der jungen CSU gegenüber ihrer Schwesterpartei und
- schließlich die Verpflichtung ihrer Politik auf die entschiedene Wahrnehmung unserer Verantwortung

für Deutschland und Europa.

Die Fähigkeit und der Mut, das eigene Schicksal und die persönliche Karriere einem höheren Ziel des Gemeinwohls kämpferisch unterzuordnen, sind Tugenden, die Josef Müller auf der Ehrentafel der deutschen Politiker des 20. Jahrhunderts in besonderem Maße auszeichnen.

Festigkeit in den Überzeugungen und Kraft zu ihrer Durchsetzung: Dies bleibt an der Wende zum dritten Jahrtausend die Kernaufgabe politischer Führung in der Demokratie.

Historiker und Politikwissenschaftler haben mit vollem Recht auf das harte Ringen um die politische Ausrichtung der CSU in ihren ersten Jahren hingewiesen. Nur: Diese Auseinandersetzungen waren keine Fehlentwicklungen, sondern vielmehr die logische Konsequenz des Gesamtkonzeptes „CSU“. Wer bewußt bisher Unvereinbares miteinander verbinden wollte, mußte bereit sein, solche Debatten offensiv zu führen und gemeinsam durchzustehen.

Es ist der herausragende politische Verdienst Josef Müllers, im Vertrauen auf die einigende Aufgabe mögliche spätere Brüche in Kauf genommen zu haben. Die anfängliche Disparität der Flügel und Gruppen entwickelte auf mittlere Sicht eine große Integrationskraft auf der Grundlage der Ideen Josef Müllers.

Josef Müller stritt vehement für einen eigenständigen bundespolitischen Kurs der CSU und die konsequente Übernahme bundespolitischer Verantwortung - auch in diesem Amt einig

mit seinem politischen Ziehsohn Franz Josef Strauß und der jungen Generation in der Partei. Die Forderung Adenauers nach Unterordnung der CSU wurde in den folgenden Jahrzehnten von der CDU nie wieder erhoben. Josef Müller setzte als Vorsitzender der CSU entscheidende Akzente für die Grundlinien der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes. In seiner Eröffnungsrede für die erste Sitzung der CSU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 15. Juli 1946 sprach er sich für eine grundlegende Neuorientierung aus:

„Wir sind eine neue Gruppierung, eine Einigung aller, die konstruktiv aufbauen. Dann machen wir selbst Schluß mit allen Phrasen, dann wollen wir nicht gute Ideen verbrauchen, indem wir sie in den Tageskampf ziehen! Wir haben stets davon auszugehen, daß das große Ganze im Vordergrund stehen muß: Unser Volk und unser Vaterland.“

3. CSU: Moderne Volkspartei

Das Konzept einer modernen, konfessionsübergreifenden, alle sozialen Schichten und Regionen integrierenden christlichen Volkspartei, das Josef Müller vor allem mit Adam Stegerwald und Karl Scharnagl in wenigen Wochen des Frühsommers 1945 entwickelte, mußte mit alten politischen Traditionen bewußt brechen.

Das Ergebnis dieser Überlegungen war zugleich die kämpferische Antwort auf den Abfall der Nationalsozialisten vom christlichen Sittengesetz: Moralisch-ethische Fundamente für das neue Deutschland und dessen geistige Neu-

orientierung nach 12 Jahren menschenverachtender Gewaltherrschaft auf dem Christentum aufbauen.

Die CSU und die CDU waren in der Parteienlandschaft nach dem Krieg die einzigen substanziell neuen Parteien. Sowohl Kommunisten und Sozialdemokraten als auch die Liberalen sahen ihre politische Arbeit eher als Wiederaufnahme der Tätigkeit vor 1933.

Die Union, ausgerichtet auf die Interessen der Arbeitnehmer und mit starken liberalen Elementen in ihrer Gesellschaftspolitik, erwies sich den Fortsetzungsparteien gegenüber als überlegen. Unsere Politik für eine neue Zeit faszinierte und errang das Vertrauen der Wähler. Bereits bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung 1946 errang die CSU mit 58,3% ein sensationelles Ergebnis. Die Landtagswahlen im gleichen Jahr bestätigten die CSU-Mehrheit mit 52,3%. Seit 1957 im Bund und seit 1970 bei Landtagswahlen liegt die CSU stets über 50%. Aus der Bundestagswahl 1994 ging die CSU als drittstärkste Partei Deutschlands hervor, obwohl sie nur in Bayern kandidiert.

Dr. Josef Müllers Nachfolger im Parteivorsitz setzten sein politisches Erbe mit ihren persönlichen Akzenten und den Erfordernissen der Zeit entsprechend fort.

- Hans Ehard bekämpfte Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, stellte die Notversorgung der Bevölkerung sicher und trieb den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung voran. Ehard organisierte die letzte gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkon-

ferenz und wurde zum Architekten des Föderalismus sowohl in der Verfassung als auch in der politischen Praxis.

- Hanns Seidel wurde zum grundlegenden Organisator und Reformator der CSU, der unsere Partei in allen Regionen Bayerns mehrheitsfähig machte. Besonderen Wert legte er auf die Konsensbildung zwischen Landesgruppe, Mitgliedern der Bundesregierung, Landtagsfraktion und Staatsregierung. Das Ziel seiner innovativen Politik war der Übergang vom Agrar- zum Industriestaat. Seine Schwerpunkte waren die Kerntechnik, die Luftfahrtindustrie, eine moderne Forschungspolitik und gezielter Ausbau der Verkehrswege.
- Unter Franz Josef Strauß und Alfons Goppel wuchs die CSU zur erfolgreichsten Partei Europas. Notwendige, aber unpopuläre Reformen wurden beherzt in Angriff genommen: Die umstrittene Gebietsreform konnte nur mit einer starken CSU-Mehrheit durchgesetzt werden. Otto Schedl und Toni Jaumann schufen eine moderne Energiepolitik und beendeten die Kohleförderung in Bayern - eine Leistung, zu der Lafontaine, Rau und Clement heute noch nicht in der Lage sind. Mathilde Berghofer-Weichner verteidigte das dreigliedrige Schulsystem, stritt für den Schutz des ungeborenen Lebens und gegen liberalistische Tendenzen in der Innen- und Rechtspolitik, das Verständnis für Verbrecher über die Schutzaufgabe des Staates für seine Bürger zu stellen.
- Richard Stücklen, Fritz Zimmermann, Franz Josef Strauß und ich formulierten in der CSU-Landesgruppe

klare bayerische Grundsatzpositionen in der Auseinandersetzung mit der sozialliberalen Koalition und seit 1982 in der Koalition der Mitte als Partner Helmut Kohls.

4. Weichenstellungen für Bayern, Deutschland und Europa

Die Partei Josef Müllers wurde bei allen historischen Weichenstellungen der letzten 50 Jahre ihrer Verantwortung gerecht. Weil CSU-Politik auf festen Werten gründet, mußten wir unsere Programme und Entscheidungen in keiner einzigen zentralen Frage nachträglich korrigieren:

- Josef Müller, Franz Josef Strauß und Sozialpolitiker wie Hugo Karpf setzten die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards durch.
- Josef Müller und Franz Josef Strauß verhinderten 1949 durch ihre Entscheidung für eine kleine Koalition unter dem Kanzler Adenauer und die Ablehnung der Regierungsbeteiligung der SPD falsche ordnungspolitische Kompromisse in der Gründungsphase der Bundesrepublik.
- Die CSU kämpfte gegen den damaligen Zeitgeist für die Aufstellung der Bundeswehr und den Beitritt zur NATO.
- Wir erstritten die Einbindung unseres Landes in die Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien, versöhnten Deutschland mit den Nachbarstaaten und setzten die aktive Beteiligung unseres Landes an der Europäischen Einigung durch.
- Wir hielten gegen eine orientierungslose Politik der Annäherung unvereinbarer politischer Systeme die deutsche Frage offen und ver-

pflichteten alle Verfassungsorgane auf das Ziel der Einheit.

- CSU und CDU blieben in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses standfest - gegen die sowjetischen Erpressungsversuche einerseits und die Ostermärsche, Lichterketten und Friedensbewegung andererseits. Wenn heute in Deutschland statt 1,5 Millionen nur noch 500.000 Soldaten stationiert sind, die Raketenbedrohung verschwunden und das Gleichgewicht des Schreckens durch vertrauensvolle Zusammenarbeit abgelöst wurde, dann ist dies kein Erfolg der Pazifisten und der Grünen, sondern das Ergebnis unserer Politik.
- Wir haben, als sich dieses Fenster der Geschichte öffnete, die Deutsche Einheit ohne Zögern verwirklicht und 17 Millionen Deutschen nach 40jähriger kommunistischer Diktatur Freiheit, soziale Sicherheit und Teilhabe am Wohlstand gegeben. Die CSU hat die größte Solidaraktion der Geschichte verwirklicht.
- Wir stehen heute für die großen Reformprojekte, deren Verwirklichung über die Zukunft unseres Landes im 21. Jahrhundert entscheidet. Wir setzen Innovationen und neue Technologien, über die andere Kandidaten nur reden, in die Praxis um und schaffen damit zukunftssichere Arbeitsplätze. Wir geben dem Aufschwung neue Impulse und werden Bürger und Wirtschaft steuerlich entlasten.

Es ist ein Gebot der Wahrheit, gleichzeitig festzustellen: Bei allen diesen Grundsatzentscheidungen lagen und liegen Sozialdemokraten und - seit es sie gibt - die Grünen in steter Regelmäßigkeit falsch.

Wie keiner anderen Partei ist es der CSU gelungen - trotz des um sich greifenden Wertewandels, der zunehmenden Auflösung gesellschaftlicher Grundstrukturen und der geringer werdenden Bindewirkung der großen Parteien in vielen europäischen Nachbarländern - eine echte Volkspartei zu bleiben, in der alle Schichten der bayerischen Bevölkerung politische Heimat finden.

5. CSU: Werteorientierte Politik

Unsere Partei ist ihren geistigen Wurzeln verpflichtet und offen für gesellschaftliche Erneuerung. Dabei ist unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild so aktuell wie es vor 53 Jahren, bei der Gründung der CSU, war. Dessen Grundprinzipien - Personalität, Subsidiarität, die Freiheit und Würde des einzelnen sowie seine Stellung in und seine Verantwortung für die Gemeinschaft - sprechen nicht nur konfessionell gebundene Menschen an. Sie charakterisieren vielmehr das, was nach einem breiten Konsens das Individuum in unserer freien Gesellschaft auszeichnet.

Wir stehen zu den Grundprinzipien der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie. In diesem Jahr, in dem sich der Zusammentritt des ersten freien deutschen Parlaments in der Paulskirche zum 150. Male und die Verfassungskonferenz auf Herrenchiemsee zum 50. Male jährt, haben wir allen Grund, dankbar und stolz auf unsere funktionierende Demokratie zu blicken.

Die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Instrument, das dem

freien und dem sozialen Ausgleich verpflichteten Menschen gemäß ist, bleibt ebenso unsere Grundlage. Nach ihrem glänzenden Sieg im Wettstreit der Systeme muß sie auch die Basis für die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes im neuen Jahrtausend sein.

Wir gestalten Zukunft für die leistungsbereiten und leistungsorientierten Arbeitnehmer, indem wir den Standort Deutschland stärken und ein positives Umfeld für Investitionen und Arbeitsplätze schaffen.

Sozial ist, was Arbeit schafft. Deshalb sehen wir in einem investierenden Unternehmer nicht den Klassenfeind, sondern den Partner in der Sozialen Marktwirtschaft. Unser entschiedenes Eintreten für die Belange von Handwerk und Mittelstand sichert nicht nur hunderttausende selbständiger Existenzen, sondern Millionen Arbeitsplätze.

Mit technologischen Leitprojekten wie dem Eurofighter stärken wir den Luft- und Raumfahrtstandort Deutschland und schaffen moderne Arbeitsplätze für junge Techniker und Hochschulabsolventen.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein zu wichtiges Anliegen, um es grünen Ideologen oder weltfremden Fundamentalisten zu überlassen. Umweltschutz ist eine konservative und christliche Kernaufgabe, um die Zukunft künftiger Generationen zu bewahren.

Dazu gehört der Einsatz für die landschafts- und ressourcenschonende bäuerliche Landwirtschaft. In einer Zeit, da die Verbraucher höchste

Qualitätsmaßstäbe an ihre Lebensmittel anlegen, können wir uns in Bayern glücklich schätzen, kleinteilige, naturnahe landwirtschaftliche Strukturen zu haben.

Die CSU ist der Garant der äußeren und inneren Sicherheit. Die Bundeswehr ist für uns die Armee des demokratischen Rechtsstaates. In ihrer vielfältigen Aufgabenstellung - ob als Katastrophenhelfer im Oderbruch oder als Wähler eines noch immer brüchigen Friedens in Bosnien-Herzegowina - verdienen unsere Soldaten unseren Dank und Rückhalt.

Freiheit bedeutet, ohne Angst vor Kriminalität und Gewalt zu leben. Rechtsstaatlichkeit heißt, die Bürger vor Verbrechen zu schützen. Deshalb ist die CSU die wahre Freiheits- und Rechtsstaatspartei in Deutschland.

Zum Schutz der Bürger bedarf es strenger Strafgesetze und deren konsequente Durchsetzung durch die Justiz. Wir brauchen aber auch einen breiten gesellschaftlichen Konsens: Opfer müssen mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung erfahren als die Täter. Wer Gesetze bricht, muß die Konsequenzen tragen - und im Falle krimineller Ausländer ausgewiesen werden. Wir dürfen die Grenzen zwischen Recht und Unrecht nicht verwischen lassen.

6. Europa

Moderner Patriotismus bedeutet, sich für das weitere Zusammenwachsen Europas einzusetzen. Das enge Miteinander der Staaten in der Europäischen

Union sichert nicht nur Wohlstand und Stabilität. Zusammen mit der transatlantischen Partnerschaft ist es Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Sicherheit in Europa.

Mit der Politischen Union Europas und der WWU realisieren wir die politische Vision, die vor 50 Jahren die Gründer der CSU verbunden hat. Zugleich geben wir eine kraftvolle, gemeinsame europäische Antwort auf die Globalisierung.

Bereits im ersten Grundsatzprogramm der CSU vom 31. Oktober 1946 bekennt sich die Partei klar zur Europäischen Einigung. „Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Lebensgemeinschaft. (...) Kein Land Europas kann für sich allein bestehen: Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion! Wir fordern den Abbau der Zollschränken zwischen den einzelnen Staaten Europas.“

Josef Müller wußte: Frieden und Freiheit konnten für Deutschland im Zentrum des Kontinents nur durch europäische Verständigung, Zusammenarbeit und Einigung dauerhaft garantiert werden.

- Der CSU-Vorsitzende hatte den ersten Versuch Stresemanns und Briands scheitern gesehen - mit dem Resultat eines neuen Nationalismus und eines verheerenden II. Weltkriegs.
- Als Verfolgter der Nationalsozialisten lernte er in den Lagern ihre europäischen Geiseln kennen: Den früheren französischen Präsidenten Leon Blum, den österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg

oder den Neffen des russischen Außenministers.

- Die Lehre aus zwei weltgeschichtlichen Katastrophen war für ihn und die Gründergeneration der CSU, künftig nationalstaatliche Machtpolitik zu überwinden und auf deutsche Sonderwege zu verzichten.

Franz Josef Strauß, Alfons Goppel, Fritz Pirkel und viele andere setzten dieses Bekenntnis mit langem Atem in die politische Praxis um.

Als Bundesminister der Finanzen habe ich die Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung von Anfang an mitgestaltet. In diesem Prozeß ist es gelungen, die grundlegenden Prinzipien der deutschen Währungsverfassung und die Stabilitätsphilosophie, der sich die CSU verpflichtet fühlt, in Europa durchzusetzen.

Die harten ökonomischen Kriterien, die im Maastricht-Vertrag für eine weitreichende Konvergenz der Teilnehmerstaaten verankert wurden, haben eine neue europäische Stabilitätskultur geschaffen. Die kürzlich in den Berichten der EU-Kommission und des Europäischen Währungsinstituts vorgelegten Daten über Inflationsraten, Zinsniveau und Haushaltsdefizite machen das deutlich. Staaten, die vor fünf Jahren unter Inflation, hohen Zinsen und übermäßigen Defiziten litten, haben sich uns angenähert oder sind in Teilen besser. Wir erkennen das neidlos an, wenngleich kein anderes Land eine finanzpolitische Herausforderung wie die Einheit Deutschlands schultern mußte.

Die Geldpolitik wird künftig von der Europäischen Zentralbank bestimmt,

deren Vorbild die Deutsche Bundesbank und deren Unabhängigkeit völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben ist. Es gelang, sie in Frankfurt am Main anzusiedeln. Eine für uns symbolische Ortswahl.

Von großer psychologischer Bedeutung ist die Namenswahl der Währung und deren Erscheinungsbild. Mein Vorschlag „Euro“ als ein alle Europäer verbindender Begriff setzte sich ebenso durch, wie die Anregung, auf den Münzen nationale Motive zuzulassen.

Der größte Erfolg ist die Durchsetzung des Stabilitätspaktes. Damit wird die dauerhafte Konvergenz der Finanzpolitiken der WWU-Teilnehmer sichergestellt und die Verletzung der Stabilitätskriterien mit einschneidenden Sanktionen bedacht.

Erst neulich, beim Ecofin in York, habe ich viel Unterstützung für meinen Vorschlag erhalten, die Grundprinzipien des Stabilitätspaktes schon ab 1998 anzuwenden und damit zusätzliches Vertrauen zu schaffen.

Ich stelle heute fest: Die CSU hat eine ihrer ältesten politischen Forderungen realisiert. Das Bundeskabinett hat auf meinen Vorschlag hin nun die Zustimmung zum Start der 3. Stufe der Währungsunion beschlossen.

7. Wo stehen wir?

Die Auguren interessierter Zeitungsredaktionen, soziologischer und politischer Seminare und mancher Meinungsforschungsinstitute prophezeien seit mehr als zwei Jahrzehnten, der Niedergang unserer Partei stehe un-

mittelbar bevor, die Identität zwischen der CSU und ihren Wählern lasse sich nicht länger aufrechterhalten.

Ich nehme solche Ankündigungen mit der entsprechenden christlichen Gelassenheit zur Kenntnis. Denn ich bin gewiß: Die Wählerinnen und Wähler in Bayern entscheiden weit klüger und sachorientierter, als es manche Matadore der politischen Stimmung wahrhaben wollen.

Glaubwürdige, zukunftsfähige Politik muß sich verantwortungsethisch und nicht gesinnungsethisch orientieren. Wer seine Politik auf momentane Stimmungsbilder ausrichtet und den Wählern populistisch nach dem Munde redet, wird über kurz oder lang nicht mehr ernstgenommen.

Josef Müllers Politik und die Anfänge der CSU machen uns heute deutlich, wie wichtig die lebendige Diskussion und Sachauseinandersetzung im Inneren für eine Volkspartei ist - aber auch, wie erfolgsnotwendig ihre Geschlossenheit nach außen ist.

Franz Josef Strauß nannte die falsche Vielstimmigkeit in einer öffentlichen Debatte gern „Kakophonie“ und erkannte in ihr den Urgrund politischer Schwächephasen der Union.

Für die CSU gelten die Worte John F. Kennedys, an die Bezirkstagspräsident Edgar Sitzmann gerne erinnert: „Wenn wir uneinig sind, gibt es wenig, was wir können. Wenn wir einig sind, gibt es wenig, was wir nicht können.“

Wir stehen im September vor einer Richtungswahl, die allenfalls mit den Wahlentscheidungen 1949 oder 1969

vergleichbar ist. Es geht um nichts weniger als Deutschlands und Bayerns Führung in das neue Jahrtausend.

- Die Alternativen sind klar: Helmut Kohl, Theo Waigel und Edmund Stoiber oder der rot/grüne Marsch in eine andere Republik und eine mehr als ungewisse Zukunft.
- Es geht um die klare Entscheidung zwischen Optimismus und Pessimismus, zwischen Zuversicht und lähmender Angst.

Ich bin gewiß: Wenn wir uns auf den kämpferischen Mut Josef Müllers besinnen und an die Kampagnefähigkeit, mit der die CSU in harter Auseinandersetzung seit 50 Jahren Profil und Vertrauen gewinnt, werden wir die Jahrtausendwahlen dieses Jahres erfolgreich bestehen.

8. Schluß

Josef Müller antwortete 1945 dem Papst, der ihn nach seiner Befreiung in Privataudienz empfing, auf die Frage, wie er die Leiden in Gestapohaft und in den KZs durchgehalten habe: „Heiliger Vater, ich habe schwerste Situationen überwunden mit dem, was im Katechismus des kleinen Buben vom Lande drinnensteht. Da stecken

Grundwahrheiten drin.“

Ernst Jünger, 1895 geboren und vor einiger Zeit verstorben, der mit Josef Müller viele Lebenssituationen gemeinsam hatte, sagte vor einigen Jahren auf meine Frage, was er heute unserer Jugend raten würde, zu mir: „Es ist besser in der Hoffnung zu leben als in der Furcht.“

Dies ist der Auftrag der christlichen Frohen Botschaft an die den christlichen Werten verpflichtete Volkspartei CSU:

- JA zu sagen zu den großen Herausforderungen unserer Zeit,
- sich ihnen mutig zu stellen und
- Bayern und Deutschen Perspektiven für das 21. Jahrhundert zu geben.

Wir danken dem Ochsenpapp aus Steinwiesen zum 100. Geburtstag für ein politisches Lebenswerk, das bis heute weiterwirkt: Josef Müller schuf tragfähige politische Grundlagen für eine „neue Zeit“.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß diese „neue Zeit“, die spätere Generationen die glücklichsten Jahrzehnte der deutschen Geschichte nennen werden, die Zeitenwende überdauert.

Schwerpunktthema

SED und PDS: Beiträge zu
Geschichte und Gegenwart
einer sozialistischen Partei

Einführung

Gerhard Hirscher

Vor nun schon fast 9 Jahren ist die DDR zusammengebrochen, hat der revolutionäre Ansturm der demonstrierenden Volksmassen die kommunistische Diktatur implodieren lassen und den Weg für die Wiedervereinigung geöffnet. Doch so sehr sich die Situation im alltäglichen Leben in den neuen Bundesländern verändert hat, so offensichtlich ist auch, daß in den Einstellungen, den Mentalitäten und in den Verhaltensweisen noch Relikte der Diktatur vorhanden sind. Im politischen Bereich sind hierbei vor allem die Einstellungen zu Demokratie und Marktwirtschaft und die Partei zu nennen, die geradezu den politisch verfaßten Gegenpol zur Ausbreitung und tieferen Verankerung demokratischen Gedankenguts darstellt: die PDS.

Wie sehr die PDS in der Traditionslinie der SED steht, verdeutlicht der Artikel von Manfred Wilke. Dort zeigt er, daß führende Personen der PDS im Unterdrückungsapparat der DDR verankert waren und daß diese - und noch andere, auch weniger prominente - aktiv daran gearbeitet haben, ja sogar vom alten Apparat dazu auserkoren wurden, die alte Diktaturpartei SED mit großen Teilen ihrer Ressourcen und Eliten in die neue Zeit hinüber zu retten und daß nicht etwa ein Schlußstrich unter die kommunistische Diktatur durch Auflö-

sung der Partei gezogen wurde. In der Bundesrepublik hat die PDS dazugelernt und ist dabei mittlerweile sogar so erfolgreich, daß sie sich, wie Rüdiger Dambroth zeigt, nach dem erfolgreichen Auftakt in Sachsen-Anhalt Gedanken über weitere Beteiligungen an Kooperationen und Koalitionen machen kann. Es liegt dabei an den anderen Parteien - den potentiellen Kooperationspartnern - ob man der PDS eine Beteiligung an der Macht zubilligt.

Gerade bei kommunistischen Parteien ist der Blick zurück wichtig: Dies zeigt wieder einmal der Beitrag von Olaf Kapfelt, der verdeutlicht, daß - trotz aller Antifaschismus-Rhetorik - sich die SED-Führung nicht scheute, in den ersten Jahren der DDR auch auf Nazi-Aktivisten zurückzugreifen, wenn sie dies für den Aufbau der eigenen Macht für sinnvoll hielt. Der kurze Beitrag von Otto Wenzel ist ein weiterer Beleg für die Abgehobenheit der Spitzenfunktionäre der DDR, die sich trotz der letztlich tödlichen Devisen- und Ressourcenknappheit in den achtziger Jahren für einen Führungsbunker für den Kriegsfall eine höchst luxuriöse Ausstattung genehmigten, von der der normale DDR-Bürger nur träumen konnte. Man sollte vielleicht die PDS von heute häufiger an ihren Taten messen und sie an die Zeit erinnern, als sie noch SED hieß.

Parlamentarische Bündnisbestrebungen von SPD und PDS im Wahljahr 1998

Rüdiger Dambroth

Nach der Fortsetzung des 'Magdeburger Modells' in Sachsen-Anhalt hat die PDS nicht nur Mecklenburg-Vorpommern im Visier für Regierungsbeteiligungen und setzt auf die Akzeptanz durch die SPD.

1. PDS auf parlamentarischer Partnersuche trotz Ablehnung des Systems

Die Wahl der Austragungsorte der letzten drei Parteitage der PDS war kein Zufallsprodukt: Sowohl die 2. Tagung des 4. Parteitages in Magdeburg 1996 sowie die 1. Tagung des 5. Parteitages in Schwerin 1997 als auch die 2. Tagung des 5. Parteitages in Rostock ('Wahlparteitag') 1998 waren bewußt gewählte Standorte, mit denen symbolisch die Zielrichtung der PDS auf Regierungsbeteiligungen angezeigt wurde. Die PDS ist nach acht Jahren ihres Wirkens in der Bundesrepublik bestrebt, aus der verordneten Oppositionsrolle zu schlüpfen und Koalitionen einzugehen. Nach den "Magdeburger Lehrjahren"¹, wie der PDS-Landeschef von Mecklenburg-Vorpommern Hel-

mut Holter das Duldungsmodell in Sachsen-Anhalt nannte, strebt die PDS auch in Mecklenburg-Vorpommern nach den Landtagswahlen am 27. September 1998 eine Teilhabe an der Macht an. Spätestens auf ihrem 5. Parteitag in Schwerin vom Januar 1997 hatte sich die PDS für künftige Regierungsbeteiligungen entschieden.²

Dafür bedarf es jedoch mindestens eines Partners, der die korrespondierende Willenserklärung für ein gemeinsames Bündnis mit den SED-Erben liefert. Wurde die PDS in den Legislaturperioden von 1990-1994 im Bund sowie in den Landtagen überwiegend noch von allen Parteien in eine Art Quarantänezustand versetzt, so schwinden nur wenige Jahre später die Berührungsängste nicht nur bei den Grünen, sondern auch in den Reihen des wichtigsten Bündnispartners der PDS - der SPD - selbst auf höchster Ebene, obgleich gerade der jüngste Parteitag der SED-Nachfolger in Rostock vom April 1998 jeden demokratischen Akteur im Parteiensystem von jeglichen Kooperationsüberlegungen mit der PDS abgeschreckt haben mußte.

Der Parteitag in Rostock hat den anti-kapitalistischen Charakter der PDS sowie ihre Gesinnung „zurück zu den kommunistischen Wurzeln“³ mehr als verdeutlicht. Die PDS hat sich längst nicht von ihrer DDR und SED-Vergangenheit gelöst, von einer ‘Modernisierung der PDS’ konnte keine Rede sein - im Gegenteil, weiterhin üben die ‘Kommunistische Plattform’, die ‘Jungen GenossInnen’ sowie das ‘Marxistische Forum’ innerhalb der PDS wichtige Flügelintegrationsfunktionen für Traditionalkommunisten, DDR-Nostalgiker und linksextremistische Strömungen gerade in Westdeutschland aus. Des weiteren mußte sich die PDS die ohnehin gescheiterte Westausdehnung eingestehen. Darüber hinaus verdeutlichte vor allem die Rede von Hans Modrow einmal mehr die wahren Ziele der SED-Erben: Er fordert für dieses Land „eine Fraktion der PDS im Bundestag ..., die nicht leise tritt und brav ist, sondern sich als revolutionäre sozialistische Partei versteht und als solche wirkt“.⁴

Wenige Wochen später bezeichnete die PDS die im Juni 1998 vorgelegten Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur ‘Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit’ sowie die Titulierung der DDR als ‘Unrechtsstaat’ als „parteilich motivierte Geschichtsfälschung“ und warf der Kommission unter Vorsitz von Rainer Eppelmann eine „Verketzerung der demokratischen Linken“ vor.⁵ Die PDS-Führung ist sich dabei durchaus der Diskrepanz zwischen beabsichtigtem demokratischen Antlitz bei gleichzeitiger ideologischer Rückwärtsge wandtheit bewußt. Insbesondere Spitzenpolitiker der PDS versuchen dies

auf Bundes- und Landesebene seit einiger Zeit mit dem politischen Instrument „Sprache im Wahlkampf“ zu kaschieren. In einer Analyse zum Wählerpotential der PDS stimmte Wahlkampfleiter André Brie seine Genossen bereits im Herbst 1996 auf den bevorstehenden „Wahlkampf der Begriffe“ ein: Zum Beispiel solle weniger vom „Umstürzen von Verhältnissen“, sondern eher „von einem Beitrag der PDS zu einem weitreichenden Werte- und Einstellungswandel in Deutschland“ gesprochen werden.⁶ An der dahinter stehenden Intention ändert dies allerdings nichts. Die zunehmende populistische Instrumentalisierung des Grundgesetzes für sozialistische Ideale durch die PDS geht so weit, daß der rechtspolitische Sprecher der PDS Bundestagsgruppe und Mitglied des Marxistischen Forums Uwe-Jens Heuer den Rechtsstaat für „einen historischen Fortschritt“ hält, gleichzeitig aber der Enquete-Kommission mit ihren Ergebnissen zum SED-Unrecht eine „erschreckende Auffassung zum Rechtsstaat“ attestierte.⁷ Mit dieser Inanspruchnahme verfassungsrechtlicher Urteilsfähigkeit verfolgt die PDS das strategische Ziel, in der Außendarstellung Grundgesetzkonformität zu dokumentieren und im Hinblick auf parlamentarische Partnersuche Koalitionsfähigkeit zu signalisieren.

Die „SED- und MfS-Beständigkeiten in bezug auf die Verantwortlichen“⁸ sowie die anhaltende Verharmlosung der von der SED zu verantwortenden Verbrechen in der DDR bleiben jedoch Indizien für den antidemokratischen Charakter der PDS und sprechen gegen eine bereits vollzogene Wandlung der SED-Erben hin zu einem positiven Verhältnis gegenüber der Staats- und Wirt-

schaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem wurde die PDS durch das 'Magdeburger Modell' in den Rang einer „Gelegenheitsregierungspartei“ gehievt. Gerade deshalb richtet sich der Blick auf die strategische Situation der PDS im parlamentarischen Parteiensystem. Ins Blickfeld gerät dabei insbesondere die Haltung der SPD gegenüber der PDS. Die Neuaufgabe des 1994 ins Leben gerufenen Tolerierungsmodells einer SPD-Minderheitsregierung unter Duldung der PDS in Sachsen-Anhalt und seine mögliche Übertragung auf weitere Landtage verlangt besondere Aufmerksamkeit. Ähnlich wie vor der Bundestagswahl 1994 war im Wahljahr 1998 wiederum die Kooperationsbereitschaft der SPD mit der PDS in Sachsen-Anhalt Auslöser sowie greifbare Grundlage für eine erneute Wahlkampfführung der CDU/CSU für den Bundestagswahlkampf 1998, in dem abermals die Warnung vor einem potentiellen Linksbündnis zwischen SPD und Grünen mit direkter oder indirekter Unterstützung durch die PDS einen wesentlichen Eckpunkt darstellt. Den nachfolgend geschilderten parlamentarischen Bündnisentwicklungen zwischen SPD und PDS in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wird daher eine über ihre Grenzen hinausgehende Bedeutung zugemessen.

2. SPD und Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt als treibende Kraft für die Neuaufgabe des 'Magdeburger Modells'

Die Konturen einer Fortsetzung des Tolerierungsmodells in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl im April 1998 zeichneten sich bei SPD und PDS be-

reits Mitte der letzten Legislaturperiode ab. Ende November 1996 überstand die rot-grüne Minderheitsregierung unter Reinhard Höppner das von der CDU-Fraktion gegen den Ministerpräsidenten angestrebte Mißtrauensvotum nur mit Hilfe des Stimmverhaltens der PDS. Christoph Bergner war jedoch keineswegs niedergeschlagen und stellte fest: „Wir haben jetzt Klarheit und wissen einmal mehr, daß die SPD in Sachsen-Anhalt auf politischem Kurs gemeinsam mit der PDS ist.“⁹ Das Mißtrauensvotum gegen Höppner mußte im Zusammenhang mit dem von der CDU-Fraktion angestrebten Organstreitverfahren¹⁰ vor dem Landesverfassungsgericht in Dessau gewertet werden, in dem es um die mögliche Aberkennung des Oppositionsstatus der PDS ging, da diese nach Auffassung der CDU die SPD Minderheitsregierung dauerhaft stützte. Die PDS durfte sich nach der Urteilsverkündung weiterhin 'Opposition' nennen, wodurch sich auch die SPD eine Entlastung permanenter Rechtfertigungszwänge in bezug auf die mehr als fakultative Kooperation mit der PDS erhoffte.

Die gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der CDU nach der Landtagswahl vom April 1998 sowie die Beurteilungen Höppners, die PDS sei in den vergangenen vier Jahren ein verlässlicher Partner gewesen, lassen das Urteil von 1997 sowie die damaligen Prozeßaussagen der SPD - es hätte keinerlei Absprachen mit der PDS gegeben - retrospektiv in einem zumindest zweifelhaften Licht erscheinen. Damals war das Urteil zum Oppositionsstatus der PDS unter anderem mit dem Hinweis ergangen, daß das Abstimmungsverhalten bei geheimer Wahl

nicht einzelnen Fraktionen zugeordnet werden könnte. In jedem Fall stellt dann die mit PDS-Stimmen im ersten Wahlgang erfolgte Kür Höppners zum Ministerpräsidenten am 26. Mai 1998 (Höppner erhielt 67 von 112 der abgegebenen Stimmen, die SPD verfügt nur über 47 Sitze) den Oppositionsstatus der PDS in Frage. Diesmal bekundete die PDS öffentlich, daß sie mit mehr als einem Bein im Regierungsboot der SPD Platz nehmen will.¹¹ Die PDS-Landeschefin Rosemarie Hein geht davon aus, daß ihre Partei die SPD in der Regierungsarbeit aktiv unterstützen werde.¹² Schon die Aussagen der SPD auf ihrem Landesparteitag Anfang 1998 korrespondierten mit den Intentionen der PDS, die zumindest das 'Magdeburger Modell' fortsetzen und als 'Exportschlager' für die anderen Ost-Bundesländer sowie den Bundestag vermarkten wollte. Für den 'Notfall' mochte man sich jedoch keineswegs der Option einer direkten Regierungsbeteiligung verschließen.¹³

Obleich sich Reinhard Höppner vor der Wahl 1994 eine tolerierende PDS „nicht vorstellen“ konnte,¹⁴ rechtfertigte er damals seine Entscheidung nach der Wahl mit der Absicht, die PDS durch diese partielle Einbindung 'entzaubern' zu wollen.¹⁵ Dieses Bestreben scheiterte kläglich, denn die PDS-Genossen feierten 1998 bei nur geringen Verlusten gegenüber 1994 ihre Stagnation bei knapp 20% Stimmenanteil. Anders als Erwin Teufel, der in der letzten Legislaturperiode in Baden-Württemberg eine Minderheitsregierung ebenso wie die Zusammenarbeit mit den extremistischen Republikanern strikt ablehnte und eine Große Koalition mit der SPD einging, hat sich Reinhard Höppner erneut in die Ab-

hängigkeit einer „mehr extremistisch als demokratischen“¹⁶ PDS begeben. Christoph Bergner konstatierte, daß die SPD in Sachsen-Anhalt der SED-Nachfolgepartei den Vorzug gegenüber der Partei der Deutschen Einheit gibt.¹⁷ Außerdem hat Höppner damit ein weiteres Mal das Bestreben nach klarer parlamentarischer Rollenverteilung von Opposition und Regierungsmehrheit ignoriert. Die desolante Haushaltssituation und die Verzögerungen der Verhandlungen zum Landes-Etat 1999 sind dem Vertrauen in die Magdeburger Parlamentsarbeit abträglich. Sie verdeutlichen nur wenige Wochen nach der Landtagswahl die von den Sozialdemokraten eigens verursachte und sich zu Lasten des Landes auswirkende Abhängigkeit der SPD von der PDS. In der Logik der Minderheitsregierung liegen die kaum konkrete Regierungsprogrammatische sowie lähmende interfraktionelle Mehrheitsfindungen begründet.

Zunächst schien es so, als ob sich Höppner den aus der Bonner SPD-Parteizentrale vorgegebenen Strategievorstellungen hinsichtlich der Bundestagswahl unterordnen müßte. Für Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine kam eine Neuauflage des 'Magdeburger Modells' diesmal angeblich nicht in Frage, könnte damit doch einer erneuten 'Rote-Socken-Kampagne' der Union auf Bundesebene Vorschub geleistet werden, die 1994 den Negativtrend der Bundes-SPD eingeleitet hatte.¹⁸ Als Höppner nach der Unterredung mit der Bonner Parteizentrale auch angesichts des Wahlerfolges der DVU den Weg in eine Große Koalition einschlug, warf Gregor Gysi ihm Wortbruch vor. Außerdem hagelte es Proteste aus den eigenen Reihen. Unter den

zahlreichen SPD-Positionspapieren für eine Fortführung der Zusammenarbeit mit der PDS und gegen eine politische Ehe mit der CDU war auch ein von Sachsen-Anhalts Bauminister Jürgen Heyer (SPD) unter dem Motto 'Kurs halten - Kohl ablösen' vorgelegtes Pamphlet. Es gleicht einer Minimalausführung der 'Erfurter Erklärung', denn neben SPD-Fraktionsmitgliedern befinden sich zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre unter den Erstunterzeichnern, deren Hauptgegner die 'Kohl-Union' - nicht aber die PDS - ist. Passend dazu startete die IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bezirksverband Magdeburg, einen später auf alle Bezirksverbände der IG Bau ausgeweiteten Aufruf gegen eine Große Koalition. Nach Angabe des SPD-Fraktionsmitgliedes Rainer Metke haben zudem die Landesvorsitzenden aller Einzelgewerkschaften in Sachsen-Anhalt ihm deutlich die Marschroute für Koalitionsgespräche mit auf den Weg gegeben: Absage an eine Große Koalition mit der CDU.¹⁹ Schon bevor das erste Wort in den Gesprächen zwischen SPD und CDU gesprochen war, wies Höppner zwei Tage nach der Landtagswahl auf einer Pressekonferenz in Magdeburg auf die CDU als den Schuldigen für eventuell scheiternde Koalitionsgespräche hin. Höppner war es dann auch, der den Christdemokraten eine unüberbrückbare Bedingung stellte und damit die Koalition mit der CDU torpedierte. Gemeinsam sollten laut einer Tischvorlage der SPD zwischen den „drei demokratischen Parteien im Landtag“ (gemeint waren SPD, CDU und PDS) verbindliche Absprachen zur Bekämpfung der DVU getroffen werden.²⁰

Reinhard Höppner widersetzte sich den strategischen Interventionen aus

der Bonner Baracke und folgte mit der Fortsetzung der SPD-PDS Liaison seiner bereits vor der Wahl geäußerten Intention sowie dem Druck der eigenen Landtagsfraktion und den Gewerkschaften. Danach vollzog plötzlich auch die Bonner SPD eine argumentative Kehrtwendung und rechte fertigte die Entscheidung ihres Magdeburger Landesfürsten. Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering sprach sogar davon, daß er sich ähnliche Duldungsmodelle ebenso für Mecklenburg-Vorpommern wie für Thüringen vorstellen könnte.²¹ Kritiker dieses 'Dammbruchs'²² gegenüber parlamentarischen Bündnissen mit der PDS, deren Gliederungen im Verfassungsschutzbericht des Bundes sowie nahezu aller Länder unter linksextremistischen Bestrebungen behandelt werden, und die zu Lasten der inneren Einheit das Vertrauen in das repräsentativ-parlamentarische Regierungssystem untergraben will, weisen schon seit längerer Zeit auf eine schleichende Auflösung des in der Bundesrepublik bislang erfolgreich von allen demokratischen Parteien praktizierten anti-extremistischen Konsens hin.²³

Die PDS verfolgte bis zur Duldungsentscheidung berechnend einen Zickzackkurs: Sie bot Höppner Unterstützung ohne Vorbedingungen und notfalls auch ein 'Zeitspiel' an,²⁴ obgleich die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte vor der Wahl noch vollmundig von vertraglich festzulegenden Bedingungen für eine Fortsetzung der Tolerierung gesprochen hatte. Die Absichtserklärungen vor der Wahl sowie die für die CDU inakzeptable Tischvorlage verstärkten den Eindruck, daß Reinhard Höppner einen Vorwand gesucht und gefunden hat, um das Pendel zu-

gunsten der SED-Nachfolger ausschlagen zu lassen und sich weiterhin von der für ihn „demokratischen und im Osten tiefverwurzelten PDS“²⁵ tolerieren zu lassen.

3. Folgt dem 'Magdeburger' das 'Schweriner Modell'?

Ebenso wie die Annäherung von SPD und PDS in Sachsen-Anhalt hat analog dazu auch die Bündnisentwicklung der Sozialdemokraten hin zur PDS in Mecklenburg-Vorpommern eine Vorgeschichte: Beinahe wäre es 1996 bereits zu einer SPD-PDS Koalition in Mecklenburg-Vorpommern gekommen. Der SPD-Landeschef Harald Ringstorff wollte die Große Koalition u.a. im Wege der Vulkan-Krise beenden und ein Bündnis mit der PDS eingehen. Nach Intervention u.a. von Johannes Rau verhinderte SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering dies durch ein Gespräch mit den Schweriner Genossen.²⁶ Danach konnte man den Eindruck gewinnen, daß sich in der PDS-Frage eine breite innerparteiliche Front gegen Harald Ringstorff formiert hatte. Im 'Güstrower Kreis' schlossen sich SPD-Mitglieder zusammen, die im Gegensatz zum 'Warener Kreis' eine Zusammenarbeit der SPD mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern strikt ablehnten und als „nicht akzeptabel“ bezeichneten.

Doch auf dem Sonderparteitag der Landes-SPD Ende 1996 in Kühlungsborn hielten sich die Protagonisten des 'Güstrower Kreises', Justizminister Rolf Eggert und der Bundestagsabgeordnete Hans Joachim Hacker, allerdings zurück. Von einem zuvor beabsichtigten Abgrenzungsbeschluß gegenüber

der PDS war keine Rede mehr. Verabschiedet wurde letztlich ein Strategiepapier, welches Ringstorff den erhofften Handlungsfreiraum für zukünftige Koalitionen mit auf den Weg gab. Nach der 'Kühlungsborner Erklärung' sollte die Auswahl eines potentiellen Koalitionspartners für 1998 „nach sachlichen Kriterien und in Abhängigkeit vom erzielten Wahlergebnis erfolgen“. Eine Koalitionsaussage lehnte die SPD bis zur Landtagswahl ab.²⁷ Aufschluß über die in diesem Beschluß nicht näher genannten 'sachlichen Kriterien' für die Auswahl eines Koalitionspartners kann der Blick in den Leitantrag zum Sonderparteitag geben, in dem deutliche Hinweise auf die PDS zu finden sind. Dazu gehören unter anderem die Frage nach

- programmatischen Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns sowie
- die Frage nach dem Einfluß von Minderheiten in der Mitgliedschaft anderer Parteien, die das Grundgesetz ablehnen.²⁸

Harald Ringstorff ist aus dem offenen Richtungsstreit im SPD-Landesverband, dessen Ausgang für Beobachter eine Signalwirkung für ganz Ostdeutschland hatte,²⁹ als klarer Sieger hervorgegangen. Ringstorff wurde am 23. Februar 1997 per Urwahl gegen zwei selbst im eigenen Landesverband relativ unbekannt Kandidaten von der SPD-Basis mit 79,94% der abgegebenen Stimmen zum Spitzenkandidaten der SPD für die nächsten Landtagswahlen 1998 in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Spätestens danach deutete der Weg der SPD klar in Richtung PDS, denn diese Wahl galt als

eine Art 'Richtungsentscheidung' über die Frage nach einer möglichen Koalition mit der PDS. Einer der Gegenkandidaten Ringstorffs, Bruno Schuckmann, trat für eine strikte Abgrenzung gegenüber der PDS ein. Ganz anders der gewählte Ringstorff. In ersten Stellungnahmen nach seinem innerparteilichen Wahlsieg wies er auf sein Ziel für 1998 hin: Es könne nun mit Elan für die Beendigung der Großen Koalition aus CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern nach 1998 gearbeitet werden. Für Ringstorff ging es bei dieser Wahl darum, wer für die SPD Ministerpräsident werden soll.³⁰ Und dieses Ziel kann er als Spitzenkandidat der gegebenenfalls zweitstärksten Partei nur mit der PDS erreichen. PDS-Chef Helmut Holter begrüßte, daß sich in der SPD diejenigen durchgesetzt hätten, die für eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern nach den Landtagswahlen 1998 offen seien. Im Gegenzug lobte der SPD-Landesvorsitzende die wenige Wochen später gefaßten Beschlüsse des 5. Parteitages der PDS vom Januar 1997 in Schwerin als eine „Abkehr von der populistischen Seite der PDS“, während die Entscheidungen der PDS von nahezu allen anderen Politikern verschiedenster Couleur mit den Vokabeln 'realitätsfern', 'Bluff' und 'demokratiefeindlich' bezeichnet wurden. Helmut Holter konnte sich im vergangenen Jahr auch bei einem gescheiterten Abwahlenantrag der CDU gegen ihn als Vorsitzenden des Treuhanduntersuchungsausschusses auf die Unterstützung der SPD verlassen, als ihm vorgeworfen wurde, wesentlich einen durch die Sicherheitsüberprüfung gefallenen Mitarbeiter weiterbeschäftigt zu haben.

Der innerparteiliche Widerstand gegen Ringstorffs PDS-Kurs ist inzwischen

verstummt. Die Protagonisten des 'Güstrower Kreises' haben inzwischen die Rolle rückwärts vollzogen und sind angeblich niemals gegen eine Tolerierung einer SPD-Regierung durch die PDS gewesen, außerdem seien nach Auskunft von SPD-Justizminister Rolf Eggert wesentliche Unterschiede zwischen der PDS-Programmatik und den SPD-Vorstellungen ohnehin nicht erkennbar.³¹ Ringstorff legt großen Wert darauf, daß er sich diesmal im Einklang mit der Bundespartei bewegt.³² Außerdem kann sich der SPD-Landeschef offenbar ebenso wie Höppner in Sachsen-Anhalt auf die Unterstützung der Gewerkschaften verlassen. Der dortige Landesvorsitzende des DGB, Peter Deutschland, machte sich bereits für ein Regierungsbündnis aus SPD und PDS stark.³³

Mit 95% der Stimmen bestätigte der SPD-Wahlparteitag in Torgelow Anfang Juni 1998 Harald Ringstorff als Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 27. September. Diesmal wolle er den Machtwechsel durchsetzen.³⁴ Wenige Wochen zuvor bekräftigte Ringstorff die Absicht der Landes-SPD, keine Koalitionsaussage vor der Wahl zu treffen. Man dürfe keine Partei von vornherein ausschließen. Die PDS hätte zumindest schon etwas von den an sie gestellten Bedingungen abgearbeitet.³⁵ Gregor Gysi bekräftigte seinerseits auf einer Wahlkampf tour durch Mecklenburg-Vorpommern Anfang 1998 den Regierungswillen der PDS im Nordosten Deutschlands.³⁶ Die CDU mußte ihrerseits bereits in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Abstimmungsniederlagen gegen den eigenen Koalitionspartner im Schweriner Landtag einstecken, da die Sozialde-

mokraten gemeinsam mit der PDS stimmten.³⁷

4. Resümee und Ausblick

Ganz im Sinne einer Analyse über die SPD im Wahljahr 1998, die u.a. vom stellvertretenden Parteivorsitzenden der PDS Wolfgang Gehrcke erstellt wurde, vollzieht die PDS in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern exemplarisch ihre Strategie zur Ausweitung ihres Einflusses. Danach soll „die generelle Haltung der PDS gegenüber der SPD - für ein konstruktives Verhältnis und Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Betonung der eigenen Positionen (...) fortgesetzt werden“.³⁸ Eben mit diesem Wortlaut hat die PDS-Fraktionsvorsitzende Petra Sitte die weitere Zusammenarbeit mit der SPD in Sachsen-Anhalt umschrieben. In jedem Fall sieht die PDS in der SPD ihre Hauptkonkurrenz um Wählerstimmen.³⁹ Die SED-Nachfolger verfolgen weiterhin das offensive Verdrängungskonzept und bauen vor allem auf linke Sozialdemokraten.

Die SPD steht in der Verantwortung, ihren demokratischen Integrationspflichten im linken Parteienspektrum nachzukommen. Allerdings ist es ein Unterschied, ob man sich um die Wähler bemüht - vor einer Wahl -, oder ob man sich zum Zwecke des Machterwerbs der bereits gewählten Fraktion einer noch immer demokratiefeindlichen Partei bedient. Auch Harald Ringstorff scheint sich für letztere Variante entschieden zu haben. Nicht nur, weil dies der einfachere Weg ist, sondern auch weil er sich nach eigener Aussage nicht von anderen vorschreiben lasse, was Demokra-

tie ist. Darüber werde sich die SPD-Mecklenburg-Vorpommern selbst ein Urteil bilden.⁴⁰ Solche Äußerungen der SPD lassen allerdings ein demokratisches gesamtgesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein vermissen. Die PDS läßt sich nicht durch Ummarmungsstrategien zähmen, wie das Magdeburger Beispiel deutlich gemacht hat.

Dennoch setzt ebenso wie Reinhard Höppner und Harald Ringstorff auch der SPD-Landesvorsitzende in Thüringen, Richard Dewes, auf 'Enttabuisierung' der PDS. Die Entscheidung über eine Zusammenarbeit der SPD mit der PDS werde nach den Landtagswahlen 1999 in jedem Fall in Erfurt und nicht in Bonn gefällt.⁴¹ Ob der Lafontaine-Intimus 1999 auf Widerstand aus der Bonner Baracke stoßen wird, ist höchst zweifelhaft. Unterstützung erhalten die SPD-Regierungsanwälter von den Gewerkschaften, die das parteipolitische Neutralitätsgebot im Wahljahr 1998 aufgegeben haben und damit auch der auf Verknüpfung von außer- und innerparlamentarischem Akzeptanzausbau zielenden Bündnisstrategie der PDS in die Hände arbeiten.

Oskar Lafontaine betonte, daß die SPD im Falle eines Wahlsieges im Herbst 1998 in Bonn eine 'stabile Regierung' bilden werde. Doch diese Redewendung ist seit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom April mit mehreren Fragezeichen behaftet, denn auch Reinhard Höppner versäumte es, in keinem Statement nach der Wahl, seine Absicht zur Bildung einer 'stabilen Regierung' zu bekunden. Die PDS hat bereits mehrfach betont, daß ihre Bundestagsfraktion einen zur Wahl stehenden SPD-Kanzlerkandidaten

Schröder wählen würde.⁴² Nach einer Allensbach-Umfrage glauben 62% der Deutschen, daß Schröder trotz der SPD-Dementis nicht auf PDS-Stimmen verzichten wird.⁴³ Wolfgang Thierses Thesen⁴⁴ zum Umgang mit der PDS sowie die geschilderten Entwicklungen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lassen zudem ein offizielles Festhalten der SPD an der 'Dresdner Erklärung'⁴⁵ zur Farce werden.

Die PDS-Führung hat längst die Bedeutung von Koalitionsbereitschaft für eine längerfristige Akzeptanz der PDS und damit ein Überleben im Parteiensystem erkannt. Wenn auch nicht auf Bundesebene, so scheint die PDS ihren Partner für Regierungsbeteiligungen nach zwei Legislaturperioden in den ostdeutschen Bundesländern mit der SPD gefunden zu haben. Doch weder der innerparteiliche Klärungsprozeß zur DDR- und SED-Vergangenheit noch das Bekenntnis der PDS zum demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik bei gleichzeitiger Abwendung vom Unrechtsstaat DDR waren dafür ausschlaggebend, sondern lediglich der 'Faktor Zeit' sowie die Aussicht auf gemeinsame Mehrheiten. Daher drängt sich der Eindruck auf, daß Harald Ringsdorf, Reinhard Höppner und Richard Dewes der PDS zum Selbstzweck ein positives Zeugnis ausstellen. Denn sie begreifen die PDS als Machtfaktor für Koalitionsoptionen im Parteiensystem und erhalten dafür nun auch den offiziellen Freibrief aus Bonn. Wenn Meinungsforscher mit dem expliziten Hinweis auf >Magdeburg< drei Monate vor der Bundestagswahl der PDS eine angebliche 'neue Wichtigkeit'⁴⁶ zuschreiben, ist dies im Kausalzusammenhang mit dem Hofieren durch die SPD in den Ländern zu erklären.

Wer sich jedoch in die Abhängigkeit der PDS begibt, deren Mitglieder zu 90% bereits der SED angehörten, macht sich bewußt oder unbewußt mitschuldig an der Verhöhnung der Opfer des SED-Regimes,⁴⁷ zumal die PDS jegliche Stasiaufklärung sowie den Verfassungsschutz am liebsten ganz abschaffen würde. Unverblümt provozierte die PDS jüngst alle Demokraten im Landtag von Sachsen-Anhalt, indem sie eine ehemalige Stasi-Informantin ausgerechnet für den Rechts- und Verfassungsausschuß als Vorsitzende benannte. Nur CDU und SPD haben gemeinsam die Möglichkeit, dies in einem Abwahlverfahren zu revidieren.

Die PDS-Koalitionsbereitschaft bewegt sich bis zum 27. September 1998 weiterhin im strategischen Kalkül der SPD. Vieles deutet darauf hin, daß SPD und PDS in Sachsen-Anhalt nach der Bundestagswahl in Koalitionsverhandlungen eintreten werden. In Mecklenburg-Vorpommern, wo die Landtagswahl auf den Tag der Bundestagswahl fällt, bestehen die strategischen Ressentiments offenbar ohnehin nicht. Dabei zeigt die planvolle Anlehnung der PDS an programmatische Forderungen anderer Parteien ihre eigene Hilflosigkeit und Unfähigkeit für die Erarbeitung konstruktiver Politikansätze. Gleichzeitig ist es der verzweifelte Versuch der PDS, durch Regierungsbereitschaft ihre parlamentarische Lebensdauer zu verlängern. Weiterhin ist der innerdeutsche Ost-West-Konflikt dabei ihr Überlebenselixier. Wer aus Machtkalkül den Konflikt mit der Nachfolgeorganisation der diktatorischen Staatspartei SED scheut, sieht sich der Kritik ausgesetzt, der inneren Einheit in

Deutschland einen Bären dienst zu erweisen.

Die Solidarität der Demokraten hätte es erfordert, daß Reinhard Höppner in Sachsen-Anhalt eine Koalition mit der CDU eingeht, schon um keine 'falschen Fronten' aufzubauen.⁴⁸ Bei einem derartigen Wahlergebnis (PDS und DVU verfügen zusammen über mehr als ein Drittel der Mandate) ist eine Große Koalition keine politische Mesalliance. Denn die Geschichte der Bundesrepublik hat gezeigt, daß extremistische Kräfte nicht mit dem Gegengewicht von rechts oder links bekämpft werden können, sondern

nur durch die Sogwirkung sowie die Integrationskraft der Mitte. Die verantwortlichen Personen für eine Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern haben die Chance, den Fehler von Magdeburg nicht zu wiederholen und demokratiefeindliche Tendenzen ins Abseits zu drängen. Es wäre paradox, wenn ein gesamtdeutsch agierender Koalitionspartner der von Verteilungskämpfen in Deutschland und den innerdeutschen Ost-West-Konflikt zehrenden PDS das Zertifikat für Koalitionstauglichkeit ausstellt und damit ihren Einfluß gegen ein zügiges innerdeutsches Zusammenwachsen auf den Bundesrat ausweitet.

Anmerkungen

¹Vgl. Thoralf Clevén, Parteispitze liebäugelt mit der Macht, in: Ostsee-Zeitung vom 18. Januar 1997.

²Vgl. Rüdiger Dambroth, Der 'PDS Richtungsstreit' und die Strategie der PDS bis zu ihrem 5. Parteitag, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 3/1997, S. 106-119.

³Vgl. Viola Neu, Zurück zur SED, in: Die politische Meinung Nr. 343/Juni 1998, S. 51-56.

⁴Vgl. Hans Modrow, Für eine kompetente und mutige Fraktion im Bundestag, in: Disput Nr. 4/98, S. 2-5.

⁵Vgl. Gemeinsame Presseerklärung des Parteivorstandes und der Bundestagsgruppe der PDS zum Schlußbericht der Enquete-Kommission 'Deutsche Einheit' des 13. Deutschen Bundestages, Bonn und Berlin, 17. Juni 1998.

⁶Vgl. André Brie/ Michael Chrapa, Wählerpotential der PDS: Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten, Berlin, 21. November 1996.

⁷Vgl. Pressemitteilung von Uwe-Jens Heuer über die Homepage der PDS im Bundestag Nr. 2244 vom 18. Juni 1998.

⁸Vgl. Patrick Moreau, Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), München 1998, S. 284.

⁹Zitiert nach 'Zitat der Woche', in: "Rheinischer Merkur" Nr. 48, vom 29. November 1996.

¹⁰Vgl. die Schriftsätze zum Organstreitverfahren 'CDU-Fraktion gegen Landtag von Sachsen-Anhalt' LVG 1/96, vom 15.08.96, 22.10.96, 4.11.96 sowie die Anträge im Organstreitverfahren vom 14. 02.96 und 22.10.96.

¹¹Vgl. "Höppner wurde mit PDS-Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt", in: Magdeburger Volksstimme vom 27. Mai 1998.

¹²Vgl. Katrin Pohl, Die Zickzack-Taktik der PDS in Sachsen-Anhalt, in: Berliner Morgenpost vom 16. Mai 1998.

¹³Vgl. Marc Rath, "Für den nächsten Landtag darf's auch etwas mehr sein...", in: Magdeburger Volksstimme vom 26.01.1998.

¹⁴Vgl. Axel Brückom, Jenseits des >Magdeburger Modells<, in: Eckhard Jesse/ Uwe Backes (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jg. 9, Baden-Baden 1997, S. 174-187.

¹⁵Vgl. Ute Semkat, Die Entzauberung der PDS blieb aus, in: Die Welt vom 31. März 1998.

¹⁶Vgl. Jesse, Eckhard: Kein verheißungsvolles Szenario für Schröder, in: Die Welt vom 31.03.98.

- ¹⁷Vgl. Dieter H. Michel, Scharfe Kritik an PDS-tolerierter Regierung, in: Das Parlament Nr. 27 vom 26. Juni 1998, S. 13.
- ¹⁸Vgl. Michael Grüter, Bonner SPD erlaubt Höppner keine Spielereien mit der PDS, in: Neue Presse vom 28. April 1998.
- ¹⁹So Rainer Metke in einem Interview für die 'heute-Nachrichten' (ZDF) vom 28. April 1998.
- ²⁰Vgl. Tischvorlage der SPD für die 1. Sitzung der Verhandlungsgruppe von SPD und CDU am 8. Mai 1998.
- ²¹Vgl. SPD. 'Magdeburger Modell' Vorbild für den Osten, in: Berliner Morgenpost vom 14. Mai 1998.
- ²²Vgl. Oliver Michalsky, Dammbbruch im Osten, in: Berliner Morgenpost vom 16. Mai 1998.
- ²³Vgl. Eckhard Jesse, Das Parteiensystem nach der Bundestagswahl 1994, in: Gerhard Hirscher (Hrsg.): Parteidemokratie zwischen Kontinuität und Wandel, München 1995, S. 33-63.
- ²⁴Vgl. Holger Becker, Nach Landtagswahl in Sachsen-Anhalt: PDS bietet Zeitspiel an, in: junge Welt vom 28. April 1998.
- ²⁵Reinhard Höppner im Interview: Herr Höppner, wollen Sie den Wahlsieg der SPD sabotieren?, in: Stern Nr. 21/98 vom 14. Mai 1998.
- ²⁶Vgl. Rainer Lingenthal, „Ich arbeite für den Wechsel“, in: Wochenpost Nr. 19 vom 2. Oktober 1996.
- ²⁷Vgl. 'Kühlungsborner Erklärung'. Beschlossen auf dem Sonderparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommerns am 30. November 1996 in Kühlungsborn.
- ²⁸Vgl. Leitantrag für den Sonderparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommerns am 30. November 1996 in Kühlungsborn, Beschluß des Landesvorstands der SPD vom 26.10.96.
- ²⁹Vgl. Christoph Seils, Mit der PDS an die Macht, in: 'Wochenpost' Nr. 49, vom 28. November 1996.
- ³⁰Vgl. Vorwärts-Regional der SPD in Mecklenburg-Vorpommern Nr. 2/97.
- ³¹Vgl. Sven Bernitt, SPD, PDS und das eine Ziel: die 'Toalition' in Schwerin, in: Welt am Sonntag vom 21. Juni 1998.
- ³²Vgl. Adalbert Zehnder, Schweriner Modell baut auf die PDS, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Mai 1998.
- ³³Vgl. „PDS keine Gefahr für die Demokratie“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Mai 1998.
- ³⁴Thomas Volkmann, Ringstorff fordert das Ende der Großen Koalition, in: Schweriner Volkszeitung vom 2. Juli 1998.
- ³⁵Vgl. Stefan Koslik, SPD: Keine vorgezogenen Koalitionsgespräche, in: Schweriner Volkszeitung vom 14. Juni 1998.
- ³⁶Vgl. „Gysi: Regierungsbündnis mit der PDS im Nordosten scheidet nicht an Autobahn“, in: Nordkurier vom 22. Januar 1998.
- ³⁷Vgl. Thomas Volkmann, Firmen sollen Abgabe für Lehrstellen bezahlen, in: Schweriner-Volkszeitung vom 26. Juni 1998 und ders., Hilfspolizisten blieben im Landtag auf der Strecke, in: Schweriner-Volkszeitung vom 27. Juni 1998.
- ³⁸Vgl. „Dokumentation: Der soziale Sprengstoff bleibt“, in: Neues Deutschland vom 8. Juni 1998.
- ³⁹Vgl. Armin Fuhrer, PDS-Strategen schmieden Koalitionspläne im Osten, in: Die Welt vom 30. Juni 1998.
- ⁴⁰So Harald Ringstorff in der Sat1-Ferhsendung "Talk im Turm" vom 24. Mai 1998.
- ⁴¹Vgl. Richard Dewes, Die Entscheidung fällt in Erfurt, in: 'Disput' Nr. 9/ 96, S. 22-24.
- ⁴²Vgl. PDS-Chef hält Koalition mit SPD für möglich, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 7. Juni 1998.
- ⁴³Vgl. „Mehrheit glaubt an PDS-Stimmen für Schröder“, in: Berliner Morgenpost vom 2. Juli 1998.
- ⁴⁴Vgl. Wolfgang Thierse, „SPD kann Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen“, in: Frankfurter Rundschau vom 19. Dezember 1996.
- ⁴⁵Vgl. 'Dresdner Erklärung', Pressedienst der SPD Nr. 590/94 (Punkt 5: (...)) Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage. Dies muß jeder wissen, der den politischen Wechsel in Schwerin, in Dresden, in Erfurt und in Bonn will: Die Ablösung der CDU-geführten Regierungen ist mit Stimmen der PDS nicht zu erreichen (...), Bonn, den 11. August 1994.
- ⁴⁶Vgl. Klaus-Peter Schöppner, 'Neue Wichtigkeit' belohnt die PDS, in: Neues Deutschland vom 2. Juli 1998.
- ⁴⁷Vgl. dazu Michael Rutz, Die Volksfrontkatastrophe, in: Rheinischer Merkur Nr. 22 vom 29. Mai 1998.
- ⁴⁸Vgl. Eckhard Jesse, Nach Magdeburg - und vor Bonn, in: MUT Nr. 370/ Juni 1998, S. 30-32.

Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS

Manfred Wilke

1. Die Wiederkehr sozialistischer Macht

Die deutschen Wähler werden bei der kommenden Bundestagswahl darüber entscheiden, ob die SED-Fortsetzungspartei PDS erneut in den Deutschen Bundestag einzieht. Die SPD dagegen wird entscheiden, ob sie nach der Wahl in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen mit der PDS als Partner Koalitionsregierungen bilden wird. Bedenkt man das Ende der SED-Herrschaft 1989, als die totalitäre Staatspartei in der friedlichen Revolution ihre Macht verlor, so ist Biskys Selbstzufriedenheit verständlich, wenn er auf dem Rostocker Wahlparteitag im April 1998 erklärt: „Die Wandlung von der SED zur PDS, von einer Staatspartei, in der die große Idee des Sozialismus nur noch in den Köpfen und Herzen vieler ihrer Mitglieder, aber längst nicht mehr in der politischen und gesellschaftlichen Realität lebt, hin zu einer modernen sozialistischen Partei, die heute in Deutschland, in einem der mächtigsten Länder der Welt, eine relevante linkssozialistische Kraft ist - das ist eine beeindruckende Leistung seit 1989!“¹ In der Tat ist die-

ser Wiederaufstieg aus den Trümmern der SED-Diktatur eine politische Leistung, sie ist kein zufälliges Produkt der Umstände, sondern beruht auf zielstrebigem Politik gegen widrige Verhältnisse.

Es sind vor allem drei Personen, die diese Erfolgsgeschichte verkörpern: Lothar Bisky, André Brie und Gregor Gysi. Alle drei gelten in der öffentlichen Diskussion über die PDS als Reformer, die eine moderne linkssozialistische Partei repräsentieren und mit dem marxistisch-leninistischen Ungeist der kommunistischen Plattform, aber auch mit den Praktiken der totalitären Machtausübung der SED persönlich nichts zu tun gehabt hätten. Es ist wahr, sie waren keine hauptamtlichen SED-Parteifunktionäre, und sie dienten auch nicht als Offiziere in Erich Mielkes Ministerium für Staatssicherheit. Gleichwohl waren sie Diktaturkader, die auch mit dem MfS zusammenarbeiteten. Um das Selbstbewußtsein von Bisky im Jahre 8 der deutschen Einheit zu verstehen, bedarf es einer Rückblende auf die „Wandlung von der SED zur PDS“, die 1989/90 nicht freiwillig geschah.

2. Von der SED zur PDS: Kaderkontinuität nach dem Ende des SED-Parteiapparats

Der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 traf eine Parteiführung, die mit Hilfe ihres Apparates die Macht über das eigene Partei- und Staatsvolk seit 1945 als Protagonist der deutschen Spaltung behaupten konnte. Gewöhnt an den äußeren Schutz durch die Sowjetunion und das Funktionieren des MfS im Inneren, war die SED 1989 unfähig zur Selbstreform, sogar dann, als sie von der sowjetischen Führung dazu ermuntert wurde. Erst im Herbst 1989, als ihre sozialistischen Untertanen auf den Straßen und Plätzen ihrer Dörfer und Städte sich zu Bürgern emanzipierten und nachdem die Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 die Demonstrationsfreiheit in der DDR durchsetzte, zwang das SED-Zentralkomitee seinen Generalsekretär Erich Honecker zum Rücktritt. Sein Nachfolger wurde der ZK-Sekretär für Sicherheit, Egon Krenz. Ihm gelang es nicht mehr, die Lage für die Partei zu stabilisieren. Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November wandelte sich der demokratische Aufbruch in der DDR zur deutschen Einheitsbewegung, in der es nun um die Auflösung der DDR als Staat ging. Die Montagsdemonstranten skandierten „Wir sind ein Volk!“.

Erst in dieser Situation wagten die veränderungsbereiten Kader in der SED, offen für die Veränderung ihrer Partei einzutreten. Nach dem Rücktritt von Willi Stoph als Ministerpräsident Anfang November bildete Hans Modrow ein Reformkabinett. Seit langem galt auch im Westen der erste Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, Modrow, im Gegensatz zu Honecker

und Krenz als ausgemachter Reformier. Er trat als Ministerpräsident an die Spitze der neugebildeten Regierung der DDR. Die SED mußte nun um ihre Politik werben, sie brauchte Kader, die öffentlich auftreten und argumentieren konnten. Aber die Parteisekretäre waren nur an Befehl und Gehorsam gewöhnt, sie konnten kommandieren, aber nicht debattieren. Modrow wußte dies und sprach das auch aus: „Wir werden auf manchem Gebiet uns mit jungen Leuten zusammenfinden müssen, die in der zweiten und dritten Reihe bis jetzt gearbeitet haben, und unter denen kluge Köpfe sind, die darauf warten, daß man sie mobilisiert. Wer hat denn Gregor Gysi vorher groß gekannt, wer hat ihn wirklich ernst und zu Rat genommen. Das sind aber heute Leute, mit denen man reden kann.“²

Die Agonie der SED-Führung in der Endkrise der Diktatur lähmte auch ihren zentralen Parteiapparat und setzte seine wichtigste Kompetenz außer Kraft, durch eine einheitliche Personalpolitik in der SED, im Staatsapparat, in der Volkswirtschaft, der Kultur und den Medien, die „führende Rolle der Partei“ durchzusetzen. Die Nomenklaturordnung der SED zerbrach. Parteisekretäre wurden in dieser revolutionären Phase der DDR-Entwicklung funktionslos, ihre Macht war am Ende. Die SED-Kader mußten die Improvisation lernen; sie brauchten neue Kader, die in der Lage waren zu debattieren, und nicht mehr offen den Versuch unternahmen, den bereits verlorenen diktatorischen Machtanspruch der Partei restaurativ wiederherzustellen.

Mit der Bildung der Regierung Modrow gewann die SED über den

Staatsapparat einen Teil ihrer verlorenen Handlungsfähigkeit zurück, zumal die Opposition weder willens noch in der Lage war, die Regierungsverantwortung in der DDR sofort zu übernehmen. Die Opposition setzte auf einen Runden Tisch, um diese Regierung zu kontrollieren, und konzentrierte sich auf die bevorstehenden Volkskammerwahlen im Jahre 1990. Die Kader bekamen Zeit, ihre Partei neu zu formieren. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die SED ca. 2,3 Millionen Mitglieder und einen hauptamtlichen Funktionsapparat von über 40.000 Beschäftigten. Die Masse der Mitglieder begann die SED zu verlassen, zurück blieben die Kader, von denen die meisten in der Folgezeit ihren Arbeitsplatz verloren. Damit war eine dramatische Veränderung des Machtgefüges in der DDR verbunden, das vorher vollständig von der zentralen Personalplanung der Partei geprägt wurde.

Alle wichtigen und verantwortlichen Positionen im Sicherheitsbereich, der staatlichen Verwaltung, in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Bildung, der Kultur, den Medien sowie in den Massenorganisationen FDGB und FDJ besetzte die SED mit Angehörigen der Kadernomenklatur, einem Verzeichnis von Funktionären, die für die Besetzung von Schlüsselfunktionen geeignet waren. Nach dem Muster der zentralen Personalverwaltung durch die KPdSU in der Sowjetunion wurde seit 1950 auch in der DDR offen nach den Regeln dieses Nomenklaturkadersystems verfahren.

Die zentrale Personalplanung durch den Parteiapparat war eines der Wesensmerkmale der totalitären kommu-

nistischen Diktatur. Die Kader waren somit Leitungskräfte und wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten ohne Leitungsbefugnisse, sie waren das entscheidende Potential, mit dem die Ziele der SED, vor allem die Sicherung ihres Machtmonopols, durchgesetzt wurden. „Die Nomenklaturkader bildeten das Rückgrat des SED-Staates.“³ Diese Feststellung im Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ trifft den Kern. Die Karriere all dieser Nomenklaturkader stand unter ständiger Kontrolle des zentralen Parteiapparates der SED und war systematisch geplant. Jeder Aufstieg von Kadern in höhere, leitende und verantwortliche Positionen in der DDR war an politisch-ideologische, fachliche und sicherheitspolitische Anforderungen gebunden. Im Mittelpunkt stand die unbedingte Treue zur „Partei der Arbeiterklasse“. Die Kaderlaufbahnen wurden mit den systematisch ausgewählten Nachwuchskadern am Ende ihrer Ausbildung seitens des Parteiapparates geplant und führten die Auserwählten systematisch über die weitere Qualifizierung in Parteihochschulen - an deren Spitze Einrichtungen der KPdSU standen - an Leitungsfunktionen heran. Der Parteiapparat hatte somit genügend Zeit, um die zukünftigen Führungskräfte über einen langen Zeitraum zu beobachten, zu prägen und zu beurteilen. Die SED betrachtete Kaderfragen ausschließlich aus der Perspektive der Machtsicherung. Diese Kadersonzialisierung gab den Reformkräften aus der zweiten Reihe der Nomenklaturkader die Kraft, um den Erhalt und die Veränderung der SED zu kämpfen, zunächst mit dem Ziel, die DDR und damit die deutsche Zwei-

staatlichkeit gestützt auf die Sowjetunion zu behaupten.

Modrow führte erstmalig in der Geschichte der DDR eine Koalitionsregierung mit den Parteien des zentralen demokratischen Blocks. Die Wortwahl signalisierte eine wichtige Verschiebung in der Machtstruktur der noch bestehenden DDR. Nicht mehr der Generalsekretär, das Politbüro und sein ZK-Sekretariat bestimmten die Richtlinien der Politik, sondern erstmals wurde die Regierung und ihr Ministerpräsident zum wirklichen Zentrum der politischen Entscheidungen.

Eine der zentralen Fragen, mit der diese Regierung konfrontiert war, betraf das Ministerium für Staatssicherheit und seine Zukunft. Die Montagsdemonstrationen in der Mehrzahl der Städte der DDR führten an den Kreis- und Bezirksverwaltungen des MfS vorbei. Die Motivation der Demonstranten war nicht nur der Haß, sondern auch „die jahrzehntelang erfahrene Ohnmacht gegenüber dem gesamten Unterdrückungs- und Disziplinierungsapparat im SED-Staat“.⁴ Armin Mitter hat zurecht darauf hingewiesen, daß sich die Demonstranten kollektiv von dieser Ohnmacht befreien, „indem sie die Stasi-Zentralen zunächst belagerten und schließlich stürmten. Diese innere Befreiung dürfte für die einzelnen weitaus wichtiger gewesen sein als Rachegeleüste gegenüber den Mitarbeitern des MfS.“⁵ Aber im Gegensatz zu dem Ziel der sich formierenden politischen Opposition und der Demonstranten in den Straßen der Städte der DDR hielt die Koalitionsregierung Modrow, „alle Blockparteien eingeschlossen“,⁶ an dem Ziel der Aufrechterhaltung des

MfS in gewandelter Form als „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) fest. Modrow war nicht bereit, „das Hauptinstrument des DDR-Totalitarismus, den Staatssicherheitsapparat, als offiziellen Apparat kompromißlos aufzulösen. Es kann und muß gesagt werden, daß Modrow sich darin mit den Blockparteien bis zum 8. Januar 1990 durchaus einig war. Daß die Auflösung dennoch geschah, ist eines der Verdienste der Opposition.“⁷ Die Sicherung des MfS war das eine strategische Ziel der SED, das andere betraf die Rettung der Partei.

Am 3. Dezember 1989 fand die letzte Sitzung des SED-Zentralkomitees statt, auf der u.a. der Ausschluß der vormaligen Führung beschlossen wurde. Dieser traf u.a. den ehemaligen Generalsekretär der Partei, Erich Honecker, den früheren Ministerpräsidenten Willy Stoph und den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke. Rituelle Opfer, die der Tradition des Führungswechsels in kommunistischen Parteien seit Stalins Tagen entsprachen und die nach außen Tatkraft und Reformfähigkeit der SED demonstrieren sollten.

Egon Krenz formulierte im Namen der Parteifunktionäre die Anklage gegen die ehemaligen Parteiführer, und er tat dies mit einem Gestus, als habe er nicht dazugehört: „Wenn ein Staat bis an den Ruin geführt wird, dann ist das Verbrechen. Ich glaube, ein größeres kann es nicht geben.“⁸ Verhindert wurde der Untergang der SED in diesen Dezembertagen des Jahres 1989 durch die zweite Führungsebene der Partei. Ohne Beachtung des Parteistatuts setzte sie im Rahmen der ZK-Tagung den Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED durch und bildete einen

„Arbeitsausschuß“. Damit war eine provisorische Parteiführung etabliert, deren wichtigste Aufgabe darin bestand, einen außerordentlichen „Erneuerungs-“Parteitag für die SED vorzubereiten. Zu seinen Mitgliedern gehörten Markus Wolf, jahrzehntelang Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS und zugleich Stellvertreter von Minister Mielke, Gregor Gysi und Lothar Bisky. Als dieser „Arbeitsausschuß“ durch die Bezirkssekretäre der SED gebildet wurde, ging es in der internationalen Politik bereits um die Wiedervereinigung Deutschlands.

3. Parteierhalt, Volkskammerwahlkampf und André Brie

Wenige Tage vor Etablierung des Arbeitsausschusses als provisorische Parteiführung hatte Bundeskanzler Helmut Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit im Bundestag vorgetragen. Ihm antworteten Künstler und Wissenschaftler aus der DDR mit einem „Appell für unser Land“. Der Aufruf verlangte, „eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln“.⁹ Die Sicherung der Existenz der DDR war das zentrale Argument, mit dem der „Arbeitsausschuß“ die Delegierten des außerordentlichen Parteitages der SED (8. Dezember) überzeugte, die Partei nicht aufzulösen, wie ein Teil der Delegierten vorschlug. Gysi und Modrow waren die Wortführer im Kampf um die Rettung der Partei. Gysi fragte die Parteitagsdelegierten, wem bei einer Auflösung das Vermögen der Partei gehören soll, wer die Mitarbeiter des Parteiapparates noch bezahlen - es sind zu diesem Zeitpunkt 44.000 - und welche Nachfolgepartei im juristischen Sinn die Rechts-

nachfolge der SED antreten soll.¹⁰ Die Lösung der Krise suchten Gysi und Modrow in einer Umwandlung der SED, und so entstand die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ aus der SED heraus, die zunächst noch den Doppelnamen SED-PDS führte. Die im Vergleich mit Ungarn und Polen zu spät gekommene Adaption sozialdemokratischer Programmatik und Semantik durch die SED geschah zu einem Zeitpunkt, als in der DDR bereits eine neue sozialdemokratische Partei entstanden war, zu der nun die SPD Parteibeziehungen herstellt und die zur SED-PDS abbricht.

Unabdingbare Voraussetzung der „Erneuerung“ der SED war für den „Arbeitsausschuß“ der demonstrative Bruch „mit den stalinistisch geprägten Grundstrukturen der SED“.¹¹ Auf der Tagesordnung stand vor allem die Änderung der Parteikonzeption der SED. Eine marxistisch-leninistische Parteiorganisation ließ sich im Dezember 1989 angesichts der revolutionären Prozesse in der DDR und der Vereinigungspolitik der Bundesregierung nicht mehr aufrecht erhalten. Im formalen Aufbau der Partei und der Rückkehr zur geheimen Wahl der Vorstände diente die Satzung der sozialdemokratischen Partei als Vorbild, um den Parteaufbau der SED zu reorganisieren. Die Kader aus der zweiten und dritten Reihe der SED wußten bereits, daß vor ihnen der sichere Machtverlust in der DDR lag, schlimmer noch, es drohte der Untergang des „Arbeiter- und Bauern-Staates“. Dieser wurde zur Gewißheit, als die sowjetische Parteiführung Ende Januar 1990 ihren Widerstand gegen die deutsche Vereinigung aufgab und Modrow selbst für die Vereinigung beider deutscher Staa-

ten eintrat. Nach dem Verlust der Existenzgarantie durch die Sowjetunion hing die weitere Existenz der SED-PDS von ihrem Abschneiden bei den Volkskammerwahlen im März 1990 ab. Somit mußte sich die Partei 1990 erstmals auf einen wirklichen Wahlkampf vorbereiten, in dem die Abgeordneten der Volkskammer nicht wie gewohnt vom zentralen Parteiapparat der SED bestimmt, sondern von den Bürgern gewählt wurden. In dieser Situation meldete sich André Brie mit einer Wahlkampfkonzeption für die SED-PDS zu Wort.

Es war absehbar, daß im Mittelpunkt des Wahlkampfes der anderen Parteien die Haltung zur deutschen Einheit stehen würde. Brie dagegen rechnete noch mit der sowjetischen Existenzgarantie für die DDR und schlug vor, die SED-PDS solle für die „Erneuerung der DDR“, verbunden mit einer „Vertragsgemeinschaft“ zwischen beiden deutschen Staaten, eintreten.¹² Mit dieser Konzeption zog die parlamentarisch gewendete totalitäre Staatspartei in den Wahlkampf. Brie wurde Leiter des Wahlkampfbüros.

Rückblende:

André Brie war auf die Lösung dieser neuen Herausforderung vorbereitet; er gehörte mit seinem Bruder Michael und dem Politökonom Dieter Klein zu einer Projektgruppe an der Berliner Humboldt-Universität, die bereits vor dem Herbst 1989 konzeptionell an einer Reform des Sozialismus gearbeitet hatte. Ihre Ideen wurden im Dezember 1989 konzeptionelle Grundlage für die Sicherung der Existenz der SED.¹³ Hintergrund für Bries Wahlkampfkonzept scheint sein Entwurf für eine neue Außenpolitik der DDR zu

sein, den er im Dezember 1989 publizierte. Die Orientierung der DDR auf die Sowjetunion war für ihn „die außenpolitische Existenzfrage“,¹⁴ während die zweite Hauptachse einer künftigen DDR-Außenpolitik sich auf ein Sonderverhältnis mit der Bundesrepublik stützen mußte. Bries Argumente von 1989 sind auch heute noch als Denkanlass für die ostdeutsche Interessenpolitik der PDS im vereinigten Deutschland von Belang und sollen deshalb hier noch einmal in Erinnerung gerufen werden. Unter den Bedingungen deutscher Zweistaatlichkeit:

- „1. ist das internationale wie das Kräfteverhältnis in der DDR dergestalt, daß auf eine deutsch-deutsche Annäherung realistischerweise nicht verzichtet werden kann (auch wenn man sie negativ bewertet), zumal sich die gemeinsamen nationalen Wurzeln als außerordentlich stark erweisen;
- 2. kann die BRD eine beträchtliche ökonomische und finanzielle Quelle für die Erneuerung der DDR darstellen; die DDR kann dabei an die Interessen einflußreicher BRD-Kreise anknüpfen;
- 3. entspricht es der historischen Verantwortung und der Möglichkeiten der DDR, zur Einbindung der BRD in eine entmilitarisierte und kooperative Entwicklung Europas beizutragen.“¹⁵

Diese Sätze des SED-Politikwissenschaftlers zeugen nicht von Aufgabe, vielmehr forderte er seine Partei auf, sich auf die neue Lage einzustellen und ihre Möglichkeiten aktiv zu nutzen. Illusionslos ist er sich darüber im klaren, daß die Existenz der DDR auf der Sowjetunion und deren hegemonialer Stär-

ke in Europa beruht. Bries Konzept kann auch als Baustein für eine neue sowjetische Deutschlandpolitik interpretiert werden, die darauf hinauslief, den Deutschen Sonderbeziehungen untereinander zuzugestehen, die ökonomische Leistungskraft der Bundesrepublik für den Wiederaufbau der DDR zu nutzen, und sicherheitspolitisch das transatlantische Bündnis zu schwächen sowie die NATO zu überwinden. Letzteres wird bei Brie durch die Adjektive „entmilitarisiert“ und „kooperativ“ angedeutet.

Aber im Februar 1990 war dieses außenpolitische Konzept zur Rettung der DDR hinfällig. Die Partei hielt sich in ihrer Wahlkampfstrategie und Selbstdarstellung an den Rat von Brie, sie nannte sich fortan nur noch PDS, stilisierte sich als Partei der Opposition gegen die westdeutsche Vereinigungspolitik und trat als Interessenwahrer der Ostdeutschen auf. Der Erfolg gab Brie Recht, bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 erreichte die PDS DDR-weit 16,3% aller Stimmen und zog mit 66 Abgeordneten in das Parlament ein. Die PDS hatte mit André Brie einen Wahlkampfmanager, der Konstellationen zu analysieren und konzeptionell zu denken versteht. Sein Lebenslauf ist geeignet, um uns eine Vorstellung von der Qualifikation der Kader aus der dritten Reihe der Nomenklaturkader zu geben, auf die Modrow setzte und die nach dem Ende der totalitären Staatspartei die Geschichte des deutschen Kommunismus in Gestalt der PDS fortführten.

Der Vater von André und Michael Brie ist Horst Brie, er emigrierte 1933 nach England, war dort einer der Mitbegründer der Freien Deutschen Jugend

(FDJ), in deren Zentralrat er von 1947 bis 1955 saß. Ab 1958 gehörte er zum diplomatischen Dienst der DDR, er arbeitete an der Botschaft der DDR in der Volksrepublik China und war anschließend Botschafter in Nordkorea, Japan und Griechenland.¹⁶

Der 1950 geborene André Brie wuchs somit als Diplomatenkind in China und Nordkorea auf, machte 1968 in Berlin sein Abitur und diente bei der NVA. Anschließend studierte er am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staat und Recht in Potsdam-Babelsberg, sein Studienschwerpunkt war die Außenpolitik. In seiner Dissertation beschäftigte er sich mit Fragen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und Problemen des militärischen Gleichgewichts in Europa. 1981 erhielt Brie ein UNO-Stipendium, um über Abrüstungsfragen zu arbeiten. Von 1976 bis 1990 war er Mitarbeiter am Institut für internationale Beziehungen. 1985 und 1986 gehörte er der DDR-Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz an. Mitglied der SED wurde Brie 1969.¹⁷ Schon diese knappen Daten aus dieser „ostdeutschen Biographie“ zeigen, der Horizont von Brie war nicht durch die Mauer begrenzt, er hatte China und Nordkorea erlebt und die DDR im Westen vertreten. Brie wurde Mitglied des Parteivorstandes und leitet bis heute das zentrale Wahlbüro der PDS. Das Wahlbüro ist ein Arbeitsgremium des Parteivorstandes und der Landesverbände, die eigene Wahlbüros unterhalten. Das zentrale Wahlbüro muß als organisatorischer und strategischer Kernbereich in der Parteiführung gewertet werden.

Brie versucht seit 1989, die SED/PDS in einer tendenziell noch immer feindse-

ligen Gesellschaft politikfähig zu machen. Das führt immer wieder zu Konflikten innerhalb der eigenen Partei mit den kommunistischen „Heimatvertriebenen“¹⁸ aus den alten Strukturen vergangener totalitärer Staatsmacht der SED. Er fordert eine politische Konzeption, die die politische Wirklichkeit in Europa und im vereinten Deutschland zur Kenntnis nimmt. Nach seiner Überzeugung muß die PDS als parlamentarische Partei agieren, um das politische Kräfteverhältnis in Deutschland zu beeinflussen. Dabei vertritt er nach wie vor einen klaren politischen Machtanspruch, wie er es als Nomenklaturkader der SED gelernt hat. Sein Ziel ist die geistige und politische Hegemonie der Linken unter Ein-schluß der PDS in der Bundesrepublik. „Er will die 'kulturelle Hegemonie der Konservativen brechen', sich also mit der bundesdeutschen Gesellschaft einlassen, um sie demokratisch umzubauen. Dafür braucht es ein breites Bündnis, inklusive Sozialdemokraten und Grüne.“¹⁹

1989 war Brie in der SED ein wissenschaftlicher Spezialist für Außen- und Sicherheitspolitik, der aber bereits vor dem Fall der Mauer bezogen auf den Westen bündnispolitisch denken mußte. Im Gegensatz zu Brie standen der Justizkader Gregor Gysi und der Kulturfunktionär Lothar Bisky bereits in der zweiten Reihe.

4. Gregor Gysi und die Oppositionspartei PDS

Der Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi war 1989 Vorsitzender des Ost-Berliner Anwaltskollegiums, und in dieser Funktion saß er dem Rat der Vorsitzenden der

vierzehn bezirklichen Rechtsanwaltskollegien der DDR vor. Die Kollegien waren „die sozialistische Form der Organisation der Arbeit der Rechtsanwälte“.²⁰ Der Einzelanwalt war in der DDR ein begründeter Einzelfall. „1988, also in der Endzeit der DDR, waren von 606 Anwälten 580 Mitglieder eines Kollegiums - mithin waren noch 26 als Einzelanwälte tätig, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel zum Beispiel, der ein Vierteljahrhundert ein Mandat der DDR-Regierung in Sachen Häftlingsfreikauf inne hatte, und der als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS enttarnte Rechtsanwalt Wolfgang Schnur.“²¹ Das Amt des Vorsitzenden des Ost-Berliner Anwaltskollegiums war somit eine Schlüsselfunktion für die parteiliche Organisation der Rechtsanwälte in der DDR, sein Inhaber hielt die Kontakte zur Abteilung Staats- und Rechtsfragen im Zentralkomitee der SED und zum Ministerium der Justiz. Genau diese Schlüsselfunktion hatte Gysi inne.

Öffentlich bekannt wurde Gregor Gysi im November 1989. Nach seinem Eintritt in den Arbeitsausschuß der SED portraitierte ihn Peter Jochen Winters in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Das von Winters entworfenene Portrait des „Reformers Gysi“ prägte fortan dessen Erscheinungsbild in den westlichen Medien. „Für eine Erneuerung des Rechtswesens in der DDR hat sich Gysi ... nicht erst in den letzten Wochen stark gemacht. Doch seit der 'Wende' hat sein Wort an Gewicht gewonnen. Unermüdlich plädiert er für die Änderung der Verfassung, damit die Grund- und Menschenrechte stärker zur Geltung gebracht werden; die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofs; die Reduzierung des Strafrechts auf wirklich kriminelles Verhalten; für

Gesetze zur Gewährleistung höherer Rechtssicherheit hinsichtlich der Tätigkeit von Volkspolizei und Staatssicherheit und nicht zuletzt für wirklich freie Wahlen. Auf der großen Demonstration am 4. November in Ost-Berlin, zu der mehr als eine halbe Million Menschen kamen, war Gysi einer jener Redner auf dem Alexanderplatz, die ein neues Versammlungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsrecht sowie Pressefreiheit forderten. Als der alte Innenminister Dickel seinen Entwurf des Reisegesetzes präsentierte, da war es Gysi, der öffentlich die schärfste Kritik erhob und zusammen mit seinen Rechtsanwaltskollegen einen rechtsstaatlichen Alternativentwurf vorlegte. Wenn man ihn reden hört, glaubt man, einem westlich geschulten Anwalt zuzuhören, der in einem Rechtsstaat aufgewachsen ist und dessen Strukturen verinnerlicht hat.“²² In dieser journalistischen Momentaufnahme - geschrieben, als Gysi im Arbeitsausschuß die Parteigeschäfte der SED in die Hand nahm - wird sichtbar, wie notwendig die SED zu dieser Zeit Kader brauchte, die öffentlich argumentieren können, Anerkennung finden und in der Lage waren, auf veränderte Situationen neue Antworten zu finden. Auffällig ist, daß Winters Gysi als einen Anwalt des Rechtsstaates vorstellte und besonders sein Eintreten für die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit am 4. November hervorhob. In diesen anerkennenden Worten gingen die eigentlichen Akteure in Leipzig, Pirna und anderen Städten bereits vollständig unter, die diese Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in der DDR erkämpften. Zur Nebensache wird in diesem Portrait, daß Gysi noch im Dezember 1989 am MfS als Institution festhielt.

Was nun Gysis Verdienste um den Rechtsstaat in der DDR vor dem Fall der Mauer angeht, so war dem Berliner FAZ-Korrespondenten für die DDR bekannt, daß Gysi Robert Havemann, Rudolf Bahro und Bärbel Bohley als Mandanten vertreten hatte. Grundsätzlich konnten die Mandanten in der DDR ihre Rechtsanwälte frei wählen, aber im Regelfall bestand angesichts der vergleichsweise wenigen Rechtsanwälte, die es überhaupt gab, nur eine enge Auswahl. Das galt besonders für den Strafverteidiger in politischen Verfahren, hier gab es in der DDR keine Unabhängigkeit des Anwalts, er mußte ebenso wie der Staatsanwalt und der Richter als zuverlässiger Justizkader des sozialistischen Staates funktionieren.

Nach der internationalen Anerkennung der DDR und der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 verstärkte die DDR ihre Bemühungen, bei der politischen Verfolgung der Opposition ein rechtsstaatliches Verfahren vorzutauschen. Das ging nicht ohne eine anwaltschaftliche Verteidigung der Angeklagten vor Gericht. „Selbst im MfS begriffen die führenden Köpfe, wie politisch nützlich, weil dem Image des 'sozialistischen Rechtsstaates' zuträglich, die Mitwirkung eines Verteidigers im Strafprozeß sein konnte, wenn er nur fortschrittlich gesinnt war. Häufig waren das Rechtsanwälte, die auf Empfehlung des MfS zu ihrem Mandat gekommen waren.“²³ Bei dieser strukturellen Einbindung der Rechtsanwälte in den Justizapparat des SED-Staates verwundert es nicht, daß es auch Rechtsanwälte gab, „auf die sich die Staatssicherheit verlassen konnte, ohne daß sie zu Inoffiziellen Mitarbei-

tern verkommen waren. Sie wurden als Strafverteidiger geschätzt und gefördert, weil ihre politische Nützlichkeit erkannt worden war. ... Und kein geringerer als Erich Mielke, der Minister für Staatssicherheit höchstpersönlich, äußerte in einem Referat vor Untersuchungsführern des MfS, die offenbar ihre Anwaltsfeindlichkeit noch nicht überwunden hatten, die Auffassung: 'Die Institution der Verteidigung ist doch eine Waffe für uns zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit'. Das Recht auf Verteidigung war aus der Sicht des MfS eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit.“²⁴

Karl Wilhelm Fricke illustriert das apparative Zusammenspiel von Staatssicherheit, Staatsanwaltschaft und Gericht am Beispiel von Robert Havemann, der am 20. Juni 1979 vom Kreisgericht Fürstenwalde unter der Beschuldigung eines Devisenvergehens zu einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde. Hintergrund des Verfahrens waren ungenehmigte Publikationen Havemanns im Westen. „Der Wahlverteidiger, den sich der Angeklagte in der Person des Madrider Rechtsanwalts Enrique Gimbernat ausgesucht hatte, wurde ihm aus formalen Gründen verweigert. Havemann hatte sich für den spanischen Juristen entschieden, nachdem drei Jahre zuvor sein Anwalt Götz Berger, ... aus dem Ost-Berliner Anwaltskollegium ausgeschlossen und mit Berufsverbot belegt worden war. Statt dessen wurde Robert Havemann durch Gerichtsbeschluß einen Tag vor der Urteilsverkündung Rechtsanwalt Gysi als Pflichtverteidiger beigeordnet.“²⁵ Das grundsätzliche Resümee, das Karl Wilhelm Fricke über die Rechtsanwälte in politischen Strafprozessen der DDR zieht, bezieht er auch

auf Gysi: „Wer bestimmte politische Strafprozesse in der DDR daraufhin untersucht, welche Rechtsanwälte zu Offizialverteidigern bestimmt wurden, der stößt auf Namen, die sich häufig wiederholen. Tut ihnen Unrecht, wer sie als Vertrauensanwälte der Staatssicherheit charakterisiert?“²⁶

All diese strukturellen Zusammenhänge über die Rechtsanwälte als Justizkader der SED blieben im Dezember 1989 der Leserschaft der FAZ verborgen. Peter Jochen Winters behauptete stattdessen, Gysi habe sich „nicht erst in den letzten Wochen ... für eine Erneuerung des Rechtswesens in der DDR ... stark gemacht“. Einmal mit dem Image als engagierter Verteidiger Havemanns, Bahros und Bohleys ausgestattet, glaubte man diesem Nomenklaturkader aus der zweiten Reihe der SED auch seine neuen Rollen als Parteivorsitzender einer gewandelten SED-PDS und sozialistischer Oppositionsführer in der Volkskammer sowie im Bundestag.

Die Namensänderung der SED-PDS Anfang Februar 1990, ab sofort führte sie allein den Namen PDS, war verbunden mit der Annahme einer neuen Rolle als Oppositionspartei in der Volkskammer der noch bestehenden DDR. Nachdem ihr Vorhaben der „Erneuerung der DDR“ gescheitert war, mauserte sie sich zum selbsternannten Anwalt der DDR-Interessen im Vereinigungsprozeß. Selbstkritisch räumte Gysi ein, daß er und die neue SED-Führung im Dezember 1989 bei der Reform der Partei einer doppelten Fehleinschätzung unterlagen: Der Einigungswille der Mehrheit der Bevölkerung wurde unter- und die „Stärke der sowjetischen Position“ überschätzt.²⁷

Die angemäÙte Vertretung ostdeutscher Interessen durch die PDS setzte eine Bewertung des Verhältnisses von totalitärer Staatspartei SED und ihrem Staatsvolk voraus. Der eigenen Klientel zugewandt, behauptete Gysi nun mitten im VereinigungsprozeÙ, als es um die Auflösung der DDR ging, daÙ es über „weite Strecken der Geschichte der DDR eine Grundakzeptanz dieser Partei und dieses Staates gab.“ Diese Akzeptanz sei nicht unberechtigt gewesen: „Für mich gab es wichtige Punkte, die mein ganzes Engagement auf dies Land fixierten. Dazu gehörte, daÙ man immer das Gefühl hatte, in dem Deutschland zu leben, das zumindest im Vergleich mit dem anderen eine aktivere Friedens- und auch Abrüstungspolitik betrieb; auch das Gefühl, in dem Deutschland zu leben, in dem die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, so daÙ bei allen Schwächen doch bessere Ausgangsbedingungen zur Lösung zukünftiger Fragen gegeben sind. Und man lebte in der Tat in dem Deutschland, in dem zumindest das finanzielle Bildungs-, Kultur- und Sportprivileg gebrochen war, was auch eine gewisse Werteverchiebung zugunsten solcher qualitativen Lebensfaktoren hervorbrachte. Und die immer wieder erfahrene Bestätigung, in einer Gemeinschaft zu leben, in der die sozialen Unterschiede doch zusammengeschmolzen waren.“²⁸

Mit der versuchten Verschiebung des DDR-Bildes von der SED-Diktatur zur behüteten und bevormundeten Gesellschaft mit gesicherten Arbeitsplätzen und gebrochenen bürgerlichen Bildungsprivilegien konstruierte Gysi jene sozialistisch fundierte „Ostidentität“, die die Lebensgeschichte der DDR-Bewohner mit der der SED ver-

bindet und der PDS ihre Zukunft als ostdeutsche Regionalpartei mit gesamtdeutschem Anspruch garantieren sollte.

Mit der Erfindung der „ostdeutschen Identität“, in die die PDS das DDR-Staatsbewußtsein der SED-Kader transformierte, setzte sie zugleich einen Kontrapunkt gegen die westlich geprägte Vereinigungspolitik und setzte in modifizierter Form die Spaltungspolitik der SED fort. Es sind viele Gründe, die es der PDS in den letzten Jahren erlaubten, sich in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem Ostteil von Berlin als größte Oppositionspartei zu behaupten. Aber ohne den politischen Machtwillen, der bei Kadern wie Brie, Gysi und Bisky ungebrochen ist, wäre ihr Erfolg nicht möglich gewesen. Der Lebenslauf von Gregor Gysi zeigt aber auch die Kontinuität kommunistischer Milieus in der deutschen Gesellschaft.

Der 1948 in Berlin geborene Gregor Gysi stammt wie André Brie aus einer kommunistischen Familie. Sein Vater, Klaus Gysi, trat 1931 in die KPD ein. Nach dem Krieg arbeitete er im Kulturbund, war von 1952 bis 1957 Abteilungsleiter im Verlag „Volk und Wissen“, um danach bis 1966 den Aufbau-Verlag zu leiten. Er war Nachfolger des 1956 verhafteten Walter Janka. 1966 wurde Klaus Gysi Kulturminister, dieses Amt übte er bis 1973 aus, danach war er der erste Botschafter der DDR in Rom. 1979 wurde Klaus Gysi wieder auf einen für die Innen- und Kulturpolitik der DDR wichtige Regierungsposition berufen: Er wurde Staatssekretär für Kirchenfragen und übte dieses Amt bis zu seiner Pensionierung 1988 aus.

Sein Sohn Gregor besuchte 1962 bis 1966 die Erweiterte Oberschule, absolvierte nach seinem Abitur eine „Ausbildung zum Facharbeiter für Rinderzucht“, um danach an der Berliner Humboldt-Universität Jura zu studieren. 1967 wurde er Mitglied der SED.²⁹ 1990 gelang der PDS bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen der Einzug in das Parlament mit 17 Abgeordneten. Gysi gewann in Berlin-Hellersdorf/Marzahn das einzige Direktmandat für seine Partei und übernahm den Vorsitz der Bundestagsgruppe. Im Januar 1991 wurde er mit großer Mehrheit als Parteivorsitzender wiedergewählt, dieses Amt hatte er bis zum dritten Parteitag der PDS im Januar 1993 inne. Im Bundestag bleibt er Vorsitzender der Bundestagsgruppe. Gysi konsolidiert die PDS als Opposition und vertritt sie eloquent und schlagfertig in den Medien und der Öffentlichkeit.

5. Lothar Bisky, der Stolpe-Untersuchungsausschuß und der Weg zurück zur Regierungsmacht im Osten

Lothar Bisky wurde 1993 auf dem dritten Parteitag zum Parteivorsitzenden gewählt. Wie Gysi gehörte er 1989 als Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR in Potsdam-Babelsberg und als Vizepräsident des Verbandes der Film- und Fernseherschaffenden dem Arbeitsausschuß der SED an. 1990 wurde er Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Brandenburg, von 1991 bis 1993 war er außerdem Landesvorsitzender. Aus den Landtagswahlen 1994 ging die PDS in den neuen Ländern durchgängig als drittstärkste Partei hervor. In Sachsen-An-

halt tolerierte die PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Reinhard Höppner, die dieser mit Bündnis 90/Grüne bildete. Somit war sie bereits fünf Jahre nach dem Sturz der SED-Diktatur in einem ostdeutschen Bundesland an der Regierungsverantwortung beteiligt. Vier Jahre später brüstete sich Gysi mit dem Einfluß seiner Partei auf die Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Er behauptete: „Fast alles, was Ministerpräsident Höppner heute als Erfolg seiner Landesregierung preist, kam gegen seinen Willen und auf Druck der PDS zustande.“³⁰ Für das gesamtdeutsche Parteiensystem bedeutete Magdeburg 1994 einen wichtigen Einschnitt. Der Konsens der demokratischen Parteien der alten Bundesrepublik - niemals mit Unterstützung einer extremistischen bzw. antidemokratischen Partei eine Regierung zu bilden - wurde von der SPD durchbrochen. Höppner setzte in Sachsen-Anhalt auf das Konzept einer ostdeutschen Eigenentwicklung, die - gestützt auf die „Schicksalsgemeinschaft“ DDR - die gewendeten Diktaturkader der SED als Partner in demokratischen Landesregierungen einbeziehen sollte.

Realistischerweise kann die PDS auch in den neuen Ländern noch nicht mit Mehrheiten bei Landtagswahlen rechnen, sie kann nur in Koalitionsregierungen mit den Sozialdemokraten Regierungsverantwortung erlangen. Umgekehrt braucht die SPD nach dem Absinken der Bündnisgrünen in die parlamentarische Nichtexistenz die PDS, um in den ostdeutschen Ländern Koalitionsregierungen ohne die CDU zu bilden. In beiden Parteien kam es vor und nach Magdeburg zu Diskussionen über die Formen, in denen eine Zu-

sammenarbeit zwischen beiden Parteien stattfinden soll. So wurde Ende 1996 ein Thesenpapier aus den Landesverbänden der SPD im Osten bekannt, das bei einem Treffen mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Wolfgang Thierse, diskutiert wurde. In diesem Papier ging es um eine Zusammenarbeit der SPD mit der PDS in den ostdeutschen Bundesländern bei entsprechenden Wahlergebnissen. „Die SPD könne - wie es wörtlich im Papier heißt - einer 'Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen'. Konkrete Aussagen über Koalitionen und Bündnisse sollten jedoch erst nach dem Vorliegen konkreter Wahlergebnisse gemacht werden, Festlegungen in der Öffentlichkeit generell aus wahltaktischen Gründen bis 1998 vermieden werden. Wörtlich heißt es: 'Alle vorhergehenden festlegenden Äußerungen schaden eher und sollten sich vielmehr durch eine Flexibilität auszeichnen, die zwei Fehler vermeidet: daß wir durch frühe Festlegung den jeweils anderen Teil unserer potentiellen Wähler und Wählerinnen abschrecken, die von uns eine genau entgegengesetzte Festlegung erwarten würden; daß wir durch vorzeitige Festlegungen unsere späteren Handlungsoptionen einengen'. Dies bedeutet: Das Ziel ist klar, aber in der Öffentlichkeit soll darüber nicht gesprochen werden!“³¹ Allein der sächsische Landesvorsitzende der SPD, Karl-Heinz Kunkel, verweigerte dieser Taktik seine Zustimmung.

Nur wenige Wochen später schloß die PDS auf ihrem Schweriner Parteitag 1997 eine Beteiligung der Partei an Regierungen in Ländern und Bund nicht mehr aus.³²

Der Weg zurück an die Schwelle von

Regierungsämtern begann aber bereits 1992 in Brandenburg und ist mit dem Namen von Bisky verbunden. Damals setzte der Landtag von Brandenburg einen Untersuchungsausschuß ein, um die MfS-Verstrickungen des Konsistorialpräsidenten im Wartestand, Dr.h.c. Manfred Stolpe, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, zu überprüfen. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses wurde der Fraktionsvorsitzende der PDS. Stolpe war zum damaligen Zeitpunkt der einzige sozialdemokratische Ministerpräsident in den neuen Ländern. Er führte eine „Ampel-Koalition“ aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. In diesem Untersuchungsausschuß war die SPD auf die kritische Solidarität der PDS angewiesen, als sie sich entschloß, trotz aller Aktenfunde über die engen MfS-Kontakte von Stolpe an ihm als Ministerpräsidenten festzuhalten.

Um diese Entscheidung zu verstehen, ist eine Rückblende auf die Rolle von Stolpe vor dem Fall der Mauer notwendig, die Günter Nooke überzeugend beschrieben hat: „Ende der achtziger Jahre stand der Kirchenjurist Manfred Stolpe an der 'politischen' Spitze der evangelischen Kirche in der DDR. Er war die Autorität in dieser einzigen, politisch relevanten Struktur, die zu DDR-Zeiten nicht korrumpiert war und durch den Herbst '89 sogar noch aufgewertet wurde. Er hatte schon, bevor er als Ministerpräsident gewählt wurde, politische und Medienerfahrung in Ost und West gesammelt, er verstand sich mit West-Journalisten genauso gut wie mit der SED-Nomenklatur. Es kann hier nicht deutlicher ausgeführt werden, aber in Manfred Stolpe vereinten sich meines Erachtens wie in keiner anderen Person sowohl

Amtsautorität im Sinne von Zuständigkeit, funktionale Autorität, also Sachkompetenz, und personale, charismatische Autorität - all das verkörperte er zu DDR-Zeiten, und all das wurde ihm auch jetzt zugeschrieben. Diese Wahrnehmung wurde in die ostdeutsche Bevölkerung schon vor der Wende und während des Vereinigungsprozesses über Westmedien und westdeutsche Politiker, die über hohe Autorität in der DDR verfügten, zurückgekoppelt.“³³

Bereits 1990 existierte im damaligen Ministerium für innerdeutsche Beziehungen eine Materialsammlung über Stolpe, die ihm vorwarf, „er habe gemeinsam mit anderen Kirchenmännern wie den Bischöfen Christoph Demke und Gottfried Forck das alte System der DDR ‘nicht generell verurteilt’. Er habe früher ‘ohne Not’ immer wieder betont, daß ein besserer Sozialismus möglich und wünschenswert sei.“³⁴ Das Papier wurde im Vorfeld des brandenburgischen Landtagswahlkampfes bekannt und „mit Empörung aufgenommen. Stolpe selbst sprach gegenüber dem Berliner Tagesspiegel von einer ‘schamlosen Zusammenstellung von Verleumdungen’.“³⁵ Die öffentliche Diskussion zwang den Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Walter Priesnitz, zum öffentlichen Rückzug. Er erklärte, „es handele sich um eine Arbeit, die nicht in Auftrag gegeben worden sei. ‘Sowohl die Anfertigung des Papiers als auch der Inhalt würden mißbilligt’. Die Folgen hatte die Referentin zu tragen.“³⁶

Eineinhalb Jahre später änderte sich das Bild. Um der Veröffentlichung der ihn belastenden Dokumente aus den Aktenbeständen des MfS zuvor zu

kommen, die das ARD-Fernsehmagazin Report aus München plante, räumte Stolpe im Spiegel ein, „seit Ende der 60er Jahre im Auftrag der Kirche und in deren Interesse ‘umfangreiche Kontakte zum MfS gehabt zu haben’. Er habe den SED-Staat mit dessen eigenen Machtmitteln ‘überlisten’ und ‘politische Ziele gezielt auch über den Umweg über die Staatssicherheit’ erreichen wollen.“³⁷

Zu diesem Zeitpunkt war die nationale Euphorie über die deutsche Vereinigung im Osten vorüber. Mit der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion mit der Bundesrepublik im Sommer 1990 wurde noch vor der Vereinigung von heute auf morgen das ganze Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystem ausgewechselt, wie es zuvor schon mit der politischen Ordnung geschah. Die Ostdeutschen mußten die Sorgen eines neuen Alltags - der über Nacht eine völlige Veränderung von Lebensperspektiven, den Verlust von sicher geglaubten Arbeitsplätzen, die Entwertung erworbener Qualifikationen und von Erfahrungs- und Orientierungswissen mit sich brachte - verkraften. Hinter den Problemen der ökonomischen und sozialen Transformation verschwand im Osten der Zorn über das vergangene Unrecht der SED und wuchs in vielen Fällen auch der über westdeutsche Beutemacher und Ignoranten, zumal die Deutschen im Westen von den Folgen der Einheit nur wenig berührt waren.

Die Geschichte der SED-Diktatur, vor allem die quälende Stasi-Diskussion und die Frage, wie der Rechtsstaat mit den Tätern der zweiten deutschen Diktatur umgehen sollte, schienen nur die neuen Bundesbürger anzugehen. Die

voyeuristisch geführte Debatte über die MfS-Verstrickungen von einigen zehntausend früheren Staatsbürgern der DDR stand unter dem Motto: Es geschah in der DDR, aber nicht in Deutschland. Es wurde offenkundig und spürbar: Nach vierzig Jahren der Teilung muß das deutsche Volk sich als Nation erst wiederfinden; ein gesamtdeutsches Geschichtsbild der Teilung von 1945 bis 1990 existierte noch nicht einmal in Umrissen. In dieser Situation 1992 wurde verstärkt nicht das Einende der Deutschen wahrgenommen, sondern sie bemerkten wechselseitig ihre Unterschiede.

Nooke: „Die Menschen in der ehemaligen DDR hatten weit mehr andere Lebensgewohnheiten entwickelt, als sie sich selbst und anderen eingestehen wollten. Sie erkannten sich allein an der Sprache. In vierzig Jahren DDR entstanden andere, eigene Identifikationsfiguren, die gerade ins öffentliche Bewußtsein zurückkehrten. Es ist diese emotionale Befindlichkeit, die in Manfred Stolpe ihre Symbol- und Leitfigur schlechthin findet. Auf dem emanzipatorischen Weg in eine demokratische Gesellschaft geschieht der Rückfall in die ostdeutsche Schicksalsgemeinschaft.“³⁸

Diese Schicksalsgemeinschaft wurde für Stolpe mobilisiert, als der Moderator von Report und Fernsehchef des Bayerischen Rundfunks, Heinz-Klaus Mertes, in einem journalistischen Kommentar in seiner Sendung dem life zugeschalteten brandenburgischen Ministerpräsidenten das bevorstehende Ende seiner Amtszeit prophezeite.³⁹ Der Großteil der Brandenburger stand nach dieser Münchener Provokation solidarisch zu ihrem Ministerpräsidenten.

ten. Ab diesem Zeitpunkt ging es im Fall Stolpe nicht mehr um die historische Wahrheit, sondern um politische Macht. Nooke hat auch diese emotionale Reaktion vieler Menschen in den neuen Ländern festgehalten: „Mit der Wende waren zwar die SED-Machthaber gestürzt worden. Aber es kann sich doch keiner von den alten westdeutschen 'Revanchisten aus der Ecke eines Franz-Josef Strauß' anmaßen, uns Ostdeutschen vorzuschreiben, wer in der neuen Demokratie unser Vertrauen verdient.“⁴⁰

Doch die Vorwürfe gegen den brandenburgischen Ministerpräsidenten waren öffentlich und mußten geklärt werden. Im Abwehrkampf gegen diese „westlichen Zumutungen“ etablierte sich erstmals eine ostdeutsche „Schicksalsgemeinschaft“, in die notwendigerweise auch die PDS einbezogen werden mußte. Am Stolpe-Untersuchungsausschuß läßt sich das Netzwerk der Kräfte zeigen, die die PDS nutzen konnte, um wieder regierungsfähig zu werden. Nooke, damals Koalitionspartner von Stolpe, erinnert sich, daß es diesem zunächst um Zeitgewinn ging:

„Die 'Verschleppungsidee' eines Untersuchungsausschusses hatte intern, als erste Vorwürfe gegen Manfred Stolpe schon 1991 laut wurden, der ehemalige Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, der Brandenburger Justizminister Bräutigam. Parlamentarisch wurde sie vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter-Michael Diestel in die Diskussion gebracht. Vorgesessen hat diesem Untersuchungsausschuß der PDS-Landesvorsitzende Lothar Bisky, weil die PDS demokratisch an der Reihe war - welche Naivität von

uns. Diese Namen sind entscheidend für eine die bundesweite Öffentlichkeit bestimmende Debatte zu Stasi, Staat-Kirche-Verhältnis und DDR-Vergangenheit. Ohne daß Absprachen nötig gewesen wären, ergänzen sich die einzelnen Interessenlagen. Verständlicherweise kämpft Manfred Stolpe in seinem eigenen Interesse und für so manchen Oberkirchenrat und Bischof.⁴¹ Schließlich entzieht sich sein Fall ja wirklich allen herkömmlichen Klischees und verdient eine differenzierte Beurteilung. Da die Brandenburger hinter ihm stehen, sieht auch seine Partei, die SPD - Verantwortung hin, Verantwortung her - keinen Grund, kritische Stimmen zuzulassen. Der letzte Innenminister der DDR, Peter-Michael Diestel, steht wie damals zu seinen Leuten und jetzigen Mandanten. Prof. Bisky, zu DDR-Zeiten an der Babelsberger Filmhochschule, weiß, wenn Stolpe bleibt, bleiben meine Partei und die Genossen. Als Partei konnte nur die PDS die neu konstituierte ostdeutsche Schicksalsgemeinschaft und die Gefühle von Larmoyanz und vermeintlicher Benachteiligung, der 'Erniedrigung', durch die 'bösen Westdeutschen', wahltaktisch nutzen und in Stimmengewinne ummünzen.⁴²

Die erfolgreiche Konstruktion einer biographischen Ost- und damit gesamtdeutschen Legende über die DDR-Zeit des brandenburgischen Ministerpräsidenten war nur möglich unter der tätigen Mithilfe westdeutscher Journalisten und Politiker. Eine besondere Bedeutung scheint in diesem Beziehungsgeflecht der brandenburgische Justizminister Bräutigam gespielt zu haben, werden doch mit der erfolgreichen Verteidigung von Stolpe zugleich „die vielen westdeutschen Freunde

und Politiker“ gerechtfertigt, „die, selbst als Gorbatschow schon regierte, lieber mit der SED Termine verabredeten, als sich auch für die Ansichten der Opposition zu interessieren“.⁴³

1994 beendete der Untersuchungsausschuß des Landtages von Brandenburg seine Arbeit. Die Mehrheit, bestehend aus SPD, FDP und PDS, sprach Stolpe von dem Vorwurf frei, daß er sich „gegenüber dem MfS schriftlich oder in anderer Form ausdrücklich zur Mitarbeit verpflichtete“.⁴⁴ Erhard Neubert, der für die Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg das Minderheitengutachten erstellte, kam zu einem anderen Schluß: „Der Hergang der Werbung Stolpes als IM kann wegen der Vernichtung der IM-Akte nicht mehr vollständig aufgeklärt werden. In jedem Fall aber muß als gesichert gelten, daß das MfS die Vereinbarung mit Stolpe als Werbung betrachten konnte. Von nun an hat Stolpe dauerhafte MfS-Kontakte und erfüllt bis 1990 auch die wichtigste Anforderung an einen IM: die Einhaltung der Konspiration.“⁴⁵ Bitter resümiert Günter Nook: „Heute ist deutlich, von Brandenburg ging ein Rechtfertigungskartell aus, das alle jene begünstigt, die an die Ewigkeit der DDR glaubten und sich deshalb so verhielten, wie sie sich verhalten haben. Daß Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die wiedererlangte Einheit der Nation einen unschätzbaren Wert haben, erreicht das öffentliche Bewußtsein dagegen nicht mehr. Störende Akten und Fakten werden nach Belieben uminterpretiert. ... Wir erleben die Konstruktion einer Wirklichkeit.“⁴⁶

Bisky operierte im Stolpe-Untersuchungsausschuß gegenüber der SPD

mit einer Doppelstrategie, der sich die Sozialdemokraten nur bedingt entziehen konnten, wollten sie einen Freispruch für Stolpe durchsetzen. Bisky war bereit zur Kooperation, ohne im Konfliktfall auf politischen Druck auf die Sozialdemokraten zu verzichten. Regelmäßig hat der PDS-Vorsitzende die Sozialdemokraten an seine Verdienste im Stolpe-Untersuchungsausschuß erinnert. Seine Funktion als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses nutzte Bisky geschickt, um die politische Ächtung der PDS aufzubrechen. Dies war Voraussetzung für eine potentielle Koalition der PDS mit Sozialdemokraten.

Bisky war für seine politische Funktion in diesem Untersuchungsausschuß ebenfalls gut vorbereitet. 1941 geboren, studierte er in Leipzig Kulturwissenschaften, promovierte dort 1969, war Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, wo er empirische Untersuchungen über die Einstellungen von Jugendlichen in der DDR durchführte. Von 1980 bis 1986 lehrte er Kulturtheorie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und war zudem als Honorarprofessor an der Berliner Humboldt-Universität beschäftigt. Schließlich wurde er 1986 als ordentlicher Professor für Film- und Fernsehwissenschaft an die Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg berufen, deren Rektor er bis 1990 war.⁴⁷ Bisky gehörte auch zu denjenigen Mitgliedern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, die in die Gespräche mit der Grundwertekommission der SPD einbezogen wurden, die im Ergebnis zu der gemeinsamen Erklärung über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vom August 1987 führten.

6. Die Stasi-Frage im Vereinigungsprozeß

In der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 in der DDR und in den Debatten um die deutsche Vereinigung 1990 standen das MfS und namentlich seine Inoffiziellen Mitarbeiter im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Die eigentlich Verantwortlichen für die Diktatur, die Nomenklaturkader der SED, blieben weitgehend unbeachtet.

Um diese mentale Reaktion nachzuvollziehen, ist es notwendig, sich die hypertrophe Dimension des Überwachungsapparates des MfS vor Augen zu führen. 1989 hatte das Ministerium 91.000 Mitarbeiter, einschließlich der Offiziere und Soldaten seines Wachregimentes Felix E. Dzierzynski. Das Rückgrat der Überwachung der Gesellschaft bildeten ungefähr 13.000 MfS-Offiziere,⁴⁸ die kurz vor dem Ende der DDR ein verdeckt operierendes, konspirativ abgesichertes Informationsnetz von ca. 170.000 Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und sonstigen Zuträgern führten. Sie sollten Gegner und Feinde der SED unter den 17 Mio. Einwohnern melden, ihre zwischenmenschlichen Beziehungen „aufklären“ und gegebenenfalls „zersetzen“.

Die Bürgerbewegung der früheren DDR, die Mehrzahl der politischen Parteien und eine breite demokratische Öffentlichkeit waren sich 1989/90 in einem einig: Wer in der DDR Mitarbeiter oder inoffizieller Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit war, sollte in einer demokratischen Republik weder ein Abgeordnetenmandat ausüben dürfen, noch Mitarbeiter in verantwortlicher Position im öffentlichen

Dienst sein. Aktensicherung und ihre Öffnung waren somit ein Akt der Selbstbefreiung von den diktatorischen Strukturen, die nicht öffentlich erkennbar, aber für jeden, der in der DDR individuelle und selbstbestimmte Wege gehen wollte, spürbar waren. Es war eine nachholende Transparenz über die geheimdienstliche Struktur der Diktatur, die jeglicher, auch getarnter, kommunistischer Restaurationspolitik begegnen wollte, indem sie die tatsächlichen Biographien der Mitarbeiter des MfS im Konfliktfall offenlegte. Gerade die Vertreter der sich neu konstituierten Oppositionsgruppen im Herbst 1989 wußten aus eigener leidvoller Erfahrung, wie dicht das Netz der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS geknüpft war. Aber sie kannten selbstredend die Spitzel in ihren Reihen nicht.

„Spätere Enttarnungen offenbarten jedoch in nahezu allen Gruppen die Mitwirkung von ‘Genossen des MfS’ in führenden Positionen. Selbst am Runden Tisch saßen mindestens fünfzehn Personen, die in irgendeiner Form mit dem alten Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet hatten. Selbst wenn sie nicht mehr operativ tätig gewesen sein sollten, waren sie doch erpreßbar und nur in engen Grenzen politisch handlungsfähig. Ein Antrag von Martin Gutzeit auf Überprüfung der Teilnehmer des Runden Tisches auf MfS-Mitarbeit lehnte das Gremium gegen nur zwei (!) Stimmen ab, wobei neben dem Antragsteller noch sein Parteikollege Ibrahim Böhme (IMF des MfS ‘Paul Bonkarz’) dafür votierte. Der für das Neue Forum an den Runden Tisch delegierte Reinhard Schult wies diesen Antrag mit den Worten zurück: ‘Wir können ja nicht zum Stasi-Spitzel-

Jagen aufrufen von diesem Tisch hier. Also, ich halte das wirklich für völlig widersinnig’.“⁴⁹

Die systematische Aktenvernichtung im MfS begann bereits durch Mielke im November 1989. Zunächst ging es um die Verwischung von Spuren, wie im Fall der Pläne zur Errichtung von Internierungslagern für die Opposition im Krisenfall. In der MfS-Spitze herrschte auch nach dem Rücktritt von Mielke Einigkeit hinsichtlich „der weiteren Vernichtung von belastendem Material. Die Mitarbeiter wurden aufgefordert, diese Angelegenheit ‘sehr klug und sehr unauffällig’ zu handhaben, schließlich hätte es keinen Zweck, ‘einen Haufen Papier mitzuschleppen, der uns in der gegenwärtigen und künftigen Zeit nicht nützt’.“⁵⁰

Die Aktenvernichtung bezog sich im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes auch auf den Schutz wichtiger Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, und es ist gewiß kein Zufall, daß zum Beispiel die IM-Personalakte von Stolpe nicht mehr existiert.

Mit den Fragen der Aktensicherung des MfS und ihrer Öffnung für die Opfer, die historische Forschung und die Justiz verbanden sich viele politische Probleme im Vereinigungsprozeß, auf die hier kurz eingegangen werden muß. Im Frühjahr 1990 wurden ca. 178 km laufende MfS-Akten vor der Vernichtung gesichert. Die Frage, was mit ihnen geschehen soll, trat damals zurück hinter der Vorbereitung auf die erste freie Volkskammerwahl in der DDR, die im März 1990 stattfand. Die Mehrheit der Abgeordneten in der Volkskammer war willens, die deutsche Teilung durch den Beitritt der DDR

zur Bundesrepublik Deutschland zu beenden.

Der Verlauf der Debatte um den Umgang mit den MfS-Akten bei der Verhandlung des Einigungsvertrages offenbarte die Asymmetrie, die in beiden deutschen Gesellschaften und in der Politik hinsichtlich der eigenen Betroffenheit von der Geschichte der zweiten deutschen Diktatur bestand. Noch nie hatte ein Staat die Akten eines Geheimdienstes freiwillig geöffnet, und viele verantwortliche Politiker aus der Bundesrepublik fürchteten, mit den MfS-Akten würde eine Büchse der Pandora geöffnet.

An einem Randproblem entzündete sich im Sommer 1990 der erste Streit um den Umgang mit dem Erbe des MfS durch das vereinigte Deutschland. Zu entscheiden war die Frage: Sollen westliche Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS der DDR weiterhin in der Bundesrepublik wegen ihrer Agententätigkeit vor Gericht gestellt werden? Bundesinnenminister Schäuble wollte eine Amnestie für diese „teilungsbedingten Straftaten“, und der Bundesjustizminister legte auch einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor.⁵¹ Der Plan scheiterte, der Innenminister hatte die Widerstände gegen eine solche Teilamnestie von Agenten unterschätzt. Entscheidend für die Aktenöffnung war allerdings der Versuch von beiden deutschen Regierungen, im Einigungsvertrag „eine restriktive Nutzung der Stasi-Akten festzulegen“.⁵² Sie planten, die Unterlagen des MfS dem westdeutschen Bundesarchiv zu überstellen, um eine endgültige Regelung über die Modalitäten ihrer Öffnung dem gesamtdeutschen Gesetzgeber zu überlassen. Als diese Absicht bekannt

wurde, kam es in der noch bestehenden DDR zu heftigen Reaktionen. Bürgerrechtler besetzten Räume in der früheren Zentrale des MfS in Berlin, um die Öffnung der Akten für die betroffenen Opfer und die historische Forschung zu erzwingen. Die Volkskammer beschloß, nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Aktion, ein Gesetz, nach dem die Akten auch nach der Vereinigung auf dem Gebiet der DDR zu bleiben haben. Schließlich einigten sich die beiden Regierungen auf eine Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag. Der 1990 zu wählende erste gesamtdeutsche Bundestag sollte eine gesetzliche Regelung beschließen, die den betroffenen Opfern des MfS ein Auskunftsrecht über den Inhalt der von der Staatssicherheit über sie angelegten Akten einräumt und die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS ermöglicht.

Am 20. Dezember 1991 wurde mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz die „Bundesoberbehörde des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)“ mit Sitz in Berlin errichtet. Wichtigster Zweck dieser Behörde, deren Gründung auf einen Beschluß der letzten DDR-Volkskammer zurückgeht, ist es, den Opfern der MfS-Repression und -Bespitzelung Akteneinsicht zu gewähren und Beschäftigte im öffentlichen Dienst der neuen Länder und Abgeordnete in ihren Landtagen daraufhin zu überprüfen, ob sie inoffiziell für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben.

Heute wird der Akt der Selbstbefreiung durch Akteneinsicht, der in der Öffnung der Stasi-Akten für die betroffe-

nen Opfer lag, zunehmend auch im Westen verstanden und anerkannt. 1996 bekannte sich Bundeskanzler Helmut Kohl zu seinem Lernprozeß in dieser Frage: „Wenn ich heute zurückschaue, dann halte ich diese Entscheidung von damals für richtig, wenngleich ich zeitweise daran gezweifelt habe, ich fürchtete, der ganze Unrat, der da hochkommen würde, könnte das Klima in Deutschland vergiften. Dies ist nicht eingetreten, weil es die Opfer verstanden haben, mit dieser düsteren Hinterlassenschaft verantwortungsbewußt umzugehen.“⁵³

Das Zögern der Bundesregierung, durch Öffnung der MfS- und SED-Akten eine schnelle öffentliche Auseinandersetzung um die zweite deutsche Diktatur herbeizuführen, hatte 1989/90 auch mit den langen Schatten der Hitler-Diktatur zu tun. Die Überwindung der Teilung des Landes war damals Gegenstand der praktischen Politik. Weder die Bundesregierung noch die Parteien und auch nicht der Bundestag hatten Zeit und Sinn für die deutsche Teilungsgeschichte. War doch die Bundesregierung damit beschäftigt, das Land zu einen und die 1945 in Potsdam zwischen den alliierten Siegermächten offen gebliebene deutsche Frage international abschließend zu regeln. Dieser historischen Aufgabe angemessen befaßte sich die damalige internationale Debatte um die Folgen der Rekonstruktion eines deutschen Nationalstaates mehr mit Analogien zur Politik des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1945 als mit der Geschichte der SED-Diktatur. Besonders an der Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze wurden die Erinnerungen an die nationalsozialistischen Verbrechen

reaktiviert und die deutsche Politik daran erinnert, daß die Teilung des Landes eine direkte Folge des vom Deutschen Reich 1939 vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieges war. Die Erinnerung an diese Epoche der deutschen Geschichte diente als Folie für Ängste vor der künftigen Politik eines neu entstehenden souveränen deutschen Nationalstaates in der Mitte Europas. Diese historische Debatte war für die Bundesregierung damals von weitaus größerer politischer Bedeutung als die über die kommunistische Diktatur auf deutschem Boden. Besonders gegenüber der Sowjetunion, die der Auflösung der DDR zustimmen mußte, galt es seitens der Bundesregierung, Rücksicht zu nehmen auf deren Status als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges, der die Voraussetzung für die Stationierung sowjetischer Truppen in Mitteleuropa schuf. Wenn auch die Einbeziehung eines vereinten Deutschland in die NATO in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach dem Fall der Berliner Mauer oberste Priorität besaß und das Weiße Haus die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung nachhaltig unterstützte, auch in der amerikanischen Öffentlichkeit war die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen nicht vergessen. Aber der amerikanische Präsident George Bush vertraute auf die Kraft der gefestigten Demokratie in der Bundesrepublik. Er war der Ansicht, daß Deutschland „für seine Sünden Buße getan hatte und daß es 'irgendwann einmal genug sein mußte'“.⁵⁴

Die Bundesregierung war gezwungen, die innen- und außenpolitischen Fragen, die mit der deutschen Einheit zusammenhingen, unter unerhörtem Zeitdruck zu klären und im Rahmen

des Zwei-plus-Vier-Prozesses international zu lösen. Namentlich die außenpolitischen Rahmenbedingungen ließen das moralisch-politische Problem, wie das vereinigte Land mit verantwortlichen Nomenklaturkadern der SED-Diktatur strafrechtlich umgehen soll, in den Hintergrund treten.

Erneut erwiesen sich die MfS-Akten als Katalysator in dem Prozeß der politisch-historischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Abgesehen von den Parteisekretären der SED, den Offizieren und Mitarbeitern des MfS und dem größten Teil der Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee der DDR wurden die Angehörigen der Verwaltung, die Lehrer und die Polizisten in den öffentlichen Dienst der in der DDR neugebildeten Länder übernommen. Deren Überprüfung auf inoffizielle Tätigkeit für das MfS diente nicht nur der historischen Delegitimierung der totalitären Herrschaft der SED, sondern sollte auch eine demokratisch zuverlässige Verwaltung in den neuen Bundesländern sichern helfen.

Der Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“ kommt hinsichtlich der Lösung dieser Aufgabe zu folgendem Ergebnis: „Bei der Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst im Rahmen der Errichtung neuer Behörden, der Übernahme von Personal aus fortgeführten Behörden und der Behördenverschmelzung bei Bund, neuen Ländern und Kommunen stand neben der fachlichen Qualifikation der Bewerber deren persönliche Eignung im Vordergrund. Die in großer Eile geschaffenen Sonderkündigungstatbestände des Einigungsvertrages haben

kein von Anfang an für die Verwaltung einheitlich zu praktizierendes System der Personalauswahl und des Personalabbaus geschaffen.

Die außerordentliche Kündigung der durch Tätigkeiten für das MfS belasteten Personen und auch die ordentliche Kündigung ehemaliger Systemträger haben zunächst Probleme aufgeworfen. Für die außerordentliche Kündigung hat der Einigungsvertrag das Tat-sachenmerkmal der Unzumutbarkeit des Festhaltens am Arbeitsverhältnis für den Arbeitgeber normiert. Während die Voraussetzungen (Abs. 5, Nr. 1 - Verstoß gegen die Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit - bzw. Abs. 5, Nr. 2 - Tätigkeit für das MfS/AfNS) durch Unterlagen des BStU nachweisbar bzw. durch § 6 Stasi-Unterlagengesetz (StUG) in der Praxis handhabbar waren, wurde die Feststellung der Unzumutbarkeit unterschiedlich gehandhabt.“⁵⁵

Schon die SED und erst recht die PDS konnten nach der Zerschlagung des MfS nur noch hinhaltenden Widerstand leisten, den sie zunehmend mit den Mitteln des Rechtsstaates organisierten. Für die SED-PDS war das MfS ein legitimer Teil des DDR-Staatsapparates. Die Taktik hieß, geordnet zurückweichen. „Die klügeren kommunistischen Kader zogen sich unter dem Zwang der Verhältnisse in die Gesellschaft zurück. Dort hatten sie Verbündete in jenem Personenkreis, der während der SED-Diktatur in allen öffentlichen Bereichen korrumpiert worden war. Tausende IM haben bis zum letzten Moment für das MfS gearbeitet, und als dies nicht mehr möglich war, wußten sie immer noch, daß sie in einem Boot mit den alten Machtha-

bern saßen. Die in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingeschleusten hauptamtlichen Mitarbeiter und die 'Offiziere im besonderen Einsatz' (OibE) konnten ihr Treiben oft noch lange fortsetzen.“⁵⁶ Die PDS schwing zunächst verständlicherweise zu diesem Thema.

7. Die PDS und die MfS-Frage

Das MfS war innerhalb der Machtstrukturen des SED-Regimes zweifellos der zentrale Macht- und Disziplinierungsapparat der SED in der Gesellschaft der DDR. Im Unterschied zu den Oppositionsgruppen, den Kirchen, aber auch den „befreundeten Parteien“ LDPD, NDPD, DBD und CDU, konnte das MfS in der SED selbst nicht operativ tätig sein und schleuste keine Inoffiziellen Mitarbeiter ein. „Erst wenn das Politbüro oder die zentrale Parteikontrollkommission oder nachgeordnete Führungs- und Kontrollinstanzen 'Abweichler' oder 'Parteifeinde' in der SED als solche entlarvt und gebrandmarkt hatten, durfte und mußte die Stasi tätig werden. Die Stunde der Staatssicherheit schlug erst, nachdem die betreffenden Genossen ins Visier der Herrschenden geraten waren. Nie hat das MfS eigenmächtig gehandelt, ohne Wissen, ohne Zustimmung der Parteibürokratie.

Generell basierten alle Richtlinien, Dienstanweisungen und Befehle des MfS auf Beschlüssen der Parteiführung. Das war auch Mielkes Maxime in MfS-internen Dienstkonferenzen. So erklärte er am 16. Januar 1986 laut Tonband-Protokoll ... auf einer Delegiertenkonferenz der SED in der Hauptabteilung Aufklärung:

'Die zielklare Führung durch die Partei

der Arbeiterklasse, das konsequente Handeln auf der Grundlage und in Durchsetzung ihrer Beschlüsse war und bleibt für uns Tschekisten das entscheidende Unterpfand für die Erfüllung unseres Klassenauftrages. Die Beschlüsse der Partei sind für uns der zuverlässige politische Kompaß. Das wichtigste für unseren Kampf ist die führende Rolle, ist die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei'.“⁵⁷

Dieses Dienstverhältnis zwischen MfS und Partei verwandelte sich für die SED-PDS während des Vereinigungsprozesses in der öffentlichen Stasi-Debatte in einen strukturell-politischen Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten, da die viel bedeutsamere Rolle der SED-Nomenklaturkader für die Aufrechterhaltung der Diktatur in der Diskussion nicht angemessen berücksichtigt wurde. Von der Sozialdemokratie über den Demokratischen Aufbruch bis zu den Christdemokraten gab es immer wieder Rücktritte im Zusammenhang mit belegter IM-Tätigkeit für das MfS. Die einzige Partei, die zunächst von solchen Vorgängen verschont blieb, war die PDS.

Ein gutes Beispiel für die strukturellen Zusammenhänge zwischen SED und MfS lieferte ausgerechnet Bisky höchstpersönlich. 1995 wurden Aktenplitter in der Behörde des Bundesbeauftragten gefunden, die auf eine aktive Zusammenarbeit Biskys mit der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS hinwiesen. Bei einer solchen Zusammenarbeit zwischen höheren Parteikadern und dem MfS ging es weniger um gewöhnliche Spitzelei. Vielmehr ergab sich die Kooperation mit den „Tschekisten“ bei der Erfül-

lung des gemeinsamen Kampfauftrages geradezu naturgemäß.

In dem Vorschlag zur Werbung eines IMS der Leipziger MfS-Dienststelle, in dem es um die Ehefrau Biskys ging, heißt es über die Ergebnisse der Recherche zu ihren elektronisch gespeicherten Daten im MfS: „Der Kandidat war bis Mitte 1980 für die HVA/SWT (Sektor Wissenschaft und Technik, der Verfasser) XV/4 erfaßt. Der Grund für die Erfassung bestand in der Kenntnis und Absicherung der inoffiziellen Zusammenarbeit des Ehepartners mit unserem Organ. Bedingt durch die Ablage des IM-Vorgangs des Ehepartners - Grund keine bestehende operative Perspektive - erfolgt auch die Freigabe des Kandidaten und seine Erfassung durch unsere Dienstseinheit auf Sicherungsvorgang der DE (Dienstseinheit, der Verfasser). Bei dem Ehepartner handelt es sich um einen Zuzug aus der BRD.“ Unter dem Gliederungspunkt Verbindungen, Verwandte und Bekannte steht dann der Name (Prof. Dr. Bisky, Lothar), Geburtstag und Beruf, abschließend heißt es: „Er ist leitender Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Häufig führen ihn Dienstreisen in NSW-Staaten.“ (NSW: Nicht-Sozialistisches Wirtschaftsgebiet/Währungsgebiet, der Verfasser).⁵⁸

Biskys Akte über seinen „IM-Vorgang“ ging in das Archiv, als er seinen Dienst in der ZK-Akademie antrat. Natürlich bestritt der Parteivorsitzende, jemals IM gewesen zu sein. Nach seiner Meinung ging es in den Veröffentlichungen auch gar nicht in erster Linie um ihn, sondern um Stolpe. „Indem versucht wird, mich als ehemaligen Vorsitzenden des Stolpe-Untersuchungs-

ausschusses des Brandenburger Landtages zu disqualifizieren, soll das Ergebnis der Tätigkeit dieses Ausschusses angegriffen und der CDU die Möglichkeit zur Wiederholung des Verfahrens gegeben werden.“⁵⁹ Die Sorge war unbegründet. Drei Jahre später kam der Vorsitzende der PDS in seiner Rede auf dem Wahlparteitag in Rostock erneut auf das Thema zurück, um die SPD unter Druck zu setzen.

Anlaß waren MfS-Verstrickungen von PDS-Abgeordneten im Sächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag, die in beiden Parlamenten aufgedeckt wurden. „Zweieinhalb Jahre habe ich als Vorsitzender des Stolpe-Untersuchungsausschusses im Landtag Brandenburg in aller Öffentlichkeit für einen differenzierten Umgang mit den sogenannten Stasi-Verstrickungen gestritten. Ich stehe nach wie vor zu den Feststellungen, die im Abschlußbericht des Ausschusses getroffen wurden - und genauso zur Entschließung, die im Brandenburger Landtag im Zusammenhang damit von allen Parteien angenommen wurde und die menschliches Maß und differenzierte Einzelfallprüfung einfordert.

Gerade weil ich dazu stehe, frage ich die SPD, warum sie in dieser Frage wieder mit gespaltener Zunge agiert und wieder einmal zwei sich ausschließende Konzepte des Umgangs mit der Stasi-Problematik vertritt - gleichzeitig und nach blanker Opportunität. Die Brandenburger SPD steht zur genannten Entschließung. Die Sächsische SPD strebt mit der CDU gemeinsam eine juristisch sehr fragwürdige Abgeordnetenklage gegen die PDS-Abgeordneten Bartel, Kosel und Durchschmidt an. Und im Bundestag verwandelt die SPD

in trauter Einheit mit der CDU/CSU und den Bündnis-Grünen den Immunitätsausschuß in einen Wahlkampfaußschuß. ... Und ich frage mich, wohin das führen soll. Ich werde jetzt nicht in den SPD-Stil verfallen, um meine Haltung zur Biographie Stolpes wahlkampfaktisch zu verändern.“⁶⁰ Bisky bemühte also auch in der MfS-Frage die DDR-Schicksalsgemeinschaft, die natürlich erst recht für die eigenen Parteimitglieder galt.

Eine erste Richtlinie zum innerparteilichen Umgang mit einer MfS-Mitarbeit beschloß der zweite Parteitag der PDS im Juni 1991. Vorlage war ein Beschluß des Berliner Landesparteitags zu diesem Thema: „Die Tätigkeit für das MfS als ein ‘zentrales Element’ der Sicherheitskonzeption müsse in eine ‘differenzierte Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft’ eingebunden werden. Dazu gehöre, sich einer ‘pauschalen’ Verurteilung und Ausgrenzung ehemaliger MfS-Mitarbeiter ebenso zu widersetzen wie einer pauschalen Entschuldigung. Eine Pflicht zur Offenlegung wird den Genossen an der Basis nicht auferlegt.“⁶¹ Nur Parteimitglieder, die bereits Abgeordnete waren oder sich um ein parlamentarisches Mandat bewarben, oder Funktionäre, die die Partei öffentlich repräsentierten, sollten ihre Stasi-Mitarbeit angeben. Sollten sich Abgeordnete oder Funktionsträger in der Partei nicht an diesen Beschluß halten, so sollten sie nicht automatisch Mandat oder Parteifunktion verlieren. In einem solchen Fall sollten sie von den jeweilig zuständigen Vorständen bzw. Gremien von ihrer Funktion entbunden werden und der Vorgang in den wählenden Delegiertenkonferenzen oder Mitgliederversammlungen verhandelt werden, so daß diese über

eine eventuelle Abwahl des entsprechenden Genossen entscheiden können.⁶² Der Ernstfall traf den Berliner Landesverband, der den Beschluß auch anwandte. Im August 1991 trat der Berliner Landesvorsitzende der PDS, Wolfram Adolphi, zurück, als seine MfS-Mitarbeit bekannt wurde, Nachfolger wurde André Brie. Dieser mußte im Oktober 1992 erklären, fast zwanzig Jahre lang für das MfS gearbeitet zu haben.

So verfaßte die Bezirksverwaltung Potsdam am 10. Juli 1984 eine Beurteilung des IM „Peter Scholz“ alias André Brie. Hervorgehoben wird seine Zuverlässigkeit, seine Kontakte zu Personen aus dem „Kunst- und Kulturleben der DDR, führenden Personen aus staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen in der DDR“.⁶³ Brie betreute auch im Auftrag des Zentralrats der FDJ Delegationsreisen verschiedener Jugendverbände aus der Bundesrepublik in der DDR und erstattete darüber dem MfS regelmäßig Bericht, dies tat er auch, wenn er im Ausland Dienstreisen absolvierte. „Die Treue Bries zum MfS veranlaßte Stasi-Chef Mielke im Namen des Ministeriums der DDR (Auszug aus dem Befehl Nr. K 110/87, Berlin, den 8. Februar 1987) zu folgendem Lob: ‘In Anerkennung langjähriger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, der dabei bewiesenen hohen Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit sowie der Verdienst bei der Lösung von operativen Maßnahmen, zeichne ich zum Anlaß des 37. Jahrestags der Bildung des MfS aus: Genossen Dr. Andreas Brie mit der Verdienstmedaille der NVA in Bronze. Gezeichnet Mielke, General.’“⁶⁴

Brie wurde zum Prüfstein für die Ernst-

haftigkeit des MfS-Beschlusses der PDS. Er wurde in Berlin nicht sofort von seiner Funktion als Landesvorsitzender entbunden, sondern der Vorstand bat ihn ausdrücklich, „im Amt zu bleiben. Gregor Gysi mußte einräumen, Brie habe ihm bereits im Sommer 1990 über seine IM-Tätigkeit informiert. Gysi habe sein Wissen nicht nur für sich behalten, sondern Bries Parteikarriere sogar nach Kräften unterstützt. Erst auf den öffentlichen Druck hin trat Brie wenig später zurück. Gleichwohl schmälerte dies seine Macht in der Partei nicht, im Gegenteil: Er blieb Chef der Grundsatzkommission, die für die Programmarbeit und Ideologie verantwortlich zeichnet“.⁶⁵ Brie blieb auch weiterhin verantwortlich für das zentrale Wahlbüro.

Der dritte PDS-Parteitag übte danach in bezug auf den MfS-Beschluß tätige Selbstkritik. Die Partei warf sich vor, „die Förderung und Initiierung des demokratischen Widerstandes gegen alle Formen der pauschalen politischen Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ehemaligen MfS“ nicht hinreichend „unterstützt“ zu haben. „Die PDS hat aus Furcht, als ‘Stasi-Partei’ diffamiert zu werden, die staatsbürgerlichen Rechte und berechtigten sozialen Interessen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS - wie auch anderer bewaffneter Organe und Bereiche des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR - nicht nachdrücklich genug artikuliert und verteidigt. Das hat sie vor der Etikettierung als bloße SED-Fortsetzerin durch politische Gegner und Massenmedien nicht bewahrt, ihr aber so gleich einen enormen Vertrauensverlust bei ehemaligen MfS-Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern, Armee- und Polizeiangehörigen usw. eingebracht. Das hat insgesamt zu einer Schwächung der Partei und ihrer Politikfähigkeit geführt.“

Die PDS besann sich auf ihre Pflicht: „Es wäre unsere Aufgabe gewesen, die berechtigten Interessen ehemaliger MfS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter wie auch andere öffentlicher Bediensteter der ehemaligen DDR entschiedener zu verteidigen. Wir hätten mehr um sie kämpfen müssen, um sie mitzunehmen auf dem Weg der Gewinnung demokratisch-sozialistischer Positionen.“⁶⁶

Diesen Beschluß legten Parteivorstand und Parteirat gemeinsam vor. Er verknüpfte verschiedene Aspekte der MfS-Frage, die die PDS zu bedenken hatte. Das klare Bekenntnis zur sozialen Interessenvertretung der MfS-Angehörigen wurde als demokratische Kärnerarbeit der PDS dargestellt. Die SED hätte die Angehörigen des MfS, der NVA und der Volkspolizei mit einem Politikverständnis indoktriniert, die die bewaffnete Macht des Staates sowie die Bereitschaft der politischen Führung, sie einzusetzen, überbetonte. Die PDS forderte nun die Überwindung dieses Politikverständnisses, „weil es auch einen Resonanzboden für demokratiefeindliches und inhumanes Denken sein kann. Die Gewinnung von ehemaligen Angehörigen bewaffneter Organe - einschließlich ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS - für das Engagement in einer demokratischen sozialistischen Partei liegt im Interesse der Stärkung der demokratischen Substanz einer Gesellschaft.“⁶⁷

Dieser Position kann vernünftigerweise nicht widersprochen werden, sie

würde allerdings eine rückhaltlose Offenheit der PDS gegenüber ihrer diktatorischen Vergangenheit und den Opfern der kommunistischen Repression voraussetzen. Vor allem aber würde sich die Tätigkeit von MfS-Mitarbeitern in der Parteiführung und als Abgeordnete im Bundestag oder den Länderparlamenten verbieten. Das Gegenteil wird von der PDS praktiziert, wie der Fall Gysi zeigt.

Seit Januar 1992 überprüfte der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in beiden Legislaturperioden den Verdacht, Gysi habe als Rechtsanwalt inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet. In seiner 87. Sitzung am 8. Mai 1998 hat der Ausschuß nach den Richtlinien des Überprüfungsverfahrens mit der dort vorgesehenen „Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen festgestellt“.⁶⁸

Gysi bestreitet diese Feststellung vehement. Er behauptet: „Insgesamt ist es dem Ausschuß nicht gelungen, die Vorwürfe zu belegen, die er gegen mich erhebt. Ein solcher Nachweis kann auch nicht gelingen, weil ich zu keinem Zeitpunkt inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet habe.“⁶⁹ Die Antwort auf diese Rechtfertigungsversuche bekam Gysi von einer Reihe von Mandantinnen und Mandanten wie Bärbel Bohley, Katja Havemann, Gerd und Ulrike Poppe. Sie erklärten: „Wir wissen schon lange, daß Gregor Gysi ein Vertrauensanwalt des MfS war. Die Belege dafür fanden seine Mandanten

in den von der Staatssicherheit über die akribisch angelegten operativen Vorgangsakten. Statt weiter zu bestreiten, was längst nicht mehr zu bestreiten ist, sollte sich Gregor Gysi endlich zu den Tatsachen bekennen. Seine unablässigen Versuche, sich mit formalen Klagen in juristischen Winkelzügen der Wahrheit zu entziehen, sind sinnlos ... Auf Dauer führt auch für Gregor Gysi kein Weg an der Wahrheit vorbei.“⁷⁰

Der Bundestags-Ausschuß beginnt seinen Abschlußbericht mit der Feststellung, das MfS sei das zentrale Instrument der SED bei der Bekämpfung der politischen Opposition in der DDR gewesen. Für Rechtsanwälte und Verteidiger von Oppositionellen in Strafprozessen sei eine offizielle Zusammenarbeit nur mit der Hauptabteilung IX des MfS möglich gewesen. Diese „war gemäß § 88 der Strafprozeßordnung der DDR offizielles Untersuchungsorgan in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Sie war für sogenannte ‘Staatsverbrechen’ und ‘politisch-operativ bedeutsame Straftaten gegen die staatliche Ordnung’ zuständig.“⁷¹

Der wesentlichste Teil der Gysi betreffenden MfS-Unterlagen, die der Ausschuß zu bewerten hatte, stammten aber aus der Hauptabteilung XX, in der alle Aktivitäten des MfS konzentriert waren, die auf die Bekämpfung des „politischen Untergrundes“ zielten, wie es in der Sprache des MfS hieß. Offiziell war die HA XX kein Ansprechpartner für die Verteidigung. Kontakte mit ihr konnten nur inoffiziell aufgenommen werden. Nach der Dienstanzweisung von Mielke, Nr. 2/85, war die HA XX ermächtigt worden, „gegenüber anderen operativen Dienststellen

ten - u.a. auch der für strafprozessuale Maßnahmen zuständigen HA IX, dem sogenannten 'Untersuchungsorgan' des MfS - die Federführung bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit wahrzunehmen. Die Tätigkeit der HA XX erschöpfte sich dabei nicht nur in der Beschaffung von Informationen, sondern umfaßte auch die Einleitung von operativen Personenkontrollen, das Anlegen von operativen Vorgängen oder auch 'Maßnahmen der Zersetzung'.⁷² Wie Bisky hatte Gregor Gysi aber zunächst von 1975 bis 1977 Kontakt zur Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), die für die Auslandsspionage des MfS zuständig war. „Nach der Beendigung der inoffiziellen Zusammenarbeit mit der HVA arbeitete Dr. Gysi ab 1978 mit der für die Bekämpfung der politischen Opposition zuständigen Hauptabteilung XX/OG, der späteren HA XX/9 des MfS, inoffiziell zusammen. Nach Überzeugung des ersten Ausschusses dauerte diese inoffizielle Zusammenarbeit zumindest bis 1986 an.“⁷³

Es ging der SED um die Bekämpfung und Ausschaltung politischer Opposition in der DDR. Um dieses Ziel zu erreichen, besaß das Regime viele Möglichkeiten. Hierzu zählten drakonische Haftstrafen wie im Fall von Rudolf Bahro, Zersetzung von Freundschaftskreisen und Gruppen durch den Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter und zunehmend die Abschiebung in die Bundesrepublik mit und ohne Haft. Welcher Weg beschritten wurde, um vorbeugend oppositionelle Tätigkeit zu verhindern oder auszuschalten, war eine Frage der Zweckmäßigkeit. Nur im Rahmen dieser von der Partei vorgegebenen Zielsetzung agierten in den politischen Verfahren die Vertrauensan-

wälte des MfS. Hierzu nun einige Ergebnisse aus dem Ausschußbericht: „Dr. Gysi hat nach Überzeugung des Ausschusses seine Anwaltstätigkeit für Robert Havemann, Rudolf Bahro, Franz Dötterl sowie Gerd und Ulrike Poppe dazu benutzt, um im Rahmen seiner inoffiziellen Zusammenarbeit dem MfS Informationen über seine Mandanten zu liefern und Arbeitsaufträge des MfS auszuführen. ... Im Zusammenhang mit der Anwaltstätigkeit von Dr. Gysi für Robert Havemann und Rudolf Bahro hat der erste Ausschuß jeweils in mehreren konkreten Einzelfällen die inoffizielle Zusammenarbeit von Dr. Gysi mit dem MfS nachweisen können. Die vom Abgeordneten Dr. Gysi vorgetragene Erklärung, wonach er ausschließlich mit dem ZK der SED Kontakt gehabt habe, ist als nicht stichhaltige Schutzbehauptung widerlegt.“⁷⁴

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Frage, ob Gysi inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet hat, war dessen Einlassung eine Schutzbehauptung. Aber in der Sache benennt Gysi damit selbst den Herrn in all den politischen Verfahren gegen die Opposition: die Parteiführung und ihren zentralen Apparat, in den besprochenen Fällen zeichnete die Abteilung Staat und Recht verantwortlich.

8. Die Schlußstrich-Partei

Es ist nicht zu bestreiten: Modrows SED-Nomenklaturkader aus der zweiten und dritten Reihe - der Vorsteher der DDR-Rechtsanwälte, der Medienwissenschaftler und wichtige Kulturfunktionär sowie der Politikwissenschaftler, der sich als Wahlkampfma-

nager bewährte - haben es vermocht, die Partei vor dem Untergang zu bewahren und in weiten Bereichen die politische Ächtung zu überwinden, der die PDS unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Diktatur noch ausgesetzt war. Aber die Erblasten der SED, die sie ökonomisch, politisch und moralisch hinterließ, sind zu groß, um ihrer Fortsetzungspartei ein demokratisches Gütesiegel auszustellen, zumal die von der PDS propagierte „ostdeutsche Identität“ geeignet ist, die Spaltung Deutschlands politisch zu verlängern. Kein Zweifel, die gestrigen SED-Kader halten die Zeit für gekommen, um in den neuen Ländern Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dabei stört sie die Erinnerung an die Realgeschichte der zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert. Diese Geschichte soll um der eigenen Zukunft willen entsorgt werden.

Bisky verlangte auf dem Rostocker Wahlparteitag 1998 den politischen Schlußstrich: „Wir kämpfen weiter für einen differenzierten Umgang mit ostdeutschen Biographien. Es muß Schluß gemacht werden mit der Diskriminierung und Diffamierung der Ostdeutschen und mit der völlig unnötigen Demütigung tausender Menschen im Osten. Wir fordern Gleichbehandlung. Wir fordern das Ende politischer Ausgrenzung.“⁷⁵

Wenn der Parteivorsitzende auch im Namen der Ostdeutschen sprach und den differenzierten Umgang mit „ostdeutschen Biographien“ einforderte, so sind damit keineswegs alle Bewohner der früheren DDR gemeint: Bisky bezieht sich auf die „Leistungen“ der Nomenklaturkader der SED, deren Macht im Herbst 1989 gebrochen wurde.

All diesen Tendenzen zum Schlußstrich unter die SED-Diktatur hat der Bundespräsident Roman Herzog auf dem Bürgerrechtler-Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung in Leipzig deutlich widersprochen:

„Nichts wäre fataler, als die friedliche Revolution von 1989 und den Beitrag der Bürgerrechtler zur Überwindung der Diktatur ausschließlich in die Rubrik 'historische Ereignisse' einzuordnen: Das wäre ein sicherer Weg, sie schnell in Vergessenheit geraten zu lassen. Und manch einer hat an einem schnellen Vergessen großes Interesse: Vor allem natürlich diejenigen, die für Diktatur und Spitzelsystem, für Repression und Pressezensur verantwortlich waren. Sie sind mit dem Ruf nach einem Schlußstrich schnell bei der Hand. Daneben gibt es andere, die gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden haben, weil er die Konfrontation mit Unbequemem vermeidet.

Aber hier erhebe ich Widerspruch - und nicht zum ersten Mal. Wer der Vergangenheit ausweicht, belügt sich selbst und kann auch die Zukunft nicht gewinnen. Wir haben in Deutschland schon einmal in der verständlichen Freude über die wiedergewonnene Freiheit und den Wunsch, uns schnell und unbelastet neuen Aufgaben zu stellen, die Verantwortlichkeiten für eine diktatorische Vergangenheit nur halbherzig in den Blick genommen - und da war eine Flucht, die nicht gelingen konnte. Meine Schlußfolgerung daraus lautet: Nichts vertuschen, nichts vergessen, Verantwortlichkeiten benennen und klare Konsequenzen für die Zukunft ziehen. Dieser Versuch, Wahrheit und Klarheit zu gewinnen, betrifft das Licht und die Schatten der Vergangenheit.“⁷⁶

Anmerkungen

¹Rede des Vorsitzenden der PDS, Prof. Lothar Bisky, auf dem Wahlparteitag der PDS in Rostock am 3.4.1998.

²Ausführungen von Ministerpräsident Hans Modrow anlässlich der Dienstesteinführung von Generalleutnant Wolfgang Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit in Berlin am 21. November 1989, in: Gert-Rüdiger Stephan, unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister (Hg.): Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 261.

³Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11.000, 10.6.98, S. 80.

⁴Armin Mitter: Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, in: Eckart Jesse/Armin Mitter (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft, Bd. 308 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1992, S. 371.

⁵Ebd.

⁶Uwe Thaysen: Fortwirkende Maßnahmen der Regierung Modrow, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 9 Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Band VII/2, S. 2001.

⁷Uwe Thaysen: Fortwirkende Maßnahmen der Regierung Modrow, a.a.O., S. 2001 f.

⁸Vorwärts immer, rückwärts nimmer! A.a.O., S. 286.

⁹Text des Appells in: Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, Folge 1-7/8, 3. Folge, Berlin (Ost) 1990, S. 16.

¹⁰Vgl. Gregor Gysi: Wenn wir alle für die neue Partei streiten, wird sie stark bleiben! In: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989, Materialien, Berlin (Ost) 1990, S. 25.

¹¹Für einen alternativen demokratischen Sozialismus. - Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses zu der von der Basis ausgehenden Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei, in: Manfred Behrend/Helmut Meier (Hg.): Der schwere Weg der Erneuerung von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S. 250.

¹²Vgl. André Brie: Wahlkampf nicht gegen andere Parteien, sondern für unsere Ziele. Demokratischen Wandel der Partei mit demokratischen Mitteln entschieden fortführen, zit. nach: Manfred Behrend/Helmut Meier (Hg.): Der schwere Weg der Erneue-

rung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S. 351 f.

¹³Vgl. Christian V. Ditfurth: Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS, Köln 1998, S. 13.

¹⁴André Brie: Thesen zu einer neuen Außenpolitik, in: Hubertus Knabe (Hg.): Aufbruch in eine andere DDR, Reinbek 1989, S. 245.

¹⁵A.a.O., S. 246.

¹⁶Günther Buch: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, 4. überarbeitete Auflage 1987, Berlin, Bonn 1987, S. 34.

¹⁷Vgl. Jürgen P. Lang/Patrick Moreau: PDS - Das Erbe der Diktatur, POLITISCHE STUDIEN, Sonderdruck 1/München 1994, S. 136.

¹⁸Christian von Ditfurth, a.a.O., S. 19.

¹⁹A.a.O., S. 19.

²⁰Friedrich Wolf: Der Weg zur sozialistischen Rechtsanwaltschaft, in: Neue Justiz, 13 (1959), Sammelband, S. 683, zit. nach: Karl Wilhelm Fricke: Der Rechtsanwalt als „Justizkader“. Zur Rolle des Verteidigers in politischen Strafverfahren der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/95, 15.9.1995, S. 11, künftig zitiert: „Justizkader“.

²¹Karl Wilhelm Fricke: „Justizkader“, a.a.O., S. 11.

²²Peter Jochen Winters: Anwalt und Ahnder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Dezember 1989.

²³Karl Wilhelm Fricke: Der Rechtsanwalt als „Justizkader“, a.a.O., S. 15.

²⁴Ebd.

²⁵Karl Wilhelm Fricke, a.a.O., S. 15 f.

²⁶Ebd., S. 16.

²⁷Trene Runge/Uwe Stellbrink: Gregor Gysi: „Ich bin Opposition“. Zwei Gespräche mit Gregor Gysi, Berlin (Ost) 1990, S. 82.

²⁸Vgl. ebd., S. 74.

²⁹Vgl. Jürgen P. Lang/Patrick Moreau: PDS - Das Erbe der Diktatur, POLITISCHE STUDIEN, Sonderdruck 1/1994, München, S. 140.

³⁰Gregor Gysi: Organisiertes CDU-Chaos nicht ausgeschlossen, Neues Deutschland, 17. April 1998, S. 14.

³¹Gerhard Hirscher: Das Verhältnis von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur PDS - Von der Konkurrenz über die Tolerierung zur Kooperation? In: Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, Sonderausgabe der POLITISCHEN STUDIEN, München 1998, S. 36 f.

³²Vgl. Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, a.a.O., S. 24.

³³Günter Nooke: Aufklärung und Verklärung, in: Christian Striefler/Wolfgang Templin (Hg.): Von der Wiederkehr des Sozialismus. Die andere Seite der Wiederverei-

nigung, Berlin/Frankfurt/Main 1996, S. 80.

³⁴Ralf-Georg Reuth: IM „Sekretär“. Die „Gauck-Recherche“ und die Dokumente zum „Fall Stolpe“, Frankfurt a.M./Berlin 1992, S. 23.

³⁵Ralf-Georg Reuth: IM „Sekretär“, a.a.O., S. 23.

³⁶Ebd., S. 24.

³⁷Ebd., S. 25.

³⁸Günter Nooke: Aufklärung und Verklärung, a.a.O., S. 81.

³⁹Vgl. Ralf-Georg Reuth, IM „Sekretär“, S. 25. f.

⁴⁰Günter Nooke: Aufklärung und Verklärung, a.a.O., S. 80.

⁴¹Der Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ stellt über die Erfolge des MfS in der geheimdienstlichen Durchdringung der evangelischen Landeskirchen durch inoffizielle Mitarbeiter fest: „Die IM wurden auf allen Ebenen in den Kirchen eingesetzt. Besondere Bedeutung kam selbstverständlich solchen IM zu, die in Leitungsfunktionen Zugriff auf interne Informationen hatten, die von der SED bei ihrer differenzierenden Gesprächspolitik verwendet werden konnten. Diese wirkten sich auf kirchliche Entscheidungen und auch auf die Personalpolitik innerhalb der Kirchen maßgeblich aus. Besonders interessant war deshalb für das MfS vor allem die Gruppe der leitenden Kirchenjuristen und der kirchlichen Verwaltungsbeamten, bei denen inzwischen eine besonders starke geheimdienstliche Durchdringung nachgewiesen worden ist. Seit Mitte der 50er Jahre ist eine ausgedehnte IM-Tätigkeit leitender Kirchenjuristen in fast allen Landeskirchen festzustellen.“ In: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820, 31.5.1994, S. 162.

⁴²Günter Nooke: Aufklärung und Verklärung, a.a.O., S. 84 f.

⁴³A.a.O., S. 85.

⁴⁴SPD-Landtagsfraktion: Der Bericht. Der Stolpe-Untersuchungsausschuß. Ergebnis-Analysen-Argumente, Potsdam 1994, S. 53.

⁴⁵Erhard Neubert: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. h.c. Manfred Stolpe, Potsdam 1993, S. 30.

⁴⁶Günter Nooke: Aufklärung und Verklärung, a.a.O., S. 85.

⁴⁷Vgl. Lothar Bisky, in: Disput Pressedient PDS, 3/4, Sonderheft Februar 1993 zum 3. Parteitag, S. 48 und Jürgen P. Lang/Patrick Moreau: PDS. Das Erbe der Diktatur, a.a.O., S. 134.

⁴⁸Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1996, S. 14.

⁴⁹Klaus Schroeder unter Mitarbeit von Steffen Alich: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 339 f.

⁵⁰Klaus Schroeder: Der SED-Staat, a.a.O., S. 339f.

⁵¹Vgl. Wolfgang Schäuble: Der Vertrag, Stuttgart 1991, S. 269 ff.

⁵²Wolfgang Schäuble, a.a.O., S. 274.

⁵³Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Dieckmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 463 f.

⁵⁴Philip Zelikow/Condolee Zza Rice: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. Berlin 1997, S. 59.

⁵⁵Schlußbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11000, 10.6.98, S. 72.

⁵⁶Erhard Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 346, Bonn 1997, S. 896.

⁵⁷Karl-Wilhelm Fricke: „Schild und Schwert“: Die Stasi, Funkdokumentation, Deutschlandfunk, Köln 1/1993, S. 14.

⁵⁸Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abt. XX/7, Leipzig, 25. Juli 1981. Vorschlag zur Werbung eines IMS im Schwerpunktbereich „ausgewählte profilierte Schriftsteller, Künstler und Kulturschaffende sowie operativ-relevante Personen“ der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS vom 24.7.1981, S. 5 f.

⁵⁹Bisky weist MfS-Vorwürfe zurück, in: Neues Deutschland, 27.11.1995, S. 4.

⁶⁰Rede des Vorsitzenden der PDS, Prof. Lothar Bisky, auf dem Wahlparteitag der PDS in Rostock am 3.4.1998, Manuskript.

⁶¹Patrick Moreau/Jürgen Lang: Was will die PDS? A.a.O., S. 135.

⁶²Zweiter Parteitag, zweite Tagung, Berlin, 21.-23. Juni 1991, Reden, Beschlüsse und Dokumente, Hg. PDS, ohne Ort, ohne Jahr, S. 169.

⁶³Zit. nach: Jürgen P. Lang/Patrick Moreau: PDS - Das Erbe der Diktatur, a.a.O., S. 136.

⁶⁴Jürgen P. Lang/Patrick Moreau: PDS - Das Erbe der Diktatur, a.a.O., S. 136 f.

⁶⁵Patrick Moreau/Jürgen Lang: Was will die PDS? A.a.O., S. 136/137.

⁶⁶Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik der Staatssicherheit, Disput 3/4 1993, Sonderausgabe, Der dritte Parteitag, a.a.O., S. 12.

⁶⁷A.a.O., S. 12.

⁶⁸Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Aus-

schuß) zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi gemäß § 44b Abs. 2 Abgeordnetengesetz (Überprüfung auf eine Tätigkeit oder eine politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10893, 29.5.98, S. 3.
⁶⁹Drucksache 13/10893, a.a.O., S. 68.
⁷⁰„Stasi-Spitzel nicht ins Parlament“. Ehemalige DDR-Oppositionelle zur Klage Gregor Gysis, in: Frankfurter Rundschau, 30.

Juni 1998, S. 4.

⁷¹Drucksache 13/10893, S. 10.

⁷²Drucksache 13/10893, S. 9.

⁷²A.a.O., S. 50.

⁷⁴Ebd.

⁷⁵Lothar Bisky: Rede des Vorsitzenden auf dem Wahlparteitag der PDS, Rostock, am 3.4.1998, Manuskript.

⁷⁶Rede von Bundespräsident Roman Herzog auf dem Bürgerrechtler-Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung am 23. Juni 1998 in Leipzig, Mitteilung für die Presse Bundespräsidialamt, Berlin, 23. Juni 1998, Manuskript.

Das braune Erbe der PDS: Von NS-Mitmachern zu DDR-Schrittmachern

Olaf Kappelt

1. Wahlauftritt ehemaliger NSDAP-Mitglieder für die PDS

Der politische Extremismus hat in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert in Deutschland viel Unheil angerichtet, dabei haben sich die Extreme von links und rechts oftmals auf unheilvolle Weise berührt, denn vielfach war es für einen Extremisten von rechts leichter, zum Linksextremismus zu konvertieren, oder auch umgekehrt, als sich von antidemokratischer Position aus zum Demokraten zu kehren. Die Affinität für totalitäre, antidemokratische Strukturen erscheint als ein mehr oder weniger menschliches Problem, was zweifelsohne nicht auf Deutschland beschränkt ist, aber die Hypothek von Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus wirkt im geeinten Deutschland nach und birgt Gefahren für Gegenwart und Zukunft.

Seit in Sachsen-Anhalt und anderswo die SPD die in PDS umbenannte DDR-Staatspartei SED salonfähig gemacht hat, verschiebt sich in Deutschland das politische Koordinatensystem nach links. Eine Kaderanalyse von SED und PDS läßt das antidemokratische und

freiheitsfeindliche personelle Potential erkennen, wobei die PDS nicht nur marxistisch-sozialistische Kräfte vereint, sondern reaktionäre, spießbürgerliche Elemente bindet, die für einen überkommenen Obrigkeitsstaat stehen. So versteht es die PDS sogar, Restbestände ehemaliger Nationalsozialisten über den Untergang der DDR hinaus an sich zu binden, die trotz NS-Belastungen über vierzig Jahre treu und brav der SED dienten, wie eine interne Studie des Ministeriums für Staatssicherheit feststellte.¹

Einer dieser ehemaligen Nationalsozialisten, die in Treue fest zur PDS standen, war der ehemalige Gaustudentenführer Siegfried Dallmann, der mit anderen Alt-Parteigenossen am Vorabend der letzten Bundestagswahl aufrief, „nur die PDS“ zu wählen. Der entsprechende Wahlauftritt erfolgte in der „Sozialistischen Tageszeitung Neues Deutschland“.² NS-Führer Dallmann trat 1934 der NSDAP bei und für ihn und alle anderen Unterzeichner des Wahlauftritts zugunsten der PDS sind „die Altparteien für uns nicht wählbar“ und kritisieren „die zahnlose Opposition der SPD“. Es verbliebe „als echte Wahlalternative nur die PDS“.³ Mit Egbert von Frankenberg

und Proschlitz gehörte selbst ein „Alter Kämpfer“ der NSDAP zu den PDS-Wahlhelfern. Einst kämpfte er in der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg auf seiten der Hitler-Koalition, 1943 war er Kommodore des Kampfgeschwaders Edelweiß und frühzeitig hatte er sich zum Nationalsozialismus bekannt. Er trat 1931 in die NSDAP ein, was ihn nicht hinderte, nach dem Ende des Nationalsozialismus in der DDR militärpolitischer Kommentator des Staatlichen Komitees für Rundfunk zu werden.

Weitere PDS-Wahlhelfer im Greisenalter mit nationalsozialistischer Belastung waren Fritz Geißler, der einst nicht nur in den Reihen der NSDAP stritt, sondern auch als SS-Angehöriger für den braunen Totalitarismus mit der Waffe in der Hand kämpfte, ebenso wie Horst Heinrich und Erhard Lonscher, die als Ex-NSDAP-Mitglieder nun Wahlkampf für die PDS betrieben. Max Simon und Friedrich Pfaffenbach waren ebenso ehemalige NSDAP-Mitglieder, die ihr ganzes Leben in den Dienst antidemokratischer Kräfte stellten. Ihre Jugend opferten sie dem Nationalsozialismus und danach dienten sie vierzig Jahre dem SED-Staat, um nach der friedlichen Revolution sich als Wahlhelfer für die PDS zu exponieren. Wobei ein Mann wie Siegfried Dallmann sicher nicht nur ein Mitläufer des 3. Reiches war, sondern ein Akteur im Dienste des Nationalsozialismus, der von Jugend an bis ins hohe Greisenalter antidemokratische Parteien förderte, seien sie nun links- oder rechtsradikal.

2. NSDAP-Mitglieder dienten dem SED-Staat

Was die PDS bis heute leugnet, ist die Tatsache, daß der DDR und der SED

weitaus mehr ehemalige Nationalsozialisten dienten, als bisher angenommen. Im Rahmen meiner Dissertation an der Universität Würzburg habe ich nachgewiesen, wie sehr sich der SED-Staat NS-belasteter Bürger bediente.⁴ Mitläufer und Akteure des dritten Reiches konnten in der DDR in größerem Ausmaß eine neue Karriere machen. Tausende ehemaliger Nationalsozialisten, darunter SS- und Gestapo-Angehörige, KZ-Wächter und Mitarbeiter des Volksgerichtshofes fanden bereits kurze Zeit nach Ende des Krieges in der Sowjetischen Besatzungszone eine neue Verwendung beim Aufbau des Sozialismus.

Dank der Überalterung der DDR-Führungskader und der Kontinuität der Kaderpolitik saßen ehemalige Parteigenossen der NSDAP bis zum bitteren Ende der DDR in allen Führungsetagen von Partei und Staat. Sie saßen als Dekane an den Universitäten und in den Chefredaktionen der Medien, sie waren bei der NVA und im DDR-Ministerrat vertreten, ebenso wie im Zentralkomitee der SED.⁵

Einer dieser Exponenten mit NS-Vergangenheit war Generaloberst Horst Stechbarth, der zur NSDAP-Ortsgruppe Eichenrode in der Mark Brandenburg gehörte und nach der Wende des Jahres 1945 sich der SED anschloß und bis ins ZK der SED aufstieg und der nach 1989/90 sich Amtsmißbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung vorwerfen lassen mußte und sich als Chef der DDR-Landstreitkräfte wegen der Todesschüsse an der DDR-Grenze zu verantworten hatte.

Stellvertreter von Erich Honecker im DDR-Staatsrat war bis 1989 Heinrich

Homann, der als Sohn eines westdeutschen Reedereidirektors sich 1933 der NSDAP anschloß und erst mit der totalen militärischen Niederlage den Weg in die Reihen des Kommunismus findet. Als stellvertretender DDR-Staatsratsvorsitzender gehört Homann zweifelsohne zu den einflußreichsten ehemaligen Nationalsozialisten in der DDR, auf die sich Erich Honecker bis zuletzt stützen konnte.

3. Öffnung der SED für Ex-NSDAP-Mitglieder

Die SED war im Nachkriegsdeutschland die erste Partei, die sich ehemaligen NSDAP-Mitgliedern öffnete. Bereits 1946 hob das SED-Zentralsekretariat einen entsprechenden Unvereinbarkeitsbeschluß auf und somit konnten in den ersten Nachkriegsjahren frühere Mitglieder der NSDAP in die SED aufgenommen werden. Dies war eine gezielte Maßnahme kommunistischer Bündnispolitik. In einer Rede in Dresden sagte der damalige SED-Chef Wilhelm Pieck: „Wir können nicht den Stab über alle brechen, sondern müssen ihnen die Hand reichen, damit sie an unserer Seite kämpfen für ein neues Deutschland. Wer sich nicht bewährt, wird beiseite geschoben. Wer sich bewährt, dem werden wir weiterhelfen, den werden wir am Ende aufnehmen in unsere Partei. Aber dafür gilt es, eine große Bewährungsprobe durchzumachen.“⁶

Nicht erst am Ende, sondern sehr schnell waren die deutschen Kommunisten bereit, den Gegnern von gestern die Hand zu reichen, um neue Feinde zu besiegen, den Weg zu ebnen für die sozialistische Umgestaltung Deutsch-

lands. Als erste Partei faßte die SED am 15.6.1946 nach einer entsprechenden Einführung von Wilhelm Pieck einen förmlichen Beschluß zur Aufnahme ehemaliger Nationalsozialisten. Das SED-Zentralsekretariat revidierte in dieser Sitzung die „bisherige Bestimmung, daß keine ehemaligen Pg's in die Partei aufgenommen werden können“ grundlegend. Die „Frage der Aufnahme von ehemaligen Pg's“ sei eine Entscheidung „in den Parteiorganisationen“, die „durch individuelle Beurteilung“ zu treffen wäre, wobei „insbesondere Rücksicht genommen werden muß auf die Jugendlichen“.⁷

Was dies in der DDR-Realität bedeutete, läßt sich noch 40 Jahre später an dem letzten amtierenden SED-Zentralkomitee unter Erich Honecker erkennen. Es wurde auf dem XI. Parteitag vom 17. bis 21. April bestimmt und führte insgesamt 12 Tagungen durch, die letzte Sitzung erfolgte am 3.12.1989, in der „Erich Honecker und weitere Spitzenfunktionäre aus der SED“ ausgeschlossen wurden. Doch noch nach über 40-jährigem Ende der nationalsozialistischen Diktatur gab es in Honeckers ZK geradezu eine Konzentration ehemaliger Nationalsozialisten, es ist zweifelsohne ein erklärungsbedürftiges Phänomen, wenn im letzten ZK von Erich Honecker immerhin sechzehn frühere Parteigenossen der NSDAP anzutreffen waren.

4. Ehemalige NSDAP-Mitglieder im ZK der SED

Kein Zufall war es, wenn ehemalige Nationalsozialisten bis ins Zentralkomitee der SED aufsteigen konnten. Eine solche kadermäßige Entwicklung

entstand nicht zufällig, schon gar nicht aus Unwissenheit um die Vergangenheit der Betroffenen. Die SED führte genau Buch über die NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen und Erich Mielke und das Ministerium für Staatssicherheit wußten genau um die Schwachstellen ihrer Genossen. Trotz ihrer NS-Belastungen waren sie gefragte und beliebte Helfer der SED-Diktatur.

Selbst der langjährige SED-Kaderchef Fritz Müller war ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, er beantragte 1938 seine Aufnahme in die NSDAP. SED-Kaderchef Fritz Müller gehörte zur NSDAP-Ortsgruppe Forst, im sogenannten Gau Kurmark.⁸ Als langjähriger Leiter der Kaderabteilung beim SED-Zentralkomitee war er für die gesamte Personalpolitik der DDR-Staatspartei verantwortlich. Fritz Müller befand über das gesamte Nomenklatursystem der DDR. Ihm unterstanden die Entwicklungskarteien, in denen nicht nur fachliche Fähigkeiten beurteilt wurden, sondern auch politische und moralische Qualitäten. Er hatte als Kaderchef einen bestimmenden Einfluß auf die gesamte Personalpolitik aller DDR-Organisationen und Institutionen, einschließlich der Blockparteien. Sämtliche Einstellungen und Beförderungen bedurften der Genehmigung durch die Kaderabteilung. Ex-Nazi Müller entschied selbst über das Schicksal von DDR-Spitzenfunktionären.

Unter den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern im SED-Zentralkomitee war auch Manfred Ewald, der sogenannte Sportpapst der DDR. Weitere NS-belastete ZK-Mitglieder waren: Gerhard Beil, Wolfgang Biermann, Horst Heintze,

Bruno Lietz, Helmut Sakowski, Bernhard Seeger, Werner Scheler, Horst Stechbarth, Waldemar Liemen, Erich Rübensam, Rudolf Winter, Herbert Weiz und Arnold Zimmermann als Kandidat des ZK der SED und Otfried Steger als Mitglied der Zentralen Revisionskommission. Sie alle waren mehr oder weniger durch ihre NSDAP-Mitgliedschaft vorgeprägt.⁹

5. Massenaufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die SED

Spät, erst mit der Wende des Jahres 1989 bröckelte der Mythos der DDR von einem „besseren, weil antifaschistischen Deutschland“. Es war eine der größten Propagandalügen der DDR, mit der Wende kam eine interne Analyse des ZK der SED aus dem Jahre 1954 ans Tageslicht. Demzufolge waren „republikweit 25,8 Prozent der Mitglieder“ der SED „durch ihre NS-Vergangenheit belastet“. Nach Öffnung der DDR-Archive ließ sich ermitteln, daß „die Alt-Braunen laut SED-Statistik sogar mehr als 85 Prozent der Mitglieder“ in einzelnen Parteiorganisationen stellten. Für den Berliner Historiker Armin Mitter war dies Veranlassung zu der Erkenntnis: „Die NSDAP stellte geradezu ein Kaderreservoir dar.“ Und für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ war die SED „ein großer Freund der kleinen Nazis“.¹⁰

Schon der Alt-Genosse Wilhelm Pieck philosophierte am 21.2.1947 im Neuen Deutschland über den „Sinn der Entnazifizierung“ und in Band 2 „Reden und Aufsätze“ von Wilhelm Pieck wird als Grund für die milde Behandlung der Alt-Nazis genannt: „Es sind vorwiegend die werktätigen Mas-

sen, die wir nicht von uns stoßen, sondern die wir auf das engste an uns heranziehen und an der Aufbauarbeit beteiligen müssen.“ Somit war für Pieck klar: „Es würde aber diese Aufgabe sehr erschweren, wenn gegen sie auch jetzt noch mit Strafmaßnahmen, Entlassung aus der Arbeit, Beschlagnahme ihres Eigentums oder Verächtlichmachung vorgegangen wird.“¹¹

6. Eigene Partei für ehemalige Nationalsozialisten

Noch zu DDR-Zeiten kam eine Forschungsarbeit an der Humboldt-Universität zu dem Ergebnis: „Im Sommer 1948 erhielten die ehemaligen Mitglieder der NSDAP sowie die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht die Möglichkeit, sich im Rahmen einer eigenen Partei“ am politischen Leben zu beteiligen. Dabei sollten sie „vorbehaltlos“ eingegliedert werden und „zu allen Berufen zugelassen werden, auch bei der Justiz, der Polizei und als Neulehrer.“¹² Um die eigenen Reihen nicht über das vorhandene Maß zu belasten und um die anderen bürgerlichen Parteien, die CDU und die LDPD, zu schwächen, entstand im Sommer 1948 mit Hilfe der SED die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). Es sollte verstärkt um Offiziere der Wehrmacht und um ehemalige Nationalsozialisten geworben werden, um diejenigen anzusprechen, die nicht den direkten Weg in die SED suchten, aber als Bündnispartner treue Dienste leisten sollten.

Mit antiamerikanischem Kurs und betont nationalistischer Wortwahl wurden Mitstreiter rekrutiert. In der DDR-Volkammer sprach für die NDPD-Fraktion Wilhelm Adam von einem schönen und

starken Deutschland. Ritterkreuzträger Wilhelm Adam in der Volkskammer:

„Wir wollen in Ehren leben! Wir wollen uns Ehre erwerben“ und wer „in Schmach weiter leben“ möchte, „der mag seinen Nacken in Amerikas Joch beugen“.¹³ NDPD-Sprecher Adam war bereits 1923 der NSDAP beigetreten und war 1933 Oberscharführer der SA und Referent für weltanschauliche Schulung, in der DDR avancierte er zum Generalmajor der Nationalen Volksarmee. Und der einstige Wehrmachtsgeneral Vincenz Müller verkündete auf dem NDPD-Parteitag in Leipzig 1951: „Unser Programm muß ein Kampfprogramm sein, weil unser Vaterland durch Amerika zerrissen und mit einem neuen Krieg bedroht ist“.¹⁴

Mit der NDPD, dem Bündnispartner der SED, hatten die ehemaligen Nationalsozialisten einen vehementen Fürsprecher. Der NDPD-Vorsitzende Lothar Bolz forderte, daß „für zahlreiche Deutsche“ eine „politische, wirtschaftliche, soziale und vor allem die moralische Zurücksetzung als ein besonderes Erbe der Hitlerzeit, in der sie der NSDAP angehörten“ aufzuhören habe. Mit dieser Zurücksetzung der Ehemaligen sollte Schluß gemacht werden. Bolz machte es erklärtermaßen zu seinem Ziel, für die ehemaligen Nationalsozialisten „die gleichen Staatsbürgerrechte“ zu erringen, „vor allen Dingen aber“ müßte „mit ihrer moralischen Zurücksetzung ein für allemal Schluß gemacht“ werden.¹⁵

7. Erich Mielkes Kaderauswahl unter ehemaligen Nationalsozialisten

Bereits vor Gründung der DDR war

Erich Mielke von der sowjetischen Besatzungsmacht unter dem Deckmantel der Entnazifizierung mit Personalfragen beauftragt worden. Als Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern wertete er Hunderttausende von Biographien aus und entschied über die Zukunft NS-belasteter Bürger. Bereits 1946 nutzte er die Entnazifizierung, um eine eigene Polizeiorganisation aufzubauen, das Kommissariat 5, mit direktem Zugriff auf jede Ortspolizeibehörde und unter zentraler Leitung auf SBZ-Ebene durch Erich Mielke. Erich Mielke kam zu der Erkenntnis, daß vielfach die politische Bedeutung der Entnazifizierung nicht erkannt wurde und die persönliche „Verflechtung der Bevölkerung, auch der Mitglieder der SED“ mit beschuldigten Nationalsozialisten ein Aufklärungshindernis darstellte. Mielke stellte fest, daß die „Rechte der Polizei“ überaus „vielen unangenehm“ wären, weil sie „in irgendeiner Weise mit den Verbrechern verbunden waren, zum Teil auch Mitglieder der SED sind“.¹⁶

Erich Mielke zog daraus seine Schlüsse und interne Unterlagen des späteren Ministeriums für Staatssicherheit der DDR belegen, wie sehr die NS-Vergangenheit von Führungskadern genutzt wurde bei der „Werbung von ehrlichen, an der Zusammenarbeit mit dem MfS interessierten und damit zur Wiedergutmachung ihrer Schuld bereiten Personen“.¹⁷

Die zeitgeschichtliche Forschung steht bei diesem Thema sicher erst am Anfang. Nur die Spitze eines Eisberges ist sichtbar. Wir wissen, im Westen hat es Biographiefälschungen gegeben. Beispielsweise den SS-Führer Hans Ernst Schneider, der nach dem Krieg unter

dem Namen Hans Schwerte zu den führenden deutschen Wissenschaftlern gehörte, mit linksliberalem Image stieg er auf zum Rektor der Technischen Hochschule Aachen und erst 1995 wurde der hochdekorierte linke Universitätsprofessor enttarnt.

Wenn es solche Fälle im Westen gab, was hat es dann unter der Regie von Erich Mielke und seinem Ministerium gegeben? Hier ergibt sich ein enormer Forschungsbedarf. Bekannt sind die Fälle von DDR-Spionen mit NS-Vergangenheit. So war der DDR-Superspion Heinz Felfe einst Referatsleiter im Reichssicherheitshauptamt und SS-Obersturmführer. Nachdem der Bundesgerichtshof ihn zu 15 Jahren Haft verurteilte, wurde Felfe 1969 durch Agentenaustausch in die DDR entlassen. Vom DDR-Top-Spion im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt, von Günter Guillaume ist ebenso belastendes aus der NS-Zeit aktenkundig, Guillaume gehörte der Hitler-Jugend und der NSDAP an, bevor er sich nach dem Krieg der SED anschloß und 1956 in die Bundesrepublik mit nachrichtendienstlichem Auftrag geschickt wurde.

8. Testfall Sachsen

Für die SED war 1946 Sachsen der Testfall, ob das Bündnis zwischen ehemaligen Nationalsozialisten und deutschen Kommunisten auf Dauer erfolgversprechend sein kann. Es ging bei einem Volksentscheid um die Sozialisierung der Schlüsselindustrie, ob etwa dreitausend Unternehmen enteignet werden sollten. Am 30.6.1946 kam es zur Abstimmung. Die SED setzte ihren Kurs erfolgreich durch. 77 Prozent stimmten in Sach-

sen für die geplanten Enteignungsmaßnahmen.

In einem Leitartikel im Neuen Deutschland am 4. Juli wurde der Erfolg der Politik der Partei der Arbeiterklasse gelobt, wobei der SED bewußt war, daß die ehemaligen Mitglieder der NSDAP zusammen mit ihren Familienangehörigen etwa die Hälfte der Abstimmungsberechtigten stellten. „Ein ganz beträchtlicher Teil von ihnen“ habe sich für die Enteignung ausgesprochen: „Diese Tatsache kann nicht bestritten werden“. Das ND vom 4.7.1946 bekräftigt, der Volksentscheid in Sachsen war für die ehemaligen NSDAP-Mitglieder „der Prüfstein.“

Der Volksentscheid in Sachsen war eine „Bewährungssituation“, in der sich die Masse der NSDAP-Mitglieder für „Veränderungen ausgesprochen hatte“, nun galt es, den Kreis der „sich aktiv am Aufbau beteiligten systematisch zu erweitern“ und es sei richtig gewesen, daß der Masse der NSDAP-Mitglieder „das aktive Wahlrecht bei dem Volksentscheid in Sachsen und bei den Wahlen nicht entzogen worden war“.¹⁸

So waren die ehemaligen Nationalsozialisten geschätzte Bündnispartner bei der Sozialisierung der DDR-Wirtschaft. Die Industrieenteignungen erfolgten aber nur in Sachsen ausgehend von einem Volksentscheid, in den übrigen Ländern der SBZ wurden diese Maßnahmen ohne Abstimmungsvotum realisiert. Wer sich umstellte, sich mit den neuen Machthabern arrangierte, der konnte durchaus ökonomische Macht behalten und neue politische Macht erlangen. Der Aufbau der neuen Diktatur brauchte Führungsper-

sonal und beim neuen Aufstieg waren von Anfang an die ehemaligen Parteigenossen der NSDAP dabei. Fachkräfte waren gefragt und die einsetzende Fluchtbewegung begünstigte das Wiederverwenden erfahrener alter NS-Kader.

9. Lob von Walter Ulbricht für Ex-Nazis

Walter Ulbricht fand am 28.2.1948 bereits anerkennende Worte für die ehemaligen „Mitglieder nazistischer Organisationen“, die als „Techniker und Ingenieure“ einen neuen Weg eingeschlagen hätten. Ulbricht wörtlich im SED-Zentralorgan Neues Deutschland: „In den letzten Monaten haben sich viele frühere Mitglieder von Naziorganisationen in der großen Bewegung für die Produktionssteigerung als ehrliche Mitarbeiter am Aufbau bewährt.“ Nach Auffassung von Walter Ulbricht konnte in der „neuen Periode des Aufbaus“, kurz vor Gründung der DDR, „die frühere Organisationszugehörigkeit“ nicht mehr „der Maßstab für die Beurteilung des einzelnen sein“.¹⁹

Was nach der Wende offensichtlich wurde, ist die Tatsache, daß Tausende von SED-Parteisekretären durch NS-Mitgliedschaften belastet waren. Laut parteiinterner Statistik waren zu DDR-Zeiten nahezu dreizehntausend Leitungsmitglieder der SED-Grundorganisationen durch ihre NS-Vergangenheit erfaßt. Über zehntausend SED-Parteisekretäre waren Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen, wie die interne SED-Statistik belegt.²⁰

Mit dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus hatte sich die Feindstellung der

deutschen Kommunisten geändert. Nach Auffassung von Walter Ulbricht waren die „Feinde des deutschen Volkes“ diejenigen, „die mit Hilfe der Wallstreet Deutschland zerreißen, um das deutsche Volk besser ausbeuten und knebeln zu können.“ Laut SED-Generalsekretär Ulbricht versuchten „manche sogenannten Hitlergegner aus den Reihen des Monopolkapitals“ nunmehr „das deutsche Volk den Interessen der Wallstreet gefügig zu machen.“ Demgegenüber plädierte Walter Ulbricht für einen „kameradschaftlichen Meinungs-austausch“ und eine gemeinsame Aufbauarbeit mit früheren Mitgliedern „der Naziorganisationen“.²¹

10. Nazis für Bodenreform und Enteignung

Wie sehr die ehemaligen Nationalsozialisten die Enteignungsmaßnahmen und sozialistischen Umgestaltungen in der DDR befürworteten, ist an Erklärungen nicht nur der SED ablesbar, sondern auch den Werbeschriften der NDPD zu entnehmen, in denen lobend festgehalten war, daß „Zehntausende früherer Mitglieder der NSDAP“

die Enteignungsmaßnahmen befürwortet hätten: „Sie bejahen die Überführung der großen Konzerne und Truste in Volkseigentum“. Für die DDR-Blockpartei stand fest, wenn ein Schlußstrich unter die „politische Vergangenheit“ der ehemaligen NSDAP-Mitglieder gezogen würde, dann stünde „die überwiegende Mehrheit der Ehemaligen“ für den Einsatz „und für den Aufbau“ zur Verfügung, sie würden „dann wie ein Mann ihre ganze Kraft“ einsetzen. Und die NDPD forderte zugunsten der ehemaligen Parteigenossen der NSDAP „im Namen Deutschlands“ eine „befreiende Tat“. „Unendlich viel Energie wird durch diese befreiende Tat frei werden“, es ginge darum, Hunderttausenden den Weg „eines neuen Lebens“ zu öffnen.²²

Nach Auffassung der NDPD würden die so „begünstigten“ ehemaligen Nationalsozialisten „mit heißem Herzen“ danach streben, am Aufbau teilzuhaben, denn sie würden es „beweisen“, „daß sie es wert sind“.²³ Wie sehr sie es bewiesen, ist daran erkennbar, daß die Ex-Nazis der DDR über vierzig Jahre treue Dienste erwiesen und noch über den Untergang des SED-Staates hinaus der umbenannten SED, der PDS die Treue hielten.

Anmerkungen

¹Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), SV 3/82, Bd. 1a, Bl. 000055.

²Neues Deutschland, Sozialistische Tageszeitung, Berlin, 28.9. 94, S. 9.

³Ebenda.

⁴Siehe: Olaf Kappelt: Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR

als ein soziologisches Phänomen, Hamburg 1997.

⁵Siehe: Olaf Kappelt: Braunbuch DDR - Nazis in der DDR, Berlin 1981.

⁶IML, ZPA, NL 36/424.

⁷Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Sig. IV 2/2. 1/13, Zentrales Parteiarhiv, Bestand Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zentralsekretariat, Bl. 3.

⁸Bundesarchiv Abt. II, ehemals Berliner Document Center, Fritz Müller, geb. 3.12.1920 Forst.

⁹Ebenda 3.

¹⁰Der Spiegel, Nachrichtenmagazin, S. 101, Nr. 12, Hamburg 1992.

¹¹Berlin 1952, S. 125.

¹²Wolfgang Meinicke: Zur Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone, Phil. Diss. Humboldt- Universität 1983, S. 32 ff..

¹³National-Demokratische Partei Deutschlands: Demokratie der erprobten Leistungen. Das zweite Jahr der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1951, S. 70f..

¹⁴Vincenz Müller: Unser Programm, National-Demokratische Schriftenreihe, Berlin 1951, S. 10f..

¹⁵Mit Nationalem Kurs. National-Demokratische Hefte, Heft Nr.4, Berlin, S. 6f..

¹⁶Stiftung Archiv der Parteien und Massen-

organisationen der DDR im Bundesarchiv, Sig. IV 2/13/4, Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiar-
chiv, Bestand Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zentralkomitee, Staat und Recht, Bericht vom 31.10.1947, S. 5.

¹⁷BStU, Sig. JHS Vertrauliche Verschlusssache 384/80 K 414.

¹⁸Ebenda 11, S. 30.

¹⁹Stellungnahme von Walter Ulbricht zur Auflösung der Entnazifizierungskommissionen, Neues Deutschland, 28.2.1948.

²⁰Ebenda 3, S. 370.

²¹Vgl. Anm. 19.

²²Mit Nationalem Kurs. National-Demokratische Hefte, Nr. 12, Entscheidende Fragen! Herausgegeben von der National-Demokratischen Partei Deutschlands, Berlin, S. 6, 17 u. 26.

²³Ebenda 20, Heft Nr. 18: Auch wer einmal geirrt, ist ein Deutscher! S. 14.

Atombunker mit Interhotel-Standard

Otto Wenzel

Berichte von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR brauchten nicht unbedingt denunziatorischen Charakter zu haben, verbunden mit der Aufdeckung von wirklichen oder angeblichen Mißständen in Einrichtungen außerhalb des MfS. Wie der folgende Vorgang zeigt, konnte sich in ihnen mitunter der gesunde Menschenverstand Gehör verschaffen und der Ruf nach Sparsamkeit, verbunden mit einer deutlichen Kritik an der Spitze des MfS.

Die Hauptabteilung I des MfS hatte mit einem Personalbestand von (1989) 2.457 Mitarbeitern die Aufgabe, die „personelle und funktionelle Sicherung“ der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenztruppen der DDR zu gewährleisten. Ihr Leiter war Generalleutnant Dietze, der im Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) als Chef der „Verwaltung 2.000“ firmierte. Diese Bezeichnung führten auch die Diensteinheiten der Hauptabteilung I in Dienstgebäuden der Teilstreitkräfte, der Militärbezirke, der Regimenter und der selbständigen Bataillone der NVA.¹

Am 10. Juni 1985 richtete General Dietze ein Schreiben an den Minister,

Armeegeneral Mielke, in dem er mitteilte, „inoffiziell“ sei ihm bekanntgeworden, daß beim Bau des Vorhabens VH 17/5005 (die im Kriegszustand zu beziehende „Ausweichführungsstelle“ des MfS, Tarnbezeichnung: Komplex „Filigran“, ein unterirdischer Atombunker 3 km nordwestlich der Ortschaft Biesenthal) die Anforderungen des Bedarfsträgers, des MfS, eine Ausstattung beinhalteten, „die keinen Einfluß auf die Funktionserfüllung des Bauwerks haben“.²

Beim VH 17/5005 handelte es sich um einen von vier „zentralen Spezialbauten“³, unterirdische Atombunker, die in den Jahren 1983 bis 1988 für Spitzenfunktionäre der Partei- und Staatsführung fertiggestellt wurden. Es handelte sich um:

- Die Hauptführungsstelle der Partei- und Staatsführung, fertiggestellt 1983;
- die Führungsstelle des Vorsitzenden des Ministerrates, fertiggestellt 1986;
- die Führungsstelle des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei, fertiggestellt 1987 und
- die Führungsstelle des Ministers für Staatssicherheit, fertiggestellt 1988.⁴

General Dietze fuhr in seinem Schreiben an Mielke fort, inoffiziell werde eingeschätzt, daß allein für den Ausbau, der unter anderem Möbel in Sonderausfertigung, textilen Bodenbelag und eine repräsentative Ausführung der Wände vorsehe, Mittel bzw. Aufwendungen in Höhe von etwa 3 Millionen Mark erforderlich seien. Der IM habe angeregt, daß im Interesse des effektiven Einsatzes der bereitgestellten Mittel eine nochmalige Prüfung und Reduzierung der Forderungen auf sachliche und doch ansprechende Ausstattung erfolgen sollte.

Dem Schreiben war ein zweiseitiger Bericht des IM beigefügt⁵, der ausführte, daß der Feinausbau einen unvertretbar hohen Kostenaufwand beinhalte und „bestes Interhotel-Niveau“⁶ darstelle. Die kürzlich eingetroffenen Ausstattungsrichtlinien für den Feinausbau hätten einen höheren Geheimhaltungsgrad erhalten und seien nur dem Direktor des zuständigen „Spezialbau“-Betriebs ausgehändigt worden. Dieser habe lediglich zwei Kollegen zur Einsicht befugt. Damit wolle man vermutlich unliebsamen Diskussionen unter den Kollegen aus dem Weg gehen. Der IM erinnerte daran, daß überall nach Einsparung von Material gerufen werde und alle Beteiligten nachweisen müßten, wieviel eingespart wurde. „Beim Innenausbau von Schutzbauwerken für führende Personen aus Staat und Partei gelten aber diese Festlegungen nicht.“ Die neuen Festlegungen sollen von den „höchsten Instanzen“ getroffen worden sein. Diese Genossen seien aber offenbar nicht darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei den angenommenen Belastungen keine Garantie mehr für das Leben im Schutzbauwerk gegeben werden

könne, da Brandsicherung usw. durch Tapeten, Holzfußböden, Wandverkleidungen und modernste Möbel nicht mehr gegeben sei. Sollte der Feinausbau an diesem Vorhaben, wie jetzt vorgesehen, verwirklicht werden, werde in Kollegenkreisen bereits von einer „Fürstensuite“ gesprochen.

Verbittert stellte der IM fest, „daß wir bei der Projektierung von Anlagen für die Stationierung von Raketen gespart haben, aber beim Innenausbau von Schutzwerken einen zu hohen Aufwand betreiben“. Im übrigen habe ein Oberst der für den Bau verantwortlichen Verwaltung Militärbauwesen und Unterbringung des MfNV die Meinung der sowjetischen Spezialisten über die 1983 fertiggestellte Bunkeranlage für Partei- und Staatschef Honecker (bei Prennden nordöstlich von Ost-Berlin) wiedergeben: „Das Bauwerk ist gut, entspricht den Forderungen insgesamt. Aber unzufrieden bzw. nicht ganz einverstanden waren sie mit dem betriebenen Aufwand für die Ausstattung, da Probleme aus schutzbautechnischer Sicht.“

Dietzes indirekter Kritik an Minister Mielke hat seiner Karriere nicht geschadet. Er blieb bis zum Ende des MfS Leiter der Hauptabteilung I. Aber seine Kritik wurde vom Leiter des für die Spezialbauten zuständigen Bereichs B der Arbeitsgruppe des Ministers, Oberst Thomas, in recht rüder Form zurückgewiesen, ohne daß er auf die einzelnen Angaben des IM einging. In einer Stellungnahme vom 18. Juni 1985 schrieb er, die Information des Generals sei „wertlos und unrichtig“. Er drehte den Spieß um und behauptete, der Bericht des IM stelle einen ernsten Verstoß gegen Mielkes Geheimhal-

tungsvorschriften für den Komplex „Filigran“ dar. Mit der Reduzierung des Investitionsmittel laut „Festlegung“ des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Honecker, vom 29. Juni 1982 sei der Aufwand für den Innenausbau bedeutend verringert worden.⁷

Am 9. September 1988 meldete der Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers, Generalmajor Rümmler, in einem Schreiben an Mielke die Fertigstellung des Vorhabens 17/5005. Es sei in den Jahren 1984 bis 1988 mit einem Kostenaufwand von 118 Millionen Mark⁸ in Verantwortung des MfNV errichtet worden. Das Übergabeprotokoll, das am 29. April 1988 vom Chef Militärbauwesen und Unterbringung des MfNV, Generalleutnant Kaiser, und vom Stellvertreter des Leiters der Arbeitsgruppe des Ministers für Staatssicherheit, Oberstleutnant Beulich, unterzeichnet wurde, enthielt u.a. Angaben über die Belastbarkeit der Bunkeranlage: Demnach bot sie Schutz vor dem Einschlag einer betonbrechenden Bombe mit einem Kaliber von 250 kg, der Detonation einer Atombombe von 50 kt⁹ in einer Entfernung von 550 m und vor chemischen Kampfstoffen, biologischen Kampfmitteln, radioaktiver Verseuchung und Brandmitteln. Die Bunkeranlage war ausgelegt für die

geschützte Unterbringung von 185 Personen. Für den Minister für Staatssicherheit stand ein Raumkomplex mit einem Arbeitsraum, einem Raum für den persönlichen Referenten, ein Vorzimmer, ein Aufenthalts- und Ruheraum, ein Sanitätsraum und ein direkt anschließendes Führungszentrum zur Verfügung. Acht Arbeitszimmer mit Vorzimmer und Ruhemöglichkeit im Arbeitszimmer waren für leitende Mitarbeiter vorgesehen, 20 Arbeitszimmer für das „operative Personal“. Zum Bereich „Sicherstellung“ zählten eine Küche mit den notwendigen Bevorratungsräumen, zwei Speiseräume, Ruheräume mit 57 Plätzen und Sanitäreinrichtungen. An Nachrichten- und Informationsanlagen wurden Vermittlungstechnik mit 470 Anschlußmöglichkeiten und Fernschreibvermittlungen mit 80 Anschlußmöglichkeiten eingebaut.¹⁰

Der dargestellte Vorgang macht deutlich, daß die Spitzen der Partei- und Staatsführung der DDR selbst in einer Bunkeranlage, die im Kriegszustand bezogen werden sollte, nicht gewillt waren, auf ihre - am Lebensstandard der DDR-Bevölkerung gemessen - „luxuriösen“ Ansprüche zu verzichten. Allerdings kam es vor, daß außerhalb und sogar innerhalb des MfS solche Ansprüche deutlich kritisiert wurden.

Anmerkungen

¹Otto Wenzel, „Einnahme von Westberlin - Einnahme von Westdeutschland“. Aus den Akten des Ministeriums für Nationale Verteidigung und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, in: POLITISCHE STUDIEN Heft 355, 1997, S. 52; Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (= Dokumente des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssi-

cherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Reihe A, Nr. 2/93), S. 119 ff.

²Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig zitiert: BStU), AGM 117, Bl. 48, 2.

³Die Verbindung mit den Wörtern „Spezial-“ oder „speziell“ war in der DDR eine Tarnbezeichnung für militärische Bauten, Produktion, Dienstleitungen und Import bzw.

Exporte.

⁴Otto Wenzel, *Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989*, Köln 1995, S. 123.

⁵BStU (Anm. 2), Bl. 49 f.

⁶Interhotels waren in der DDR Hotels für Gäste, die mit Devisen bezahlten. Sie hatten einen weit höheren Standard als die Hotels für DDR-Normalbürger.

⁷BStU (Anm. 2), Bl. 46.

⁸Dieser Betrag erscheint unwahrscheinlich niedrig. Der 64. Sitzung des Nationalen Ver-

teidigungsrats (NVR) am 2. Oktober 1981 war eine Information über den Stand der Realisierung des Programms zentraler Spezialbauten vorgelegt worden, der für die Führungsstelle des MfS einen Betrag von 328 Millionen Mark auswies (Protokoll der 64. Sitzung des NVR, in: Bundesarchiv - ehemaliges Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, VA 01/39525, Bl. 336 ff.).

⁹Die Hiroshima-Bombe hatte ein TNT-Äquivalent von 13,5 kt.

¹⁰BStU (Anm. 2), Bl. 13 ff.

Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Norbert Walter

1. Einführung

Die Geschichte der europäischen Integration erreicht in Kürze einen weiteren Höhepunkt: Pünktlich am 1. Januar 1999 beginnt die Europäische Währungsunion (EWU). Dies bestätigte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs erwartungsgemäß auf dem Sondergipfel der Europäischen Union (EU) Anfang Mai 1998 in Brüssel. Euroland nimmt Gestalt an. Von den 15 Mitgliedstaaten der EU werden zunächst elf Länder der EWU angehören, und zwar Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien, die Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Portugal, Irland und Luxemburg. Großbritannien, Dänemark, Schweden und Griechenland werden aus unterschiedlichen Gründen nicht von Anfang an dabei sein.

Die Erreichung dieses entscheidenden Etappenziels war alles andere als selbstverständlich. Es verlangte den ganzen Einsatz einer kleiner Elite von weit-sichtigen Politikern und Ökonomen, um die Idee der Europäischen Integration auch gegen vielfältige Widerstände und Rückschläge zu verwirklichen. Angefangen bei Churchills Rede in Zürich im Jahre 1946, über die Römischen Verträge von 1957, den 1970

vorgelegten Werner-Plan, über das von Giscard d'Estaing und Schmidt 1978 initiierte Europäische Wechselkurs-system EWS bis hin zum Delors-Bericht sind die Namen bedeutender europäischer Persönlichkeiten mit diesem historisch einmaligen Projekt verbunden und dafür verantwortlich, daß wir die Einführung des Euro am Anfang 1999 als nunmehr fast selbstverständlich ansehen können.

Wie sieht nun der Übergang zu dieser Einheitswährung konkret aus? Im Maastrichter Vertrag wird die schnelle Einführung der einheitlichen Währung verlangt, sobald mit dem 1. Januar 1999 die dritte Stufe auf dem Fahrplan zur Währungsunion automatisch begonnen hat. Auf dem Amsterdamer Gipfel im Juni 1997 wurden drei Phasen zum Übergang zum Euro verbindlich beschlossen:

- Die erste Phase (A) begann bereits Anfang Mai 1998 mit der Entscheidung über die Teilnehmerländer, der Festlegung der Umtauschkurse der einzelnen Währungen untereinander und der Nominierung des EZB-Direktoriums. Spätestens zum 01. Juli 1998 wird dann aus dem Europäischen Währungsinstitut die Europäische Zentralbank hervorge-

gangen sein und ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Zusammen mit den nationalen Notenbanken bildet sie dann das Europäische Zentralbankensystem. Es ist wichtig, daß die EZB früh über die Strategie ihrer Geldpolitik entscheidet und erklärt, welche Indikatoren sie zur Messung des Erfolgs dieser Strategie heranzieht und mit welchen Instrumenten sie steuert, so daß sich die Marktteilnehmer darauf einstellen können. Viel spricht dafür, daß die EZB sehr bald ein sehr ehrgeiziges Inflationsziel von eineinhalb bis zwei Prozent verkünden wird.

- Die Phase B beginnt dann mit dem 1. Januar 1999. Zwar wurden die bilateralen Umtauschkurse der einzelnen Währungen untereinander schon Anfang Mai 1998 festgelegt, die Umrechnungskurse zum Euro können allerdings erst zur Jahreswende 1998/99 fixiert werden, und zwar aus folgendem Grund: Der Euro wird gemäß Vereinbarung im Maastrichter Vertrag den gleichen Wert wie der bis dahin noch gültige Ecu haben, und in diesen fließen die gewichteten Währungen auch der Länder mit ein, die vorerst nicht an der EWU teilnehmen, also das britische Pfund, die dänische und schwedische Krone und die griechische Drachme. Da die Wechselkurse dieser Währungen noch schwanken können, kann sich auch der Wert des Währungskorbes Ecu und damit auch der des Euro noch ändern, so daß man derzeit noch keine definitive Aussage zu den Umtauschkursen der einzelnen Währungen in den Euro treffen kann. Als grobe Vorstellung kann jedoch ein Umtauschverhältnis von etwa DM 1,95

für einen Euro angegeben werden. Mit dem 1. Januar 1999 übernimmt die EZB die Verantwortung für die Geldpolitik. Das kann sich für die einzelnen Volkswirtschaften spürbar auswirken: Die EZB muß einen gemeinsamen Zins für das gesamte Euro-11-Land festlegen und kann nicht auf nationale Besonderheiten Rücksicht nehmen, selbst wenn sich ein Land im Gegensatz zur Mehrheit der anderen Teilnehmerländer von Euro-11-Land in einem Boom befindet und ein höheres Zinsniveau zur Dämpfung der Nachfrage hilfreich wäre. Hierfür müssen nun andere Mechanismen benutzt werden, vor allem die der Finanzpolitik. Ein weiterer Fixpunkt der Umstellung wird die Einführung des Euro am Kapitalmarkt sein: Sowohl staatliche Neuemissionen als auch umlaufende staatliche börsennotierte Titel werden auf Euro umgestellt. Ansonsten herrscht aber der Grundsatz vor: Keine Behinderung, kein Zwang zur Verwendung des Euro. Erst Ende 2001 endet diese Phase B und damit die Schonfrist für die öffentliche Hand, für die Unternehmen und die privaten Haushalte. Hierbei sorgt die angekündigte spätestmögliche Umstellung der öffentlichen Hand in Deutschland (erwähnt seien z.B. die Finanzämter) für unnötige Reibereien und Kosten, da sich die meisten Unternehmen sehr viel früher umstellen müssen und sich so zu einer doppelten Buchführung, Bilanzierung etc. gezwungen sehen. Gerade seitens der öffentlichen Hand hätte ein beispielhaftes, zupackendes Herangehen an diese Herausforderung erwartet werden können.

- In der letzten Phase (C) schließlich – im ersten Halbjahr 2002 – werden die Euro-Noten und Euro-Münzen (Frankreich hat Mitte Mai bereits mit der Prägung begonnen) als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt, während die nationalen Banknoten und Münzen noch maximal weitere sechs Monate ihre Gültigkeit behalten.

Mit der Festlegung der bilateralen Wechselkursverhältnisse zwischen den elf EWU-Teilnehmern hat die Währungsunion de facto bereits Anfang Mai begonnen, auch wenn der offizielle Startschuß erst am 1. Januar 1999 fallen wird. Euro-11-Land wird hinter den USA der zweitgrößte Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung sein. Knapp 30% des BIP der OECD werden von Euro-11-Land erwirtschaftet. Auch im Welthandel wird Euro-11-Land eine wichtige Rolle spielen. Mit einer durchschnittlichen Ex- bzw. Importquote in Nicht-EWU-Staaten von gut 11% bzw. 10% des BIP wird Euro-11-Land eine höhere außenwirtschaftliche Verflechtung aufweisen als die USA oder Japan. Da die übrigen vier EU-Mitgliedsländer Großbritannien, Dänemark, Schweden und Griechenland in absehbarer Zeit der EWU beitreten dürften, verändern sich diese Relationen noch stärker zugunsten Europas. Von Großbritanniens Entscheidung für oder gegen einen Beitritt zum Euro geht sicherlich eine Signalwirkung auf die anderen Länder aus (mit Ausnahme Griechenlands, welches sofort beitreten will, sobald es die fiskalischen Anforderungen erfüllt). Zwar knüpfte Großbritannien seinen Beitritt an mehrere Bedingungen wie z.B. ein positiv

verlaufendes Referendum oder die Erfüllung einiger – über die Konvergenzkriterien des Maastrichtvertrages hinausgehender – ökonomischer Voraussetzungen (u.a. Konvergenz der Konjunkturzyklen). Allerdings hat die Entwicklung in den anderen Teilnehmerländern gezeigt, daß durch die Entscheidung für einen Beitritt und die damit einhergehende Angleichung der monetären Politik die wichtigste Voraussetzung für die ökonomische Konvergenz erfüllt ist. Lediglich das Referendum und damit die Haltung der Bevölkerung stellt ein ernsthaftes Hindernis für einen zügigen Beitritt dar. Ein „ja“ ist indes umso wahrscheinlicher, je mehr die Vorteile der Währungsunion offenbar und die Kosten einer weiter ablehnenden Haltung sichtbar werden. Dieses Referendum wird Tony Blair sicherlich erst in einer (erhofften) zweiten Legislaturperiode und damit wohl erst ab 2003 durchführen.

Um Euro-11-Land zu verwirklichen, mußten im Vorfeld einige Hürden genommen werden: Die einstimmige Entscheidung der Staats- und Regierungschefs für die EWU war keine Selbstverständlichkeit. Verschiedene Institutionen mußten ihre Voten über die Erreichung der Maastricht-Kriterien abgeben. Zwar haben alle dem Urteil zugestimmt, daß 14 der 15 EU-Länder euro-fit sind (drei aus politischen Gründen freilich – noch – nicht mitmachen wollen). Aber lediglich der Kommissionsbericht war ohne Wenn und Aber. Im Votum des EWU und in dem Sondervotum der Bundesbank wurden indes eine Reihe von Risiken im Zusammenhang mit der Staatsschuld Italiens und Belgiens betont

und fortgesetzte Stabilisierungsanstrengungen dort wie andersorts (Deutschland etwa) angemahnt.

Der fristgerechten Einführung des Euro drohte eine weitere Gefahr von mehreren Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht, die allerdings Anfang April 1998 einstimmig mit Hinweis auf die bereits 1992/93 gefällte Grundsatzentscheidung als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurden. Noch im selben Monat haben dann Bundestag und Bundesrat den Start der 11 Länder umfassenden EWU mit breiter Mehrheit gebilligt.

Nachdem diese Hürden genommen waren, konnten auch die Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit der Besetzung des Direktoriums der EZB und die dadurch in der Öffentlichkeit entfachte Diskussion um die Unabhängigkeit der EZB den Zug nicht mehr aufhalten. Der Präsident des EWI, der Niederländer Wim Duisenberg, wurde offiziell als erster Präsident des EZB nominiert. Sein Angebot, seine achtjährige Amtszeit nicht voll auszuschöpfen, führte angesichts der Sackgasse, in die sich Franzosen, Niederländer und Deutsche hineinmanövriert hatten, zu der besten noch möglichen Lösung: Mit ihm und seinem bereits auserkorenen Nachfolger Jean-Claude Trichet stehen der EZB für insgesamt 12 Jahre zwei ausgewiesene Fachleute vor. Beide haben sich ihren Ruf als unbestechliche Stabilitätspolitiker bereits im zähen Ringen gegenüber ihren eigenen Regierungen erworben. Auch die anderen fünf Mitglieder des Direktoriums – darunter Otmar Issing für die Konzeption der Geldpolitik zuständig wie schon in der Bundesbank - lassen eine unabhängige, allein der Geldwert-

stabilität verpflichtete Zentralbankpolitik erwarten. In der Anfangsphase erscheint sogar eine noch rigidere Geldpolitik möglich, wenn die EZB die durch die jüngsten Diskussionen eventuell aufgekommenen Zweifel an ihrer Unabhängigkeit zerstreuen will.

Sowohl die institutionellen als auch die personellen Weichenstellungen garantieren somit, daß der Euro mindestens so stabil sein wird wie die DM. Diese Einschätzung wurde durch die Reaktion der Märkte nach der Bekanntgabe dieser Entscheidungen bestätigt: Die europäischen Währungen blieben stark, die Börsenkurse stiegen weiter.

Wichtig ist nun, das durch die Währungsunion geschaffene Potential für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa auch auszuschöpfen. Dazu ist es notwendig, sich auf die neuen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der EWU einzustellen. Der Verzicht auf Abwertung und eigenständige Geldpolitik als Mittel der nationalen Wirtschaftspolitik führt zu wachsenden Anforderungen an die in nationaler Verantwortung verbleibenden Bereiche der Wirtschaftspolitik. Der Reformdruck wird verstärkt durch die im Vertrag von Maastricht gezogenen Grenzen für die Nettoneuverschuldung des Staates und durch die Verpflichtung, mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt oder sogar einen Überschuß zu erzielen.

Das Wachstumspotential wird in vielen EU-Staaten nach wie vor aufgrund einer unververtretbaren Einengung privatwirtschaftlicher Aktivitäten durch den Staat geschmälert. Privatisierung,

Subventionsabbau, Deregulierung und Reformen der Steuer- und Sozialversicherungssysteme werden die ordnungspolitische Agenda zukünftiger Wirtschaftspolitik in Euroland charakterisieren. Auch die Tarifparteien werden sich, angesichts einer zumeist hohen Arbeitslosigkeit in Euroland, gefordert sehen, durch eine verantwortungsbewußte Tarifpolitik dazu beizutragen, daß die neu entstehenden Wachstums- und Beschäftigungschancen in der EWU genutzt werden.

2. Chancen und Risiken der Währungsunion

Der Eintritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion stellt die Krönung eines zwanzigjährigen geldpolitischen Kooperationsprozesses dar, der zu einer nicht für möglich gehaltenen Konvergenz und Stabilitätskultur der Teilnehmerländer geführt hat.

Ein wesentlicher Vorteil der Währungsunion liegt im Wegfall der Kleinstaaterei auf dem Währungsgebiet. Das bedeutet

- zum einen, daß sowohl Transaktions- als auch Kurssicherungskosten entfallen und dadurch der Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital erleichtert wird.
- Zum anderen erhöht sich die Planungssicherheit bei Handel und bei grenzüberschreitenden, langfristigen Investitionen.

Die Entlastung von diesen Kosten wird auch den Verbrauchern durch niedrigere Preise zugute kommen. Wechselkursschwankungen, welche in der EU immer wieder zu Verzerrungen der Wettbewerbsfähigkeit der Unterneh-

men geführt haben, werden innerhalb von Euro-11-Land der Vergangenheit angehören. Damit werden durch die EWU Wachstum und Beschäftigung in allen Teilnehmerländern gefördert.

Es spricht alles dafür, daß ein stabiler Euro in vieler Hinsicht sogar erfolgreicher als die DM sein wird: Als Handelswährung wird der Euro nicht nur unter den Euroländern verwendet werden, sondern auch von den an Euroland angrenzenden Ländern wie den „pre-ins“ (die Euro-4-Länder, die noch nicht an der EWU teilnehmen) oder den mitteleuropäischen Ländern. Diese stärkere Rolle als Transaktionswährung wird zur Folge haben, daß der Euro auch als Anlage- und Reservewährung eine deutlich größere Rolle spielen wird, da die Zentralbanken der an Euroland angrenzenden Länder dazu übergehen werden, einen Teil ihrer Währungsreserven von US-Dollar auf Euro umzuschichten. Weitere Länder wie z.B. China oder andere asiatische Länder werden eine Diversifikationsstrategie verfolgen, um so eine größere Unabhängigkeit vom US-Dollar zu erzielen. Haben die europäischen Währungen derzeit einen Anteil an den Weltwährungsreserven von rund 22%, so dürfte der Euro einen Marktanteil von rund einem Drittel erobern.

Aus deutscher Sicht hat dies nicht zuletzt den Vorteil, daß die Last der Reservewährungsrolle auf die wesentlich breiteren Schultern des gemeinsamen Finanzmarktes verteilt wird. Dieser wird eher in der Lage sein, nachteilige Auswirkungen massiver Kapitalzu- oder abflüsse auf die EU-Konjunktur sowie auf die Zins- und Inflationsentwicklung abzufedern.

An dieser Stelle soll einer weitverbreiteten, mißverständlichen Interpretation der Währungsunion vorgebeugt werden: Im Gegensatz zu den Währungsreformen von 1923 und 1948, welche eine Entwertung des Finanzvermögens mit sich brachten, ist die Umstellung auf den Euro lediglich ein rein mathematischer Vorgang. Geldvermögen und Geldschulden werden wertgleich umgestellt. Die Umrechnung erfolgt anhand der jeweiligen Umtauschkurse von nationalen Währungen in den Euro und ist bis auf sechs signifikante Stellen gesetzlich vorgeschrieben. Das Risiko eines Kaufkraftverlusts oder –gewinns durch den Umrechnungsvorgang auf den Euro selbst ist dabei ausgeschlossen. Hingegen ist es sehr wohl möglich, daß im Lauf der Währungsumstellung Preisadjustierungen, beispielsweise durch den Einzelhandel, vorgenommen werden. Ein Signalpreis von 1,99 DM verliert seine Signalfunktion, wenn er umgerechnet 1,02051 Euro ist. Hier dürfte der zunehmende Wettbewerb allerdings dafür Sorge tragen, daß es nicht zu einer generellen „Aufrundung“ der Euro-Beträge gegenüber den umstellungskursgerechten Preisen kommt.

Vor allem die deutsche Bevölkerung mit ihren traumatischen Erfahrungen zweier Geldentwertungen in diesem Jahrhundert ist an einer Frage besonders interessiert: Wird der Euro genauso stabil wie das, was wir dafür hergeben, die DM? Sowohl die institutionellen als auch die personellen Weichenstellungen für einen stabilen Euro sind getroffen. Seitens der Europäischen Zentralbank, der die Steuerung der Geldpolitik obliegt, sind die Voraussetzungen für eine unabhängige, allein der Wertstabilität des Euro verpflichte-

te Geldpolitik erfüllt. Und der Boden für eine solche Politik, die zwar in Deutschland seit langem selbstverständlich erscheint, sich in anderen Teilnehmerländern aber erst gegen teilweise heftige Widerstände durchsetzen mußte, ist inzwischen so günstig, wie es noch vor kurzem undenkbar schien: Die Konvergenz der Inflationsraten wurde auf einem historisch niedrigen Niveau erreicht – 1997 lagen die Inflationsraten aller elf Teilnehmerländer unter 2%. Bei der Bewertung der Schuldenkriterien wurde zwar der im Maastricht-Vertrag gegebene Spielraum vom Europäischen Rat ausgeschöpft; allerdings geht hiervon keine Gefahr für die Währungsunion aus. Die fortgesetzte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist jedoch nach wie vor eine vorrangige Aufgabe. Diese Tatsache spiegelt sich indes im Stabilitätspakt wider, der weiteren Druck ausübt im Sinne einer stabilitätsorientierten Haushalts- und Schuldenpolitik.

Doch genausowenig wie man eine Garantie für eine feste DM geben kann – es sei hier an die höheren Inflationsraten der DM zu Anfang der neunziger Jahre im Zuge der Wiedervereinigung erinnert –, kann man eine Stabilitätsgarantie für den Euro abgeben.

Gelegentlich werden Bedenken geäußert, daß in einer Währungsunion die wirtschaftlich stärkeren Länder den wirtschaftlich schwächeren mit Transferleistungen unter die Arme greifen müßten, so wie es in Deutschland – Stichwort „Länderfinanzausgleich“ – der Fall ist. Die Erkenntnis, daß sich ein solches Transfersystem negativ auswirkt auf die Bemühungen um einen soliden Konsolidierungskurs, hat sich inzwischen zumindest auf europäischer Ebene durchgesetzt. Der bis

dato existierende europäische Kohäsionsfonds, der in abgeschwächter Form eine ähnliche Zielsetzung hat wie der Länderfinanzausgleich, wird mit dem Übergang in die dritte Stufe ab Januar 1999 abgewickelt. Der Maastrichter Vertrag verbietet in der sogenannten „no bail out“-Klausel die Übernahme finanzieller Verbindlichkeiten eines Mitgliedstaates durch ein anderes. Änderungen dieser Vorkehrungen bedürfen der einstimmigen Entscheidung der Teilnehmerländer und sind damit angesichts der knappen Kassen der meisten Öffentlichen Haushalte so gut wie ausgeschlossen.

Wie schon weiter oben erläutert wurde, fördert die Währungsunion auf lange Sicht Wachstum und Beschäftigung im Euroland. Das Parkett, auf dem man sich zukünftig bewegen muß, wird nicht mehr ein nationaler Markt sein, sondern wird ganz Euroland umfassen. Der durch den Eintritt neuer Konkurrenten verschärfte Wettbewerb wird mittelfristig die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen im internationalen Vergleich stärken. Kurzfristig könnten jedoch in einigen Branchen zunächst Arbeitsplätze, die unter den neuen Bedingungen nicht mehr wettbewerbsfähig sind, abgebaut werden, u.a. als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen. Aber ebenso wie der Euro nicht die Lösung aller Probleme auf den Arbeitsmärkten bedeutet, darf ihm nicht die Schuld für eine rationalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit in die Schuhe geschoben werden. Der Euro verkürzt aber wohl die Schonfrist, die einigen Branchen für notwendige Umstrukturierungen und Rationalisierungen angesichts der unaufhaltsamen Globalisierung noch gegeben war.

Neben den bereits besprochenen Vorteilen der EWU wie z.B. der Einsparung von Transaktionskosten oder der erhöhten Planungssicherheit bedeutet die EWU aber auch eine strategische Herausforderung für die Unternehmen. So eröffnet der durch Wegfall der Wechselkursschwankungen verschärfte Wettbewerb den Unternehmen neue Marktchancen, erleichtert indes auch den Marktzutritt neuer Konkurrenten. Gleichzeitig engt die europaweit zunehmende Transparenz den Spielraum für eine Strategie der Preisdifferenzierung ein. Der innereuropäische Wettbewerb kann folglich auch eine Überprüfung von Produktgestaltung, von Beschaffungsmärkten und Produktionsstandorten erforderlich machen. Das Ausmaß, in dem ein Unternehmen von der Währungsunion betroffen ist - und damit auch das Ausmaß der möglichen Chancen und Risiken - hängt wesentlich von der Branche ab, in der es angesiedelt ist. Die Kosten der technischen Umstellung sowie die strategischen Fragestellungen unterscheiden sich dabei wesentlich in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Für eine erfolgreiche Umstellung gilt jedoch für alle Unternehmen gleichermaßen, daß frühzeitige Maßnahmen und ausführliche Informationen unabdingbare Voraussetzungen sind.

3. Schlußfolgerungen für die Geld- und Fiskalpolitik

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet für alle elf Teilnehmerstaaten eine einheitliche Geldpolitik, welche ab dem 1. Januar 1999 in den Händen der Europäischen Zentralbank liegen wird. Zwar gab es seit den späten achtziger Jahren bereits

eine de facto Währungsunion zwischen Frankreich, Deutschland, Österreich und den Beneluxländern, allerdings wurde die Geldpolitik weitgehend von der Bundesbank festgelegt, die sich überwiegend an den Gegebenheiten der deutschen Wirtschaft orientierte. Die abweichende wirtschaftliche Situation in den anderen Ländern sowie deren unterschiedliche Bonität spiegelte sich in den Zinsaufschlägen wider. Die einheitliche Geldpolitik in der EWU wird demgegenüber zu einem einheitlichen Niveau der kurzfristigen Zinsen im gesamten EWU-Raum führen. Daraus können für die einzelnen Länder durchaus Spannungen resultieren, vor allem dann, wenn ihr Konjunkturzyklus von dem der anderen Länder merklich abweicht. Die EZB wird ihre geldpolitischen Entscheidungen an der wirtschaftlichen Entwicklung im gesamten EWU-Raum ausrichten. Kann also die Geldpolitik nicht länger zu einer national differenzierten, antizyklischen Steuerung des Wirtschaftsgeschehens eingreifen, fällt diese Aufgabe mit um so größerem Gewicht anderen Formen der Wirtschaftspolitik und hier vor allem der Fiskalpolitik zu. Daraus resultieren mehrere Probleme. Am gravierendsten ist indes, daß von der Fiskalpolitik im Falle einer Abkühlung stimulierende

Impulse auf die Konjunktur ausgehen sollten, den meisten öffentlichen Haushalten aber - zumindest derzeit durch die bereits angespannte Defizitsituation (nahe an 3% des BIP) und angesichts des in einigen Fällen hohen Schuldenstandes (von über 60% des BIP) - die Hände gebunden sind. An einer zügigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt daher kein Weg vorbei, will man für künftige Krisen-Zeiten Handlungsspielraum haben.

4. Fazit

Die Weichen sind gestellt, der Zug rollt unaufhaltsam: Der Euro kommt, die Hürden sind genommen, Chancen und Risiken ausführlich untersucht und kommentiert. Die Hausaufgaben sind leider nur teilweise gemacht. Vor allem die nationalen Regierungen sollten nachsitzen. Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß die Chancen einmalig sind und sich nur mit dem Euro bieten. Die Risiken hingegen sind auch ohne den Euro in dieser Zeit der zunehmend globalisierten Märkte vorhanden, die Ursachen für bereits bestehende Probleme wie der Arbeitslosigkeit müssen auch ohne den Euro gelöst werden.

Überlegungen zum Begriff der Elite

Thomas Buchheim

1. Einführung

Am Begriff der Elite scheiden sich die Geister wie an kaum einem anderen soziologischen Begriff. Kein Wunder! Denn bei aller scheinbar noch so unbeteiligten Reflexion über den Gegenstand, geht es doch immer auch um die eigene Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu ihr, die Verteidigung einer Position oder den Angriff auf sie. Jeder hat nun mal nur sein Leben und möchte es als einigermaßen bedeutender Mensch und jedenfalls nicht als Mitglied der bloßen „Masse“ - des oft evozierten Gegenteils der Elite¹ - verbringen. Das Schwierige und Affektweckende an der Elite ist nämlich, daß sie ein Wertbegriff ist, der sich zugleich gesellschaftlich objektivieren läßt. Anders als beim, 'Guten', der 'wahren Liebe' oder dem 'Glück': Diese drücken ebenfalls Werte aus, die jedes menschliche Leben erstrebt, doch bleibt es stets diskutierbar, ob und wie jemand sie erreicht oder nicht. Bei der 'Elite' hingegen öffnet sich die Schere zwischen subjektiver Selbsteinschätzung und objektivem Vergleich des Erfolgs. Das macht die Leute böse, wie schon Kant vermerkte: Das Typische für den

Menschen sei die „vergleichende Selbstliebe“, „sich nämlich nur in Vergleichung mit anderen als glücklich oder unglücklich zu beurteilen. Von ihr rührt die Neigung her, sich in der Meinung anderer einen Wert zu verschaffen. (...) Die Laster, die auf diese Neigung gepropft werden, können daher auch Laster der Kultur heißen und werden im höchsten Grad ihrer Bösartigkeit (...) teuflische Laster genannt. (Kant, Religionsschrift B 17f.).

Um dieser teuflischen Potenz des Themas von vornherein auszuweichen, tut es am besten, es mit einem Schuß von Ironie zu behandeln. Z.B. so wie Musils 'Mann ohne Eigenschaften' (S.34f.): „Dieser Mann (...) konnte sich keiner Zeit seines Lebens erinnern, die nicht von dem Willen beseelt gewesen wäre, ein bedeutender Mensch zu werden; mit diesem Wunsch schien Ulrich geboren worden zu sein. Es ist wahr, daß sich in einem solchen Verlangen auch Eitelkeit und Dummheit verraten können; trotzdem ist es nicht weniger wahr, daß es ein sehr schönes und richtiges Begehren ist, ohne das es wahrscheinlich nicht viele bedeutende Menschen gäbe. Das Fatale daran war

bloß, daß er weder wußte, wie man einer wird, noch was ein bedeutender Mensch ist. In seiner Schulzeit hatte er Napoleon dafür gehalten. (...) Die Folge war, daß Ulrich, sobald er der Schule entrang, Fähnrich in einem Reiterregiment wurde.“ D.h. Ulrich tritt einer Elite bei - und scheitert natürlich alsbald kläglich, weil er nur in Rollen schlüpft, anstatt irgendetwas zu sein: „Er gab sich einem großartigen Pessimismus hin: es schien ihm, da der Soldatenberuf ein scharfes und glühendes Instrument ist, müsse man mit diesem Instrument die Welt zu ihrem Heil auch brennen und schneiden.“ Usw.

Im Gegensatz dazu hat der Elitebegriff eine reichlich unironische Geschichte und gleicht, selbst in wissenschaftlicher Theoriebildung, mehr einer politischen Parole, entweder gegen die Propagierung einer 'klassenlosen Gesellschaft' - wie bei Gaetano Mosca² und Vilfredo Pareto³ - oder auch, weniger bekannt, für einen Protozialismus wie ihn Henri Claude de Saint-Simon zu Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelte, für den die Elite der von ihm so bezeichneten „Industriellen“ - d.h. der Handwerker, Arbeiter und Bauern - die tonangebende Schicht einer künftigen Gesellschaft sein sollte, nach deren Bedürfnissen und zu deren Förderung und Optimierung alle ihre sonstigen Elemente nützlich zu sein hätten.⁴

Etwas Parolenhaftes und Ideologisches klebt demselben Begriff bis heute an, wenn auch mit etwas anderen Vorzeichen. Für die einen bedeutet er buchstäblich die einzig mögliche Rettung der Menschheit in die globale Wissens- oder 'Bewußtseins'-Gesellschaft des 21. Jahrhunderts (wie etwa für Re-

ginald Földy)⁵; die anderen erkennen in ihm eine grassierende Erosion regionalen Verantwortungsbewußtseins für das Gemeinwesen (z.B. Christopher Lasch)⁶ oder - immer noch - eine schleichende Subversion und Aushöhlung demokratischer Prinzipien und der Gleichbehandlung der Menschen.

Vielleicht ist es angesichts dessen richtig, jemanden über den Begriff reflektieren zu lassen, der davon nicht mehr versteht als jeder andere Bürger moderner Gesellschaften auch, der aber nach Art philosophischer Betrachtungsweise ein paar Unterschiede, die der Begriff der Elite an sich zu haben und zu erfordern scheint, in Erinnerung ruft, deren Berücksichtigung mancher Eiferung für oder gegen den Sachverhalt von vornherein den Boden entzieht. Dabei ist es auch Philosophenart, nicht Partei zu ergreifen, sondern allen Kontrahenten Recht zu geben, zugleich aber auch - wie Kant es uns in seinen berühmten Antinomien vorgemacht hat - beiden Seiten Unrecht. Denn Recht zu behalten, besänftigt die Gegner, ihr beiderseitiges Unrecht aufzuzeigen aber ist geeignet, den Streit auf eine andere Ebene zu manövrieren. Wenn nun die einen beteuern, ohne Elite geht es nicht, und die Gleichheit eine „Illusion“ nennen, so haben sie ja, wie es scheint, auch wirklich Recht aus zwei naheliegenden Gründen: Erstens weil Menschen immer unterschiedliche Fähigkeiten besitzen und dies in sehr verschiedenem Grade, so daß die Ausbildung von vollkommenerer und weniger vollkommener Anwendung gewisser Fähigkeiten unter ihnen schon aus natürlichen Gründen unvermeidlich ist. Zweitens aber sind die objektiven Herausforderungen an die sozialen Verbände, in denen Menschen existie-

ren müssen, allemal so groß, daß es verschenkte Lebenschancen für alle ihre Mitglieder bedeuten würde, wenn man nicht manchen Gruppen einen größeren Einfluß auf die Gestaltung des gemeinsamen Lebens zubilligen würde als anderen, um eben mit jenen Herausforderungen besser zurandezukommen. Ausdifferenzierung von Eliten in Sozialsystemen scheint so in der Tat unvermeidlich und unentbehrlich zu sein.

Recht haben aber auch die anderen, die sagen, Elitebildung beschränke demokratische Prinzipien oder höhle sie aus und mache die Menschen ungleich in Punkten, wo sie mit Recht Gleichheit beanspruchen. Auch sie haben für diese Vermutung mindestens zwei gute Gründe: Erstens nämlich neigen Menschen, denen man größeren Einfluß oder gar Entscheidungsgewalt in einer bestimmten Hinsicht zubilligt, dazu, sie sich auch in anderer anzumaßen; zweitens ist das gern offerierte demokratische Mäntelchen der 'Chancengleichheit' für alle, die modernen, sogenannten 'offenen' Eliten zu erreichen, eben doch nur ein Mäntelchen, weil die Möglichkeit der Wahrnehmung von Chancen wiederum an Voraussetzungen und Ressourcen geknüpft ist, die, blickt man auf die gegebene Existenz etablierter Eliten in einer Gesellschaft, auch deshalb höchst unterschiedlich verteilt sind.

So weit das Recht beider Parteien. Doch haben beide, wie ich schon sagte, bei ihrer Verteidigung oder Gegnerschaft häufig auch Unrecht. Unrecht haben die Anwälte der Eliten darin, daß sie die „Auslese“ der Angehörigen von Eliten - denn das kennzeichnet den Wortsinn von lateinisch 'eligere' und französisch

'elire', wo der Terminus Elite sich zuerst einbürgerte - daß sie also die „Auslese“ einer Elite zumeist gleichsetzen mit einer Art sozialdarwinistischer, d.h. quasinatürlicher Selektion der Geeigneten oder Überlebensfähigsten. Doch müssen, und das ist der erste wesentliche Unterschied, auf den ich aufmerksam machen möchte, natürliche Selektion und soziale Auslese strikt auseinandergehalten werden. Elite wird mißverstanden, wenn sie wie ein sozialdarwinistisches Konzept gerechtfertigt und eingesetzt wird.

Die zweite Unterscheidung, die ich treffen möchte, richtet sich auf eine ebenso häufig zu beobachtende Unrichtigkeit auf seiten der egalitär-demokratischen Kritiker des Elitebegriffs, weil sie in Elitebildung und Elitenförderung moderne Feudalisten wittern und einen Rückfall in aristokratische oder oligarchische Zustände befürchten. Denn vielmehr ist der Machtstatus von Eliten zu unterscheiden von dem einer Aristokratie oder Oligarchie, d.h. von der Herrschaft einer bestimmten Schicht oder Gruppe, weil nämlich der Begriff der politischen Herrschaft überhaupt etwas anderes bedeutet als das, was Eliten als solche haben können. Deshalb ist es auch falsch, wie selbst viele positiv eingestellten Vertreter der Elitetheorie - etwa Mosca oder Pareto - und ihnen folgend viele andere es bis heute tun, die Elite mit der 'herrschenden Klasse' oder der 'politischen Klasse' zu identifizieren.

2. Soziale Elitenauslese versus biologische Selektion

Zur ersten Unterscheidung ist zu sagen, daß sich die natürliche Selektion auf

Überlebenschancen des gesamten Wesens bezieht, welches sich als „fittes“ behauptet, und somit in der summierten Durchsetzungskraft begründet ist, die die betreffenden Individuen durch ihre biologische Ausstattung besitzen. Die soziale Auslese hingegen bezieht sich erstens grundsätzlich nur auf bestimmte, sozial prämierte Fähigkeiten, die gewisse Individuen haben oder in besonderem Maße an den Tag legen; und sie wird zweitens denselben Individuen durch andere mit vergleichbaren Fähigkeiten erst zuteil oder zugebilligt. Dies begründet, wie ich gleich näher erklären werde, eine zweifache soziale Angewiesenheit der Elite auf die, die ihr nicht angehören.

Angehörige einer Elite haben immer eine vielgestaltige passive Auswahl durch andere Mitglieder ihrer Referenzgruppe hinter sich, biologisch selektierte Überlebenskünstler nicht. Vergleichbar mit einer Elite ist in dieser Hinsicht der Begriff der Autorität oder auch - wenigstens in der Spielart des Begriffs, die Hannah Arendt beschrieben hat - der Begriff der Macht: Autorität und Macht sind Eigenschaften, die Menschen nur haben, aufgrund der Zustimmung oder eines besonderen Lebensverhältnisses anderer Menschen zu ihnen; sie wachsen ihnen also erst im sozialen Kontext zu und sie besitzen sie nicht als Eigenschaften von Natur aus, wie sehr wohl die biologischen Vorteile. Man begeht deshalb einen ziemlich offenkundigen Fehler, wenn man den Aufstieg in Eliten mit selektionierter Durchsetzungsfähigkeit von Individuen gleichsetzt. Ja, die Angehörigen einer Elite begehen oft selbst diesen Fehler zu meinen, sie verdanken ihren Erfolg zum einen überhaupt sich selbst und zum ande-

ren ihrer umfassenden Lebenstüchtigkeit. Vielmehr ist dieses Selbstmißverständnis bereits ein alarmierendes Anzeichen für falsche Selbstgefälligkeit und Selbstabgrenzung, damit aber auch Erstarrung einer Elite, und ihr sollte ständig entgegengearbeitet werden.

Die soziale Vermitteltheit des Elite-Status läßt interessante Rückschlüsse auf nötige Strukturzüge einer Elite selbst zu. Denn es ist offenbar unzureichend, der sogenannten „Masse“ oder Mehrzahl von Mitgliedern einer Gesellschaft auf der einen Seite unmittelbar die Elite als Oberschicht oder herrschende Klasse auf der anderen entgegensustellen, wie es z.B. Ortega y Gasset tat. (s. Anm.!) Richtig dagegen meint schon der biblische locus classicus zum Thema Elite: „multi vocati, pauci electi“⁷, der besagt, daß viele unter dem Anspruch der Religion leben müssen, damit nur wenige die wirklich Erwählten sein können. Es bedarf also vielmehr, eben wegen der mit Elite allemal verbundenen Auslese, stets vermittelnder Stufen der Affinität und Annäherung zur Elite, auf denen die Konkurrenz und Auswahl vonstatten geht.

Um mit der Schilderung einer solchen erforderten Elitestruktur am oberen Ende zu beginnen, so ist zu sagen, daß keine Elite ein singuläres Haupt haben kann, sondern immer irgendeine Parität des Ausgezeichnetseins gegeben sein muß, die die Situation des Konkurrerens in den Elitestatus selbst hinein verlängert. Denn andernfalls würde ein solcher Status, sobald jemand die Elite erreicht hat, mutieren zu einer veritablen und nicht mehr zur Disposition stehenden Eigenschaft seines Inhabers, was dem oben erläuterten

ten Verständnis des Begriffs zuwiderlaufen müßte. Schon deshalb ist es falsch, Herrschaftsstrukturen, die durchaus hierarchisch bis zu einer singulären Spitze organisiert sein können, mit Elitestrukturen gleichzusetzen, wie etwa Mosca es tut, wenn er schreibt: „Erstens sieht jeder, daß an der Spitze eines jeden politischen Gebildes ein einzelner steht, ein Haupt der Hierarchie der gesamten herrschenden Klasse [Elite bei Mosca], ein »Staatshaupt«.“⁸ Da lob ich mir Nietzsche, den Philosophen der „Vornehmheit“, d.h. der anspruchsvollsten Elite überhaupt, der, wenn er auch vieles zu weit getrieben hat, hier richtiger sieht: „Will man recht unverhüllt jenes Gefühl (...) der Notwendigkeit des Wettkampfes in seinen naiven Äußerungen sehen, so denke man an den ursprünglichen Sinn des Ostrakimos: wie ihn z.B. die Ephesier bei der Verbannung des Hermodor aussprechen. »Unter uns soll niemand der beste sein; ist jemand es aber, so sei er es anderswo und bei anderen.« (...) man beseitigt den überraschenden einzelnen, damit nun wieder das Wettspiel der Kräfte erwache. (...) Das ist der Kern der hellenischen Wettkampf-Vorstellung: Sie verabscheut die Alleinherrschaft und fürchtet ihre Gefahren, sie begehrt, als Schutzmittel gegen das Genie - ein zweites Genie.“⁹ Demgemäß ist also das Haupt der Elitenpyramide vielmehr ein Plateau, d.h. schon eine Mehrzahl, die man neudeutsch als 'peer-group' dieser Elite oder 'Kernelite' bezeichnen könnte.

Aber diese Auslese steht nicht nur unter sich in Konkurrenzverhältnissen, sondern stammt auch aus Konkurrenz, Bewertung und Wahl in bunter Vielfalt und Schichtung, so daß das Plateau der Elite notwendigerweise

getragen wird von einer oder mehreren Sub-Eliten (wie manche sie nennen)¹⁰, d.h. der viel größeren Zahl derer, die Interesse haben und die auch ihren Fähigkeiten nach in Frage kommen, in die Kernelite aufzusteigen; und dies Ganze ist wiederum eingebettet in eine Elite-Basis, deren Mitglieder irgendeine besondere Beziehung zu derjenigen Fähigkeit unterhalten, welche diese Elite definiert: also im politischen Bereich beispielsweise die Parteien, aber auch zunehmend große Teile der engagierteren Öffentlichkeit; im sportlichen Bereich das ganze Vereins- und Fan-Wesen; im kulturellen die Käufer, Anhänger, Vorstellungsbesucher, Promoter und Vermittler einer Kunstrichtung; im klerikalen Bereich die gläubigen Laien, Diakone etc. etc..

Die ganze spezifische Referenzgruppe, auf die eine Elite wesentlich angewiesen ist, bildet ihren Einzugsbereich und bestreitet auf formellere oder informellere Weise den Ausleseprozeß, durch den die Elite zustandekommt und getragen wird. Eine Elite, die ihre Trägergruppe einbüßt, kann sich nur durch starsinnigen Traditionalismus oder mehr oder minder gewaltsame Immunisierungsstrategien behaupten und nimmt leicht tyrannische Züge an, während ihre Tage gezählt sind. Die Pflege der eigenen 'Basis' und das Bewußtsein sozialer Dependenz und Getragenheit des eigenen, hervorgehobenen Ranges ist daher eine innere Notwendigkeit für Mitglieder von Eliten im echten Sinne des Worts. Ein solches Bewußtsein müßte eigentlich das Gegenteil von 'elitär' oder 'arrogant' sein, was selten genug der Fall sein mag. Doch ist es keineswegs wahr, daß umgekehrt der Elite als solcher ein elitärer Standpunkt inhärent sein müßte.

Weiterhin folgt aus der Notwendigkeit einer spezifischen Referenzgruppe für integre Eliten, daß ihr herausgehobener Status eine gedoppelte Begründungsstruktur besitzt oder sich aus zwei Begründungssträngen zusammensetzt, die in weitergehenden Diskussionen um diesen Begriff nicht einfach miteinander vermengt werden dürfen, obwohl dies oft geschieht. Eine Elite besitzt nämlich erstens, wie schon erläutert, einen aus interner Konkurrenz begründeten Rang in Beziehung auf die Referenzgruppe und die sie definierenden Fähigkeiten oder Zuständigkeiten. Zweitens aber beansprucht sie auch eine längerfristige, extern begründete Zustimmung zur herausgehobenen Bedeutung eben dieser Fähigkeiten im gesellschaftlichen Kontext. D.h. es braucht Gründe, warum Individuen, die gerade diese Fähigkeit besitzen, entweder einen herausgehobenen sozialen Status oder gesellschaftlichen und sogar politischen Einfluß innerhalb der gesamten Sozietät besitzen sollten. Warum z.B. ist es so, daß eine Wirtschaftselite oder gar der bloße Geldadel heute bei uns besonderes Sozialprestige und zudem großen politischen Einfluß besitzt oder eine militärische Elite in der Türkei oder eine klerikale Elite im Iran? Dies hat jeweils ganz bestimmte historische Gründe und ist beileibe keine Natur- oder Kulturkonstante und unverrückbare Gegebenheit.

Eine Elite muß also sowohl ihrer sozialspezifischen Getragenheit durch die Referenzgruppe als auch der sozialallgemeinen Bevorzugung ihrer definierenden Befähigung eingedenk sein und ist daher gut beraten, dem Dünkel der Selbstgefälligkeit sogar doppelte Zügel anzulegen. Tut sie das nicht oder

nicht ausreichend, so kommt dies einem Mißbrauch des eigenen Machtstatus gleich, der freilich möglich und sogar verbreitet ist, obwohl seine langfristige Zunahme allemal auch eine Selbstgefährdung der Elite darstellt, die irgendwann zur Krise führen kann. Die jüngste Krise dieser Art war der Niedergang sozialistischer Eliten in den Staaten des Ostblocks.

Um diesen Punkt noch einmal zusammenzufassen, so ist zu sagen: Die Auswahl einer Elite besitzt im Unterschied zur biologischen Selektion eine sogar doppelte soziale Rückgebundenheit, aufgrund derer nur besondere Fähigkeiten eines Individuums - nicht seine umfassende Lebendigkeit - einerseits innerhalb einer Referenzgruppe ausgelesen werden und andererseits im gesamtgesellschaftlichen Kontext eine Auszeichnung erhalten.

3. Elite versus Aristokratie

Ein anderer Punkt, in dem Kontrahenten zum Thema Elite oft beide Unrecht haben, betrifft die umstandslose Gleichsetzung von Elite mit politisch herrschender Klasse oder speziell mit einer Aristokratie¹¹ oder Oligarchie¹².

Zunächst könnte es freilich so scheinen, als wäre gerade 'Aristokratie' im ursprünglichen Wortsinn ein gutes Äquivalent für den Begriff der Elite. Denn Aristokratie heißt bekanntlich „Herrschaft der Besten“ oder „Herrschaft der Tüchtigsten“, unter Elite aber möchte man die Tüchtigsten oder Besten in einer bestimmten Hinsicht zusammengefaßt wissen. Daß demgegenüber Aristokratie de facto erblicher Blutadel sei, steckt ja nicht in dem Be-

griff Aristokratie, sondern in der historischen Selbstinterpretation gewisser politisch und militärisch führender Familien oder Geschlechter als eben 'Beste' oder 'Tüchtigste' in ihrer Gesellschaft.

'Oligarchie' hingegen bedeutet „Herrschaft weniger“ und ist als Begriff in dem Bewußtsein geprägt worden, daß eben nicht der erbliche Adel grundsätzlich auch politische Herrschaft besitzt, daß oft Nicht-Adelige zu einem abgeschlossenen Zirkel politische Herrschaft übender gehören können, und vor allem, daß die politische Herrschaft zwar meistens von wenigen, aber selten von den Tüchtigsten innegehabt wird.

Wie dem auch sei, gegen die Gleichsetzung von Elite mit Aristokratie im ursprünglichen Sinne des Worts sind sogar zwei Einwände vorzubringen. Der erste ist, daß Auserwähltheit in eine Elite eben deswegen nicht Bestheit oder größte Tüchtigkeit impliziert, weil ein sozial vermittelter Ausleseprozeß eingeschaltet ist, der niemals nur und eigentlich nicht einmal in erster Linie auf die objektive Qualität und Feststellung des Besten gerichtet ist. Die Berufung in ein Elite-Orchester oder an eine Elite-Hochschule oder Elite-Galerie oder in ein Elite-Rechtsorgan, und erst recht die Wahl in ein Parteipräsidium oder in den Firmenvorstand erfolgt nicht ausschließlich oder nicht einmal in erster Linie unter Gesichtspunkten optimaler Erfüllung der elite-spezifischen Fähigkeiten, sondern auch mit Blick darauf, ob jemand die damit verbundenen Einfluß- und Vertretungsaufgaben vermutungsweise möglichst erfolgreich wahrnehmen können. Weil eine Elite nicht

nur in der folgenlosen Darbietung ihrer definierenden Befähigung besteht, sondern einen daran sich heftenden Macht- und Verantwortungsstatus wahrzunehmen hat, ist der Schritt zur Kooptation in die Elite zuallermeist nicht noch einmal als eine Steigerung des Grades jener Fähigkeit anzusehen. Deshalb ist z.B. Paretos Ansatz nach meinem Dafürhalten von vornherein verfehlt, wenn er schreibt: „So wollen wir also diejenigen zu einer Klasse zusammenfassen, die den höchsten Index in dem betreffenden Zweig ihrer Aktivität aufweisen, und wollen ihr den Namen „ausgewählte Klasse“ (classe eletta, élite) geben.“¹³ Denn man fragt sich mit Recht, was denn hier wohl noch eine Auswahl bewirken sollte und wer sie vorzunehmen hätte, wenn bereits durch den Erfüllungsgrad der spezifischen Tätigkeit die Zugehörigkeit zur Elite festgelegt zu sein scheint.

Wohl läßt sich sagen, daß sich eine große Zahl von hochgradig befähigten Personen in der Sub-Elite ansammeln wird, aber auch dies schon ergänzt um andere Prävalenzen, die bereits verschiedentlich honoriert, d.h. ausgezeichnet wurden. Die Sub-Elite enthält also das, was man die 'Hoffnungen' der Elite nennen könnte. Hier ist wieder ein Spott Musils am rechten Platz: „Er war das geblieben, was man eine Hoffnung nennt, und Hoffnungen nennt man in der Republik der Geister die Republikaner, das sind jene Menschen, die sich einbilden, man dürfe seine ganze Kraft der Sache widmen, statt einen großen Teil von ihr auf das äußere Vorwärtskommen zu verwenden; sie vergessen, daß die Leistung des einzelnen gering, das Vorwärtskommen dagegen ein Wunsch aller ist, und ver-

nachlässigen die soziale Pflicht des Strebens, bei dem man als ein Streber beginnen muß, damit man in den Jahren des Erfolgs eine Stütze und Strebe abgeben kann, an deren Gunst sich andere emporarbeiten.“¹⁴ Nicht die Besten also, sondern zunächst die Streber und dann die „Streben“ bilden eine Elite. Diesen Wermutstropfen muß sich einschenken lassen, wer gern dazugehören möchte. Helmut Plessner¹⁵ hat ein gutes Beispiel für den Unterschied zwischen einer Elite und den Besten ihrer Sparte gefunden, indem er in der Sparte des Katholizismus die Kardinäle als typische Elite, jedoch die Heiligen als zugeständenermaßen Beste namhaft macht. Sicher aber sind die meisten Kardinäle keine Heiligen.

Ebenso denke ich, daß man tatsächlich in allen Fällen mit guten Gründen der Elite den Rang, Beste zu sein, streitig machen muß, was übrigens gut ist zur Förderung des Bewußtseins der sozialen Angewiesenheit von Eliten und dem potentiellen Dünkel ihrer Mitglieder entgegenwirkt.

Schon aus diesem Grund ist also die Geltung und der Machtbesitz von Eliten keine moderne und wortwörtlich genommene Aristokratie.

Doch gibt es einen weiteren, vielleicht noch wichtigeren Grund, die besagte Gleichsetzung zu vermeiden. Ich meine den, daß der unbestrittene Machtbesitz oder die soziale Geltung von Eliten gar nicht unmittelbar überhaupt eine 'Kratie' oder 'Archie' im politischen Sinne des Worts (und das ist strenggenommen der einzige) ausmachen muß und auch nicht, wie ich meine, ausmachen sollte. Das heißt nun keineswegs, daß ich dafür plädie-

re, nur ungesiebten Eliteflüchtern oder Erfolglosen Regierungsgewalt zu übertragen, sondern nur, daß sie diese Gewalt nicht qua Angehörige einer Elite innehaben sollen. Man muß vielmehr überall noch unterscheiden zwischen der Übertragung politischer Herrschaft und der Auslese von Geltung und Einfluß besitzenden Eliten.

Auch hier liegt ein grundlegendes Versäumnis von Pareto, immerhin einem der wichtigsten Theoretiker zum soziologischen Elitebegriff, der fast lapidar, aber nichtsdestoweniger irrtümlich schreibt: „Jedes Volk wird von einer élite, d.h. von einem ausgewählten Teil, regiert.“ (§246, a.a.O., S.70). Regierungsgewalt aber bedarf immer einer Legitimation vor allen von ihr Betroffenen, die durch das Prinzip der Repräsentation der Gesamtbevölkerung begründet wird, Elitenmacht hingegen bedarf keiner solchen Repräsentativität für alle, sondern besteht aufgrund der geschilderten langfristigen Auslese durch Formen der sozialen Kristallisation innerhalb von Teilbereichen der Gesellschaft und definiert sich gerade durch ein besonderes, nicht repräsentatives Interesse. Weil dies zwei Paar Schuhe sind, kann es überhaupt eine politische Herrschaft geben, die nicht nur vor allen von ihr Betroffenen legitim, d.h. repräsentativ ist (wie z.B. auch erbliches Königtum oder aus Tradition gewachsenes Patriziat es sein können), sondern sogar durch sie legitimiert, d.h. demokratisch erzeugte Repräsentativität politischer Regierungsgewalt. Umgekehrt kann es aber keine demokratisch legitimierte Elite geben. Das ist also zweierlei.

Ich möchte, auch wenn ich die Existenz etwaiger Eliten verteidige, kei-

neswegs von einer sich herauskristallisierenden Elite gleich welcher Art, politisch regiert werden. Leider bestehen in unserer eigenen aktuellen politischen Situation nicht nur in Deutschland für meinen Geschmack schon viel zu starke Annäherungen zwischen kristallisierten Eliten und legitimer politischer Herrschaft. Ich nenne als Beispiele die Wirtschaftseliten, die Organisatoren elektronischer Massenmedien und allgemein das Lobbyistentum. Zu befürchten ist, daß diese Annäherung und schleichende Gleichsetzung von politischer Herrschaft und Elitenmacht sich auf europäischer Ebene noch verstärken wird zu einer veritablen Euro-Elitokratie, weil zu wenig auf unmittelbare Legitimationskontakte, d.h. auf die Gesamtrepräsentativität für alle Bürger Europas gesonnen wird. Hier wäre m.E. ein besserer Ort, politische Wachsamkeit zu üben, als in dem Streit um hinterletzte Stabilitätskriterien bloß des Geldes, mit dem wir einst bezahlen wollen.

Es war übrigens zuerst Platon, der in großem Stil dem verhängnisvollen Irrtum aufgefressen ist zu glauben, politische Herrschaft solle von der denkbar bestauskristallisierten Elite der bestinformierten und besterzogenen Mitglieder einer Gesellschaft ausgeübt werden, welches eben - und das sollte mich immerhin trösten - die Philosophen seien. Weil dieses Credo ebenso schön anzuhören wie verfehlt ist, führe ich es noch einmal an: „Solange nicht entweder die Philosophen in den Staaten herrschen oder die heute sogenannten Herrscher und Machthaber authentisch und zureichend philosophieren und solange nicht politische Herrschaft mit Philosophie zusammenfällt und nicht die jetzt dort Zu-

gang besitzenden Naturen davon ausgeschlossen werden, wird kein Ende politischer Übelstände sein“.¹⁶ Platon ist also ein Elitokrat par excellence gewesen. Mag Platon dies auch als ein unerreichbares Ideal gekennzeichnet haben, so ist es doch aus mindestens den beiden genannten Gründen schon als ein Ideal in der Sache verfehlt und wird auch durch wissenschaftliche Wiederholungen in unserem Jahrhundert nicht besser; Wiederholungen wie z.B. die im berühmten Buch von Robert Michels über die notwendigerweise oligarchischen Tendenzen der Demokratie, der geschrieben hat: „Die inneren Nachteile der Demokratie sind nicht zu verkennen. Trotzdem ist als Form die Demokratie das geringere Übel. Das Ideal wäre eine Aristokratie sittlich guter und technisch brauchbarer Menschen. Aber wo ist sie zu finden? Manchmal - selten - durch Auslese“¹⁷, spricht in Eliten. Doch bleibt dies als Modell politischer Herrschaft ein systematischer Irrtum.

4. Elite und Demokratie

Aus der Einsicht, daß man dies beides auseinanderzuhalten habe - obwohl es natürlich günstig ist, wenn Angehörige kristallisierter Eliten sich nicht generell abwenden vom politischen Legitimationsprozeß und staatlichen Funktionsinstanzen - begründe ich zugleich die weitere These, daß es keineswegs so ist, daß Demokratie und Elitenbildung miteinander unverträglich sind. Vielmehr ist die Demokratie die der Elitenbildung am meisten aufgeschlossene Form politischer Herrschaft, weil keine politisch dominante Elite die Kristallisation anderer Eliten verhindern oder gleichschalten muß.

Unter solchen Bedingungen kann man von einer für demokratische Herrschaft unentbehrlichen „Autonomie“ der Eliten sprechen.¹⁸ Im Unterschied dazu war es eines der hervorstechendsten Merkmale nationalsozialistischer und auch sozialistischer Elitokratien oder besser Cliquentyrannei, daß alle bis dato existierenden Eliten entweder unterdrückt und vernichtet oder aber in die Herrschafts“elite“ wenigstens tentativ eingebettet wurden und ihr Vorschub leisteten.¹⁹ Ich erinnere an die Eliten der Ministerialbürokratie und des Militärs unter Hitler und andererseits an die politischen Parteien in der DDR.

Solange politische Herrschaft und Elitenmacht einigermaßen getrennt bleiben (obwohl sie es natürlich niemals völlig sind), solange können unterschiedliche oder sogenannte 'plurale' Eliten florieren.²⁰ Aus diesem Grund gräbt sich ein elitäres Prinzip der Gesellschaftsorganisation sozusagen selbst das Wasser ab, wenn von den betreffenden Eliten zu stark nach politischer Herrschaftsausübung gestrebt wird, d.h. wenn eine Elite zur Oligarchie zu werden versucht. Das würde ich gern einigen Vertretern unserer ökonomischen oder elektronisch-medialen Elite ins Stammbuch schreiben. Zwar kann nicht geleugnet werden, daß mit dem Begriff Elite ein gewisser Führungsanspruch und eine erhöhte Entscheidungskompetenz im eigenen Bereich verbunden ist neben der größeren Verantwortlichkeit für das elite-spezifische Handeln im Vergleich mit Personen, die ihr nicht angehören, doch ist diese Form des Machtbesitzes, auch wenn sie politische Relevanz haben sollte, eben nicht politische Herrschaft oder Regierung zu nennen,

sondern Einfluß, weist also eine diffusere, schwer greifbare und uneinheitliche Gestalt auf und kann deshalb auch nicht letztinstanzlich oder unmittelbar wirksam für die Gestaltung des politischen Schicksals eines Staates oder politischen Verbandes sein. Unsere fünf Wirtschafts-Weisen zum Beispiel sind eine klassische Elite mit sicher nicht unbeträchtlichem Einfluß, aber sie regieren doch in keiner Weise und üben nicht Herrschaft im eigentlichen Sinn aus.

Eliten, so können wir dies generell und kurz ausdrücken, machen Einfluß geltend, aber sie regieren nicht Bürger. Doch ist ihre Form der politischen Einflußnahme nicht etwa als parasitär anzusehen, sondern in gewissen Grenzen sogar notwendig, soll die Politik in einem Staatswesen mit den langfristig gebildeten Interessen und Wertauffassungen einer Gesellschaft Kontakt behalten. Denn diese artikulieren sich nicht unmittelbar in jedem einzelnen, sondern im äußeren Geflecht und der inneren Aufsichtung von Eliten. Es sollte wohl nicht so sein, daß der schnell wechselnde Geschmack und die ephemeren Vorlieben der Mehrzahl einer Bevölkerung oder gar nur mit besonders vernehmlicher Stimme sprechender Gruppen aus ihr das einzige Korrektiv bilden, an dem die Instanzen des Staates, insbesondere die Verfassungsorgane sich - von Wahl zu Wahl - ausrichten. Vielmehr ist es vernünftig, den von längerer Hand entwickelten, durch die Filter mannigfacher Traditionen und Auswahlverfahren gegangenen und daher probateren Interessen eben derselben Bevölkerung, wie sie in den kristallisierten Eliten zu finden sind, ein besonderes Gewicht beizumessen. Und es ist m.E. zu

bedauern, daß heute manchmal die Massenmedien unter Umgehung aller vermittelnden Gesellschaftsformationen und ihrer Eliten direkt eine unter Umständen hochwirksame Auffassung der Majorität schüren oder erzeugen können, die politisches Handeln zu entsprechenden Reaktionen zwingt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Fiasco der Castor-Transporte, ein anderes die in mancher Hinsicht zu sehr an Zeit- und Mehrheitsauffassungen orientierte Hochschulreform.

5. Elite und Mentalität

Die letzte Erwägung führt mich auf einen wichtigen Punkt zum Schluß. Ich habe den bisherigen Unterscheidungen einen moderneren Typ von Eliten zugrundegelegt, als es die Oberschicht oder führende Klasse einer Gesellschaft in früheren Zeiten gewesen ist. Jenen alten und in unseren Breiten weitgehend historischen Elitotyp könnte man als den der Substanz-Eliten bezeichnen. Bei ihnen gibt es, dem Ausdruck zufolge, irgendeine bleibende 'Substanz' - entweder Blutadel oder vererbte Besitzstände oder auch ein über Generationen stabiles Wert- und Standesbewußtsein verbunden mit einer entsprechenden Erziehung und Bildung wie es z.B. auch die sogenannte „Arbeiteraristokratie“ der Gewerkschaften und der SPD der 50er Jahre verkörperte - eine Substanz, durch die eine sozusagen geborene Zugehörigkeit zur Elite verbürgt ist. Man nennt sie statt Substanz-Eliten oft auch geschlossene Eliten. Demgegenüber bin ich bei meinen Schilderungen von einem Konzept offener Eliten, den sogenannten Leistungs- oder Funktionseliten ausgegangen, wo also jeder von

neuem sich auf den Weg machen kann, in solche Eliten aufzusteigen oder nicht, obwohl natürlich die Nachkommen auch derartiger Elitenangehörigen es oft leichter haben, wiederum Angehörige zu werden, als andere.

Dennoch, obwohl dieser Fortgang von geschlossenen zu offenen Eliten insgesamt eine soziale Errungenschaft heißen kann, ist ein Elitebegriff und ist Elitenselbstverständnis ganz ohne Substantialisierung nach meiner Auffassung unzureichend. Denn allzuleicht kann die zu erbringende Leistung oder Funktion so ausgedünnt und ins Beliebige verschoben werden, mit einem Wort: Allzuleicht können die gestellten Ansprüche so sehr absinken, daß überhaupt kein nennenswerter Zusammenhang zwischen persönlicher Tüchtigkeit und Elitenzugehörigkeit mehr übrigbleibt. Eine solche Entwicklung kann man z.B. bei heute zunehmend an Bedeutung und Einfluß gewinnenden monetären und (oft zugleich) Trend-Eliten feststellen, wo die reine Tatsache des zu-Geld-Gekommenseins jemanden an Einflußstellen befördert, an denen er eigentlich nur aufgrund gewisser ausgelesener Fähigkeiten sein sollte. Das bloße Geldmachen und Mitvollziehen eines gewissen, gerade herrschenden und modischen Bewußtseins ist eigentlich überhaupt keine ausgezeichnete Befähigung, niemand hat die Betroffenen je ausgewählt im Wettbewerb um elitespezifische Qualitäten, sondern es regiert nur der ganz allgemeine Gesichtspunkt des monetären Erfolgs wie es z.B. in der zur Zeit hochkommenden, mafiosen russischen Geldelite der Fall zu sein scheint.

Wenn solche und andere Erfolgsverwöhnten nun in die Machtposition von Eliten gelangen, so bedeutet dies einen Rückfall in die quasibiologische Selektion; denn niemand befindet darüber, keine Instanzen lesen sie aus als nur die monetäre Fitneß, weil eben alle möglichen sozialen Steuerungen heute über das jemandem zu Gebote stehende Geld abgewickelt werden, so wie in der natürlichen Auslese über bestehende Fortpflanzungsvorteile. So wenig aber planmäßige Steuerungen der Märkte ihnen gut tun mögen, so wenig ist doch auch eine Monokultur des profitorientierten Wirtschaftshandelns als einzigem noch ehrgeiztbindenden Lebenselixier des Menschen gut für seine politische Existenz.

Aus diesem zwar pointiert vorgetragenen, aber, wie ich glaube, nicht im wesentlichen übertriebenen Beispiel ersieht man, daß es wichtig ist, die Frage der Substanzialisierung von Elitenzugehörigkeit nicht völlig aus dem Blick zu verlieren. Es muß so etwas wie die langfristige Bildung von Mentalität, eines selbstverständlichen Zugehörigkeitsbewußtseins zu einer Elite und damit zugleich des entsprechenden Verantwortungsbewußtseins für eben die zu erbringende Funktion oder Leistung, an der die Gesellschaft Interesse nimmt, verlangt werden, wenn überhaupt der Ausdruck Elite seinen Sinn behalten soll. Zur Bildung einer Mentalität reicht aber ein Menschenleben oft nicht, reichen Jahre glücklicher Prosperität an den Finanzmärkten jedenfalls nicht aus, weswegen es zumindest un-

klug wäre, einen Rest von Selbstregeneration der Eliten durch Erziehung und über mehrere Generationen anhaltende Bildung einer 'Substanz' ihres Status und Wertes durch eine falsche Politik zu unterbinden. Auch in dieser Frage enthält, was Nietzsche einmal bemerkt hat, wenigstens ein Körnchen Wahrheit, das man vielleicht nicht zu entschlossen verwerfen sollte: „Im allgemeinen ist jedes Ding so viel wert, als man dafür bezahlt hat. Dies gilt freilich nicht, wenn man das Individuum isoliert nimmt; die großen Fähigkeiten des einzelnen stehen außer allem Verhältnis zu dem, was er selbst dafür getan, geopfert, gelitten hat. Aber sieht man seine Geschlechts-Vorgeschichte an, so entdeckt man da die Geschichte einer ungeheuren Aufspaltung und Kapital-Sammlung von Kraft, durch alle Art Verzichtleiden, Ringen, Arbeiten, Sich-Durchsetzen. (...) Für das, was einer ist, haben seine Vorfahren die Kosten bezahlt“.²¹

Ich meine nur, daß man eine solche Restmöglichkeit nicht von Staats wegen unterbinden soll, wenn man auf einen in Zukunft vielleicht wieder zunehmenden Gemeinsinn von Eliten hoffen will. Und da solches Sich-zuständig-Fühlen für irgendetwas nun einmal große Kosten verursachen kann, ist ja vielleicht auch ein gesellschaftlich unzuständiges, aber dafür billigeres Leben nicht einmal das allerschlechteste Los, so daß wir am Ende doch nicht alle krampfhaft zur Elite zu gehören oder stur bedeutende Menschen zu werden streben sollten. Denn auch das hat Nietzsche - zur diesbezüglichen Abwerbung - gut gedichtet:

Der Einsame

*Verhaßt ist mir das Folgen und das Führen.
Gehorchen? Nein! Und aber nein - Regieren!
Wer sich nicht schrecklich ist, macht niemand Schrecken:
Und nur wer Schrecken macht, kann andre führen.
Verhaßt ist mirs schon, selber mich zu führen!
Ich liebe es, gleich Wald- und Meerestieren,
Mich für ein gutes Weilchen zu verlieren,
In holder Irrnis grüblerisch zu hocken,
Von ferne her mich endlich heimzulocken,
Mich selber zu mir selber - zu verführen.²²*

Anmerkungen

¹Vgl. z.B. José Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen, Reinbek bei Hamburg 1984, z.B. S.8ff. und 126ff..

²Die Herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft, mit einem Geleitwort von Benedetto Croce, München 1950.

³Vilfredo Pareto, System der allgemeinen Soziologie. Einl. Texte und Anm. von G. Eisermann, Stuttgart 1962.

⁴Catèchisme des industriels (Oeuvres choisies III, 67f.): „Die industrielle Klasse soll an der Spitze stehen, weil sie die wichtigste von allen ist; weil sie all die anderen entbehren kann, während keine andere sie entbehren kann; weil sie aus eigener Kraft, durch ihre eigene Arbeit besteht. Die anderen Klassen müssen für sie arbeiten, weil sie ihre Geschöpfe sind und von ihr unterhalten werden; mit einem Wort, da alles durch die Industrie geschieht, soll alles für sie geschehen“ (zit. nach: ders.: Ausgewählte Texte, hg. von Jean Dautry, Berlin 1957, S.159).

⁵Ohne Elite geht es nicht. Die Illusion von der Gleichheit, München 1990. Vgl. auch Robert Reich, The Work of Nations, N.Y., 1992.

⁶Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung, Hamburg 1995.

⁷Mt. 22, 14.

⁸Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft, Bern 1950, S.53.

⁹Homers Wettkampf, Werke, hg. Schlechta, Bd.III, S.295f..

¹⁰Z.B. Eva Etzioni-Halevy; The Elite Connection. Problems and Potential of Western

Democracy, Oxford 1993; Zoltan Tibor Pálinger, Die politische Elite Ungarns im Systemwechsel 1985-1995, Bern/Stuttgart/Wien 1997.

¹¹Vgl. z.B. Mosca, a.a.O., S.6l.

¹²Vgl. z.B. Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1957.

¹³System der allgemeinen Soziologie §2031, hg. G. Eisermann, Stuttgart 1962, S.150.

¹⁴S.44.

¹⁵Elite und Elitebildung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1955), S.602-606, hier: S.603.

¹⁶Politeia 473 c-d.

¹⁷Michels, a.a.O., S.377.

¹⁸Siehe vor allem Etzioni-Halevy, a.a.O., S.65; 91ff. und bes. S.104-106.

¹⁹Zur Kritik des Elitebegriffs unter Bedingungen totalitärer Herrschaft s. bes. das Kapitel „Das zeitweilige Bündnis zwischen Mob und Elite“, in: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/Zürich 1986, S.528-545.

²⁰Deshalb ist auch die Hauptthese Michels zu verwerfen, es gebe eine „notwendige“ oligarchische Entartung aller modernen Demokratie, vgl. bes., a.a.O., S.351; 361-378.

²¹Aus dem Nachlaß der achtziger Jahre, Werke (Schlechta) Bd.III, S.552.

²²Die Fröhliche Wissenschaft Nr.33, Werke (Schlechta) Bd.II, S.24.

Der Ethnonationalismus im Balkanraum - Genese und Geschichte¹

Edgar Hösch

1. Der Balkan - „europafern“?

Der Balkanraum ist seit dem scho-
nungslosen Volkstumskampf im zer-
fallenden Jugoslawien weltweit ins Ge-
rede gekommen. Längst verblaßte Er-
innerungen an das sprichwörtliche
Pulverfaß an der südosteuropäischen
Peripherie wurden wieder wach. Sie lö-
sten typische Abwehrreaktionen in der
Bevölkerung der europäischen Staa-
tenwelt aus, die sich gegen ein europa-
fernes, barbarisches „Asien“ abgrenz-
te.² Selbst ein so besonnener Diplomat
und Historiker wie George F. Kennan,
der über einschlägige osteuropäische
Erfahrungen verfügt, wollte in dem ag-
gressiven Nationalismus der Balkan-
völker einen der europäischen Zivilisa-
tion fremden Charakterzug erkennen,
der auf eine entfernte Vergangenheit
zurückverweist.³ Der amerikanische
Politologe Samuel P. Huntington hat
inzwischen mit dem griffigen Schlag-
wort vom „Kampf der Kulturen“ den
Generalschlüssel zum vermeintlich
besseren Verständnis der aktuellen
Konflikte geliefert.⁴ Dieser wird inzwi-
schen von verschiedenen Händen in
Gebrauch genommen.

Der slowenische Staatspräsident Milan
Kucan meinte anlässlich eines Interviews

zum 5. Jahrestag der Unabhängigkeit
seines Landes auf die Frage nach der
Beteiligung der Großmächte USA und
Rußland am Jugoslawienkonflikt:
„Also eines muß man bedenken: durch
das Territorium des ehemaligen Jugos-
lawien verläuft die Grenze zwischen
dem oströmischen und dem weströmi-
schen Reich, und das vergißt man
recht oft. Ich spreche aber immer wie-
der davon, weil ich daran erinnern
möchte, daß hier zwei europäische
christliche Zivilisationen aufeinander-
treffen, eine östliche und eine westli-
che, und daß der jugoslawische Staat,
der ein künstliches Gebilde gewesen
ist, diesen Widerspruch in sich trug.
Als Jugoslawien zerfiel, wurde dieser
Gegensatz wieder offensichtlich.“ Im-
merhin gesteht er selbst noch andere
Ursachen zu und warnt vor voreiligen
Verallgemeinerungen. „Der Einfluß
von Rußland auf Serbien und den öst-
lichen Teil Jugoslawiens wurde merk-
bar, aber es wäre doch eine Vereinfach-
ung, die These aufzugreifen, daß es
sich um eine Konfrontation von EU
und Rußland gehandelt hat. Eigentlich
hatten ja auch die EU-Mitglieder keine
einheitliche Meinung hinsichtlich der
Lösung der Balkan-Krise. Genau ge-
nommen war der Interessenkonflikt
auf dem Balkan jenem vor Ausbruch

des ersten Weltkrieges ähnlich, natürlich unter Berücksichtigung der zeitlichen Distanz“.⁵

Andere Zeitgenossen sind bei ihren historischen und kulturmorphologischen Spekulationen weniger zurückhaltend. Nach dem in den USA lehrenden deutschen Slavisten Walter Schamschula verläuft durch Europa „in nordsüdlicher Richtung eine Kulturisomorphe, deren Grenze scharf gezogen ist. Das Erbe des Religionsgegensatzes zwischen dem orthodoxen und dem römischen Christentum ist - auch in einer säkularisierten Welt - noch wirksam, insofern als sich in der römischen Sphäre nach Renaissance/Reformation, Barock/Gegenreformation, Klassizismus/Aufklärung, Romantik, Realismus/Positivismus, Parnassismus, Symbolismus und Moderne in vielen Etappen eine dynamische Energie ausgewirkt hat, die in der orthodoxen Welt vor 1700 nur als Fernwirkung, nicht als inneres Agens, nachweisbar ist. Diese Dynamik führte zu einer Öffnung und Pluralität, die letztendlich allem Fortschreiten, sowohl in Wissenschaft und Technik als auch in Gesellschaft, Politik und Kunst, außerordentlich gewogen war.“ Diese Grenze markiere einen deutlichen „Gegensatz von dynamischer und stationärer Kultur“, von westlicher und östlicher, d.h. von lateinischer Kultur auf der einen und orthodoxer bzw. islamischer Kultur auf der anderen Seite.⁶

Ein Blick zurück in die Geschichte sollte Anlaß geben, die strengen Bewertungskriterien, die wir an die Nachbarn anzulegen pflegen, kritisch zu überprüfen und die eigenen Verfehlungen der jüngsten Vergangenheit zu bedenken. Dann wird sich zeigen, daß

der Balkan keineswegs eine „barbarische Enklave in einem zivilisierten Europa“⁷ darstellt und der Fluch der Gewalt bis in das 20. Jahrhundert auch auf unserer eigenen Geschichte lastet. Der übersteigerte Ethnonationalismus, dessen gräßliche Exzesse tagtäglich dem Fernsehpublikum in blutrünstigen Bildern nahegebracht wurden, ist zudem kein balkanisches Eigengewächs. Die Balkanvölker sind nur die Nachzügler in einem gesamteuropäischen Entwicklungsvorgang, der zu nachhaltigen Erschütterungen und Umwälzungen in der europäischen Staatenordnung geführt hat. Sie sind infizierte Opfer einer grassierenden Krankheit, die zunächst in unseren Breiten ausgebrütet worden war.

2. Nationswerdung auf dem Balkan

Betrachtet man die säkularen Veränderungen auf der Staatenkarte Europas, dann wird man in der zeitlichen Perspektive des letzten Jahrtausends zwei Perioden mit grundlegend unterschiedlichen Organisationsstrukturen voneinander abheben können.

2.1 Die Zeit des dynastisch-territorialen Ordnungsprinzips

Sie war gekennzeichnet durch sog. „zusammengesetzte Staaten“. Einzelne Herrscher und ihre Dynastien sammelten Herrschaftstitel durch Inkorporierungen neuer Gebiete, die auf unterschiedlichen Wegen - mittels Eroberungen, Annexionen, Erbverträgen, Huldigungseiden, Schutzverträgen - zuerworben wurden (vgl. das Schlagwort von der „Sammlung der russi-

schen Lande“ oder die Umschreibung vergleichbarer Vorgänge: tu, felix Austria, nube). Die Erfolgsbilanz dieser Erwerbungen fand ihren sichtbaren Niederschlag in den offiziellen Herrschertitulaturen, die alle territorialen Veränderungen auflisteten und selbst nicht realisierte historische Ansprüche im Gedächtnis festhielten.

Auf diese Weise waren seit dem Ausgang des Mittelalters in Mittel- und Osteuropa zahlreiche Personalunionen entstanden. Nur wenige Dynastien, die mehrfach miteinander verschwägert waren, teilten sich mit ihren Seitenlinien die Herrschaft über weite Teile Europas. Das Geschlecht der Wasa (und seine dynastischen Nachfolger auf dem schwedischen Thron) regierten in seinem protestantischen und katholischen Zweig in Schweden (1523-1654), Finnland (bis 1809), Polen (1587-1668), Estland (d.i. Reval/Nordestland, 1561-1710), Livland (1629/1660-1710) und in Teilen Norddeutschlands (1648 bis 1720 bzw. 1815), die Hohenzollern waren u.a. Herren in Brandenburg, im Deutschordensland Preußen (seit 1525), in Schlesien (ab 1742) und seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts in den Polnischen Teilungsgebieten (Westpreußen, Ermland, Netzedistrikt, Großpolen und Teile Masowiens). Die litauischen Jagiellonen stellten die Herrscher in ihrem Stammland Litauen, außerdem in Polen (1386-1572), Böhmen (1471-1526) und Ungarn (1440-44, 1490-1526). Die Habsburger regierten im Heiligen Römischen Reich, in Burgund, in den Niederlanden, in Spanien und den überseeischen Besitzungen, in Neapel-Sizilien, Böhmen (1526-1918), Ungarn (1526-1918) und in Galizien (1772-1918). Die Wettiner waren Kur-

fürsten in Sachsen und Könige in Polen (1697-1763). Die Romanovs (Dynastie Romanov-Holstein-Gottorp) regierten in Rußland, in Finnland (1809-1917), in den Ostseeprovinzen (1710-1918) und in Polen (Zartum Polen) und dehnten ihren Herrschaftsbereich über den asiatischen Reichsteil zeitweise bis nach Nordamerika (Alaska bis 1867) aus, die Anjous in Neapel, Ungarn (1308-1386) und Polen (1370-1386).

Dynastische Unionen führten Gebietsteile, die oft nur wenige Gemeinsamkeiten aufzuweisen hatten, zu mehr oder minder stabilen politischen Einheiten zusammen. Die jeweiligen Untertanen unterschieden sich sowohl nach Herkommen, Recht und Brauchtum wie in den ethnischen, sprachlichen oder religiösen Zuordnungen. Nach den geltenden Organisationsprinzipien des mittelalterlichen Personenverbandsstaates und der alteuropäischen Ständegesellschaft behielten sie bei einem Herrscherwechsel in der Regel ihre bisherigen Vorrechte und Freiheiten bei.

2.2 Die Zeit unter dem Einfluß der Aufklärungsphilosophie und einer romantischen Volkstumsideologie an einem ethnozentrischen Ordnungsprinzip

Die Väter der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und die Vorkämpfer der Französischen Revolution (1789) pochten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Seine schrittweise Umsetzung brachte eine völlige Umstrukturierung der europäischen Staatenkarte und förderte eine fortschreitende „Balkanisierung“. Die bis-

herigen Vielvölkerreiche brachen auseinander, und die Grenzlinien der neuen Kleinstaaten richteten sich vornehmlich nach den ethnographischen Gegebenheiten. Ein wachsender Homogenisierungsdruck erzwang auf dem Wege zur Moderne eine Beseitigung noch verbliebener lokaler Sonderrechte, und ein allgemeines Staatsbürgerrecht ersetzte die frühere Privilegienvielfalt, die zugunsten einzelner Personengruppen bestanden hatte.

Nach Hugh Seton-Watson waren bei der Entstehung des Nationalbewußtseins die bestimmenden Kräfte Staat, Religion, Sprache, historische Mythologie und soziale Schichtenbildung.⁸ Sie haben sich in den einzelnen Gesellschaften mit einem unterschiedlichen relativen Gewicht ausgewirkt. Er unterscheidet drei Typen der modernen Nationswerdung:

- Staat und Nation entstehen „langsam Seite an Seite, mit starkem gegenseitigen Einfluß“, so bei Franzosen und Engländern und im osteuropäischen Raum in Polen, Ungarn und Rußland.
- Der Staat entsteht früher als die Nation wie in Holland oder in Afrika, wo neue Staaten innerhalb zufälliger und künstlicher Kolonialgrenzen geschaffen worden sind. Dazu zählen auch die neuen Staaten Amerikas, die, wie die USA und die Staaten des ehemaligen spanischen Imperiums, Unabhängigkeitskriegen ihre Entstehung verdanken.
- Die Nation entsteht früher als der Staat, ein Vorgang, der für Mittel- und Osteuropa und für einen Großteil der muslimischen Welt zutrifft. „Hier haben drei Momente die Hauptrolle gespielt: Religion, Ge-

schichtsmithologie und Sprache, und die wichtigste von den dreien war die Sprache“.

Gegen eine pauschale und dichotomische Gegenüberstellung eines westeuropäischen liberalen, demokratischen und zukunftsweisenden Nationalismus und eines archaischen, destruktiven, antiindividualistischen und potentiell rassistischen östlichen Nationalismus hat kürzlich der Schweizer Neuzeithistoriker Urs Altermatt gewichtige Einwände erhoben. „Eine solche Typologie vernachlässigt die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Gesellschaften in Ost und West.“⁹ Das Wachstum der staatsbürgerlichen Emanzipation wurde nämlich erheblich erleichtert, wenn schon ein Nationalstaat als institutioneller Rahmen vorhanden war. Wenn aber der Staat erst errungen werden mußte gegen eine andere Nation, wenn eine Fremdherrschaft zu beseitigen war, gewann der Nationalismus eine unantastbare Legitimität. Altermatt unterscheidet daher vier Zeitzonen bei der Entstehung der modernen politischen Karte in Europa.

- In Westeuropa konnten die entstehenden Nationalstaaten schon vor 1789 auf zentralistisch organisierten Monarchien aufbauen mit territorial abgegrenzten Staaten, mit einer standardisierten Hochsprache, mit einer Einheit von Staat und Kultur. Dazu zählt er England, Frankreich, Spanien, Portugal, aber auch Schweden, Dänemark und die Niederlande, zusammen mit den Staaten, die durch Separationen aus dieser Pioniergruppe entstanden sind: aus den Niederlanden Belgien (1830/31) und Luxemburg (1867), Norwegen (das 1814 von Dänemark

an Schweden kam und 1905 selbständig wurde). Auch die Entstehung des schweizerischen Bundesstaates (1798-1848) aus der Eidgenossenschaft fällt in diese Kategorie.

- Auf dem Gebiet des früheren Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gab es wohl weit zurückreichende Sprach- und Hochkulturen, doch keine politische Einheit.
- In Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa besaßen die Völker weder eine etablierte Hochkultur noch ein politisches Gemeinwesen, sie lebten in multinationalen Reichen (Osmanisches Reich, Habsburgerreich, Romanovreich). Der Weg zu einer nationalen Identität führte hier über eine kollektive Anamnese, d.h. über die mühsame Wiederentdeckung der Volkskultur und der verschütteten ethnischen, sprachlichen und religiösen Wurzeln durch die Anstrengungen der Eliten, die sich bisher ihrem Volk entfremdet hatten und in der Kultur der Fremdherrschaft - in Südosteuropa über langfristige Prozesse der Romanisierung, Hellenisierung/Gräzisierung, Germanisierung, Magyarisierung, Italianisierung oder Islamisierung - aufgegangen waren.
- Auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion drängen nach 1989/90 die bisher unterdrückten Völker zur Verwirklichung ihrer nationalen Eigenständigkeit. Es ist eine Region mit Übergangscharakter, der Prozeß der Verselbständigung ist noch nicht abgeschlossen.

Nach Altermatt waren für die national-liberalen Bewegungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die unter dem Schlagwort der Freiheit angetreten waren, Volk und Nation noch gleich-

bedeutend. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellte sich eine schleichende Entliberalisierung des nationalen Gedankens ein, die ungeahnte Gewaltpotentiale freisetzte. In Südosteuropa hat nach Wolfgang Höpken die „Ungleichzeitigkeit von Staatsbildung und Nationbildung“ die „unglückselige Zwillingenverwandtschaft von Nationalismus und Gewalt“ noch verstärkt.¹⁰ Zu ihrer Erklärung reichen die bisher vorgebrachten makrotheoretischen Konzepte keineswegs aus. Weder die Vorstellung von Gewalt als Derivat der unbewältigten Moderne, als Wesenselement peripherer balkanischer Rückständigkeit oder als Folge von Modernisierungsdefiziten und eines „un-europäischen Zivilisationsversagens“, noch das gegenteilige Verständnis von Gewalt als Folge post- und spätmoderner Krisenphänomene, verursacht durch Individualisierung, Identitätserschütterung und zunehmenden Verlust der Integrationsfähigkeit spätmoderner Gesellschaften oder gar die Auffassung von Gewalt als „Schicksal der Gattung“ berücksichtigen in hinreichendem Maße die unverkennbaren regionentypischen Spezifika im Balkanraum, die eine Kontinuität der Gewalt begünstigt haben. Höpken sieht vor allem in dem Zusammenwirken spezifisch balkanischer strukturge-schichtlicher Einflußfaktoren, akteur-bezogener Determinanten und situativer Faktoren, d.i. spezifischer Krisen- und Umbruchsituationen in Südosteuropa, einen Schlüssel zum Verständnis der Gewaltphänomene.

3. Die Mitschuld Europas

Kaum mehr wahrgenommen wird in der öffentlichen Diskussion, daß sich

die offensichtliche Strukturkrise in Südosteuropa nicht nur auf endogene Faktoren zurückführen läßt und die gegenwärtige Misere nicht allein den Balkanvölkern unzulasten ist. Europa hat eine nicht unerhebliche Mitschuld zu tragen. Es lieferte zumindest die Idee und versuchte lange Zeit, deren Ausführung zu kontrollieren. Der Wunschtraum einer durch gemeinsame Herkunft, Kultur und Geschichte legitimierten Sprachnation ist kein balkanisches Eigengewächs, sondern ein europäisches Exportprodukt. Seine ursprüngliche Verwurzelung ist nicht in den ethnischen Kernräumen auf der Balkanhalbinsel zu suchen. Unter den Bedingungen einer jahrhundertelangen Fremdherrschaft und des alltäglichen Überlebenskampfes waren die Kommunikationsmöglichkeiten in den traditionellen balkanischen Agrargesellschaften erheblich eingeschränkt. Die bestehenden Standes-schranken haben auch innerhalb des christlichen Kirchenvolkes kaum Anstöße für die Suche nach politischen Alternativkonzepten geboten. Die Idee einer nationalen Schicksalsgemeinschaft ist von lernbegierigen Studierenden aus Südosteuropa in den westlichen Bildungszentren rezipiert und in die jeweiligen Heimatländer hineingetragen worden.¹¹

Selbst die Griechen waren noch am Vorabend ihres Aufstandes von 1821 im Phanar, auf den Inseln, in der Peloponnes oder in der Diaspora in jeweils völlig andersgeartete Lebenszusammenhänge eingebunden. Ihnen mußte nach Jahrhunderten der osmanischen Herrschaft der Gedanke, dem gleichen Volk der „Hellenen“ zuzugehören, erst wieder von außen vermittelt werden. Eine weltweite philhellenische Bewe-

gung hat aktiv an der Wiedergeburt der Griechen Anteil genommen und gleichzeitig den künftigen Ethnonationalismus dieser „erträumten“ griechischen Nation¹² gefördert. Schulungszentren griechischer Patrioten entstanden in der Diaspora außerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches in den Handelsniederlassungen von Odessa bis Marseille und Amsterdam. Der geistige Wegbereiter des modernen Hellas, Adamantios Korais, lebte in Paris, und sein Weggefährte, der Dichter Rigas Velestinlis Pheraios, stand im Dienste des walachischen Hospodaren.

Diese Vorarbeit in der Diaspora ist in gleicher Weise auch für die Slowenen, Kroaten, Serben, Rumänen, Bulgaren und Albaner eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der nationalen Bewegungen gewesen. Erst in fremder Umgebung sind sich die nationalen Erwecker der Balkanvölker ihrer Geschichte und Sprache bewußt geworden. Wien entwickelte sich nicht zufällig zum Zentrum der modernen Slaven- und Balkankunde. Einen vergleichbaren Einfluß übte das ungarische Druck- und Bildungszentrum Ofen-Pest auf die serbische und slowakische Intelligenz aus. Der große serbische Aufklärer Dositej Obradovic, der u.a. an den Universitäten in Leipzig und Halle studiert und über ein Jahrzehnt in Wien gelebt hatte, entstammte nicht zufällig dem südungarischen Serbentum. Otec Paisij, der Vater der bulgarischen Wiedergeburt, hat sein programmatisches Werk, die „Slavenobulgarische Geschichte“, in seiner Mönchszelle auf dem Berge Athos niedergeschrieben, und die Rumänen verdanken die Wiederentdeckung ihrer Latinität den gelehrten Theologen aus

Siebenbürgen, die sich im päpstlichen Rom und im kaiserlichen Wien ihr geistiges Rüstzeug für den nationalen Kampf aneigneten. Die Programmschriften der jungen albanischen Nationalbewegung Rilindja sind zu Ende des 19. Jahrhunderts im unmittelbaren Umfeld des Sultanhofes in Istanbul konzipiert worden.

In Südosteuropa ist bei allen Völkern die Staatswerdung der Nationsbildung teilweise um Jahrzehnte vorausgegangen.¹³ Eher zufällige administrative Abgrenzungen haben sich dabei stärker auf den Verlauf der Nationsbildungsprozesse ausgewirkt, als dies übereifrige nationale Ideologen in der Rückschau wahrhaben mochten. Dies läßt sich an - dem später wieder abgebrochenen - eigenen Nationsbildungsprozeß unter den Montenegrinern im 19. Jahrhundert ebenso nachweisen wie an der Entstehung der makedonischen Nation im 20. Jahrhundert, die zurecht dem Typus der Verwaltungsnationen zugeordnet worden ist.

Unter den Südslawen hat nicht die Sprache, sondern die eher zufällige und willkürliche Sprachnormierung die entscheidenden Anstöße zu neuen Identitätsbildungen gegeben. Bei den Kroaten haben die Ungunst der verstreuten Siedlungslage und die wechselnden administrativen Zuordnungen der einzelnen Teilgebiete die Ausformung einer tragfähigen, einheitlichen nationalen Ideologie behindert.¹⁴ Die Albaner mußten wegen der erheblichen regionalen Differenzierungen in ihren kulturellen, sozialen und kirchlichen Einrichtungen die endgültige Formierung eines einheitlichen Staatsvolkes in einem langwierigen Angleichungsprozeß innerhalb der Grenzen

ihres unabhängigen Staates versuchen. Die bosnischen Muslime schließlich konstituierten sich erst unter den fragwürdigen Bedingungen des Titoregimes zu einer eigenen Nation. Umgekehrt ist auch zahlenmäßig starken ethnischen Gruppen, denen ein festgefügtter territorialer Bezugsrahmen fehlte, wie beispielsweise den Aromunen, der Weg sowohl zur Nationswerdung wie zur Eigenstaatlichkeit auf Dauer verbaut geblieben.

Nationen sind nach Jürgen Habermas „höchst artifizielle Gebilde“ und „als fiktive Einheiten waren sie stets das Ergebnis gewaltsamer Homogenisierungsprozesse“.¹⁵ Nur ein romantischer Nationalismus, der in allen kulturellen Erscheinungen und sozialen Institutionen die Ausprägungen der Volksseele sehen will¹⁶, verkennt die Zufälligkeiten nationaler Selbstfindungsmechanismen und unterschätzt die erhebliche Bandbreite regionalistischer Abweichungen. In Südosteuropa ist nie eine vollständige Kongruenz von Nation und Staat erreicht worden. Die ererbten siedlungs- und sozialgeschichtlichen Gegebenheiten auf der Balkanhalbinsel haben eine Identität von Staatsvolk und Sprachnation kaum zugelassen, und an den wiederholten Einsprüchen der Schutzmächte war eine frühzeitige Zusammenführung aller Konnationalen in einem Staat gescheitert.

Der Balkanraum ist im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zur peripheren Spielwiese europäischer Machtinteressen und zum Experimentierfeld ausländischer Entwicklungshelfer und des europäischen Investitionskapitals geworden. Ausländische Potentaten garantierten in Griechenland, Bulgarien,

Rumänien und kurzzeitig auch in Albanien in gleicher Weise die Erhaltung des monarchischen Systems wie die Förderung einer Entwicklungspolitik, die auf eine völlige Umorientierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens nach europäischen Standards angelegt war. Die Fürsten verfügten weder über eingehendere Landeskennnisse noch beherrschten sie die Sprache ihrer Untertanen, sie teilten auch nicht ihre kirchlich-religiösen Überzeugungen. Landfremde Verwaltungsfachleute, Handwerker und Wissenschaftler bereiteten einer Europäisierung im eigentlichen Wortsinne den Weg. Die sog. Bavarokratie unter dem Wittelsbacher König Otto I. brachte den Griechen bayerischen Beamtendruck, bayerische Uniformen und bayerisches Bier und mit der Justizreform des Regentschaftsmitgliedes Georg Ludwig von Maurer bayerische Gesetzbücher und europäisches Recht. Die Rumänen in den Donaufürstentümern lernten während der russischen Okkupationszeit seit 1828 unter dem reformfreudigen General Pavel D. Kiselev im sog. Regime des Organischen Reglements russische Verwaltungstraditionen kennen.

Der bayerische Staatsrechtler Georg Ludwig von Maurer selbst formulierte den „Auftrag“, den er nach dem Willen seines griechenfreundlichen Königs ausführte, in seiner späteren Rechtfertigungsschrift so:

„In dieses ganz unendliche Chaos nun Ordnung zu bringen. Die feindseligen Elemente zu vereinigen. Was nicht zu vereinigen war, auszuscheiden. Mit fester kräftiger Hand alle diese widerstrebenden Elemente zu beherrschen. Dasjenige, was bei dem Unternehmen

unangenehm war, aber dennoch geschehen mußte, vorzunehmen. Insbesondere die Finanzen, Justiz, Administration, das Kirchen- und Schulwesen, das Kriegs- und Seewesen in Ordnung zu bringen, und auf diese Weise den Grund für eine bessere Zukunft zu legen, worauf vom 1. Juni 1835 an der treffliche junge König selbst weiterbauen könnte. Dies war die große Aufgabe der Regentschaft.“¹⁷

Maurers Schlüsselbegriffe waren „Organisation“ und „Zivilisation“. Der Zustrom westeuropäischen Kapitals ermöglichte den Balkanstaaten in der Folgezeit notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur bei der Verkehrserschließung, dem Eisenbahnbau, und bei der Verwertung der natürlichen Ressourcen, doch lieferte er ihre noch anfällige Wirtschaft fast ungeschützt den europäischen Geldgebern aus.¹⁸ Er zwang ihnen einen Schuldendienst auf, der die Wirtschaftskraft der jungen Agrarstaaten bei weitem überstieg und sie an den Rand des Staatsbankrotts brachte. Unter dem Vorzeichen eines „peripheren Kapitalismus“ wurden die Balkanländer so zwar aus der islamischen Fremdherrschaft befreit, aber als billige Rohstofflieferanten und als aufnahmefähige Absatzgebiete für Industriewaren in einen europäischen Wirtschaftsmarkt zurückgeholt, der ihnen keine freien Entfaltungsmöglichkeiten beließ.

4. Probleme der Zwischenkriegszeit

Den Balkanvölkern ist ohne Zweifel im 19. Jahrhundert eine Vorreiterrolle bei der Ablösung der Vielvölkerstaaten in

Europa zugefallen. Den Griechen, Serben, Rumänen, Montenegrinern, Bulgaren und Albanern hatte die europäische Diplomatie noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges die erstrebten Gründungen von Nationalstaaten ermöglicht. Die Rahmenbedingungen waren allerdings von den Großmächten vorgegeben. Über das Schicksal der Balkanvölker verhandelten die europäischen Staatsmänner mit dem Sultan in der Regel ohne Anhörung der Betroffenen. Sie diktierten die Grenzziehungen und legten die Regierungsform fest. Das ethnographische Prinzip spielte als Organisationsmodell der Balkanstaaten im 19. Jahrhundert nur eine untergeordnete Rolle. Anders im 20. Jahrhundert am Ende des Ersten Weltkrieges, als die Vielvölkerstaaten Rußland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich zur Disposition standen und das nationalstaatliche Prinzip zur bestimmenden Organisationsform der Staatenwelt wurde. Die Grenzen der sog. Nachfolgestaaten in Ostmittel- und Südosteuropa sollten auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes ermittelt werden. Der amerikanische Präsident Wilson hatte in seinen 14 Punkten die moralische Rechtfertigung geliefert und teilweise schon die konkrete Handlungsanleitung vorgegeben. Ihre Umsetzung blieb dem Verhandlungspoker der Friedensmacher in Paris vorbehalten.

In Ost- und Südosteuropa hat der sprachlich-ethnische Nationsbegriff, der die Zugehörigkeit zu einer Nation an objektiven Merkmalen (Herkunft, Sprache, Kultur, gemeinsames Identitätsbewußtsein) festmachte, während der Periode der sog. nationalen Erweckung die Oberhand gewonnen gegenüber einem etatistischen Nati-

onsbegriff, der auf die politische Willensentscheidung des einzelnen mündigen Bürgers nach dem Schweizer Modell, die tägliche Abstimmung (Ernest Renan) setzte. Diese von den nationalen Ideologen des 19. Jahrhunderts favorisierte und propagierte Nationsidee mußte zwangsläufig verhängnisvolle Auswirkungen in einem multiethnischen Umfeld haben und die interethnischen Kontakte nachhaltig stören. Bei den Grenzregelungen wurde die praktische Umsetzung des ethnographischen Prinzips in Regionen, die durch ein extremes Gemengelage der Völker und ethnischen Gruppen gekennzeichnet sind, zu einer Quadratur des Kreises. Die siedlungsgeschichtlichen Gegebenheiten der Balkanhalbinsel ließen keine einvernehmlichen Lösungen zu. Der angestrebte ethnisch-sprachlich homogene Nationalstaat war nur durch die Diskriminierung fremdsprachiger Gruppen, durch minderheitenfeindliche administrative Maßnahmen, durch Bevölkerungsaustausch oder durch gezielte Flurbereinigungen, d.i. Zwangsassimilierungen und gewaltsame „ethnische Säuberungen“, zu verwirklichen. Die Wortführer der modernen nationalstaatlichen Bewegung in Südosteuropa knüpften in ihren Raumvorstellungen unmittelbar an die mittelalterlichen Reichsbildungen an und ignorierten Kontinuitätsbrüche ebenso wie die offenkundigen Veränderungen der Siedlungsverhältnisse. Ihre nationale Ideologie lebte von Mythen, die Historiker und Sprachwissenschaftler geschaffen haben - vom Mythos des Volkes, vom Mythos der Sprache, vom Mythos der gemeinsamen Geschichte und der gemeinsamen Abstammung. Der große Orientreisende und streitbare Gelehrte Jakob Philipp

Fallmerayer hatte schon 1830 während der Hochphase der Hellenenbegeisterung den ernüchternden Satz formuliert, daß in den Adern der modernen Griechen kein Tropfen antiken Blutes mehr zu finden sei. Er hatte vergeblich davor gewarnt, die Auswirkungen der slavischen Landnahme und der späteren Siedlungsausbreitung der Albaner auf die interethnischen Beziehungen in Südosteuropa völlig zu übersehen und in den modernen Griechen voreilig die unmittelbaren Nachfahren der antiken Griechen wiedererkennen zu wollen.

Die moderne vergleichende Nationalismusforschung verschließt sich heute nicht mehr der Einsicht, daß Völker keine statischen Gebilde sind, sondern ihre Geschichte haben, und daß die modernen Nationen eher Zufallsprodukte des historischen Wandels sind, die sich nicht unbesehen in das Mittelalter zurückverlängern lassen.¹⁹ Aber eine derart ernüchternde Bestandsaufnahme läßt sich dem gesunden Menschenverstand wohl nur sehr schwer vermitteln.²⁰ Selbst ein überzeugter Kommunist wie Nicolae Ceausescu fühlte sich als *conducator*, als Führer seines Volkes, unmittelbar eingebunden in eine die Jahrtausende überspannende dako-rumänische Kontinuität. Den Albanern sind in ihrem nationalen Geschichtsbild die illyrischen Vorfahren ebenso gegenwärtig wie den Bulgaren das fortwirkende Erbe der Thraker und des turksprachigen Reitervolkes der Proto-Bulgaren. Im fortlebenden Kosovo-Mythos unter den Serben wird dieser unmittelbare Rückbezug auf eine ferne Vergangenheit in besonders anschaulicher Weise sichtbar. Er dient den gegenwärtigen Machthabern in Rest-Ju-

goslawien als eine bequeme Handhabe, ihre aggressive großserbische Politik historisch zu legitimieren. Nach dem gleichen Argumentationsverfahren hatte schon der serbische Politiker Ilja Gara(anin 1844 die Wiederersthung des Du(an-Reiches des 14. Jahrhunderts mit der Begründung betrieben: „Unserem Streben kann man nicht vorwerfen, daß es etwas Neues, Unbegründetes, daß es Revolution und Umsturz sei, sondern jeder muß erkennen, daß es politisch notwendig ist, daß es in sehr alter Zeit begründet wurde und seine Wurzel im ehemaligen staatlichen und nationalen Leben der Serben hat.“²¹

Daß Kompromisse notwendig waren, ist 1919 den Experten auf der Pariser Friedenskonferenz durchaus bewußt gewesen. Man mußte auf die Überlebensfähigkeit der entstehenden Kleinstaaten Rücksicht nehmen. So ist der Grenzverlauf oft übergeordneten geographischen oder ökonomischen Gegebenheiten angepaßt worden. Nationale Egoismen haben ebenso auf die Entscheidungen eingewirkt wie vermeintliche oder echte Sicherheitsüberlegungen der Großmächte, die sich von den neuen Staaten ein Bollwerk gegen das bolschewistische Rußland oder einen *cordon sanitaire* gegenüber Deutschland erhofften. Wilson favorisierte für die anstehenden Grenzziehungen objektive Kriterien („we know the ethnographical facts, and there was no need to add a plebiscite“), Großbritannien wollte sich mehr auf die subjektive Einschätzung und Einwilligung der betroffenen Bevölkerung vor Ort verlassen, die über faire Abstimmungen zu ermitteln sei, während Frankreich eher für eine Begrenzung der Entscheidungsfreiheit im Hinblick

auf die anzustrebende Homogenität der neuen Staaten eintrat. Das Ergebnis der Pariser Vorortsverträge war daher zwiespältig sowohl hinsichtlich der mangelnden Konsequenz - Großreiche wurden zerschlagen und gleichzeitig neue multiethnische Komplexe geschaffen (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Großrumänien) - wie hinsichtlich der unterschiedlichen Prinzipien, die bei Grenzziehungen Anwendung fanden. Sie erfolgten wahlweise nach historischen, ethnischen, strategischen oder ökonomischen Gesichtspunkten. „Strategische“ Grenzen gab es beispielsweise am Brenner und im Sudetenland, aber auch zwischen Ungarn und Jugoslawien (zur Vorfeldsicherung Belgrads), zwischen der Slowakei und Ungarn (Donaugrenze), zwischen Jugoslawien und Bulgarien (strategische Pässe und Rückverlagerung der Grenze von der Bahnlinie Belgrad-Saloniki) und zwischen Griechenland und Bulgarien (Westthrazien fiel an Griechenland, um Bulgarien von der Ägäis abzudrängen). Anstoß erregen mußte die Ungleichbehandlung der Sieger und der Verlierer. Extremes Beispiel ist die Benachteiligung Ungarns und die Bevorzugung Rumäniens. Trianon-Ungarn verlor 2/3 seines Territoriums und 1/3 der magyrischen Bevölkerung, die nunmehr als wenig geachtete Minderheiten den Nachbarstaaten zugeschlagen wurden.

Durch die in Paris vorgenommenen Regelungen waren anhaltende Grenzstreitigkeiten und offene Feindseligkeiten in den nachbarschaftlichen Beziehungen vorprogrammiert. Revisionsforderungen stellten das gesamte Vertragswerk grundsätzlich in Frage („nie, nie, niemals“ bei den Ungarn) und animierten zu einseitigen Absprachen

und Verteidigungsbündnissen (Kleine Entente), die notwendige Solidarisierungen unter den Nachfolgestaaten und eine engere wirtschaftliche Kooperation verhinderten. Die Friedensmacher suchten vorzubauen. Ein oktroyierter Minderheitenschutz sollte Benachteiligung ausgleichen und der Völkerbund sich bei allen Streitigkeiten als ausgleichende Instanz einschalten.²² Die Völkerbundsatzung sah ausdrücklich Grenzrevisionen vor. Über die rechtliche Ausgestaltung des Minderheitenschutzes wurde heftig gestritten. Das Ergebnis war eine sehr unterschiedliche Verfahrensweise über Verträge zwischen den Alliierten und Assoziierten Staaten mit den Nachfolgestaaten (Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, SHS-Staat, Griechenland), über Regelungen des Minderheitenschutzes im Rahmen der Friedensverträge (Österreich, Bulgarien, Ungarn, Türkei), über einseitige Verpflichtungserklärungen einzelner Staaten (Albanien, Litauen, Lettland, Estland, und Irak) sowie über bilaterale Abkommen (Åland, Oberschlesien, Danzig). Die praktischen Konsequenzen blieben mangelhaft, weil allen Beteiligten noch der Wille zu einem gerechten Ausgleich fehlte und die eingegangenen Verpflichtungen durch einen administrativen Zentralismus und durch eine minderheitenfeindliche Boden- und Schulpolitik unterlaufen werden konnten.

Die Nachfolgestaaten waren in der Zwischenkriegszeit extremen innenpolitischen Belastungen ausgesetzt, die eine normale Entwicklung verzögert oder ganz verhindert haben. In Jugoslawien mußten ähnlich wie in Rumänien Regionen zu einem einheitlichen politischen und wirtschaftlichen

Ganzen zusammengeführt werden, die bisher völlig verschiedenen Systemen zugehört hatten. Neue Ressourcen mußten erschlossen und die Währungen stabilisiert werden. Die Balkanländer haben sich durch eigenes Zutun eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen erschwert, weil sie auf Autarkie setzten und sich als Agrarexporteure gegenseitig die Absatzmärkte streitig machten. Das Parteiensystem war auf derartige Belastungen nicht vorbereitet. Aus den Clanverbindungen einer institutionsarmen Agrargesellschaft entstanden, war es noch ganz auf einzelne herausragende Führerpersönlichkeiten zugeschnitten und spiegelte noch nicht die klassischen Richtungsparteiungen eines funktionierenden parlamentarischen Systems wider. Typische Bauernparteien wurden zu Sammelbecken eines verbreiteten Unmutes über den Einbruch einer bauernfeindlichen Industriegesellschaft in den ländlichen Raum. Sie fanden einflußreiche Wortführer in Stjepan Radic' in Kroatien oder Alexander Stambolijski in Bulgarien. Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die angespannte wirtschaftliche Situation und machte alle Hoffnungen der Politiker zunichte, das nationale Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Sie konfrontierte die Balkanvölker mit den unerbittlichen Ge-

setzen des Weltmarktes. Großbritannien und Frankreich verschlossen sich den Agrarexporten aus Südosteuropa. Die Wirtschaftsplaner der Weimarer Republik stuften den Balkanraum als nützlichen Ergänzungswirtschaftsraum für die mitteleuropäische Industrie ein und diktierten die Bedingungen der Tauschbeziehungen. Im sog. „Großen Plan“ Hjalmar Schachts vom Jahre 1934 wurde über Clearingsabkommen die enge Anbindung der Balkanstaaten an die Wirtschaftsinteressen des nationalsozialistischen Deutschlands festgeschrieben. Die kommunistische Machtergreifung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte an diesen Abhängigkeiten nur wenig ändern. Auch die postkommunistische Ära hält bislang kaum günstigere Zukunftsperspektiven bereit, sofern nicht die Europäische Staatengemeinschaft bereit ist, ihre Außengrenzen zu öffnen und den Balkanvölkern faire Kooperationsbedingungen und Absatzchancen anzubieten. In der Bevölkerung der südosteuropäischen Länder muß sich dagegen erst noch die Einsicht durchsetzen, daß nur die Abkehr von dem bisher praktizierten aggressiven Ethnonationalismus positive Aufbaukräfte freisetzen und ein friedlicheres Zusammenleben in der krisengeschüttelten Balkanregion verheißen kann.

Anmerkungen

¹Der Vortragstext beruht in einzelnen Passagen auf Ausführungen in früheren Veröffentlichungen des Verfassers u.a. „Die Entstehung des Nationalstaats in Südosteuropa“, in: „Osteuropa zwischen Nationalstaat und Integration“. Hrsg. von Georg Brunner. Berlin 1995, S.73-89 (=Osteuropaforschung Band 33); Europa und der Balkan, in: Jürgen

Elvert (Hg.), Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart. Stuttgart 1997. S.37-48; Nationalstaatliche Ordnung oder „Balkanisierung“ in Südosteuropa?, in: Zum Gedenken an Klaus-Detlev Grothusen und Günter Moltmann. (=Hamburger Universitätsreden 57). Hamburg 1997, S.11-35; Konfliktregion Südost-

europa in historischer Perspektive, in: Konfliktregion Südosteuropa. Vergangenheit und Perspektiven. Herausgegeben von Wilfried Potthoff (=Aus der Südosteuropa-Forschung Band 8). München 1997, S.1-10.

²Maria Todorova, *Imagining the Balkans*. New York, Oxford 1997, vgl. auch die thesenhafte Vorstudie: *The Balkans: From Discovery to Invention*, in: *Slavic Review* 53, 2 (Summer 1994) S.453-482 und die pointierte Äußerung der gleichen Verfasserin zu den politischen Implikationen dieser Ausgrenzung der Balkanhalbinsel: Maria N. Todorova, *Hierarchies of Eastern Europe: East-Central Europe versus the Balkans*. Occasional Papers. The Woodrow Wilson Center, Washington Number 40 (1995).

³*The Other Balkan Wars: A 1913 Carnegie Endowment Inquiry in Retrospect with a New Introduction and Reflections on the Present Conflict* by George F. Kennan. Washington 1993.

⁴Samuel S. Huntington, *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München, Wien 1996.

⁵Abgedruckt in: „Die Presse“ (Wien) vom 24.6.1996.

⁶Walter Schamschula, *Gedanken zu einer Kulturmorphologie Ostmittel- und Westmitteleuropas, in Westmitteleuropa. Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen*. Festschrift Ferdinand Seibt zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Winfried Eberhard, Hans Lemberg, Heinz-Dieter Heimann und Robert Luft. 1992, S.47-58, hier S.50-51.

⁷Vgl. Wolfgang Höpken „Blockierte Zivilisierung?“ Staatsbildung, Modernisierung und ethnische Gewalt auf dem Balkan (19./20. Jahrhundert), in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 25 (1997) S.516-538.

⁸Hugh Seton-Watson: *Nationalbewußtsein als historisches Phänomen*, in: *Südostforschungen* 43 (1984) S.271-285.

⁹Urs Altermatt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1996.

¹⁰W. Höpken (wie Anm.7) S.524.

¹¹Holm Sundhassen, *Der Einfluß der Herderschen Ideen auf den Nationsbildungsprozeß bei den Völkern der Habsburger Monarchie*. München 1973.

¹²Vgl. den Begleitband zu einer Münchener Ausstellung: Reinhard Heydenreuter, Jan Murken und Raimund Wünsche (Hrsg.),

Die erträumte Nation. Griechenlands Wiedergeburt im 19. Jahrhundert. München 1993.

¹³Holm Sundhassen, *Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 48 (1993) S.233-258 mit Verzeichnis der neueren Forschungsliteratur und Ders., *Nation und Nationalstaat auf dem Balkan. Konzepte und Konsequenzen im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Jürgen Elvert (Hg.), *Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart*. Stuttgart 1997, S. 77-90.

¹⁴Dazu Kessler, *Wolfgang: Programm und Politik der nationalen Integration in den kroatischen Ländern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: Grothusen, K.-D. (Hrsg.): *Jugoslawien. Integrationsprobleme in Geschichte und Gegenwart*. Göttingen 1984, S.151-163.

¹⁵Jürgen Habermas, *Gelähmte Politik*, in: *Der Spiegel* Nr.28, 47. Jahrgang, 12. Juli 1993, S.50ff., hier S.55.

¹⁶Dazu Thomas Nipperdey, *Auf der Suche nach Identität: Romantischer Nationalismus*, in: Ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*. München 1986, S.132-150.

¹⁷Georg Ludwig von Maurer, *Das griechische Volk in öffentlicher, kirchlicher und privatrechtlicher Beziehung vor und nach dem Freiheitskampfe bis zum 31. Juli 1834*. Band 2, Heidelberg 1835, S.45.

¹⁸John R. Lampe and Marvin R. Jackson, *Balkan Economic History, 1550-1950. From Imperial Borderlands to Developing Nations*. Bloomington 1982.

¹⁹Sulzbach, Walter: *Die Zufälligkeit der Nationen und die Inhaltslosigkeit der internationalen Politik*. Frankfurt 1969.

²⁰Anderson, Benedikt: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt, New York 1988.

²¹Zitiert nach Wolf Dietrich Behschnitt, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie*. München 1980, S.56.

²²Erwin Viehhaus, *Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert*. Würzburg 1960 (=Marburger Ostforschungen 11).

Im Dialog

Gerhard Ott

Zum Kulturbegriff aus der Sicht der Künstlerseelsorge, Anmerkungen zu PS 358: Eberhard Simons, Umbau der Kultur - Zum Verhältnis von Ökologie, Lebensökonomie und Ästhetik

Gegenüber dem Gedanken einer Ästhetisierung der Ökologie oder einer Ökologisierung der Ästhetik ist aus der Sicht der Künstlerseelsorge äußerste Skepsis angebracht. In der Theologie gibt es die sogenannte und berüchtigte „Genitiv-Theologie“, zum Beispiel eine Theologie der Arbeit, eine Theologie des Tanzes Diese Genitiv-Theologien sind nichts anderes als der Versuch, die verschiedenen Bereiche der Realität auf ihre theologische Relevanz hin abzuklopfen und mit theologischen Bezügen zu verknüpfen. Manchmal erkennt man nach solchen Bemühungen das Objekt der theologischen Reflexionen nicht mehr wieder, weil es wie von einem theologischen Spinnennetz eingewickelt erscheint. Will man sich einer Realität wirklich nähern, muß man sie zunächst einmal als Phänomen ernst nehmen und darf sie nicht mit verschiedenen Schichten von Bedeutungsebenen überfrachten, zumal diese Bedeutungsebenen ihr Gewicht dauernd verändern. Man spricht dann neudeutsch von einem Paradigmenwechsel. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Ökologie nach ästhetischen Kri-

terien sucht; nun aber die Kunst in einen Zusammenhang mit der Ökologie zu bringen, würde bedeuten, ihr sofort, nachdem sie sich vermeintlich von allen Dienstbarkeiten befreit und die lange ersehnte Autonomie gewonnen hat, wieder ein neues Spinnennetz, diesmal eben das ökologische, überzuwerfen.

Die sogenannte „Autonomie der Kunst“ ist überhaupt nur als Ergebnis eines Prozesses der Befreiung von Dienstbarkeiten denkbar. An der Geschichte der abendländischen Kunst ist dies deutlich ablesbar. Kunst diente jahrhundertlang der Verkündigung des Glaubens und der Feier des Gottesdienstes. Eines der beliebtesten Sujets in der Kunstgeschichte bis hin zur spätmittelalterlichen Malerei ist die Verkündigung des Engels an die Jungfrau Maria. An diesem Thema wird zunächst einmal deutlich, daß „Aggiornamento“ nicht erst ein Prinzip des II. Vatikanischen Konzils ist. Die Jungfrau Maria wird auf den Bildtafeln keineswegs im Milieu der biblischen Zeit dargestellt, sondern vorzugsweise in den Palazzi und Kemenaten und bürgerlichen Stuben des Mittelalters. Interessant hierbei ist, daß diese Räume in der Regel ein Fenster haben, das einen Ausblick auf die Hügel der Toskana erlaubt. Dieser Blick war zunächst fast die einzige Möglichkeit, Landschaft und Realität und Welt in die Malerei hereinzuholen. Im Laufe der Zeit öffnet sich dann das Fenster immer weiter, es wird immer größer, so daß

sich auch der Blickwinkel weitert und nicht nur Landschaft, Wetter, Jahreszeit, sondern auch Szenen sozialen und bäuerlichen Lebens hereinnimmt. Der religiöse Inhalt wird schließlich zum Anlaß und verschwindet dann ganz aus der Malerei. Dieser Prozeß vollzog sich allerdings in großer Behutsamkeit und Langsamkeit, so daß Friedrich der Große noch die größten Schwierigkeiten hatte, Sanssouci mit Bildern auszustatten, denn er hatte verfügt, daß in seinem Lieblingsschloß die Bilder keine biblischen oder religiösen Szenen zeigen dürften.

War nach diesem sich über Jahrhunderte erstreckenden Prozeß die Kunst nun autonom? Wohl eher nicht, denn nachdem sie nicht mehr der Kirche diente, hatte sie jetzt andere Herren, Bürger, Fürsten, Könige und Kaiser, die sich der Kunst bedienten, um ihren Wohlstand, ihre soziale Rolle oder ihre Macht zu demonstrieren. Diese Kunst erlag insofern einer großen Täuschung, als sie sich ihres dienenden Charakters nicht mehr bewußt war. Die sakrale Kunst hingegen wußte sehr genau, daß sie „ancilla ecclesiae“ war. Das traf insbesondere auf die Malerei, die Kunst der Plastik, die Musik und die Architektur zu. Die anderen Künste wie zum Beispiel das Theater, verstanden sich als „artes liberales“, also als freie Künste, die allerdings gesellschaftlich in mancher Hinsicht so frei waren, daß sie als vogelfrei galten.

Diese Überlegung zur historischen Entwicklung des Begriffes Kunst sollte uns heute etwas vorsichtiger machen, wenn wir von Kunst sprechen. Vor allem die bildende Kunst hat es sich weitgehend angewöhnt, sich selbst mit der Kunst als solcher in eins zu setzen. Kunst ist mehr

als das, was in Museen und Ausstellungen, in Galerien und Katalogen zu besichtigen ist. Aus der Perspektive der Künstlerseelsorge ist die Kunst, sowohl als Kunst, die sich als ancilla ecclesiae verstand als auch als artes liberales eine Einheit. Wenn aber die Kunst eine Einheit darstellt, die sich als autonom versteht, dann muß sie auch die Freiheit haben zu erklären, daß und wo sie - horribile dictu - dienen will. Im Dialog zwischen Kirche und Kunst bedeutet dies, daß die Kunst ihre Würde behält, daß die Kirche sehr genau hinhören muß, um die Kunst und die Künste in ihrem Selbstverständnis zu sehen und sich dann in eine gegenseitige Beziehung begeben zu können. Die Kunst als Einheit hat für die Kirche weitere Konsequenzen. Sie kann nicht nur den Dialog mit den Künsten suchen und pflegen, die sich in der historischen Rolle der ancilla befanden, sondern muß auch den Rückstand aufholen, den ihre Beziehung zu den artes liberales, insbesondere zu Theater, Tanz und Film aufweist.

Ein weitgehend neues Terrain wäre die Erprobung dieser artes liberales in ihrer Beziehung zur Liturgie im sakralen Raum. Für die Allerheiligen-Hofkirche, die hoffentlich in absehbarer Zeit zur Künstlerkirche wird, besteht die Absicht, auszuloten, wie ein solches Kraftfeld aussehen könnte. Hierbei wird es nicht nur darum gehen, starke Kontraste zu erproben, sondern auch Bilder, Plastiken, neue musikalische Formen, dramatische und choreographische Sequenzen auf ihre spirituelle Dimension hin zu befragen. Daß solche Sequenzen und Formen zunächst oft fragmentarischen Charakter haben werden, liegt in der Natur der Sache und der Zeit. Auf jeden Fall wird es sich um spannende Prozesse handeln.

Das aktuelle Buch

Stéphane Courtois, Nicolas Werth, Jean-Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek, Jean-Louis Margolin: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert. Piper Verlag: München/Zürich, 987 Seiten, 68,00 DM.

Es gibt Bücher, von denen man sich fragt, warum sie nicht schon längst geschrieben worden sind. Bücher, die praktisch mit ihrem Erscheinen schon zum Klassiker geworden sind. Hierzu gehört das mittlerweile schon weltbekannte „Schwarzbuch des Kommunismus“ einer französischen Wissenschaftlergruppe unter der Koordination von Stéphane Courtois, das 1997 in Frankreich erschien und nun auch in deutscher Sprache vorliegt. Nicht nur die Tatsache, daß es in einer Startauflage von 100.000 Stück auf den deutschen Markt kommt, sondern auch die jetzt in Deutschland voll in Gang gekommene Diskussion zeigen, daß das Buch in der Tat in einen ganz sensiblen Bereich hineinstößt. Es beweist summarisch das, was Kommunismusforschern in vielen Ländern auch vor 1989 schon bekannt war: Im Namen des Kommunismus sind in diesem Jahrhundert Verbrechen von einer Qualität und einer Dimension verübt worden, die schier unglaublich sind.

In seinem Einführungskapitel über die Verbrechen des Kommunismus ruft Courtois einige Tatsachen in Erinnerung, die jedem, der seine Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ziehen will, bewußt sein sollten: „In dieser Epoche der Tragödien gehört der Kommunismus, ja, er ist eines ihrer stärksten und bedeutendsten Momente. Als wesentliches Phänomen dieses kurzen 20. Jahrhunderts, das 1914 beginnt und 1991 in Moskau endet, steht er im Zentrum des Geschehens. Der Kommunismus bestand vor dem Faschismus und vor dem Nationalsozialismus, er hat sie überlebt und sich auf den vier großen Kontinenten manifestiert“ (S.13). Die zugrunde liegende Ideologie mag nicht immer vollständig umgesetzt worden sein, aber, daran hat Courtois keinen Zweifel, die Verbrechen wurden vom real existierenden Kommunismus ausgeübt. Allein die Dimension der Verbrechen an Personen löst Schaudern aus: „Alles in allem kommt die Bi-

lanz der Zahl von hundert Millionen Toten nahe“ (S.16). Wie ein Reflex auf die teilweise abstruse Diskussion des „Historikerstreits“ in Deutschland mutet Courtois' Schlußfolgerung in Bezug auf die Parallelen des „Rassen-Genozids“ der Nazis und des „Klassen-Genozids“ der Kommunisten an: „Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel“ (S.21). Man glaubt als deutscher Leser schon im Hintergrund den imaginären Linksintellektuellen zu hören, der angesichts solcher Sätze vor einer unzulässigen Relativierung warnt. Courtois selbst gibt die richtige Antwort: „Es geht hier nicht darum, irgendwelche makabren arithmetischen Vergleiche aufzustellen, eine Art doppelte Buchführung des Horrors, eine Hierarchie der Grausamkeit. Die Fakten zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren. Diese einfache Feststellung sollte zumindest zum Nachdenken über die Ähnlichkeit anregen, die zwischen dem NS-Regime, das seit 1945 als das verbrecherische System des Jahrhunderts angesehen wird, und dem kommunistischen besteht, dessen Legitimation auf internationaler Ebene bis 1991 unangefochten war, das bis

heute in bestimmten Ländern die Macht innehat und nach wie vor über Anhänger in der ganzen Welt verfügt“ (S.27).

Warum aber wurden diese Verbrechen - vor der Politik, der Öffentlichkeit, der akademischen Welt - so oft und so lange mit Schweigen übergegangen - ganz im Gegensatz zu den Verbrechen des Nationalsozialismus? Courtois macht einige der komplexen Gründe hierfür deutlich: Zuerst natürlich die oftmals erfolgreichen Versuche der Henker, ihre Spuren zu verwischen. Dann war es für Opfer des Kommunismus über Jahrzehnte sehr schwer - wenn nicht unmöglich -, die Rehabilitierung oder auch nur die Erinnerung an ihre Leiden öffentlich zu betreiben. Und schließlich haben Kommunisten immer in den Ländern, wo er nicht herrschte, Beweihräucherer gefunden. Hierzu trugen auch das Festhalten an der Revolutionsidee und ihrer Symbolik bei, die Beteiligung der Sowjetunion am Sieg über den Nationalsozialismus



und dadurch bei der Linken der Triumph des Begriffs des Antifaschismus als „Wahrheitskriterium“. Daß auch die Sowjetunion zu solchen Verbrechen fähig war, wurde zwar mit Chruschchows Geheimrede aus dem Jahr 1956 offen eingestanden, im Westen aber oftmals ebensowenig wirklich akzeptiert wie die Publikationen zahlreicher Dissidenten und Emigranten.

Courtois sieht die Aufgabe des Buches in zweierlei Hinsicht: Einmal als historiographischen Beitrag zum Thema Totalitarismus. Man könne keine Geschichte des Totalitarismus schreiben ohne seine leninistisch/stalinistische Variante. Der Kommunismus dürfe auch nicht auf seine nationalen, sozialen oder kulturellen Aspekte reduziert werden: „Jede nationale Ausprägung des Kommunismus war wie über eine Nabelschnur mit der sowjetrussischen Matrix verbunden und trug gleichzeitig zur Entwicklung dieser weltweiten Bewegung bei. Die Geschichte, mit der wir hier zu tun haben, ist die eines Phänomens, das sich überall auf der Welt entfaltet und die ganze Menschheit betrifft“ (S.40). Die zweite Aufgabe ist die der Erinnerung an die Opfer - dies sei umso wichtiger, als dies fast ganz ohne Bilder geschehen muß, was die Aufmerksamkeit einer mit Bildern übersättigten Mediengesellschaft nicht unbedingt erleichtert.

Im Buch werden in fünf großen Teilen mit wenigen kleinen Ausnahmen alle Herrschaftsepochen und -gebiete des Weltkommunismus behandelt. Zunächst behandelt auf fast 250 Seiten Nicolas Werth Gewalt, Terror und Unterdrückung in der Sowjetunion. Es ist immer wieder erschreckend zu lesen, wie rasch diese Revolution, die zunächst ja nur ein Putsch war, sich Instrumentarien zur Bekämpfung der „Volksfeinde“ ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche oder moralische Bedenken zulegte. Der „rote Terror“ begann unmittelbar mit der Machtübernahme durch Lenin und seine Genossen; die „soziale Ausrottung“ der Gegner entstand nicht erst in irgendwelchen späteren Phasen der Revolution. Lenin wird - auch aus bislang offenbar nicht bekannten Quellen - mit Forderungen beispielsweise Brutalität und Menschenverachtung zitiert - der Leser findet viele Belege dafür, daß die Sowjetunion nicht erst unter Stalin durch äußeren Druck „entartete“. Die differenzierte Darstellung der Zyklen der Gewalt bis zum Ende der Sowjetunion endet mit einer Zusammenfassung, die nicht unterschlägt, daß die Zugänglichkeit neuer Quellen auch weitere Fragen zur Politik- und Sozialgeschichte der UdSSR aufweisen, die noch ihrer Antwort harren. Der zweite Teil mit dem Titel „Weltrevolution, Bürgerkrieg und Terror“ beginnt mit einem Ar-

tikel von Stéphane Courtois und Jean-Louis Panné über die Komintern, der unter anderem den Terror innerhalb der kommunistischen Parteien behandelt, sowie einem gesonderten Teil über den NKWD im spanischen Bürgerkrieg. Der dritte Artikel - leider etwas kurz - behandelt Kommunismus und Terrorismus und belegt, daß kommunistische Regime wie Nordkorea bis in die unmittelbare Gegenwart terroristische Gewalt auch außerhalb ihrer Grenzen ausüben.

Der dritte Teil gibt einen Überblick über die anderen europäischen Länder als Opfer des Kommunismus. Polen ist dabei ein eigenes Kapitel von Andrzej Paczkowski und Karol Bartosek gewidmet. Das zweite Kapitel von Karel Bartosek behandelt umfassend die Länder Mittel- und Südosteuropas. Auch hier bietet der erweiterte Zugang zu bisher unzugänglichen Quellen bereits interessante Einblicke in das Zusammenwirken von nationalen Kommunisten und der KP-Spitze in Moskau bei der Unterdrückung demokratischer Politiker und Parteien in den Nachkriegsjahren.

Teil vier ist den kommunistischen Regimen in Asien gewidmet, die teilweise noch an der Macht sind, was zur Folge hat, daß trotz besserer Reise- und damit Forschungsmöglichkeiten wichtige Quellen noch nicht zugänglich sind. Die führende Rolle spielte dabei natürlich China (behandelt von Jean-Louis Margolin), wobei interessant ist, daß dort die Armee in der Regel die Funktionen der Geheimpolizei in der UdSSR wahrnahm. Der Autor verdeutlicht aber auch auf Basis der vorhandenen Quellen eindrucksvoll, daß Mao-Tse Tung und das von ihm geschaffene System verantwortlich waren für die „größte Hungersnot aller Zeiten“ 1959-1961 und das „am dichtesten bevölkerte Kernnetz aller Zeiten“. Besonders lehrreich scheint die Lektüre über den Terror der chinesischen Kommunisten bis hin zur Kulturrevolution deswegen zu sein, da der „große Vorsitzende“ und sein „rotes Buch“ ja zeitweise geradezu zum Kultobjekt der Wohlstandslinien der 68er-Zeit einiger westlicher Länder wurde. Nordkorea, Vietnam und Laos werden von Pierre Rigoulot behandelt - dort ist die Quellenlage noch unbefriedigender, aber die terroristischen Auswirkungen der dortigen kommunistischen Herrschaft noch skurriler und nicht weniger brutal. Ausführlicher kann Kambodscha behandelt werden - das „Land der unfaßbaren Verbrechen“. Der Grund hierfür liegt vor allem in Pol Pots Versuch, den Kommunismus dort sofort - praktisch ohne irgend eine Übergangsperiode - einzuführen. Das Ergebnis waren Säuberungen und Massaker durch die Roten Khmer von bislang ungekannter Intensität und Brutalität. Aber auch in Kambodscha

sei, so der Autor, nicht irgend ein „roter Faschismus“ an der Macht gewesen, sondern eine fanatische Variante des Marxismus-Leninismus. Bei allen Unterschieden stehe in den asiatischen Ländern aber die gemeinsame ideologische Verwandtschaft und vor allem das Modell Chinas im Vordergrund.

Im fünften Teil geben Pascal Fontaine, Yves Santamaria und Sylvain Boulouque einen Überblick über den Kommunismus in der Dritten Welt. Im Abschnitt über Lateinamerika werden neben Kuba auch Nicaragua und Peru behandelt. Dem Afrokommunismus anhand der Länder Äthiopien, Angola und Mocambique widmet sich der nächste Abschnitt. Auch hier sei im Zeitraum von 1974 bis 1991 bei allen Unterschieden „die Ernsthaftigkeit der Bezugnahme auf Marx, den Bolschewismus und die Sowjetunion durch die hier behandelten Parteien, Staaten und Regime nicht bestritten worden, weder von den Akteuren, noch von ihren Gegnern und erst recht nicht von der legitimierenden Instanz, nämlich von der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung“ (S.749). Der letzte Abschnitt ist Afghanistan gewidmet.

Mit der Frage „Warum?“ versucht Stéphane Courtois am Ende des Buches eine zusammenfassende Einschätzung. „Warum etablierte sich der 1917 erstmals auftretende moderne Kommunismus beinahe sofort als blutige Diktatur und dann als verbrecherisches Regime?“ (S.795) Dies konstatiert Courtois, ohne die demokratischen Entwicklungslinien sozialistischer Bewegungen zu ignorieren. Er läßt dann die gesamte Entwicklung der Sowjetunion Revue passieren, was für ihn offenbar der Schlüssel zum Verständnis des Kommunismus ist - ohne aber dem „Warum?“ eine schlüssige Antwort entgegenstellen zu können. Die hervorragenden abschließenden Beiträge

- extra für die deutsche Ausgabe geschrieben - von Ehrhardt Neubert befassen sich zwar eigentlich mit der Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR sowie mit „dem schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung“ (von Joachim Gauck), versucht aber auch Antworten auf die Frage, warum sich totalitäre Systeme wie in den kommunistischen Staaten so lange halten können. „Generell gilt offensichtlich: Wenn sich die Herrscher totalitärer Systeme lediglich auf die Furcht der Unterdrückten oder auf negative Gefühle wie Neid, Haß, Atavismus, Sadismus stützen, würden ihre Staaten eher zusammenbrechen. Dauerhafter werden sie, weil aus den positiven Motivschichten heraus der Mechanismus von Akzeptieren, Teilnehmen, Mitgestalten und Mitverantworten entsteht“ (S.889). Damit wird auch deutlicher, warum die Aufarbeitung so schwer ist, warum auch die Opfer totalitärer Systeme nachträglich bekunden, nicht alles sei in Wirklichkeit so schlecht gewesen.

Courtois und seine Mitautoren haben zweifellos eines der wichtigsten Bücher der letzten Jahre vorgelegt. Trotz seiner fast tausend Seiten ist damit aber noch lange keine abschließende Bilanz des Kommunismus geschrieben. Es hat dafür aber wichtige Tore geöffnet und auf dramatische Weise deutlich gemacht, wie wichtig eine solche Auseinandersetzung ist und wieviel Arbeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch vor uns steht. Denn wir stehen bei den Fragen nach den Ursachen, Wechselwirkungen und Folgen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts noch vor einer Menge Fragen, die wohl erst das 21. Jahrhundert beantworten wird.

Gerhard Hirscher

Buchbesprechungen

Emil Hübner/Ursula Münch: Das politische System Großbritanniens. Eine Einführung. München: Beck, 215 Seiten, 1998, 19,80 DM

Das Verfassen von Einführungen in das politische System eines Staates gilt unter einschlägig erfahrenen Autoren als schwieriges Unterfangen. Publikationen dieses Profils sollen sowohl der ersten Orientierung des interessierten Laien dienlich sein als auch der sachkundigen Expertenschaft neue Erkenntnisse und Interpretationen vermitteln. Sie sollen leicht lesbar sein, ohne die komplexen Wirkungszusammenhänge, die einem politischen System zugrunde liegen, außer acht zu lassen. Sie sollen im besten Sinne des Wortes „einführen“, ohne dabei oberflächlich zu sein. Sie können keine Standardwerke der Politikwissenschaft sein, müssen sich aber an den Standards sozialwissenschaftlicher Forschung orientieren.

Nicht einfacher wird die ohnehin nicht leichte Aufgabe, wenn es sich bei dem Sujet um das politische System Großbritanniens handelt, eines Staates, dessen Bewohner etwa vom langjährigen ARD-Korrespondenten in London, Wolf von Lojewski, lapidar als „anders“ bezeichnet werden und dessen „Westminister-Modell“ vor dem Hintergrund eines Vergleiches mit den sozio-politischen Strukturen und Funktionsweisen kontinentaleuropäischer Demokratien in mehrfacher Weise als idiosynkratisch charakterisiert werden muß.

Um es vorweg zu nehmen: Diesen wissenschaftlich-publizistischen Drahtseilakt haben Emil Hübner und Ursula Münch souverän bewältigt. Den beiden Autoren, die am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München tätig sind, ist es gelungen, dem Leser mit leichter Feder das schwer durchschaubare Geflecht verfassungsgeschichtlicher, kultureller, gesellschaftlicher, ökonomischer, struktureller, institutioneller und sonstiger Determinanten des politischen Systems Großbritanniens zu entwirren und die Wirkungsfelder, die dieses System konstituieren, erschöpfend zu erschließen.

Die Publikation zeichnet sich insbesondere aus durch eine sorgfältige Abwägung der Kräfte der Kontinuität und Tradition auf der einen, des Wandels und der Transformation auf der anderen Seite, wobei bei der Lektüre deutlich wird, daß zu den außergewöhnlichen Wesensmerkmalen des britischen Systems die Fähigkeit gehört, Wandel und Veränderung herbeizuführen, ohne gleichzeitig die Elemente älterer

Ordnungen ersatzlos zu beseitigen.

Hübner und Münch weisen jedoch auch darauf hin, daß dieses bemerkenswerte Charakteristikum des politischen Systems Großbritanniens insbesondere wegen der möglichen Implikationen der gegenwärtig diskutierten facettenreichen Verfassungsreform durch einen „nicht mehr zu kontrollierenden Domino-Effekt“ in Frage gestellt werden könnte, zumal „eine Reformmaßnahme leicht eine andere nach sich ziehen“ könne (S.160) und im Falle einer nicht kanalisierbaren Reformdynamik letzten Endes sogar die nationale Einheit und der Bestand des Vereinigten Königreiches in Frage gestellt würde.

Sollten Verlag und Autoren der Publikation, deren Profil als Einführungswerk durch die in den einzelnen Kapiteln enthaltenen Hinweise auf Forschungsstand und -kontroversen sowie die in den Anhang aufgenommene nützliche Auswahlbibliographie zusätzlich abgerundet wird, in einigen Jahren eine Neuauflage erwägen, um die gegenwärtig nicht absehbaren Ausmaße und Konsequenzen der britischen Verfassungsreform mit zu berücksichtigen, so könnte auch eine intensivere Würdigung der auswärtigen Beziehungen Großbritanniens ins Auge gefaßt werden. Die exogene Dimension des britischen politischen Systems würde nicht nur den Band nutzbringend ergänzen, sondern auch dem primär an der britischen Außenpolitik interessierten Leser die - häufig leider vernachlässigten - innenpolitischen und historischen Hintergründe der Außenbeziehungen („außenpolitische Infrastruktur“) des Vereinigten Königreiches verdeutlichen, die Hübner und Münch kenntnisreich und differenziert aufbereitet haben.

Reinhard C. Meier-Walser

Mir A. Ferdowsi (Hrsg.): Afrika zwischen Agonie und Aufbruch. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1998

Dürre, Überbevölkerung, Ernährungskrisen, Armut, Hunger, Clankämpfe, Bürgerkrieg oder auch Völkermord; das sei, so der Herausgeber des Bandes, Mir A. Ferdowsi, in seiner Einleitung, unser „Afrikabild“.

Bei genauerem Hinsehen könne man dieses Bild jedoch nicht aufrecht erhalten. Viel zu differenziert stelle sich der Kontinent dafür da, ja im

Grunde müsse man sagen: „Afrika gibt es nicht.“

Dieser Satz kann mehr als jeder andere als Programmsatz für die Autoren dieses Sammelbandes gelten, der mit seinen sehr kenntnisreichen und auch anspruchsvollen Einzelbeiträgen geeignet ist, dem am Thema interessierten Leser nicht nur eine Fülle an interessanten Informationen, sondern auch einen differenzierten Eindruck hinsichtlich der Probleme, ebenso aber der Chancen der Staaten südlich der Sahara zu vermitteln.

Der eilige Leser, der - aus welchen Gründen auch immer - zunächst auf die Lektüre des ganzen Bandes verzichten muß, erhält durch die Einleitung Ferdowsis bereits einen guten Überblick und eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente und Schlußfolgerungen der Autoren, die dann doch Appetit auf mehr macht und zur Vertiefung in die Einzelbeiträge verleitet.

Schade ist es angesichts der Fülle von Fakten, aber auch einer Vielzahl von Tabellen, graphischen Darstellungen usw., daß der Band weder über ein Stichwortverzeichnis noch über ein Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen verfügt.

Die Themen der einzelnen Autoren reichen von der politischen Geschichte Afrikas über kriegerische Konflikte und Konfliktlösung, Chancen von Wirtschaftsreformen und Demokratisierung bis zur Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Mit der Frage „Afrika - ein geschichtsloser Kontinent?“ beginnt Franz Nuscheler seinen Beitrag über die politische Geschichte des Kontinents. Er sieht in dem seit Beginn der Kolonialzeit gepflegten europäischen Bild eines geschichtslosen Afrika vor allem den Versuch, den Prozeß der Kolonisierung als „große Kulturmission“ zu verbrämen und beginnt zunächst mit einigen kurzen Absätzen über Herrschaftsformen im vorkolonialen Afrika, alte afrikanische Großreiche und über Bedingungen der Staatenbildung. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dann aber doch in der kolonialen und nachkolonialen Entwicklung.

Das „Erbe des Kolonialismus“ und der „Neokolonialismus“ mit der Darstellung der Rolle des Kontinents als Nebenkriegsschauplatz für die Großmächte im Kalten Krieg nehmen breiten Raum ein. Nuscheler thematisiert aber auch das Versagen der afrikanischen Eliten nach der Unabhängigkeit, „aus einem ‚Beutestaat‘ einen ‚Entwicklungsstaat‘ zu machen.“ Bei allen kolonialen Strukturvorgaben und „neokolonialen Zwängen“, so meint er, hätten diese Staaten „durchaus die Chance gehabt, andere Entwick-

lungsprioritäten zu setzen und für ein besseres Regierungs- und Verwaltungshandeln (Good Governance) zu sorgen. Sie waren schwach und abhängig, aber der Neokolonialismus eignet sich nicht als Generalabsolution für alles, was in Afrika schief lief.“

Die „Veräußerung der Eigenverantwortung“ durch die afrikanischen Eliten sieht Nuscheler letztlich als eine Hauptursache der fortgesetzten Misere vieler afrikanischer Länder. Die westlichen Industriestaaten will er deshalb aber nicht aus ihrer Mitverantwortung entlassen.

Die „afrikanische Krise“, so meint er abschließend, enthalte die Chance des Lernens und der „Veränderung zum Besseren.“ Afrika brauche dafür allerdings eine neue Elitengeneration, die nach der Unabhängigkeit geboren und bereit sei, aus den Fehlern ihrer Vorgänger die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Westen, dessen Unterstützung auch weiterhin notwendig sei, könne derweil aus dem Ende der „von ihm gehätschelten Kleptokratie von Mobutu“ lernen, daß es sich langfristig nicht lohne, auf Diktaturen zu setzen.

Mit „kriegerischen Konflikten und friedlicher Konfliktbearbeitung in Afrika“ befaßt sich Volker Matthies in seinem Beitrag. Auch er bezieht sich zunächst auf das vor allem von vielen Medien gepflegte „katastrophische“ Afrikabild und wendet sich gegen die These, Kriege in Afrika hätten eine eigene, archaischen und für Außenstehende nicht nachvollziehbaren Prinzipien unterliegende Charakteristik. Den „Genotypus des bellum africanum“, so stellt er kategorisch fest, gebe es nicht.

Über eine Kategorisierung von 54 afrikanischen Kriegen seit 1947, wobei er unterscheidet zwischen „Anti-Regime-Kriegen“, „sonstigen innerstaatlichen Kriegen“, „zwischenstaatlichen Kriegen“ und „Dekolonisationskriegen“ (jeweils noch differenziert nach dem Kriterium „Fremdbeteiligung“/„ohne Fremdbeteiligung“) und verschiedenen Mischformen kommt er am Beispiel Ruanda zur Feststellung, daß auch sogenannte „ethnische“ Kriege ihre eigentlichen Ursachen in mehr oder weniger rational erfaßbaren Interessengegensätzen haben. Zur gewaltsamen Lösung dieser Interessengegensätze werde dann „Ethnizität“ - aus der Sicht des Autors zunächst „wesentlich ein soziales und politisches Konstrukt“ - in Form einer „politisierten Ethnizität“ instrumentalisiert.

Auf die Rolle Afrikas im Kalten Krieg und den Einfluß außerafrikanischer Macht- und Interessenpolitik auf Genese und Verlauf von Konflikten auf dem Kontinent geht Matthies schließlich ebenso ein wie auf das Phänomen der „Militarisierung der afrikanischen Gesellschaften“, für die er vor allem die Einbeziehung Afrikas in den Ost-West-Konflikt verantwortlich macht. Das Hauptanliegen des Autors liegt schließlich

- nach dieser Bestandsaufnahme - in der Darlegung unterschiedlicher Möglichkeiten der friedlichen Konfliktbearbeitung und Konfliktbeilegung. Er untersucht in diesem Zusammenhang die tatsächliche oder potentielle Bedeutung verschiedener Akteure, angefangen bei zivilgesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Staaten, subregionalen und regionalen überstaatlichen Organisationen bis zur UN. Eingegangen wird dabei auch auf die jeweiligen Interessen inner- und außerafrikanischer Akteure. Gefragt wird insbesondere nach der Herausbildung von Mechanismen zur friedlichen Konfliktbearbeitung und Konfliktlösung innerhalb der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) und deren Unterorganisationen und die Auswirkungen bisheriger UN-Operationen auf dem Kontinent. Die breit angelegte Analyse mündet schließlich in die Frage nach den Chancen für eine „Pax Africana“ in absehbarer Zeit. Die Antwort des Autors auf diese Frage fällt eher ernüchternd aus: „Eine Pax Africana wird noch lange auf sich warten lassen.“

Es müsse zwar alles getan werden, um afrikanische Ansätze zur Konfliktprävention und zur Konfliktlösung zu stärken und Wirtschafts- und Sicherheitskooperation im regionalen und subregionalen Rahmen zu fördern. Das Engagement außerafrikanischer Akteure - allerdings, wie der Autor betont, frei von herkömmlicher Macht- und Interessenpolitik - werde auch weiterhin notwendig bleiben.

Robert Kappel untersucht in seinem Beitrag die „Ursachen der afrikanischen Entwicklungskrisen und Chancen der Wirtschaftsreformen“ aus dem Blickwinkel der ökonomischen Theorie der Politik.

Er beginnt zunächst mit der faktenreichen Beschreibung und Analyse der maßgeblichen endogenen und exogenen Faktoren, die für die wirtschaftliche Situation afrikanischer Länder bestimmend sind. Er benennt dabei unter anderem verzerrte Handelsstrukturen, eine schwache industrielle Basis, die niedrige Produktivität, ein niedriges Niveau der sogenannten „human resources“, geringe Kaufkraft in zu kleinen Binnenmärkten usw.

Breiten Raum nehmen in seiner Arbeit die Darstellung der Rolle des Staates und der staatlichen Wirtschaftspolitik sowie die Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank ein. Letzteren kreidet er an, daß sie in vielen Fällen dazu geführt hätten, daß „ohnehin schon schwache und instabile Regierungen und Institutionen“ durch sie „eher geschwächt als gestärkt“ wurden.

Dazu komme, daß durch die Auflösung staatlicher und institutioneller Strukturen durch übertriebene Deregulierung rechtsfreie Räume geschaffen würden.

Auf politischer Ebene benennt der Autor als

größtes Problem die Verfestigung des „crony statism“, der durch seine nur an Eigeninteressen der Eliten orientierten klientelistischen Strukturen die Entwicklung behindere. Wirtschaftliche und politische Reformen seien daher dringend notwendig. Die Frage sei nur, wie diese Reformen konkret aussehen müßten. Hier sieht Kappel bisher wenig positives. Alle bisherigen Ansätze krankten nach seiner Ansicht daran, daß sie zwar bestimmte Schlüsselprobleme wie die „Rentenorientierung der Staatsklasse“ oder die einseitige Exportorientierung und Exportabhängigkeit der Volkswirtschaften berücksichtigen, aber den Globalisierungsdruck ausklammern und „nicht systematisch die Einbindung Afrikas in die globale Ordnung und in die internationalen Strukturprozesse“ einbeziehen.

Fest stehe jedenfalls, so der Verfasser, daß der Marginalisierungsdruck auf die afrikanischen Staaten anhalten und sich weiter verstärken werde. Selbst höhere ausländische Direktinvestitionen und verbesserte Terms of Trade würden daran kaum etwas ändern.

Dennoch, so Kappels Fazit, hätten die Regierungen Afrikas Handlungsmöglichkeiten. Vom Weltmarkt hätten sie zwar wenig zu erwarten, aber in den meisten afrikanischen Staaten könnten die Regierungen zumindest einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung leisten, wenn ihre Maßnahmen auf die Schaffung kohärenter Volkswirtschaften abzielten. Diese Chance gelte es allerdings zu nutzen, denn Entwicklungszusammenarbeit und „gerechtere“ internationale Strukturen könnten, so Kappel, zwar etwas weiterhelfen, die Eigenanstrengungen der betroffenen Länder allerdings nicht ersetzen.

In seinem Beitrag zu den Risiken, Chancen und Voraussetzungen der Demokratisierung schlägt Rainer Tetzlaff einen weiten Bogen von demokratietheoretischen Überlegungen über die traditionelle afrikanische politische Kultur und die Analyse konkreter afrikanischer Demokratieversuche zur Rolle unterschiedlicher Akteure im Transformationsprozeß.

Der Autor stellt fest, ein bloßes „Elitenrecycling“ ohne Systemwandel könne zu keiner dauerhaften Demokratisierung führen; nur strukturbildende Veränderungen, die über ausreichenden gesellschaftlichen Tiefgang verfügten, hätten Chancen, zu einer Konsolidierung demokratischer Herrschaftsformen zu führen.

Aber auch Länder, in denen dieser Strukturwandel während einer Transformationsphase noch nicht stattfinde, seien deshalb nicht ganz verloren. Immerhin könne man auch gescheiterte Demokratieversuche dort als Teil eines kollektiven Lernprozesses sehen, der sich aber wohl über Generationen werde fortsetzen müssen.

Versuche, Demokratie in die Länder des Südens

von außen hineinzutragen, hält Tetzlaff für wenig aussichtsreich, wenn es dafür keine einheimische Basis gibt. Sie wirkten eher kontraproduktiv und seien häufig verbunden mit einer Eskalation von Gewalt.

Insgesamt hebt sich dieser Beitrag, der das Thema sehr differenziert und unter Berücksichtigung aller möglichen Blickwinkel aufgreift, zwar wohlthuend vom in den letzten Jahren feststellbaren Trend zum Afropessimismus ab, ist aber nichtsdestoweniger gekennzeichnet von einem kräftigen Schuß Afrika-Skeptizismus. Eine Textstelle kann man in diesem Sinne - auch wenn sie nicht am Ende der Ausführungen steht - als Fazit des Autors betrachten:

„Eine Mehrzahl der afrikanischen Staaten befindet sich ... auf dem Weg oder auch Umweg zu einer pluralistischen Demokratie... Gleichwohl ist vor Optimismus bezüglich des Erreichens des Zieles einer konsolidierten Demokratie zu warnen.“

Im letzten Abschnitt des vorliegenden Bandes schließlich befaßt sich Peter P. Waller mit „Demokratie und Menschenrechten in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika“. Er stellt hier die grundsätzliche Frage, „ob man Demokratie und Menschenrechte überhaupt von außen fördern kann“, und versucht am Beispiel von Afrika südlich der Sahara eine Antwort zu geben. Zur Sprache bringt er dabei auch die Bedeutung deutscher Interessen in Afrika und an der Entwicklung des Kontinents.

Anhand verschiedener Beispiele der vergangenen Jahre, wobei er sich auch auf die Arbeit der politischen Stiftungen in Südafrika bezieht, kommt er zu dem Schluß, daß Demokratieförderung unter bestimmten Voraussetzungen von außen durchaus möglich ist. Die Wirkung von politischer Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit und von sogenannten „Positivmaßnahmen“ sei allerdings in den verschiedenen Phasen des Demokratisierungsprozesses unterschiedlich.

Trotz der eher optimistischen Grundeinstellung, die Waller in seinem Beitrag erkennen läßt, muß er letztlich doch zu folgendem Fazit kommen: „Demokratisierung kann nur von innen kommen, aber sie kann wirksam von außen unterstützt werden.“ Letzteres, so fährt er einschränkend fort, aber nur dann, „wenn das Land von Entwicklungshilfe abhängig ist, wenn es keine strategische Bedeutung besitzt und wenn die westlichen Geberländer an einem Strang ziehen.“

Afrika - Agonie oder Aufbruch? So lautet die Frage, die der Titel dieses Sammelbandes in den

Raum stellt.

Agonie sicher nicht. Aufbruch zumindest ein bißchen, aber in vielen Fällen noch ohne klar erkennbare Zielrichtung. So könnte man die Ausführungen der Autoren dieses sehr lesenswerten Buches, dem man gerne weitere Verbreitung wünscht, zusammenfassen.

Aus der Summe der Beiträge kann der interessierte Leser ein durch viele Fakten fundiertes realistisches Bild des sogenannten schwarzen Kontinents gewinnen, das zwar keineswegs euphorisch ist, aber sich vom verbreiteten Katastrophenszenario vieler Medien wohlthuend unterscheidet.

Rainer Geppert

Hannes Adomeit: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev: An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998, 609 Seiten, 69,- DM.

Die Antwort des letzten sowjetischen Staatsoberhauptes Michail Gorbatschow auf die Frage nach einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten klang fünf Jahre lang wie ein Mantra: „Die Geschichte wird entscheiden.“ Gorbatschow war vom historischen Materialismus inspiriert, die Deutschen im Osten vom Wunsch nach Freiheit. In der Nacht des 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und die Geschichte entschied sich für Demokratie. Der „real existierende Sozialismus“ zerbarst, vom „antifaschistischen Schutzwall“ blieben Betonreste. Die Ereignisse mündeten am 3. Oktober 1990 in der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, eingebunden in die westliche Wertegemeinschaft. Warum stimmte die sowjetische Führung einer deutschen Vereinigung, einschließlich der Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO zu, nachdem die sowjetische Position zu dieser Frage seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte 1975 bis zum Jahr 1989 unverändert geblieben war?

Hannes Adomeit, Spezialist für russische Außen- und Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, greift bei der Beantwortung dieser Frage zurück auf die Stalin-Ära. Warum, will er wissen, wagte in den 40 Jahren der Teilung Deutschlands niemand zu sagen, daß diese „künstlich und widernatürlich“ sei und die europäische Sicherheit eher gefährde als schütze, wie dies der sowjeti-

sche Außenminister Eduard Schewardnadse erst im Juli 1990 beim KPdSU-Parteitag den zürnenden Delegierten vortrug? Hätte nicht schon Stalin die Nachteile, die der Sowjetunion und dem Rest der Welt aus dem geteilten Deutschland entstanden - insbesondere die anhaltende Konfrontation mit dem Westen, die nur von wenigen Perioden der Entspannung unterbrochen wurde - erkennen müssen? Und vor allem: Warum überhaupt wurde Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geteilt?

Adomeit ist nicht der erste Autor, der diese Fragen stellt, zweifellos gehören seine Antworten aber zu den bisher interessantesten. Sie basieren auf Notizen und Gesprächsprotokollen aus dem Archiv des ZK der KPdSU, das nur von 1992 bis 1993 geöffnet wurde; auf Materialien des SED-Parteiarchivs, in dem, wie der Autor dem Leser erklärt, die „red prussians“ in deutscher Ordnung und Gründlichkeit jedes Zettelchen säuberlich beschrifteten und abhefteten; er zieht Biographien und Erinnerungen sowjet-russischer (Michail Gorbatschow, Walentin Falin), deutscher (Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher) und amerikanischer (Philip Zelikow/Condolezza Rice, James Baker) Provenienz heran und führte Gespräche mit Zeugen der Wendejahre.

Die deutsche Teilung, so resümiert Adomeit, war nicht die Folge Stalinscher Planung oder Teil einer durchdachten sowjetischen Politik, die auf die Gründung eines Imperiums im Osten Europas einschließlich des Ostens Deutschlands zielte. Vielmehr entstand die DDR aus ungeplanten Prozessen, unkoordinierten Aktionen und einem Mangel an besseren Alternativen. Das geteilte Deutschland nicht Absicht, sondern Panne, Zufall, Nebenwirkung? Ja, meint Adomeit, aber mit Einschränkungen. Stalin folgte seiner eigenen imperialen und ideologischen Logik - und diese war für den Lauf der Ereignisse ein entscheidender Faktor. Stalin wollte politische und militärische Macht, und er wollte diese Macht nicht nur erhalten, sondern weiter ausdehnen. Die marxistisch-leninistische Ideologie erhielt eine neue Prägung Stalinscher Couleur. Die Vorstellung vom Osten Deutschlands unter sowjetischer Kontrolle war für Stalin „unwiderstehlich“. Gleichzeitig aber überdehnte er damit das sowjetische Imperium: Wo Ost und West permanent aneinanderstießen, wo keine Sprachbarriere Ost und West voneinander entfremdete, sondern Familien auf ihre Wiedervereinigung hofften, dort kam es zum „imperial overstretch“, dort nahm das Ende des sowjetischen Imperiums seinen Anfang.

Adomeits „imperial overstretch“-Ansatz dürfte die deutschen Leser seiner Studie überzeugen,

wenngleich sie vor allem für amerikanische geschrieben ist. Mit dem Stichwort „Expansion“ überschreibt der Autor im Anschluß an einen Überblick über die wichtigsten Imperialismus-Theorien das zweite Kapitel seiner Studie. Es zeichnet die Perzeption der deutschen Problematik und die deutschlandpolitischen Aktionen Moskaus in den Zeiten der Herrschaft Stalins, Chruschtschows und Breschnews nach. Für Stalin sei 1945 die Frage angestanden, wie man sich vor einem aggressiven Deutschland schützen solle. Doch der Diktator konnte sich nicht entscheiden - und versuchte auf seine Weise eine Lösung zu erreichen. Zunächst mit der Berlin-Blockade im Jahr 1948, mit der er einerseits Berlin dem sowjetischen Imperium einverleiben wollte, um seinen Einflußbereich im Osten Europas abzurunden, die andererseits aber auch als „Hebel“ gedacht war, um die Gründung eines westdeutschen Staates zu verhindern. 1952 schlug Stalin die Vereinigung Deutschlands vor - eine Aktion, die, wie die heutige Archivalage beweist, von der Adenauer-geführten Bundesregierung zu Recht als taktisches Manöver interpretiert wurde, das die Integration der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ebenso wie freie deutsche Wahlen unter UN-Aufsicht verhindern und die Westdeutschen von den Alliierten trennen sollte.

In den Jahren 1952/53, mit der anhaltenden Massenflucht und dem Volksaufstand in der DDR, konstatiert Adomeit, begann das „imperiale Dilemma“. Der bröckelnde Rand des Imperiums mußte gekittet werden. Nach langem Zögern und großem Druck von seiten Walter Ulbrichts gab Nikita Chruschtschow im August 1961 seine Zustimmung zum Bau der Mauer durch Berlin. Eine Maßnahme, so versicherte Ulbricht Chruschtschow am 15. September 1961 brieflich, die trotz Störungsversuchen des Gegners immensen Erfolg zeige und den Versuchen, die Hauptstadt der DDR wirtschaftlich und kulturell zu untergraben, Einhalt gebiete. Sowjetische Experten sahen eine Konsolidierung der Verhältnisse und die endgültigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus. Die Entspannungspolitik der 60er und 70er Jahre war aus Kreml-Sicht das Ergebnis sowjetischer Rüstungspolitik und harter Positionen. Ähnliches glaubte man auch von der neuen Bonner Ostpolitik ab 1966. Sie, so Adomeit, war aus sowjetischer Sicht ein weiteres Beispiel dafür, daß der Westen sich an die „neuen Realitäten“ anpaßte.

Das imperiale Dilemma setzte sich fort. Eine „Krise“, und so überschreibt Adomeit den dritten Teil seiner überzeugend gegliederten Studie, ergriff alle drei Säulen des sowjetischen Imperiums: Die marxistisch-leninistische Ideologie,

die die Staaten Südost- und Mitteleuropas nie ganz durchdringen konnte und letztlich durch die sowjetische Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 langsam ausgehöhlt wurde; die militärische Macht, von deren rücksichtsloser Ausdehnung man sich in Moskau weltweiten politischen Einfluß erhoffte, aber nur Isolation gleichen Umfangs erreichte und das wirtschaftliche Potential, das man vor allem durch die schier grenzenlose Aufrüstung hoffnungslos überdehnt hatte. Die Erosion dieser drei Säulen verknüpft Adomeit mit der inneren politischen Krise. Korruption und Vetternwirtschaft beherrschten das Agieren von etwa einer halben Million Beamten in den KP-Labyrinthen ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre und produzierten ein unentwirrbares Knäuel von Bürokratisierung und politischem Einfluß.

Erneut trug die DDR zur Erosion des Imperiums bei. Mit den Milliardenkrediten der Bundesrepublik für die DDR 1983/84 erreichte die von allen Kremlieren kritisierte wachsende finanzielle Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik einen Höhepunkt. Das Ausmaß an Koordination und Konsultation zwischen beiden Staaten sank. Die DDR kochte mehr und mehr ihr eigenes außenpolitisches Süppchen. Moskau war verärgert über Honeckers Besuchspläne in Bonn, und mußte sich von Honecker sagen lassen, daß „in der heutigen Welt nur noch Dummköpfe keine Kredite aufnehmen würden“.

Adomeit glaubt - und diese These vertritt er überzeugend -, daß die Krise des sowjetischen Imperiums in den frühen 80er Jahren in erster Linie deswegen einen Höhepunkt erreichte, weil keiner der Generalsekretäre der KPdSU das deutsche Problem nach dem Zweiten Weltkrieg zu regeln in der Lage war. Als Gefangene ihres ideologischen und imperialen Paradigmas, habe keiner von ihnen es geschafft, sich „der imperialen Last im Zentrum Europas zu entledigen“. Die Folge erläutert Adomeit im vierten, anteilmäßig größten Teil seines Buchs: den „Zusammenbruch“ des Imperiums unter der Ägide Michail Gorbatschows. Der letzte Generalsekretär, zunächst „Hebamme der Geschichte“, so Adomeits pointierte Formulierung, wird ab 1989 zum „Zauberlehrling“, dem die Geister von Perestrojka und Glasnost nicht mehr gehorchen.

Auch Gorbatschows Deutschland-Perzeption, so bemerkt Adomeit zu Recht, unterschied sich anfangs nicht von der seiner Vorgänger. Die DDR war ideologisches Bollwerk des sowjetischen Imperiums im Osten Europas und sowohl militärstrategisch als auch wirtschaftlich von größter Bedeutung. Gorbatschow habe zunächst geglaubt, die DDR könne zur Revita-

lisierung der sowjetischen Wirtschaft einen wertvollen Beitrag leisten. Diesen Perzeptionsrahmen, meint Adomeit, hätte Gorbatschow erst 1986/87 aufgrund dreier miteinander verknüpfter Faktoren aufgegeben: der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, der allmählichen Erkenntnis, daß er die DDR als politisch stabilen, technologisch hochentwickelten und wirtschaftlich effizienten Alliierten völlig überschätzt hatte und der Abkehr vom bisherigen ideologischen und imperialen Paradigma und gleichzeitiger Hinwendung zum 'Neuen Denken', das politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Innern und die Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen im Hinblick auf die internationalen Beziehungen betonte.

Schade ist, daß Adomeit diesen Aspekt nur streift. So passieren Ungenauigkeiten. Das 'Prinzip der freien Wahl', mit dem der Rückzug der Sowjetunion innerhalb des Ostblocks erfolgte, wurde nicht, wie Adomeit schreibt, am 7. Dezember 1988 vor der UNO verkündet. Dort wurde es nur erstmals im internationalen Rahmen benannt. Aber bereits zwei Jahre früher, im November 1986, postulierte Gorbatschow die Abkehr von der sozialistischen Intervention, der sogenannten 'Breschnew-Doktrin', vor dem RGW: Niemand könne eine besondere Rolle in der sozialistischen Gemeinschaft beanspruchen, lautete die Botschaft. Ein zweites Mal formulierte Gorbatschow das neue Prinzip am 10. April 1987 in Prag: „Die Bruderparteien legen den politischen Kurs unter Berücksichtigung der nationalen Bedingungen fest.“ Dies war eine eindeutige Botschaft. Erste Hinweise fielen noch früher, etwa im Februar 1986 gegenüber Honecker. Es gebe Besonderheiten in der kommunistischen Weltbewegung, in jedem Land und Nuancen: „Es können Fragen auftauchen“. Adomeit hat darauf verzichtet, bereits publizierte Dokumente-Bände zu benutzen. Auch dort hätte er Fingerzeige finden können.

Nach 1987 erfolgte eine Umkehrung der traditionellen imperialen Rollenverteilung: Der Rand des Imperiums, die DDR, begann das Zentrum zu kritisieren. Gorbatschow konnte die SED-Spitze nicht von Reform und Perestrojka überzeugen. Mit der DDR-Führung zu reden, so der nicht erhörte Kremlichef im Anschluß an die Feier zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989, sei, als würde man „Erbsen an die Wand werfen“. Zehn Tage nach Gorbatschows Ost-Berlin-Besuch mußte Honecker zurücktreten. Am 10. November war die Mauer offen - mit Moskau war dies zuvor nicht abgestimmt worden.

Gorbatschow wollte das Imperium nicht auflö-

sen. Er baute auf die Reformfähigkeit des Sozialismus. Im Glauben daran begann er die Umstrukturierung verschiedener Institutionen und nahm personelle Veränderungen vor. Adomeit untersucht die Rolle der wissenschaftlichen Institute, des KGB, der Ministerien für Außen- und Verteidigungspolitik, des Politbüros, des ZK und der verschiedenen Abteilungen der KPdSU. Gorbatschow, so die Auffassung Adomeits, hätte auch zum Zeitpunkt der Maueröffnung noch immer einer reformierten, sozialistischen DDR den Vorzug gegeben. Nicht zuletzt deswegen reagierte er auf den Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls vom 28. November 1989 ausgesprochen ablehnend und verärgert. Letztlich stimmte er einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten aber doch zu. Ein Mangel an Weitblick und bürokratische Konfusion, glaubt Adomeit, hätten dazu beigetragen. Drei Ebenen, so Adomeits Fazit, waren im Hinblick auf Gorbatschows Entscheidung in der letzten Krise des Imperiums, welche die Vereinigung Deutschlands barg, miteinander verwoben: (1) der radikale Wandel und die steigenden wirtschaftlichen Probleme und Nationalitätenkonflikte in der UdSSR - ein Faktor, der die Konzentration der sowjetischen Führung von außen nach innen verlagerte; (2) die Neudefinierung der Beziehungen Moskaus zu Ost-Berlin im Kontext neuer Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen Staaten Osteuropas - die letztlich den Ostblock sprengte und die Grenzen öffnete sowie (3) die wachsende Bedeutung der Bundesrepublik im Hinblick auf die finanziellen Probleme Moskaus und die Neuordnung der europäischen Sicherheit mit der Bundesrepublik als wichtigstem sowjetischen Partner in Europa.

Die verschiedenen sowjetischen Vorschläge im Verlauf der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, welche die äußeren Aspekte der deutschen Einheit regeln sollten, reichten von Neutralität über einen Friedensvertrag hin zu einer doppelten Bündnis-Zugehörigkeit (also zu NATO und WVO). Immer wieder verhärtete sich die sowjetische Position, was, wie Adomeit völlig zu recht behauptet, auch durch oppositionelle Strömungen in Militär und Partei bedingt war. Letztlich setzte sich der Westen durch. Die Zustimmung zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO, so die Vermutung Adomeits, erfolgte auch deswegen, weil weder Gorbatschow noch der sowjetische Außenminister Schewardnadse die Konsequenzen der deutschen Vereinigung zu Ende gedacht hatten. Hinzu kamen die Kooperations-Angebote der NATO und die allmähliche Veränderung der Strukturen des Warschauer Paktes. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Faktor waren die deutschen Hilfen für die marode sowjetische Wirtschaft.

Tanja Wagensohn

Friedrich-Wilhelm Schlomann, Mit Flugblättern und Anklageschriften gegen das SED-Regime. Die Tätigkeit der Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit (KgU) und des Untersuchungsausschusses freier Juristen der Sowjetzone (UfJ). Zeitzeugenbericht und Dokumentation, hrsg. vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin 1998. 57 Seiten und Anhang 10,- DM

Der bekannte Publizist Friedrich Schlomann fügt der langen Reihe seiner Veröffentlichungen über die kommunistische Herrschaft eine weitere Broschüre hinzu. Hierin werden sehr interessante Dokumente veröffentlicht, die die Tätigkeit zweier Widerstandsorganisationen gegen die SED-Diktatur belegen. Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, die sich in West-Berlin vor allem aus Flüchtlingen aus der Ostzone rekrutierte, begann bald mit Aktionen wie dem Versand von Flugblättern mit Luftballons, aber auch von gezielten Fälschungsaktionen, mit denen Preissenkungen oder die Verteilung von Lebensmitteln erreicht werden sollten. Bis zu ihrer Selbstauflösung 1959 wurde sie von der DDR als Sabotageorganisation diffamiert und gefürchtet. Die abgedruckten Dokumente zeigen allerdings überwiegend, daß in den Flugblättern klar der Kampf gegen das Unrecht der SED-Herrschaft im Mittelpunkt stand. Ähnliches versuchte auch der „Untersuchungsausschuß freier Juristen“, der allerdings stark unter Skandalen in der Führung sowie durch die Infiltration durch das MfS zu leiden hatte. Auch diese Einrichtung hatte ihre Verdienste darin, daß sie lange Zeit mit Detailinformationen auf Rechtsverletzungen in der DDR aufmerksam machte. Die kommentierte Edition dieser Dokumente, die Schlomann im Auftrag des Landesbeauftragten für die Stasi-Akten in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt hat, ist ein wichtiger Beitrag zur Erforschung des Widerstandes gegen die SED-Diktatur. Gerade für diese frühen Jahre bleibt für die Zukunft noch einiges an Forschung zu leisten. Dies ist umso wichtiger, als gerade angesichts der Tatsache, daß sich die SED-Nachfolgepartei anschickt, normaler Bestandteil unseres Parteiensystems zu werden, nicht oft genug darauf aufmerksam gemacht werden kann, daß es immer mutige Menschen in Deutschland gab, die sich dieser Diktatur widersetzen. Angesichts der Diskussion um den Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern bleibt allerdings zu befürchten, daß solche Publikationen bald dort nicht mehr möglich sein werden. Schreiben dann die Herrschenden von ehedem ihre eigene Geschichte?

Gerhard Hirscher

Erich Reiter (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz - Wien - Köln 1997, 475 Seiten, 35,- DM, 4755.

Obwohl der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik lediglich ein bescheidener Raum in der hier anzuzeigenden, fast 500 Seiten umfassenden Edition beigemessen wurde, steht die erstmalige Publikation des Österreichischen Jahrbuches für internationale Sicherheitspolitik in unverkennbarem Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um eine NATO-Mitgliedschaft der seit Oktober 1955 „immerwährend“ neutralen Alpenrepublik.

Sowohl in der Gliederung („Grundlagen europäischer Sicherheit“, „Deutschland - Perspektiven des zentraleuropäischen Zentrums“, „Rußland und die atlantische Allianz“, „Nationale, regionale und globale Sicherheitsfragen“, „Informationstechnik“) als auch in der Akzentuierung der diesen Themen gewidmeten Einzelbeiträge kommt das Anliegen des Herausgebers zum Ausdruck, Grundfragen internationaler Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund der vielfältigen Veränderungen seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation von (überwiegend österreichischen und deutschen) namhaften Autoren erörtern zu lassen, um - in einem späteren Stadium - die diesbezüglichen Entwicklungen im Hinblick auf ihre Relevanz als Kodeterminanten österreichischer Sicherheitspolitik und damit letzten Endes der Zukunft der österreichischen Neutralität hinterfragen zu können.

In den Worten Herausgeber Erich Reiters, seines Zeichens Beauftragter für Strategische Studien im Bundesministerium für Landesministerium in Wien, soll das Jahrbuch sich nicht primär mit spezifischen Fragen der Sicherheitspolitik Österreichs befassen, sondern diese in den größeren Rahmen globaler und europäischer Veränderungen einbetten und damit insofern „einen Beitrag zur Intensivierung der Behandlung der sicherheitspolitischen Probleme Österreichs leisten“.

Strukturierung und Inhalt der Publikation korrespondieren mit dieser Intention des Herausgebers, eines seit vielen Jahren und in zahlreichen eigenen Veröffentlichungen ausgewiesenen Experten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Österreichs.

Theoriegestützte Erwägungen etwa Heinz Gärtners („Konzepte zur europäischen Sicherheit - ein Theorievergleich“), Hanspeter Neuholds („Kooperative Sicherheit - kollektive Sicherheit - kollektive Verteidigung“) und Uwe Nerlichs („Die Rolle nuklearer Waffen in der zukünftigen europäischen Sicherheitsordnung“) fügen

sich mit Untersuchungen zur Wirkungsfähigkeit der westlichen Zusammenschlüsse Europäische Union (Heinrich Schneider) und NATO (Erich Reiter) zu einem facettenreichen Panorama der Grundlagen europäischer Sicherheit, das ergänzt wird durch perspektivisch angelegte Studien zum Verhältnis Rußlands und der NATO vor dem Hintergrund der Öffnung des Bündnisses nach Osten (Andrei Zagorski, Lothar Rühl, Peter Schmidt, Oliver Thränert).

Eine Reihe von Beiträgen, darunter Analysen der Situation im Baltikum (Henn-Jüri Uibo-puu), im südlichen Mittelmeerraum (Sigrud Faath) und in Ostasien (Barbara Krug), sind regionalen Sicherheitsfragen gewidmet. Udo Steinbach („Die europäische Rolle der Türkei im Angelpunkt zwischen den Krisenregionen Balkan, Kaukasus, Mittleren Osten und Naher Osten“) und Dieter Rothermund („Indiens Rolle in der globalen Politik“) richten den Fokus ihrer Betrachtungen auf die einzelstaatliche Sicherheitspolitik von Schlüsselstaaten.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die Perspektiven des „zentraleuropäischen Zentrums“ Deutschland in zwei Beiträgen diskutiert werden (Gregor Schöllgen und Wolfram Wette), während die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Grande Nation Frankreich keine Berücksichtigung finden.

Reinhard C. Meier-Walser

Klaus Hornung, Scharnhorst - Soldat, Reform, Staatsmann, Bechtle-Verlag, Eßlingen-München, 1997, 334 Seiten, 44,00 DM.

Diese Biographie lenkt die Aufmerksamkeit eines breiten, historisch und geistesgeschichtlich nicht unbedingt vorgebildeten Publikums erneut (die letzte Scharnhorst-Biographie ist 1988 erschienen) auf eine der Leitfiguren der Bundeswehr. Denn die Armee unseres Staates wurde bewußt an Scharnhorsts 200. Geburtstag gegründet, am 12. November 1955. Den damaligen Staatsmännern erschien der preußische General und Heeresreformer aus napoleonischer Zeit als das Urbild des „denkenden Soldaten“, der sich nicht auf sein militärisches Handwerk beschränkt, sondern als bewußter Staatsbürger an der politischen Entwicklung seiner Zeit aktiv teilnimmt, um eben dadurch seinem Vaterland besser dienen zu können. Ausdrücklich nennt ein Traditionerlaß des Bundesverteidigungsministeriums die „Preußischen Reformen“ der Jahre 1807-1813 als Ausgangspunkt von „politischem Mitdenken und Mitverantwortung“ in der deutschen Militärgeschichte, denn - und hierbei zitiert der Autor

Gordon A. Craig - „ohne Traditionsbewußtsein ist eine Streitmacht perspektiv- und orientierungslos, ihr Berufsethos schwindet, und sie ist in Gefahr, zu einer rein technischen Einrichtung reduziert zu werden, deren Sinn und Zweck das Töten ist.“ Insofern ist die Person Scharnhorsts also zum festen Bestandteil des Schatzes deutscher Geschichte geworden, zu dem sich auch die offizielle Bundesrepublik Deutschland bekennt. Wenig will es demgegenüber bedeuten, daß auch Scharnhorst nicht der Gefahr entgangen ist, als „Militarist“ denunziert und in die Reihe derjenigen dubiosen Gestalten eingereiht zu werden, an deren Ende Adolf Hitler und seine materielle und moralische Zugrunderichtung Deutschlands steht. Dagegen wendet der Verfasser die üblichen Argumente ein, die zur Abwehr der These vom verderblichen „deutschen Sonderweg“ schon länger bekannt sind.

Insofern bringt er demnach nichts neues, und es will darüber hinaus scheinen, als ob diese Biographie überhaupt nichts neues brächte. Sie versagt es sich auch, die einzelnen militärischen Aktivitäten Scharnhorsts etwas präziser darzustellen, als man sie anderswo in Übersichtswerken zur napoleonischen Zeit zu lesen bekommt. Immerhin hat Scharnhorst sich doch beim Rückzug vom Schlachtfeld von Jena, bis hinauf nach Lübeck, wo die Preußen unter dem Kommando von Blicher vor den Franzosen schließlich kapitulieren mußten, sehr ausgezeichnet. Eine ausführlichere Darstellung der Schlacht von Großgörschen (2. Mai 1813), in der Scharnhorst die Wunde erhielt, die einige Wochen später zu seinem Tode führte, wäre sogar ausgesprochen angezeigt gewesen. Denn dort sprach Napoleon, auf die preußischen Truppen bezogen, die Worte, die wie eine Bestätigung von Scharnhorsts Lebensleistung klangen: „Diese Tiere haben etwas gelernt!“ Hier hätte dargestellt werden müssen, worin die neuen taktischen Leistungen der Preußen bestanden, die sie so sehr von den Kämpfern der Schlachten von Jena und Auerstedt (1806) unterschieden, und die auf die Reformtätigkeit von Scharnhorst zurückgingen. Man kann nicht die Biographie eines Militärs schreiben, ohne seine militärischen Leistungen hinreichend präzise herauszustellen. Aber natürlich beruht die historische Bedeutung Scharnhorsts weitaus mehr auf seinen politischen, historischen und moralischen Gedanken und auf seiner Organisationstätigkeit, die nun einmal nicht im Donner der Schlachten stattfand. Nur entgeht dem Autor, indem er ganz überwiegend bei diesen Elementen der Biographie verweilt, die gute Gelegenheit, diese weniger anschauliche Materie durch die Darstellung des realen Hintergrundes nicht nur aufzulockern, sondern auch noch plausibler zu machen, als es die gerafften Zusammenfassungen zu den beherrschenden politischen und

militärischen Ereignissen der Epoche leisten können. Zuzugeben ist aber, daß dieser Stil dem Charakter des Helden entspricht, der streng, schweigsam, verschlossen, unbedingt redlich und gesellschaftlich schwunglos gewesen sein soll. Scharnhorst war kein Causeur und auch kein Theatraliker.

Bringt der Autor einerseits nichts neues, so legt er andererseits doch ausführlich dar, warum er dieses Buch geschrieben hat.

Bernd Rill

Kreativität - Hohe Erwartungen an einen schwachen Begriff. Hartmut von Hentig.

Karl Hanser Verlag München (1998) ISBN 3-446-19226-3, 77 Seiten, 20,- DM.

Die Auseinandersetzung mit dem „schwachen Begriff Kreativität“ ist Hans-Jochen Vogel zu geeignet, der „Kreativität auch aus der Ordnung gewinnt“. Eine wichtige und offene Frage lautet: Worin unterscheiden sich sogenannte „schwache“ und „starke“ Begriffe? In den acht Abschnitten seines Essays über den „schwachen Begriff Kreativität“ beschäftigt sich der Autor mit den enthusiastischen Erwartungen an die Kreativität und an die von ihr freizusetzenden Kräfte, mit den Forschungsmängeln, mit der Kontroverse zwischen Kreativität und Intelligenz, mit den Praxismängeln bei der Kreativitätsförderung, mit einigen typisch deutschen Problemen von Intelligenz, Kreativität, Eingebung, Genialität und Phantasie, mit der Rolle der Kunst und einem kurzen Ausblick auf die Gehirnforschung (Roger Sperry und Gerhard Huhn), mit den falschen Auslegungen, den falschen Instrumenten und den falschen Motiven der Kreativitätsförderung und der politischen Vereinnahmung des „schwachen Begriffs Kreativität“. Die Ausführungen enden mit dem „Lob des Mangels“. Die machtvollsten Verhinderer für die Entfaltung der Kreativität sind die unbewußten: Sättigung, Gewißheit, die Folgen des Reichtums und der guten pädagogischen Absicht. Zuviel Ordnung, zu viele fertige Lösungen, zuviel Perfektion, zuviel System, zuviel Vorgesdachtes wirken sich beeinträchtigend auf die Kreativitätsentfaltung aus.

H. von Hentig räumt selbstkritisch ein, daß er „weder die amerikanische noch die deutsche Literatur zu diesem Thema wirklich“ kennt (S.32). Auch mit dem wichtigen Thema „Kreativität und neue Ergebnisse der Gehirnforschung“ (vgl. etwa Ronald Kotulak „Inside the

Brain - Revolutionary Discoveries of How the Mind Works“ 1.Aufl. Mai 1996, 3.Aufl. Nov. 1996) hat er sich nur am Rande beschäftigt. Der vorliegende Essay geht nicht vom aktuellen Stand der Kreativitätsforschung aus. Der Autor stellt vielmehr „einen Notschrei nach Kreativität“ fest und in diesem kommt der Zustand des Festgefahrenseins, der Ausweglosigkeit, des Endes rationaler Arbeits- und Handlungsweise zum Ausdruck. Diese „Feststellung hat defätistische Wirkung. Hier muß geprüft werden, was Kreativität vor allem als Mittel taugt - wie man es zu verstehen und einzusetzen hat“ (S.12).

Die Frage lautet also: Kann mit Hilfe der Kreativitätsförderung der Zustand des Festgefahrenseins und der Ausweglosigkeit gebessert werden? Die Antwort auf diese Frage ist keine primär pädagogische, sondern insbesondere eine bildungs- und gesellschaftspolitische! H. von Hentig stellt fest: Unkreative Menschen können durch Kreativitätsförderung nicht kreativ gemacht werden! Dieser Vorwurf richtet sich an jene Berater und Consultants, die sich für Experten des Informations-Management, des Change-Management und des „Kreativitäts-Management“ halten. Mit der Aufstellung von Themenpaletten, Ideenlandkarten, Eingebungsfahrplänen kann man jedoch keine Innovationen in den Köpfen der Menschen herbeiführen.

Wichtig ist die Auseinandersetzung mit den erklärten Motiven der Politiker, der Wirtschaftler, der Verbandsvertreter, die mit großem Nachdruck die Förderung der Kreativität einfordern. Hier wird die Kreativität politisch-wirtschaftlich instrumentalisiert. Politiker und Wirtschaftsexperten fordern Mündigkeit, Urteilsfähigkeit, Entscheidungsmut, Flexibilität und Risikobereitschaft. Deshalb wird Kreativität als Chance für den Standort Deutschland propagiert. Wichtig ist eine innovative und kreative Führungskultur. Der Autor hat die Befürchtung, daß die hier beschworene Kreativität heißt: Wir wollen wieder technisch und wissenschaftlich vorn sein: in Gentechnik, Biotechnik, Ökotechnik, Molekularer Technik, Mikrosystemtechnik, Welt-raumtechnik, Managementtechnik, Computer- und Kommunikationstechnik! H. von Hentig stellt fest: „Diese Kreativität sucht nicht einen Ausweg aus dem Netz der Systemzwänge ... sondern einen entschiedenen, breiten, selbstverständlichen Zugang zu dem, was da läuft“ (S.63). Daher fordern Politiker die

Trias von „Leistung, Kreativität und Eigenverantwortung“. Neuerdings wird sogar von einer politischen Partei die Einrichtung eines „Innovationsministeriums“ gefordert. Nicht zuletzt wollen auch die Kirchen an dem Kreativitätstrend Anteil nehmen und fordern „ein Klima der Kreativität, des Wagemuts und der Tatkraft“. H. v. Hentig kommt zu dem Schluß: In der Diskussion über Kreativität dominiert die Sichtweise der Wirtschaft. Kreativität wird zweckrational vermarktet. Hierin sieht er „geradezu eine Umkehrung des mit „creativity“ Gemeinten. Wer das Neue um des Neuen willen erstrebt, der ist „unernst“. Man muß zwischen Kreativität und Produktivität unterscheiden. Produktivität beruht auf Disziplin, Fleiß, Berechenbarkeit, Intelligenz, Ordnung und Lernbereitschaft. Kreativität schafft Probleme, Schwierigkeiten, Unregelmäßigkeiten. Kreatives Denken ist in erster Linie „befreites Denken“, es ist nicht gehemmt von Furcht oder Routine oder einem perfekten Vorbild. Die Kreativen sind die Hochbegabten, die Schöpferischen. Leider hat sich der Autor nicht mit dem informativen und wichtigen Werk von Ellen Winner „Hochbegabt - Mythen und Realitäten von außergewöhnlichen Kindern“, Klett-Cotta, Stuttgart) auseinandergesetzt. An einigen Stellen seines kritischen Essays gewinnt man den Eindruck, daß er einem der „neuen Mythen über Hochbegabte“ anhängt, die Ellen Winner überzeugend kritisiert hat. Aus dieser Sicht ist das Erlebnis in der Eisenbahn ebenso informativ wie bestätigend. H. v. Hentig schildert seinen Dialog mit einem vier- oder fünfjährigen Mädchen im ICE-Großraum.

Abschließend ist noch zu erwähnen, daß Kreativitätsförderung mit Bescheidenheit verbunden sein sollte. Es kommt insbesondere auf wichtige Unterscheidungen an: Regellosigkeit ist noch keine Selbstständigkeit im Denken, Unentschlossenheit ist etwas anderes als Ambivalenzen aushalten, gemeinsame Interessen begründen noch keine Problemgemeinschaft und Einsamkeit ist nicht dasselbe wie Alleinsein können. Unbefangenheit und Selbstbewußtsein sind nicht konstitutiv für einen kreativen Menschen, der Aufgaben und Probleme erkennt, den Kopf und die Sinne frei hat für mögliche, ungewöhnliche, neue Lösungen und den Mut zum Risiko aufbringt, das mit neuen Denkwegen verbunden sein kann.

Gottfried Kleinschmidt

Autorenverzeichnis

José María Aznar,
spanischer Ministerpräsident, Vor-
sitzender der Partido Popular Madrid

Thomas Buchheim, Prof., Dr.,
Philosophisches Seminar, Universität
Mainz

Rüdiger Dambroth, Dipl.-Pol.,
1995-1997 stud. Mitarbeiter im For-
schungsverbund SED-Staat der FU Ber-
lin, z.Zt. Doktorand

Gerhard Hirscher, Dr.
Referent für Grundsatzfragen, Politi-
sche Bildung, Politische Theorien der
Akademie für Politik und Zeitgesche-
hen der Hanns-Seidel-Stiftung, Mün-
chen

Edgar Hösch, Prof., Dr.,
Institut für Geschichte Osteuropas und
Südosteuropas, Universität München

Reinhard C. Meier-Walser, Dr.,
Leiter der Akademie für Politik und
Zeitgeschehen sowie Chefredakteur
der POLITISCHEN STUDIEN der
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Gerhard Ott,
Monsignore, Künstlerseelsorger, Erz-
bischöfliches Ordinariat München

Theo Waigel, Dr., MdB,
Vorsitzender der CSU,
Bundesminister der Finanzen, Bonn

Norbert Walter, Prof., Dr.,
Leiter Deutsche Bank Research, Frank-
furt a. M.

Otto Wenzel, Dr., OStDir. a.D.,
Lehrbeauftragter für Politik an der
Technischen Fachhochschule Berlin

Manfred Wilke, Prof., Dr.,
Politikwissenschaftler, Universität Ber-
lin, Forschungsverbund SED, Mitglied
der Enquête-Kommission des Bundes-
tages „Überwindung der Folgen der
SED-Diktatur“

Olaf Kappelt, Dr.,
Geschäftsführer, Rothenburg ob der
Tauber